

Wien, Mittwoch, den 1. Juni 1927.

Der Ausbau des Wiener Schulwesens. In Wien gibt es sehr viele verkrüppelte Kinder, die infolge ihres körperlichen Zustandes einem normalen Schulunterricht nicht folgen können. Nach einem Bericht des Gemeinderates Hellmann hat nun der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung beschlossen, eine Sonderschule für verkrüppelte Kinder zu errichten. Der Unterricht wird dem jeweiligen körperlichen Zustand jedes einzelnen Kindes Rechnung tragen, um jedem Kind die bestmögliche Schulbildung neben der Ausbildung der körperlichen Fähigkeiten durch Arbeitstherapie zu ermöglichen. Die Kinder werden in dieser Schule nicht nur unterrichtet, sondern auch verköstigt. Sie werden vor neun Uhr früh zur Schule gebracht und um 4 Uhr nachmittags wieder abgeholt. Diese Sonderschule befindet sich im städtischen Schulgebäude in Rudolfsheim, Kauergasse 5.

Ausländische Besucher im neuen Fortbildungsschulgebäude. Das seit Beginn des heurigen Schuljahres in Benützung befindliche zweite Zentralfortbildungsschulgebäude in der Hütteldorferstrasse wird aussergewöhnlich stark von Fachleuten und ausländischen Abordnungen besucht. In der vergangenen Woche besichtigten die in Wien anwesenden dänischen Pflegeeltern gruppenweise das Gebäude. Der Riesenbau erregte bei den Fachleuten unter ihnen insbesondere wegen der ausgedehnten Anwendung von Eisenbeton das grösste Interesse, weil in Dänemark diese Bauweise verhältnismässig selten angewendet wird. Sehr zahlreich sind auch die Besuche von auswärtigen Schulleitungen und Fortbildungsschülern. So besichtigte eine Abordnung von Mitgliedern der Budapester Stadtvertretung mit Schulfachleuten die Einrichtungen, ebenso 200 Schülerinnen von Budapester Fortbildungs- und Haushaltungsschulen. Aber auch zahlreiche Schulfachleute aus den Bundesländern besuchen mit ihren Schülern die Schöpfung des Wiener Fortbildungsschulrates, wobei insbesondere die vorbildlichen Lehrwerkstätten und das musterhaft eingerichtete Ehrlingsheim allgemeine Anerkennung finden.

Die Festwochen. Sonntag nachmittags wird im Rahmen der Festwochen im Inneren Burghof ein grosses Volksliedsingen und Turnblasen von dem Deutschen Volksgesangsvereinen Wien, Liesing, Mödling und Baden veranstaltet. Die Leitung hat der Ehrenhormeister des Deutschen Volksgesangsvereines Karl Liebleitner, die Blasmusik Professor Karl Stiegler, übernommen. Der bekannte Fachmann auf dem Gebiet der Volkskunde, Dr. Georg Kotek, wird Jeller und Almrufe zum Vortrag bringen.

Die Teilnehmer an der offiziellen Rheinländerfahrt zu den Festwochen treffen Samstag abends am Praterkai ein. Die Führung der Reise hat der Präsident des Verbandes der Rheinländer, Dr. Kaufmann, übernommen, der vor einigen Wochen auch den Vortrag über die Festwochen, der von der Fremdenverkehrskommission bei der Oesterreichischen Gesandtschaft in Berlin gehalten wurde, bewohnte. Die Städte des Rheinlandes sind bei dieser Reise offiziell vertreten. Von Bonn nimmt Bürgermeister Lühl, von Koblenz Bürgermeister Dr. Dahm, von Jülich Bürgermeister Kuenzen, von Düsseldorf Beigeordneter Dr. Thelemann und von Mainz Beigeordneter Tremhlen teil. Die Rheinländer werden am Praterkai durch den Vorsitzenden der Fremdenverkehrskommission, Generaldirektor Müller, begrüsst werden.

Wien, am Donnerstag, den 2. Juni 1927

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat nach einem Bericht des Gemeinderates Meidl beschlossen, abermals eine Reihe von Strassen, die jetzt mit Gas beleuchtet werden, elektrisch zu beleuchten. Es sind dies folgende Strassen: Landstrasse: Wassergasse, Wieden: Mayerhofgasse, Schlüsselgasse, Schaumbergergasse, Seisgasse, Möllwaldplatz, Rainergasse und Trappelgasse Neubau: Myrthengasse und Hermanngasse, Alsergrund: Wasagasse, Dietrichsteingasse, Harmoniegasse und Thurngasse, Favoriten: Pernerstorfergasse und Brigittenau: Vorgartenstrasse von der Innstrasse bis zum Aplerheiligenplatz mit Pielachgasse.

Samstag Beleuchtung des Rathauses. Anlässlich der Eröffnung der Festwochen wird das Rathaus am Samstag von neun bis zehn Uhr dreissig Minuten abends beleuchtet werden. Der Leuchtbrunnen am Schwarzenbergplatz wird am Samstag und Sonntag ebenfalls von neun bis zehn Uhr dreissig Minuten abends seine prächtigen Wasserspiele zeigen.

Die nicht bewilligten Zuckerlautomaten werden entfernt! Wie bereits gemeldet wurde, hat der Magistrat verfügt, dass die ohne seine Bewilligung an Häusern, Vorgartengittern, Kiosken usw. angebrachten Zuckerl- und Schokoladenautomaten amtlich entfernt werden. Der Verband der Zuckerwarenhändler ersucht nun seine Mitglieder, solche Automaten sofort selbst abmontieren zu lassen, weil sonst den Besitzern nicht nur Kosten, sondern auch Unannehmlichkeiten erwachsen würden.

Unrichtige Meldung über einen Unfall im Strombad Aspernbrücke. Gegenüber den Mitteilungen in einigen Tagesblättern, wonach im städtischen Strombad Aspernbrücke am Dienstag ein Knabe ertrunken sei, stellt der Magistrat fest, dass es sich um einen Irrtum handelt. Der Junge hat sich am Dienstag um ein Uhr mittags heimlich aus dem Bad entfernt, weil er den Schlüssel zur Badekabine verloren hat. Die Kleider hat er zurückgelassen und am nächsten Tage abgeholt.

Vermehrung der städtischen Stipendien für Hoch- und Mittelschüler. Nach einem Bericht des amtsführenden Stadtrates Professor Tandler hat der städtische Wohlfahrtsausschuss am Mittwoch beschlossen, die Zahl der Gemeinde-stipendien für Hochschüler und für Mittelschüler zu verdoppeln. Bisher hat die Gemeinde je 115 Stipendien für Hochschüler und Mittelschüler gewährt. Vom 1. Oktober 1927 werden je dreihundert Stipendien, zusammen also sechshundert bewilligt. Die Stipendien für Hochschüler betragen jährlich 420 Schilling, für Mittelschüler dreihundert Schilling. Die Mehrausgaben betragen rund 35.000 Schilling. Die Vorlage wird demnächst den Gemeinderat beschäftigen. Wo und wann die Ansuchen um diese Stipendien einzureichen sind wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Vergrößerung des Hernalser Volksbades. Im städtischen Volksbad in der Gschwandtnergasse wurde das frühere Reservebad in eine Brauseabteilung mit Einzelzellen umgestaltet. Die neue Anlage ist nun fertiggestellt und wird am Freitag bereits benützt werden können. Das Bad wird auch von nun an jeden Mittwoch von 1 Uhr mittags bis 7 Uhr abends besucht werden können.

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Donnerstag, den 2. Juni 1927.

208
Zweite Ausgabe

Die Festwochen.

Die Schulen im Dienste des Fremdenverkehrs.

Die Fremdenverkehrskommission hat sich mit dem Stadtschulrat ins Einvernehmen gesetzt und den Vorschlag gemacht, die Schuljugend in den Dienst der Werbemaßnahmen für den Fremdenverkehr einzubeziehen. Der Stadtschulrat hat in einem Erlasse der Lehrerschaft aller Unterrichtsanstalten empfohlen, gelegentlich des Unterrichts in der Heimatkunde auf die Wichtigkeit der Aktion "Wien wirbt für Wien", durch die die persönlichen Beziehungen der Wiener zum erstenmale in den Dienst des Fremdenverkehrs gestellt werden, aufmerksam zu machen und die Schuljugend anzuregen, auswärtige Freunde und Bekannte auf die nahenden Festwochen aufmerksam zu machen. Da gerade die Wiener Kinder in der Nachkriegszeit vielfach im Auslande weilten, scheint die neue Aktion besondere Erfolge zu versprechen. Die Werbebriefe, die zur Versendung an die auswärtigen Freunde der Wiener Kinder bestimmt sind, können durch die Schulen noch in den nächsten Tagen bei der Fremdenverkehrskommission, VII., Messepalast, in beliebigen Mengen kostenlos in Empfang genommen werden.

Kundgebungen wirtschaftlicher Kreise.

Das Organ des Gremi ums der Wiener Kaufmannschaft erlässt einen Aufruf, durch den die Mitglieder des Gremiums veranlasst werden sollen, zur Zeit der Festwochen dem Arrangement ihrer Auslagen besondere Sorgfalt zuzuwenden. Insbesondere sollen am Abend der Eröffnung der Festwochen, an diesem Samstag, die Auslagen der Geschäfte in den Hauptstrassen und in der Inneren Stadt beleuchtet bleiben.

Das Organ des Oesterreichischen Photohändlerverbandes bringt einen Aufruf, durch welchen die Mitglieder dieses Verbandes aufgefordert werden, die Werbebriefe, die bei der Fremdenverkehrskommission kostenlos in jeder beliebigen Anzahl erhältlich sind, nicht nur an ihre Verwandten und Freunde, sondern auch an ihre Lieferanten und Kunden zu verschicken.

Der Bund Oesterreichischer Schaufensterdekorateure im Verband Oesterreichischer Reklamefachleute, hat beschlossen, seine Mitglieder zu veranlassen, die Schaufenster in der Zeit der Festwochen in ganz besonders feierlicher Aufmachung zu dekorieren.

Der Verband der unpolitischen Lebensmittelhändler hat beschlossen, seine Mitglieder aufzufordern, an ihre auswärtigen Freunde die Werbebriefe der Fremdenverkehrskommission in grösserer Anzahl zu versenden.

Festfilm des Zentral-Krippenvereines. Vom 3. bis 9. Juni wird im Löwenkiné der Festfilm des Zentral-Krippenvereines gespielt. Professor Dr. Sostarie wird vor jeder Vorführung Flügelhorn-Konzerte veranstalten. Der Reinertrag fließt dem Zentral-Krippenverein zu.

Wien, Freitag, den 3. Juni 1927.

Autobusnachtverkehr. Anlässlich der Wiener Festwochen werden vom 4. bis einschliesslich 19. Juni ab Grinzing Autobusse in die Innere Stadt mit Anschluss an die übrigen Nachtlinien geführt. Die Wagen werden von 1 Uhr nachts bis $\frac{1}{2}$ 4 Uhr früh in Abständen von je dreissig Minuten verkehren. Die Strecke Grinzing Stefansplatz wird in vier Teile zerlegt; Fahrpreis für eine Teilstrecke zwanzig Groschen.

Autobusfirmungsverkehr. Am Pfingstsonntag und am Pfingstmontag werden für die Firmlinge von 8 bis 11 Uhr und von 13 bis 16 Uhr Autobusse vom Stefansplatz zum Praterstern geführt. Der Fahrpreis ist einheitlich vierzig Groschen für Erwachsene und Kinder.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 3. Juni 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung und teilt mit, dass der Wiener Gemeinderat in den nächsten Wochen zweimal wöchentlich tagen wird.

Als erster Referent beantragt Professor Dr. Tandler einen Sachkredit von 40.000 Schilling für die Instandsetzung des Schlosses Wilhelminenberg zu einem städtischen Kinderheim. Bisher hatte die Gemeinde Wien zwei Kinderheime zur Verfügung. Es waren dies das Kinderheim Grinzing, das nicht mehr in Betrieb ist und das Kinderheim Tivoli, das zwar noch in Betrieb ist. Es ist ein Barackenlager, das für den Zweck einer Kinderherberge nun nicht mehr verwandbar ist. Es soll aufgelassen werden und die Kinder nun, bevor sie einen endgültigen Pflegeplatz zugewiesen werden, im Kinderheim Schloss Wilhelminenberg untergebracht werden.

Herrn Dr. Motzko (E.L.) begrüsst die Umwandlung des Schlosses Wilhelminenberg in ein Kinderheim. Soll jedoch die Fürsorge durchaus intensiv und extensiv sein, ist dazu die gesamte Fürsorge nötig und nicht nur die in den städtischen und sozialistischen Anstalten. Für die Fürsorge muss herangezogen werden, was sich als brauchbare Fürsorge ausnutzen lässt. Von 141 Kindergärten in Berlin sind nur 13 städtische Anstalten. Von 132 Horten ebenfalls nur 13 städtische Anstalten. Von 29 Tagesheimen nur 14 städtische Anstalten. Berlin sieht eben die private Fürsorge intensiv heran und unterstützt sie mit Zuschüssen für die Gehälter und mit Pauschalbeträgen für Miete und Beleuchtung. Die Wiener Gemeindeverwaltung zieht aber nur sozialistische Einrichtungen zur Mitarbeit heran. So werden der Bereitschaft, den Kinderfreunden und sogar der Humanitas Kinder in Pflege übergeben. Eine grosse Gruppe von Anstalten werden links liegen gelassen und das sind die Anstalten der Caritas, die über 64 Kindergärten, über 81 Tagesheime, über 36 Schulen und 51 Internaten verfügt. Gerade die Charitasanstalten sind heute die besten und billigsten Anstalten. Während die städtische Fürsorge pro Kind täglich 5 S 30 Groschen, die anderen Anstalten 3 S aufwenden, genügt in den Charitasanstalten der Betrag von zwei Schilling, ohne dass dadurch die Fürsorgezwecke in irgendeiner Weise eingeschränkt werden. Die Fürsorge der Wiener Gemeindeverwaltung ist keine richtige Fürsorge. Geben Sie Ihre feindselige Haltung gegen die Caritas auf, und dann wird man erst von einer richtigen Fürsorgepolitik sprechen können.

Zu den Ausführungen der Frau Gemeinderätin Motzko bemerkt Stadtrat Professor Tandler in seinem Schlusswort, dass er ein Feind der Unterbringung von Kindern in Anstalten sei, weil die Art der Erziehung und der geistigen Einstellung die Kinder minder resistenzfähig mache. Derzeit

hat das Wiener Jugendheim 12.000 Kinder bei den eigenen Eltern in Pflege und dreitausend Kinder bei Pflegeparteien. Das ist selbstverständlich besser als eine Massenunterbringung. Auch sind die Kinder bei den Pflegeeltern viel weniger Infektionskrankheiten ausgesetzt als in Anstalten. Daher ist es das Beste, so viel Kinder als möglich in Einzelpflege zu geben.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Nun referiert Stadtrat Professor Dr. Tandler über die unentgeltliche Abgabe von Säuglingswäsche an Frauen, die nach Wien zuständig und in Wien wohnhaft sind. Die Kosten hierfür betragen 555.000 Schilling. Die Feststellung des Inventars sowie der Bedingungen hat der Ausschuss für Wohlfahrts-einrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen bereits am 23. Februar d. J. prinzipiell genehmigt. Die Aktion ist besonders im Interesse der Aufzuchtspolitik wichtig und sie ist auch eine Erziehungsaktion, weil die Frauen mit der Übernahme der Säuglingswäsche auch die Verpflichtung zur Reinlichkeit übernehmen, die besonders für die Säuglinge von grösster Bedeutung ist. Die Vermögensverhältnisse der Mutter spielen selbstverständlich gar keine Rolle, weil sie mit einer Verallgemeinerung einer zielstrebigen Aufzucht gar nichts zu tun haben.

G.R. Müller (E.L.) stellt fest, dass die rote Farbe an den Schachteln in denen die Säuglingswäsche verpackt ist, ausgeht und die einzelnen Stücke beschmutzt. Dem Referenten werde freilich diese Farbe am liebsten sein, weil die Leute glauben sollen, dass sie die roten Schachteln von der roten Gemeindeverwaltung bekommen. Am besten wäre die Anfertigung von Holzschachteln, die gewiss etwas mehr Kosten verursachen, aber dauerhafter sind. Die Bestimmung, dass nur nach Wien zuständige Mütter die Säuglingswäsche erhalten, birgt in sich eine gewisse Härte. Es gibt tausende Gemeindeangestellte, die wegen der Wohnungsnot ausserhalb Wiens wohnen und deshalb die Säuglingswäsche nicht bekommen können. Hier könnte gewiss eine Aenderung erfolgen (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Preyer (E.L.) begrüsst es, dass bedürftige Frauen die Säuglingswäsche bekommen. Es wird aber bei dieser Aktion kein Unterschied gemacht, ob die Mütter bedürftig sind oder nicht. Das bringt es mit sich, dass auch viele wohlhabende Mütter um die Wäsche ansuchen. Es ist deshalb keine Wohlfahrtsaktion, sondern eine parteipolitische Angelegenheit, die ja auch kurze Zeit vor den Wahlen gemacht wurde. Im Volksmund spricht man ja unumwunden von den Wahlwindeln. Es wird auch hier mit der Zeit so werden, wie mit den Lernmitteln in der Schule.

Die roten Schachteln mit der Säuglingswäsche werden von Abgesandten des Bürgermeisters den Müttern in die Wohnung gebracht. Mit dem Glückwunsch des Bürgermeisters wird gleichzeitig die sozialdemokratische Partei bestens empfohlen. Das ist nicht das, was den Charakter einer Wohlfahrtsaktion trägt. Auf der anderen Seite wird gespart. Insbesondere bei den Erhaltungsbeträgen knausert die Mehrheit. Hier wird aber mit den Steuergeldern Parteipolitik betrieben. Dagegen müssen wir unsere Stimmen erheben. Es ist nicht die Aufgabe der Gemeinde für die Reichen zu sorgen. Der Redner beantragt, dass die Säuglingswäsche nur nach Wien zuständige und bedürftige Mütter erhalten sollen (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Dr. Motzko (E.L.) erklärt, dass schon vor dem Krieg die katholische Frauenorganisation an bedürftige Mütter sogenannte Wochenkörbe leihweise für mehrere Monate ausgegeben hat. Es ist also keineswegs eine neue Tat, die von der Gemeindeverwaltung jetzt gemacht wurde. Leider hat die Aktion der katholischen Frauenorganisation von der Gemeinde nicht die geringste Förderung erfahren. An und für sich ist die Aktion der Gemeinde eine wertvolle Sache. Freilich haben wir bis heute noch keinen Ueberblick, was Sie damit meinen. Bei der Beratung im Stadtsenat waren Sie selbst nicht darüber einig, ob es sich um eine Wohlfahrtsaktion oder um eine allgemeine Gab-

handelt. Wie es nun den Anschein hat, haben Sie sich für das letztere entschieden. Aber solange Sie in der offenen Familienfürsorge zurückbleiben, haben Sie nicht das Recht etwas zu verschenken. Wird doch heute noch der Erlass gehandhabt, der bestimmt, dass Eltern mit vier bis fünf Kindern nur bis fünfzig Schilling monatlich Erhaltungsbeitrag bekommen dürfen. Nur in manchen Fällen von besonderer Not wird über diese Maximalgrenzen hinausgegangen, demgegenüber stehen aber viele Fälle, wo Mütter mit vier bis fünf Kindern viel weniger bekommen. Solange Sie so viele Mütter hungern lassen, solange hat die Gemeinde kein Recht, den Menschen etwas zu schenken, die es nicht notwendig haben. Sie versuchen jetzt scheinbar den Familiengedanken und das Muttergewissen wieder zu beleben, weil beides durch Ihre Organisationen zerstört wurde. Aber mit dieser Aktion, die wahllos gibt, werden Sie dies nicht erreichen (Beifall bei der Minderheit).

G. Rtin. Bock (soz. dem.) sagt, dass diese Fürsorge, die bei den Frauen Wiens so viele Zustimmung gefunden hat, von der Minderheit mit eigentümlichen Mitteln angeknüpft werde. Heute ist man sogar so weit gegangen, dass man die Frauen, die sich in den Dienst der Sache gestellt haben, einer parteipolitischen Propaganda beschuldigt. Freilich, es ist nicht das erste Mal, dass von dieser Seite Frauen verdächtigt wurden. Wir wären nur dankbar, wenn uns der Herr Preyer für seine Beschuldigung auch den Beweis erbringen würde. Er ist ihm aber schuldig geblieben. Eine christlichsoziale Bezirksrätin hat in einer Versammlung auf der Wieden kurz vor den Wahlen erklärt, dass sie sich die Windeln nicht schenken lässt, weil sie nicht in einer Bettlerstadt leben will. Wir stellen fest, dass die Mütter, die von der Gemeinde diese Gabe erhalten, gar nicht das Gefühl des Beschenktwerdens haben, sondern schon wissen, dass das Gemeinwesen eben gewisse Aufgaben zu erfüllen hat (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). In Ihren Reden, aber auch Ihre Flugblätter, in denen Sie den Müttern erzählen, dass die aus der Schule austretenden Mädchen ohne jeden sittlichen Halt sind, ja dass die Glöckelschule vierzehnjährige Dirnen hervorbringt, sind für uns die beste Propaganda. Wir haben den Müttern, deren Kinder so beschimpft wurden, in den Versammlungen das erzählt und der Erfolg hat sich am 24. April eingestellt.

G. R. Stöger (E. L.) Das ist ein Dreh! Mieterschutz und Wahlschwindel!

G. R. Thaller (soz. dem.): Auf der Wieden haben wir fünfzig Prozent Stimmenzuwachs!

G. R. Jenschik (soz. dem.): Das nächste Mal wird der Herr Stöger nicht mehr gewählt!

G. Rtin. Bock: Vom Wahlschwindel sollten Sie nicht sprechen. Wir haben am 24. April vierzigtausend Frauenstimmen mehr gehabt als Männerstimmen. Sie haben heute nur deshalb mehr Frauenstimmen als Männerstimmen, weil Sie Politik und Religion in einer Weise verquicken, die die Frauen noch nicht unterscheiden können. Unter Professor Tandler wurde in Wien ein Fürsorgewesen eingerichtet, das einzig in der Welt dasteht. Wir werden noch mehr als bisher in die Familie eindringen und hoffen alle Mütter zu erfassen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

G. R. Panosch (E. L.) erklärt, dass das sozialistische Programm die Zerstörung des Familienlebens vorsieht. Die Frau Gemeinderätin Bock hat gesagt, Sie wollen noch mehr ins Familienleben eingreifen. Unsere Vermutung wird daher richtig sein, dass Sie alles für Parteizwecke ausnützen wollen. Wir haben gegen die sogenannten Wahlwindeln/einzuwenden, aber daran müssen wir Kritik üben, dass Sie sie arm und reich geben. Vom Standpunkt eines Gewerbetreibenden muss ich nun sagen, dass die Säuglingswäscheaktion einen kolossalen Ausfall für das Gewerbe bedeutet. Sie besorgen sich die Wäsche von Grosshändlern und die kleinen Leute fallen um. Wir sind der Ansicht

dass die Säuglingswäsche nur Bedürftigen gegeben werden soll und das umso mehr, als im Versatzamt schon viele versetzte Wäschepakete liegen. (Beifall)

G. Rtin. Dr. Motzko (E. L.) stellt fest, dass die Säuglingswäscheaktion nicht im Wesen sondern in der Auffassung bekämpft wird. Sie nimmt dann in längeren Ausführungen zu der Rede der Gemeinderätin Bock Stellung und sagt weiters: Sie sagen, dass Religion Privatsache ist. Die Handlungen der Gemeindeverwaltung aber beweisen dass dies nur ein Schlagwort ist. Sie zerstören die sittlich-religiöse Auffassung und das ist ja begreiflich, weil Sie sich doch schon als westlichen Exponenten des russischen Marxismus bezeichnet haben. (Beifall bei der Minderheit, Gelächter bei den Sozialdemokraten). Sie haben auch das Bestreben, in die öffentlichen Schulen den Kinderfreundegeist hineinzutragen, in dem Sie Elternvereine ganzer Schulen den Kinderfreunden beitreten lassen. Der Geist der Kinderfreunde ist bei den Kindersügen bei der Malfest zu sehen. Wenn man da gewisse Lieder hört, die die Kinder singen, so versteht man nicht, dass Sie den Mut haben, zu sagen, dass das nicht sinnliche Verrohung ist. (Beifall bei der Minderheit, Entrüstung bei den Sozialdemokraten. Lärm). Gemeinderätin Bock: Sagen Sie das den Müttern! G. R. Hofbauer: Untersuchen Sie die Vorgänge im Melker Stift und dann reden Sie von sittlicher Verrohung!

G. Rtin. Motzko: fortgehend: Der Abend hat schon mehr auf dem Gewissen als die Melker Angelegenheit.

Ich unterschreibe die Ansicht der Frau Wolfring, die gesagt hat, sie will in keiner Bettelstadt leben (G. R. Hofbauer: Das ist Protzertum der Besitzenden!) Die Frau Fürsorgerätin Wolfring hat ein hartes Leben hinter sich und lebt jetzt noch in bitteren Verhältnissen. Ihr Mann ist infolge Ihrer unseeligen Steuerpolitik zugrunde gegangen. Da muss man schon sagen: Geben Sie den Wienern endlich Arbeit und Brot, damit sie nicht betteln gehen müssen. (Beifall bei der Minderheit). Die Frau Wolfring ist jene Frau, Herr Stadtrat Professor Tandler, die von Ihren Leuten eine Gebührensache beschimpft wurde. Das, Herr Stadtrat, ist die Antwort Ihrer Leute auf Ihre Bemühungen in der Aufsichtspolitik.

In seinem Schlusswort erklärt Professor Tandler, dass die Beschränkung der Säuglingswäscheaktion auf Bedürftige der Kardinalpunkt der Frage ist. Wir lehnen das ab, denn wir wollen nicht, dass die Fürsorgeaktion eine Armeleutsaktion wird. In der Aufsichtsprage muss dies auf jeden Fall eliminiert werden. Für die Mütter soll die Säuglingswäsche keine Unterstützung sein, sondern ein Kompliment, weil sie ein Kind geboren hat. Wir wollen der Mutter die Hochachtung der Gesellschaft ausdrücken, der Mutter, der Gebährerin eines neuen Menschen. Diese Hochachtung der Mutter ist uralte, sie ist älter als alle heutigen Religionen überhaupt. Originell aber an unserer Kinderwäscheaktion ist (Stadtrat Rummelhardt: Dass sie vor den Wahlen gemacht wurde!) dass wir der Mutter die Hochachtung pflichtgemäß bezeugen.

Sie sagen immer, dass es ein integrierender Bestandteil unseres Programmes ist, die Familie zu sprengen. (Lärm bei der Minderheit). Sie behaupten, dass Sie die Erhalter der Familien sind und wir die Zerstörer. Welche Beweise haben Sie dafür, dass dies so ist? Sehen Sie sich die Wohnbauten an, die alle nur der Erhaltung der Familie dienen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten, Lärm bei der Minderheit). Sie mögen spotten, so viel Sie wollen. Aber Sie müssen mir zugeben, dass das Herausreißen von Familien aus dem Elend, aus dumpfen Löchern in lichte und sonnige Wohnungen auch Erhaltung von Familien ist. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten).

Wir verlangen von jeder Mutter, dass sie persönlich ins Jugendamt komme, dass sie dort ihre Schwangerschaft zugibt und auf die Säuglingswäsche Anspruch erhebt. Wenn eine Frau die Heiligkeit ihres Zustandes für ein Wäschepaket hergibt, dann täten wir ein grosses Unrecht, sie von der Aktion auszunehmen. Sie sagen auch, dass wir die Säuglingswäsche an Wohlhabende geben. Diese Wohlhabende sind Beamte, für die ein Familienzuwachs eine finanzielle Katastrophe ist. Für unsere Aktionen haben wir im Ausland eine sehr grosse Anerkennung gefunden. Die Eheberatungsstelle wurde seinerzeit viel verlacht und verspottet. Am 12. Juli ist in Berlin eine grosse Tagung der deutschen Eheberater. Heute gibt es in Deutschland nicht weniger als siebenzig Eheberatungsstellen. Wegen unserer Säuglingswäsche kommen an uns Briefe von Deutschland, von England, von der Tschechoslowakei usw. Alle Fragen wie wir das machen; denn sie wollen es auch nachmachen.

Wir schützen den Muttergedanken. Bleiben Sie dort wo sie sind, und propagieren Sie die Hebung des Muttergedankens durch das Wort, aber gestatten Sie uns, dass wir es durch die Tat tun. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten).

Die Vorlage wird sodann angenommen und der Zusatzantrag des Gemeinderates Preyer abgelehnt.

St. R. Siegel referiert über die Errichtung von Kinderfreibädern im Augarten im Simmeringerpark, auf dem Vogelweidplatz, auf dem Kongressplatz und auf dem Lorenz Bayerplatz. Die ersten vier Bäder erfordern 360.000 Schilling und das Bad auf dem Lorenz Bayerplatz 90.000 Schilling. Die Gemeindeverwaltung betreibt jetzt acht Kinderfreibäder, die von nicht weniger als 632.175 Kindern besucht wurden. Die Gemeinde wird die Errichtung von Kinderfreibädern fortsetzen. Das Simmeringer Kinderfreibad und das Bad auf dem Lorenz Bayerplatz wird Ende dieses Monats eröffnet werden und die anderen kurze Zeit nachher.

G. R. Doppler (E. L.) erklärt, dass seine Partei der Errichtung von Kinderfreibädern selbstverständlich seine Zustimmung gibt. Er bringt einige Wünsche bezüglich des Bades auf dem Lorenz Bayerplatz vor, insbesondere sei der Platz dort zu belebt. Ein schwerer Uebergreif sei auch festzustellen bezüglich der verfassungsmässigen Behandlung der Vorlage. Die Arbeit ist bereits weit vorgeschritten und erst heute kommt der Antrag in den Gemeinderat. Man könne deshalb bei dieser Vorlage von einem Bruch der Verfassung und des Gelöbnisses reden.

St. R. Siegel: Ich habe doch gesagt, dass die Vorlage bereits vom Bürgermeister auf Grund des § 96 der Verfassung genehmigt wurde und der Gemeinderat nachträglich um die Genehmigung ersucht wird.

GR. Doppler: Aber davon steht nichts in der Vorlage und gegen diese Methode müssen wir uns ganz energisch verwahren. Der Gemeinderat macht sich doch nur lächerlich und wir sind doch keine Wurstel. Diese Geheimwissenschaft der Referenten muss endlich aufhören. Gewöhnen Sie sich das ab, denn es liegt Methode in der Sache. Wir verbieten das ein für allemal und wünschen eine anständige Behandlung. (Beifall bei der Minderheit).

St. R. Siegel: Diese Aufregung ist absolut nicht am Platz. Es liegt ein Versehen der Kanzlei vor, weil vergessen wurde, anzuführen, dass das

Stück auf Grund des § 96 genehmigt wurde. Sicherlich gibt das keinem Gemeinderat das Recht von einem Verfassungsbruch zu reden. Mit Freude müssen wir auch feststellen, dass die Minderheit heute ihre prinzipielle Zustimmung zur Errichtung der Kinderfreibäder gegeben hat. Das war nicht immer so und erst im vergangenen Jahr hat die Bezirksvertretung Döbling, in der die Parteien, die heute in der Einheitsliste vereinigt sind, die Mehrheit hatten, die Sperre des Kinderfreibades im Türkenschanzpark aus Gründen der Sittlichkeit verlangt. Wenn nun die Einheitsliste einer anderen Meinung, nämlich einer vernünftigen, geworden ist, so kann man das nur begrüssen. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Errichtung der Kinderfreibäder wird einstimmig genehmigt.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt den Ausbau der städtischen Gaswerke Simmering und Leopoldau. Es werden maschinelle Anlagen, durch die die Leistungsfähigkeit der beiden Werke stark gesteigert wird, mit einem Kostenaufwand von rund 5,3 Millionen Schilling, errichtet. Die Vergrösserung ist notwendig, weil die Zahl der Konsumenten unablässig wächst. Im Jahre 1919 wurden 170.000 Gasabnehmer festgestellt, heute sind es mehr als 400.000. Die Ausgaben werden durch einen Bankkredit gedeckt.

GR. Scholz (E. L.) begrüsst die Vorlage, weil dadurch gewiss eine Linderung der Arbeitslosigkeit erzielt wird. Er bespricht dann ausführlich die in den Jahren 1921 und 1922 eingehobenen Vorauszahlungen und verlangt, dass die Gaswerke den Konsumenten diese Beträge in Natura zurückerstatten. Es müsse dies nicht auf einmal geschehen, gewiss aber wäre es stufenweise ohne weiteres möglich.

GR. Zimmerl (E. L.) bemängelt, dass die Vorlage, die den Gemeinderäten gegeben wurde, unzulänglich ist. Die Ausgabe wird wieder durch den Bankkredit gedeckt. In der letzten Sitzung, wurde uns erzählt, dass die Bankkredite mit der Erwerbssteuer nichts zu tun hätten. Jahrelang hat nämlich Stadtrat Breitner den Unternehmungen aus städtischen Mitteln die Gelder zur Verfügung gestellt. Dann wurde plötzlich der Bankkredit durch einen Erlass verfügt, weil man mit der Erwerbssteuer in Schwierigkeiten kam.

Unserer Meinung nach sind die Bankkredite nur vorgetäuschte Kredite. (Beifall bei der Minderheit). Bei den Gas- und Elektrizitätswerken sind nämlich die Gewinne so hoch, dass ganz gewaltige Investitionen aus Betriebsmitteln gemacht werden. Bei der Strassenbahn ist es umgekehrt, da werden ganz kleine Ausgaben, wie der Ankauf einer Schreibmaschine auf Bankkredite verwiesen. Da können Sie von uns nicht verlangen, dass wir uns in der Kritik der städtischen Unternehmungen auf einer einheitlichen Linie bewegen sollen. Es wäre denn, dass wir einen neuen geometrischen Betrieb konstruieren, nämlich die Emmerling-Linie (Heiterkeit und Beifall bei der Minderheit). Wenn in der letzten Sitzung uns vorgeworfen wurde, dass wir für die kapitalistische und Sie für die sozialistische Wirtschaftsführung sind, so ist das ein grosser Irrtum. Was Sie hier eingerichtet haben, ist eine raffinierte Finanzpolitik, die den Boden für die spätere Einführung einer sozialistischen Wirtschaft ebnet. Dies geschieht jetzt zum Schaden der Unternehmer und Arbeiter. Es ist das, was wir als den Austromarxismus bezeichnen. Schliesslich beantragt Gemeinderat Zimmerl, dass die Vorauszahlungen in Natura zurückzusahlen sind und der amtsführende Stadtrat dem Gemeinderat in kürzester Zeit über die Durchführung zu berichten hat.

Vizebürgermeister Emmerling erwidert, dass die Vorauszahlungen durch keine Wiener Erscheinung sind. Auch in Berlin hat man die Vorauszahlungen in der Inflation eingehoben. Es war eben eine Art Beschaffung von Betriebskapital. Zwingt man die Unternehmungen die Vorauszahlungen zurückzusahlen, dann müssen sie Bankkredite aufnehmen, die natügemäss wieder nur die Konsumenten belasten würden. Der Staat verlangt ja heute noch von den Telefonabonnenten für ein halbes Jahr Vorauszahlung. Für die Gas- und Stromkonsumenten wäre durch die Rückzahlung der Vorauszahlungen finanziell gar nichts geleistet, weil dann die Tarife erhöht werden müssten. Was die Erwerbssteuer anlangt, so haben die Unternehmungen noch gar keine Verschreibung erhalten. Es ist aber selbstverständlich, dass die Gas- und Elektrizitätswerke, die mit Ueberschüssen arbeiten, gewisse Ausgaben auf Betriebsmittel buchen. Die Strassenbahn weist einen Abgang aus, hat daher keine Betriebsmittel und muss jede Ausgabe auf den Bankkredit verweisen. Wir verzichten bei den Unternehmungen auf jeden Reingewinn, was dazu geführt hat, dass Wien den billigsten Gas- und Strompreis und den billigsten Strassenbahntarif in ganz Europa hat. Diese Art von Wirtschaftsführung hat am 24. April bei den Wiener Wählern auch das richtige Verständnis gefunden. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Vorlage wird einstimmig angenommen. Der Antrag Zimmerl abgelehnt.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt die Erweiterung der Reini-
geranlage im Gaswerk Leopoldau. Die Kosten betragen 300.000 Schilling.

Die Vorlage wird ohne Debatte genehmigt.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet über die Ausgestaltung der
Wassergasanlage im Simmeringer Gaswerk. Die Kosten betragen 170.000 Schil-
ling und werden auf Betriebsmitteln verwiesen.

G.R. Schelz bemängelt, dass diese Ausgabe auf Betriebsmitteln ver-
wiesen wird. Es handelt sich um eine neue Kesselanlage, den nach um eine
wertvermehrende Investition, die auf Bankkredit zu verweisen sei.

Vizebürgermeister Emmerling entgegnet, dass die alte Anlage be-
lassen werden könnte. Die Fortschritte der Technik sprechen aber für die
Errichtung einer neuen Anlage, die billiger arbeitet. Es sei also hier eine
Anschaffung, die zum normalen Betrieb gehört und deshalb aus Betriebsmittel
gedeckt werden muss.

Der Antrag wird angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt für die Erweiterung der
Naphtalinwäscheranlage im Gaswerk Leopoldau die Gewährung eines Sachkre-
dites von zweihunderttausend Schilling. Dieser Kredit soll von der Bank
genommen werden.

G.R. Schelz wünscht, dass mit dem Bauauftrag eine einschlägige
Industrie betraut werde. Es ist schon vorgekommen, dass man sich sogenann-
ter Deckmänner bedient habe. Im Gaswerk Simmering wurde einmal der Bau
einer Anlage einem italienischen Döschgräber übertragen.

Der Redner stellt dann an den Referenten die Anfrage ob die Arbeiten der
Naphtalinwäscheranlage öffentlich ausgeschrieben werden oder ob ein be-
schränktes Offertanbot besteht.

G.R. Doppler (E.L.) bringt dann die Ablehnung eines Offertes der
Firma Warchalowsky zur Sprache. Es wurden die Arbeiten für das Sud-
werk des städtischen Brauhauses vergeben. Die Firma Warchalowsky hat nun
um einen Abbau von Arbeitern und Angestellten hinten zu halten, ein sehr
billiges Offert gestellt. Darauf wurde auch Nationalrat Domek aufmerksam
gemacht. Trotz der Gefahr, dass im Falle einer Ablehnung ihres Offertes
die Firma Warchalowsky gegen siebzig Arbeiter und dreissig Angestellte
entlassen müsste, wurde diese grosse Bestellung an eine Münchener Firma
vergeben. Man hat erfahren, dass die Ablehnung eine Art Strafe dafür sein
soll, dass gegen neunzig Prozent der Arbeiter kommunistisch gesinnt seien
und sich die Angestellten für die Kollegialität entschieden haben. Deshalb
soll das Angebot der Firma Warchalowsky abgelehnt worden sein. Tatsache
ist, dass die Firma Warchalowsky nun bei der industriellen Bezirkskommissio-
um die Bewilligung des Abbaues von zweihundert Arbeitern angesucht hat
und diese Woche bereits dreissig Arbeiter abgebaut werden. Wie liegen nun
die Dinge? Sollte wirklich aus dem gesagten Grund das Angebot der Firma
Warchalowsky abgelehnt worden sein, so wäre diese Tatsache fürchterlich
und kein Wort wäre zu scharf, um sie zu kennzeichnen.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt in seinem Schlusswort bezüglich
der Firma Warchalowsky, dass sich die Dinge nicht so ver-
halten, wie sie Herr Gemeinderat Doppler geschildert hat. Um die Vergabe
der Arbeit im städtischen Brauhaus bewarben sich die Firmen Warchalowsky
und Dolensky. Als ausführende Firma hatte Warchalowsky die Firma Ziemann
und die Firma Dolensky die Münchener Firma Glöggel angegeben. Das Offert

der Firma Warchalowsky war auch bedeutend teurer als das andere. Es wurde
die Arbeit der Firma Dolensky übertragen und zwar hauptsächlich aus dem
Grunde, weil für die Anlage selbst die als erstklassig bekannte Firma
Glöggel haftet. Ueberdies wurde auch in dem Vertrag die Bestimmung die Be-
stimmung, dass alle Bestandteile in Wien gemacht werden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling referiert dann weiters über die Be-
schaffung von siebentausend Gasmessern, wofür ein Sachkredit von 600.000
Schilling notwendig ist. Die Zahl der Konsumenten der städtischen Wiener
Gaswerke nimmt durchschnittlich im Monat um dreitausend zu. Bisher hat der
Gemeinderat bereits schon die Beschaffung von 21.000 Gasmessern beschlos-
sen, und um den Anforderungen weiter entsprechen zu können, ist nun die Be-
schaffung von weiteren 7.000 Schilling notwendig.

G.R. Holoubek (E.L.) wünscht ziffermässige Darstellungen darüber,
wie sich die Gemeindelieferung auf die Linderung der Arbeitslosigkeit aus-
wirken. Er spricht dann über die Unfälle, die durch das Gas entstehen
und verlangt, dass die Bevölkerung darüber entsprechend beruhigt werden
solle. Er stellt dann weiters den Antrag, jenen Abnehmern, die das Gas
zu Nutz und Geschäftszwecken verwenden, einen zehnprozentigen Nachlass
zu gewähren, und jenen Abnehmern, die öffentlich unterstützt werden, wie
Arbeitslose, Kleinrentner u.s.w. einen fünfzehnprozentigen Nachlass zu
gewähren.

In seinem Schlusswort erklärt Vizebürgermeister Emmerling,
dass über die Vorsicht, die bei der Gasverwendung zu üben ist, entspre-
chende Vorschriften an die Konsumenten hinausgegeben werden. Die Menschen
gehen mit Gas viel zu sorglos um und daher kommt es auch zu den Unfäl-
len verschiedenster Art. Es besteht fernerhin auch die Absicht, sämtliche
Anlagen einer Prüfung zu unterziehen. Konsumenten, die Gas für gewerbli-
che Zwecke verwenden, erhalten sowieso schon namhafte Preisnachlässe,
die sich der Menge des Verbrauches richten. Um auf den Gaspreis zurück-
zukommen, sei nur bemerkt, dass 30 Kubikmeter Gas in Berlin acht S
84 Groschen kosten, während der Preis für dieselbe Menge in Wien nur
5 S 70 Groschen ohne die Rente für den Gasmesser ausmacht, die in Berlin
noch gezahlt werden muss.

Der Antrag wird angenommen und der Antrag Holoubek der ge-
schäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt den Bau einer zwei-
ten Wagenhalle im Bahnhof Floridsdorf. Die Halle wird achtzig Wagen fas-
sen. Die Kosten betragen voraussichtlich 902.000 Schilling.

Vizebürgermeister Hoss: ersucht um Einmündung der 32er Li-
nie in die 3ler Linie zur Verbesserung des Verkehres nach Floridsdorf
und weiters wünscht er die Führung der Linie O nach Floridsdorf.

Vizebürgermeister Emmerling erklärt, dass bereits für den
Verkehr nach Floridsdorf kurze Wagentabstände eingeführt wurden und über-
dies die Absicht besteht, die Linie 11 direkt hinauszuführen.

Der Antrag wird angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt die Ergänzung des
Gemeinderatsbeschlusses vom 30. September 1921, betreffend den Zweck der
städtischen Ankündigungsunternehmen, dahin, dass der Ankündigungsunter-
nehmung auch die Unterstützung der zuständigen magistratischen Dienst-
stellen bei der Behandlung platzpflichtiger Gegenstände zukommt.

GR. Kunschak (E.L.) erklärt, dass sich nun heute die erste und seltene Gelegenheit bietet, über das Plakatierungsrecht in Wien zu sprechen. Sie haben auch über den 24. April hier gesprochen. Das ist ein leichtfertiges Spiel, denn Sie jonglieren mit einer optischen Täuschung. Es ist hier schon oft darauf verwiesen worden, was für Wahlschwindel getrieben worden sind. Da haben wir einmal die Ausfertigung der Wahllisten, die einen Missbrauch der Amtsgewalt darstellt. Den gleichen Vorgang konnten wir nun auch bei der Wipag beobachten. Als Sie seinerzeit als Genossenschaft gegründet wurde, haben wir der Gründung keine Schwierigkeiten bereitet. Wir haben Sie eben damals noch höher eingeschätzt. Wir haben erwartet, dass die Wipag ihre Geschäfte im Interesse der Gemeindeverwaltung und der Allgemeinheit führen werde. Die Wipag hat sich aber eine Praxis zurechtgelegt, die unerhört ist. Durch ein Staatsgrundgesetz ist in unserer Republik jede Zensur aufgehoben. Wir haben die volle Pressefreiheit, wir haben keine Theaterzensur, die Theater können sich in der wildesten Nacktkultur ausleben, wir haben auch keine Kinozensur und in den Kinos kann sogar auch die Republik verhöhnt werden. Wir haben geglaubt, dass gerade die Sozialdemokraten die Aufhebung jeder Zensur peinlichst beobachten werden. Die Theorie und Praxis ist aber verschieden und das trifft auch gegenüber der gesetzlich geschützten Pressfreiheit zu. Sie haben die Wipag auf eine parteimässige Einstellung gebracht. Ein Plakat, das Ihnen nicht in den Kram passt, durfte und darf nicht angeschlagen werden. Das ist nicht nur den Christlichsozialen widerfahren, sie haben auch den Fackel-Kraus nicht angeschlagen und Nationalsozialistische Plakate. Ich möchte nur wissen, wo da der Pressestaatsanwalt sitzt. Entweder sitzt er im Büro der Wipag oder in der Kanzlei des Herrn amtsführenden Stadtrates der Verwaltungsgruppe acht.

G.R. Kunschak: Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein städtischer Beamter aus eigenem Entschluss heraus die Kühnheit hätte, sich eine Zensur zu erlauben.

G.R. Zimmerl: Der Oberstaatsanwalt!

G.R. Kunschak: Die Wipag hat von vornherein schon den überwiegenden Teil der Anschlagflächen der sozialdemokratischen Partei überwiesen. Man hat dann allerdings auch der christlichsozialen Partei für einige Tage ein paar Platzlein eingeräumt. Nach einem Bericht der Sozialdemokraten wurden 65.000 Plakate angeschlagen. Wir haben nur fünf Plakate anbringen dürfen. Das erste Plakat wurde an einem Mittwoch an die Wipag geliefert. Donnerstag war es noch nicht angeschlagen, Freitag ebenfalls nicht, Samstag wurde ein kleiner Teil angeschlagen, Montag wieder ein kleiner Teil und Dienstag ebenfalls. Am Mittwoch hat man uns dann einen Teil zurückgegeben, weil angeblich kein Platz frei war. Das zweite Plakat und ein drittes Plakat erlitt dasselbe Schicksal. Vom vierten Plakat hat man uns den Anschlag von zweitausend Stück zugestanden, aber sofort vierhundert zurückgeschickt. Vom fünften Plakat hat man uns dreitausend Stück drei Tage vor der Wahl zurückgeschickt. Da ist auf einmal vor dem christlichsozialen Parteisekretariat ein Wagen erschienen und hat die Plakate gebracht! Man hat uns gesagt, unsere Plakate haben nicht das für die Plakatwände vorgeschriebene Format. Ich habe dann mit dem Masstab feststellen können, dass die sozialdemokratischen Plakate ganz genau denselben Umfang haben! Sie haben also den Amtsmissbrauch der Wipag, wie er hässlicher sich zu Gunsten der sozialdemokratischen Partei sich gar nicht besser auswirken konnte. Sie haben der Opposition die Möglichkeit genommen, gleichfalls mit Plakaten an die Öffentlichkeit heranzutreten. Das ist gemein er Amtsmissbrauch im Dienst der sozialdemokratischen Partei (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

Es sind aber auch in einzelnen Bezirken die christlichsozialen Plakate, kaum dass sie angeschlagen waren, wieder überklebt worden. Ich konnte das genau beobachten, weil die Wipag neben meinem Wohnhaus ihre Räume hat. Nicht fremde Leute haben das getan, sondern es ist mit dem Amtsapparat der Wipag geschehen. Wenn die Leute nachts ausmarschiert sind, dann waren am anderen Tage unsere Plakate überpickt. Man hat sich die Plakatierung bezahlen lassen und die Plakate schon am nächsten Tage überklebt. Aber es waren gar nicht die Wipagleute. Sie haben sich zwar gegenüber der Polizei als Leute von der Wipag legitimiert, aber wenn man jeden Tag die Menschen gesehen hat, so konnte man feststellen, dass dies ganz andere Personen gewesen sind. Waren es aber keine Angestellten der Wipag, wie konnte man dann den Apparat der Wipag diesen Leuten zur Verfügung stellen?

Es hat dann die christlichsoziale Partei eine Danksagung an die Wähler erlassen, in der der Satz vorkam: Beispielloser Wahlschwindel hat auch um den verdienten größeren Erfolg gebracht. In der Wipag hat man das Anschlagen des Plakates mit der Begründung verwehrt, dass mit dem Wahlschwindel doch nur der Magistrat abgehen kann (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Ich habe mich selbst mit dem Beamten der Wipag ins Einvernehmen gesetzt und er sagte mir, man kann doch nicht von einem städtischen Institut erwarten, dass es ein Plakat anschlägt, in dem der Magistrat beleidigt wird. Ich erklärte, dass das der Wipag einen Schmähe angebe, der Magistrat werde sich, wenn er beleidigt wird, schon selbst wehren. Ein Zensurrecht stehe der Wipag nicht zu. Ich sagte dem Beamten auch wie so er wissen könne, dass der Magistrat gemeint sei. Der Beamte erklärte: Na, wem können Sie denn meinen? Das ist doch ein unerhörter Skandal. Ich setzte mich dann telefonisch mit dem amtsführenden Stadtrat in Verbindung, der mir nahezu wörtlich dasselbe sagte, wie der Beamte. Entweder hat also Vizebürgermeister Emmerling dem Beamten den Auftrag gegeben, oder der Beamte hat den Vizebürgermeister informiert. Auch Vizebürgermeister Emmerling erklärte, da kann man nichts machen, wir lassen den Magistrat nicht beleidigen. Freilich das Plakat wurde trotzdem abgeschlagen. Wir haben in Wien viele Geschäftsleute, die es in die Auslage gehängt haben, es wurde auch wild plakatiert und wir haben einen Streifen oberhalb des Plakates anbringen lassen, der den Wortlaut hatte: Dieses Plakat wurde von der städtischen Plakatierungsanstalt nicht angeschlagen. Das was ich jetzt vorgetragen habe ist aber wahrlich ein solcher Skandal, dass Sie sich auch dann schämen müssten, wenn Sie sich nicht als eine freiheitliche Partei bezeichnen würden.

Sehr interessant ist auch die Preisfestsetzung bei der Wipag. Man hat uns nachträglich den Preis für die Plakatierung ermässigt, was aber nicht aus Liebe zu uns, sondern aus Liebe zur sozialdemokratischen Partei geschehen ist. Die hat ja das hundertfache der Flächen, die wir erhalten haben, von der Wipag bekommen und gewiss mehr als hunderttausend Schilling durch diesen Preisnachlass erspart. Zugunsten des sozialdemokratischen Wahlfonds hat man also diese Aktion unternommen. Das kann nicht als eine aufrechte Gebarung bezeichnet werden, sondern ist ein Skandal und eine Affenschande vor der ganzen Welt (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Die heutige Vorlage will der Wipag Begünstigungen zuweisen, aber alle Begünstigungen dieser Anstalt kommen nicht der Allgemeinheit zugute, sondern sind schliesslich nichts anderes als Instrumente im Dienste des bewussten und schamlosen Amtsmissbrauches (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Sechster Bogen.

GR. Haider (E.L.) nimmt ebenfalls zu der Angelegenheit der Wipag Stellung. Er beschäftigt sich mit den Anskriften, die Vizebürgermeister Emmerling im zuständigen Ausschuss gemacht hat. Vizebürgermeister Emmerling hat im Ausschuss erklärt, dass die Wipag der christlichsozialen Partei ohnedies einen grossen Teil der Ankündigungstafel zur Verfügung gestellt habe, aber das Parteisekretariat es nicht verstanden habe, die Abmachungen einzuhalten. Er hat auch gesagt, dass die Plakate nicht rechtzeitig abgeliefert worden sind und es diesem Umstand zu verdanken ist, dass die Plakate nicht rechtzeitig angeschlagen werden konnten. Es sei daher die christlichsoziale Partei schuld daran und nicht die Wipag. Vizebürgermeister Emmerling hat weiters erklärt, wie seien zu spät aufgestanden, dagegen habe die sozialdemokratische Partei rechtzeitig Abmachungen mit der Wipag getroffen. Ich stelle nur fest, dass das Sekretariat unserer Partei die Plakate ordnungsgemäss abgeliefert hat. Der Widerspruch der Erklärungen des Herrn Vizebürgermeisters mit den faktischen Tatsachen erfordert eine berechtigte Kritik und ein solcher Skandal darf nicht mehr vorkommen. Der Herr Vizebürgermeister dünkt sich als unschuldvoller Engel, das ist seiner nicht würdig. Wir haben für alles ein objektives Urteil und haben es bisher verstanden uns eine entsprechende Reserve auszulegen. Das Vorkommnis aber stinkt zum Himmel, es sagt uns, wie tief Sie gesunken ist, und wie Sie Ihre Macht in der Gemeindeverwaltung missbrauchten. Daraus folgt, dass Sie Ihres Schamgefühl baren geworden sind.

Vizebürgermeister Emmerling entgegnet auf die Anwürfe des Gemeinderates Haider von den Beratungen in den Ausschüssen keine stenografischen Auszüge vorhanden sind. Es ist daher sehr leicht, sich auf Bemerkungen zu beziehen, oder zu behaupten, dass solche Bemerkungen überhaupt gefallen sind. Herr Gemeinderat Kunschak hat gesagt, dass die Zensur abgeschafft ist. Es ist aber eine Tatsache, dass Sie selbst von uns eine Zensur verlangt haben, dass Sie Beschwerden geführt haben über Anschläge in den Strassenbahnwagen und in den Wartehäuschen. Es ist keine Zensur, wenn wir eine Zensur dadurch üben, dass wir uns nicht einer Gesetzesübertretung mitschuldig machen. Die Wipag ist auch kein Amt sondern ein Geschäft. 35 Prozent gehören Privaten und die anderen der Gemeinde. Nur die Gewista gehört allein der Gemeinde. Alles, was Plakate betrifft, untersteht der Wipag. Wenn Sie auf eine entsprechende Plakatierung Wert gelegt hätten, so hätten Sie eben gemietet. Sie sind eben zu spät gekommen, was nicht zuletzt auf die langwierige Verhandlung bezüglich der Bildung der Einheitsliste zurückzuführen ist. Herr GR. Kunschak hat auch gesagt, dass eine Schaar Menschen auszog, und dann die Plakate überplickte. Ich weiss keinen Menschen, der dazu irgendeinen Auftrag gegeben hätte. Ich muss die Arbeiter und Angestellten der Wipag in Schutz nehmen, sie haben im letzten Wahlkampf ungeheures geleistet und ihren Dienst klaglos versehen. Nun zur Danksagung, von der auch GR. Kunschak gesprochen hat. In dem Plakat heisst es: Beispielloser Wahlschwindel. Es wurde abgelohnt, deswegen, weil der Magistrat eines Wahlschwindels geziehen wurde, und weil es ein schlechter Beamter gewesen wäre, der das Plakat hätte anschlagen lassen. Herr GR. Kunschak hat auch von Nachlässen gesprochen: Nachlässe werden allen Auftraggebern zuteil, mit denen die Wipag grössere Geschäfte tätigt. Was Sie als

optische Täuschung hinstellen, ist keine optische Täuschung, sondern das Mehr an 120.000 Stimmen und die 73 Sozialdemokratischen Gemeinderäte sind harte real/e Tatsachen, die die Ursache sind, dass Sie in dieser Weise über den Ausgang der Wahl reden. (Stürmischer Beifall).

GR. Kunschak (E.L.) berichtet tatsächlich, dass die christlichsozialde Partei schon Wochen vor der Wahl mit der Wipag ein Einvernehmen gesucht habe und es wiederholter Versuche und Aussprachen bedarf, bis es zu einem Abschluss kam. Herr Vizebürgermeister Emmerling hat auch erklärt, dass wir Plakatstellen hätten mieten können. Ich berichtige tatsächlich, dass wir einen Vertrag gewünscht haben. Der Herr Referent hat auch erklärt, es soll ein Angestellter genannt werden, der bei dem nächtlichen Exkursion beteiligt war. Ich berichtige tatsächlich, dass solche nächtliche Ausfahrten der Wipag stattgefunden haben. Ich habe festgestellt, dass mit Ausnahme des Betriebsratsobmannes, der das Material ausgefolgt hat, nicht konnte. Ich habe die berechtigte Anfrage gestellt, ob dazu Leute ad hoc angestellt wurden, oder ganz fremde Menschen zu der Arbeit herangezogen wurden. Der Herr Referent ist mir darauf die Antwort schuldig geblieben. Tatsache ist, dass der Betriebsratsobmann die Lokalitäten geöffnet und das Material herausgegeben hat. Ob er an der Überplickung der Plakate beteiligt war, weiss ich nicht. Der Direktor der Wipag ist anwesend, er soll reden und sagen, was wahr ist.

Nach tatsächlichen Berichtigungen des Vizebürgermeisters Emmerling, worin er feststellt, dass die Angestellten der Wipag ihre Pflicht treu erfüllt haben, und die Weisungen der Direktion befolgt haben, wird die Vorlage angenommen. Im Saal herrscht grosser Lärm. GR. Preyer ruft den Sozialdemokraten zu: Sie leben nur auf Kosten des Wahlschwindels. GR. Kunschak ruft dem Direktor der Wipag zu: Sagen Sie Herr Direktor, wer waren die Leute? Der Lärm dauert weiter an.

Für den Saal unverständlich beantragt nun GR. Broczynner (Soz. Dem.) beantragt nun die Genehmigung einer Satzungegenehmigung des Kreditvereines der Zentralsparkasse. Der Antrag wird ohne Debatte genehmigt.

GR. Grolig (Soz. Dem.) referiert über eine Vertragsänderung mit der Wiener Sterilisierungsgesellschaft, der die Führung des Freibankbetriebes übertragen ist. Der Magistrat soll angewiesen werden, den hiefür erforderlichen Pachtvertrag im Sinne des Magistratsberichtes abzuschliessen.

GR. Zimmerl (E.L.) fordert die Vorlage des Vertrages des Magistrates mit der Sterilisierungsgesellschaft an den Gemeinderat und beantragt, dass der letzte Satz des Antrages weggelassen solle.

Der Antrag des Referenten wird angenommen. Der Antrag Zimmerl abgelehnt.

Schluss der Sitzung 10 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag, 7. Juni.

Wien, am Freitag, den 3. Juni 1927 (Zweite Ausgabe).

Die Festwochen.Die heutigen Eröffnungsfeierlichkeiten.

Samstag
Heute/abends wird der Bundespräsident vor dem festlich beleuchteten Rathaus die Eröffnung der Festwochen in Wien und Niederösterreich vornehmen. Die Eröffnungsfeierlichkeiten beginnen um neun Uhr abends.

Auf den Stufen des Rathauses werden gegen das Parlament/^{zu} zweitausend Mitglieder des ostmärkischen Sängerbundes Aufstellung nehmen. Gleichzeitig wird auf der Universitätsseite die gleiche Anzahl von Mitgliedern des Reichsverbandes der Arbeiter-Gesangsvereine an der Feier teilnehmen. Vier Turmbläser werden durch Fanfaren die Feier einleiten. Gleichzeitig wird das Rathaus im Lichterglanz erstrahlen. In Begleitung des Bundespräsidenten werden auf dem Rathausplatz die in Wien anwesenden Mitglieder der Regierung und des diplomatischen Korps erscheinen. Unterhalb des Rathauses wird eine Rednertribüne errichtet, deren Anschluss an den Sender der Ravag am Rosenhügel hergestellt wurde, so daß die Eröffnungsfeierlichkeiten heute abends auch durch die Radiohörer empfangen werden können. Nach dem Vortrage von Chorgesängen durch den ostmärkischen Sängerbund unter Leitung des Ehrenhormeisters Professor Viktor Keldorfer, werden der Vorsitzende der Fremdenverkehrskommission, Generaldirektor Müller, der Landeshauptmann von Niederösterreich, Dr. Buresch und der Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien, Seitz, Ansprachen halten. Hierauf wird der Bundespräsident den Eröffnungsakt vornehmen. Die Reden werden durch Lautsprecher in alle Teile des Rathausplatzes gesendet werden. Nach den Ansprachen wird der Reichsverband der Arbeitergesangsvereine, unter Leitung von Professor Heinrich Schoof zwei Chöre zum Vortrag bringen.

Auf der Ringstrasse wird eine Reihe von Platzkonzerten abgehalten werden, die allgemein zugänglich sind. Die Konzerte beginnen um halb 9 Uhr und dauern bis halb 11 Uhr. Beim Äusseren Burgtor wird die Kapelle des Infanterieregimentes Nr. 2 vor dem illuminierten Hochstrahlbrunnen die Kapelle des Infanterieregimentes Nr. 8, vor dem Heeresmuseum die Kapelle des Infanterieregimentes Nr. 5, auf dem Morzinplatz die Kapelle des Musikvereines der städtischen Elektrizitätswerke, beim Schottentor die Kapelle des Infanterieregimentes Nr. 4, an der Ecke Schottenring - Kai die Kapelle der städtischen Berufsfeuerwehr, auf dem Schillerplatz die Kapelle der städtischen Strassenbahner konzertieren.

Die Sicherheitsmassnahmen.

Mit Rücksicht auf den grossen Zustrom, der zu den Eröffnungsfeierlichkeiten der Festwochen zu erwarten ist, wurden umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Die RETTUNGSGESELLSCHAFT wird beim Burgtheater, beim Parlament, beim Äusseren Burgtor, auf dem Schwarzenbergplatz sowie bei der Urania fliegende Rettungsstationen errichten. Vom STADTPHYSIKAT wird eine Hilfsstation in der Volkshalle des Rathauses eingerichtet werden. Die Polizeidirektion hat ferner verfügt, dass in folgenden Wachzimmern ein ärztlicher Dienst bereitgestellt wird: Heeresamt, Oesterreichisches Museum, Hegelgasse, Elisabethstrasse, Lichtenfelsgasse. In der Burg, Rathaus, Polizeidirektion am Schottenring, Rudolfsplatz und Postgasse. Wien im Flaggenschmuck.

Der Bürgermeister hat die Beflaggung der elektrischen Lampenmaste anlässlich der Festwochen, sowie die Beflaggung der städtischen Gebäude an den ersten Tagen der Festwochen angeordnet. Über Anregung der Fremdenverkehrskommission wird auch die Strassenbahn zum ersten Male Flaggenschmuck anlegen. Es werden die über den Ring und die Lastenstrasse verkehrenden Triebwagen der Durchgangs- und Rundlinien bei den Dachsignalen und Laternen in den Farben Wiens geschmückt sein.

Das Gremium der Wiener Kaufmannschaft und das Gremium der Wiener Hoteliers haben ihren Mitgliedern nahegelegt, ihre Betriebe zu beflaggen. Die Fremdenverkehrskommission bittet mit Rücksicht auf das festliche Bild, das die Stadt in den nächsten Tagen dem Fremden dar-

bieten soll, ab Samstag nachmittags auch eine Beflaggung der Privathäuser vorzunehmen.

Errichtung von Auskunftsstellen für die Festwochen.

Gestern wurden auf den Bahnhöfen Auskunftsstellen eröffnet, die das österreichische Verkehrsbüro dort für die Dauer der Festwochen errichtet hat. Die Auskunftsstellen befinden sich auf dem Westbahnhof, Ostbahnhof, Südbahnhof, Franz Josefs-Bahnhof und dem Nordbahnhof und machen bis zum Eintreffen der letzten Fernzüge Wiens. Auch am Praterkai wurde für die mit den Donauschiffen anlangenden Gästen ein Dienst eingerichtet.

Der Künstlerbund "Hagen" hat eine von Wiener Künstlern geleitete Auskunftsstelle in der Zedlitzhalle errichtet, die den Zweck hat, den während der Festwochen in Wien weilenden Fremden kostenlos Informationen jeder Art über bildende Kunst zu erteilen.

Neuangeordnete Gesellschaftsreisen.

Sonntag trifft eine Gesellschaftsreise der Pressburger Kaufmannschaft zum Besuche der Festwochen in Wien ein. Die Teilnehmer folgen mit diesem Besuche einer Einladung des Wiener unpolitischen Verbandes der Lebensmittelhändler. Die Mitglieder des Pädagogischen Seminars der Agramer Universität treffen dieser Tage in Wien ein, um das Wiener Schulwesen zu studieren. Der Männerchor der Grazer Bauarbeiter trifft heute abends zu den Festwochen korporativ in Wien ein. Das Eintreffen der Nürnberger Turnvereine ist für Samstag, um halb 7 Uhr am Praterkai angemeldet.

Die Sonderbesuchsordnung für die Wiener Sammlungen.

Die Leitungen einer Reihe von Wiener Sammlungen haben sich entschlossen, anlässlich der Festwochen mit Rücksicht auf den starken Fremdenzustrom die Sammlungen länger offen zu halten, als dies bisher üblich war. Vom 5. bis 19. Juni werden geöffnet sein: das Naturhistorische Museum mit allen seinen Abteilungen täglich von 9 bis 1 Uhr; das Kunsthistorische Museum täglich von 10 bis 3/4 3 Uhr an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr; die Schauräume des Schlosses Schönbrunn täglich von 9 Uhr bis 6 Uhr; das Heeresmuseum täglich bis 1 Uhr bei Exkursionen von mindestens zehn Personen gegen vorherige Anmeldung auch an Nachmittagen. Das Haus-, Hof- und Staatsarchiv mit Ausnahme der Sonntage von 9 bis 2 Uhr; die Czerinsche Gemäldegalerie täglich von 10 bis 1 Uhr; das Museum für Blin denwesen täglich von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends; die Winterreitschule mit Ausnahme von Mittwoch täglich von 9 bis 11 Uhr; die Ställe können an Nachmittagen von 12 bis 4 Uhr, an Sonntagen von 1 bis 4 Uhr nachmittags besichtigt werden; der Lainzer Tiergarten kann auch an den sonst für den allgemeinen Besuch nicht freigegebenen Tagen (Montag, Dienstag, Mittwoch und Freitag) gegen eine Eintrittsgebühr von einem Schilling pro Person besucht werden, die Hermesvilla ist täglich von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends geöffnet.

Ein offizielles Programmbuch.

Anlässlich der Festwochen wurde ein offizielles Programmbuch herausgegeben, das Beiträge von Bundespräsident Dr. Hainisch, Bürgermeister Seitz, und Landeshauptmann Buresch enthält. Max Graf schreibt über das Musikprogramm der Festwochen, Raoul Auernheimer bespricht die Wiener Theater in den Festwochen, A. F. Seligmann gibt einen Ueberblick über die bildende Kunst während der Festwochen. Über Frühlingsfeste schreibt Rudolf Holzer über die Sportveranstaltungen Rolf Kienzl. Die Veranstaltungen in Niederösterreich werden von V. O. Ludwig ausführlich gewürdigt. Ueberdies enthält die Broschüre einen Aufsatz "Wien und Niederösterreich" von Ernst Decsey. Das Programmbuch, das alle im Rahmen der Festwochen vorgesehenen Veranstaltungen umfasst, ist durch eine Reihe schöner Illustrationen geschmückt.

Die Zentralkartenstelle.

Seit gestern ist die im Gebäude der Sedession befindliche Zentralstelle für den Kartenvorverkauf zu sämtlichen Veranstaltungen der Festwochen in Wien und Niederösterreich eröffnet.

Wien, am Samstag, den 4. Juni 1927

Sitzungen des Wiener Gemeinderates. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Dienstag und am Freitag um 5 Uhr Sitzungen ab. Der Stadtsenat hält in der kommenden Woche keine Sitzung ab.

Grosses Strahdfest am Gänsehüfel. Im Rahmen der Festwochen wird im städtischen Strandbad Gänsehüfel zum ersten Male/ein grosses Strandfest abgehalten. Das Fest beginnt um drei Uhr nachmittags und wird alle Belustigungen enthalten, die für eine solche Veranstaltung in Betracht kommen. Die Promenademusik wird von zwei Musikkapellen besorgt. Für die Belustigung der Gäste wird durch die Errichtung von Ringelspielen, einer Rutschbahn und von Schaubuden reichlich gesorgt sein. Ein obligater Bal champetre mit Jazzmusik und ein "Heuriger" werden natürlich nicht fehlen. Den Abschluss des Strandfestes wird ein grosses Feuerwerk auf dem Wasser und eine bengalische Beleuchtung des Strandes bilden. Trotz des umfangreichen Programmes wurde beschlossen zum normalen Badepreis nur einen Zuschlag von einem Schilling einzuheben. Im Rahmen des Strandfestes, das vor allem echt wienerischen Charakter tragen soll, sind verschiedene Konkurrenzen, darunter eine Damen- und Herren-Schönheitskonkurrenz vorgesehen, die mit zahlreichen Preisen dotiert sein werden.

Eine Million Badegäste im Amalienbad. Bis Freitag wurden im städtischen Amalienbad 994.000 Besucher gezählt. Bereits am Mittwoch wird die Zahl der Badegäste eine Million erreicht haben. Besonders stark besucht wird die grosse Schwimmbhalle. Die städtische Bäderverwaltung wird dem millionsten Badegast ein Geschenk überreichen.

Strassenbahnfahrpreis am Pfingstmontag. Auf den städtischen Strassenbahnen und auf der Wiener elektrischen Stadtbahn wird am Pfingstmontag der Sonntagsfahrpreis eingehoben. An diesem Tag können deshalb die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten, Arbeitslosenfahrtscheine und Fürsorgefahrtscheine nicht benützt werden.

Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck". Die Gemeinde Wien hat auch heuer wieder einen Wettbewerb zur Ausschmückung der Fenster, Balkone und Geschäftslokale mit Blumen, ausgeschrieben. Sie widmet hierfür zehntausend Schilling. Anmeldungen zur Preisbewerbung müssen bis spätestens 18. Juni schriftlich an die Magistratsabteilung 22 im Rathaus oder an die Aktion "Schmükt Euer Heim mit Blumen" in Wien I., Parkring 12 gerichtet werden. Auskünfte werden auch im Stadtgarteninspektorat III., Am Heumarkt Nr. 2 erteilt. Die Preise und Diplome werden von einem Preisgericht zuerkannt.

Der Kindergarten in der Wohnhausanlage Sandeiten. Am Mittwoch hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten den Bau des grossen Kindergartens in der Wohnhausanlage Sandeiten in Ottakring genehmigt. Der neue Kindergarten wird acht Abteilungen enthalten. Neben zwei grossen Spielflächen, die zu einem Saal für Lichtbildervorträge vereinigt werden können, werden auch acht Beschäftigungszimmer und die notwendigen Räume für eine Teeküche, Kanzlei, Sprechzimmer, Arztzimmer und Geräte geschaffen. Auf dem nach Süden abfallenden Gelände sind terrassenförmig sechs Spielplätze angeordnet, die unmittelbar mit dem Gebäude in Verbindung stehen. Am tiefsten Punkt der grossen Gartenanlage wird ein Planschbecken errichtet werden. Der Kindergarten wird ein flaches, begehbare Dach erhalten. Die Baukosten betragen rund eine Million Schilling.

Die Festwochen.

In den Strassen Wiens sah man gestern bereits zahlreiche Festgäste. Wie die Fahrdienstleitungen der Wiener Bahnhöfe mitteilen, waren die Samstag eingetroffenen Auslandschnellzüge sehr stark besetzt. Der für die Festwochen eingerichtete Bahnhofdienst hat Samstag seine Tätigkeit begonnen. Samstag traf auf dem Meidlinger Südbahnhof der Verband steirischer Bauarbeiter aus Graz zu einem gemeinsamen Besuch ein. Auf dem Praterkai kam die Reisegesellschaft der offiziellen Rheinländer-an-fahrt unter Führung von Bürgermeistern rheinländischer Städte, die vom Vorsitzenden der Fremdenverkehrskommission begrüsst wurde. Auch fünfhundert Mitglieder des Arbeiter-Turnerbundes Nürnberg sind Samstag in Wien eingetroffen.

Einem grossen Interesse begegnet der am 15. Juni in allen Konzerthausssälen stattfindende "Ball bei Johann Strauss". Der Zweck dieser Veranstaltung ist, den in Wien weilenden Fremden eine gesellschaftliche Veranstaltung von traditionellen Wiener Gepräge vorzuführen. In der grossen Saal wird der Wiener Schubertbund unter Leitung seines Ehrenchormeisters, Professor Viktor Keldorfer, Strauss'sche Lieder vortragen. Gusti Pichler, Tilly Losch und Hedi Pfundmeyer werden Strauss'sche Walzer tanzen. Der Mittlere Saal, in dem das Kammerquartett Tautenhayn das Künstlerduett Godoscev-Celakovsky vom Wiener Männergesangsverein und das John-Quartett mit seinen Sängern konzertieren, wird in einen Heurigenarten umgewandelt.

Besonders reizvoll wird die Freilichtaufführung in der Vöslauer Wassersportarena werden. Die Gemeinde Vöslau hat es übernommen, für den 16. Juni das dortige Strandbad in ein Freilichttheater umzuwandeln. Die Schule Hellerau wird eine Reihe neuer Tänze vorführen.

Das Programm für Sonntag.

Heute Sonntag, veranstalten die vereinigten Heeresmusikkapellen auf dem Heldenplatz ein Monsterkonzert zugunsten des Hilfsfonds für Hinterbliebene nach im Dienst tödlich verunglückten Soldaten des Bundesheeres. Unter Leitung des Operndirektors Franz Schalk findet in der Burgkapelle eine Festaufführung von Haydns Nelson-Messe, unter Mitwirkung von Mitgliedern der Wiener Philharmoniker und des Chores der Wiener Staatsoper sowie der Sängerknaben der ehemaligen Hofkapelle statt. Als Solisten wirken die Opernsänger Galles und Ettl mit.

Die vereinigten deutschen Volksgesangsvereine Wien und Umgebung bringen ein Volksliedsingen und Turnblasen in Inneren Burghof. Interessant ist, dass anlässlich des Wiener Kongresses 1815 bereits im Inneren Burghof ein Violinkonzert vor den Teilnehmern des Kongresses stattgefunden hat. Schon damals soll die gute Akustik des Inneren Burghofes Aufsehen erregt haben. Die Anregung im historischen Rahmen des Burghofes die volkskundliche Arbeit weiten Kreisen der Bevölkerung näherzubringen stammt vom Bundespräsidenten. An der heutigen Aufführung, die unter Leitung des Ehrenchormeisters Professor Karl Liebleitner stattfindet, wirken eine Bläsergruppe der Philharmoniker unter Leitung von Professor Karl Stiegler und der bekannte Volksliedforscher Dr. Georg Kotek, der Almrufe und Jodler zum Vortrag bringt mit.

Das Theaterprogramm für den Pfingstsonntag lautet:

Burgtheater: Der junge Medardus.
Operntheater: Fidelio.
Akademietheater: Cyprienne.
Deutsches Volkstheater: Nachm. Kreuzelschreiber, Abends: Zaza.
Theater in der Josefstadt: Der gute Kamerad.
Modernes Theater: Monsieur Flagranti.
Renaissancebühne: Kukulj.
Lustspieltheater: Die eilige Johanna.
Theater an der Wien: Königin.
Raimundtheater: Musik im Mai.
Johann Strausstheater: Märchen im Schnee, Gaby und die Drei, Der Hofbankier.
Stadttheater: Wien lacht wieder!
Volksoper: Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren.
Wiener Bürgertheater: Miss Fregoli.
Rolandbühne: Meine Tochter Otto.
Burggartenbühne: Wiener Abend.

Am Pfingstsonntag findet auch eine Reihe von sportlichen Dabietungen statt. In der Schiessstätte Kagran werden ein Internationales Wurftaubenschiessen, auf dem Sportplatz Alte Donau Handballspiele ausgetragen. Um 1/3 Uhr beginnt das Rennen in der Freudenau, in dem auch das Oesterreichische Derby ausgetragen wird. Nachmittags finden auf der Hohen Warte das Rasenradballspiel Wien-Niederösterreich und das Arbeiter-Fussball-Länderspiel England-Oesterreich statt. Um 6 Uhr erfolgt auf dem Poloplatz beim Lusthaus das Finale des grossen Wiener Handicaps im Polosport.

Auch in Niederösterreich werden schon am Sonntag einige Veranstaltungen durchgeführt. In Aspern werden ab 3 Uhr Rundflüge um Wien veranstaltet; in Baden finden die bekannten Trabfahren statt; Gänserndorf bietet ein Volksfest. In Laxenburg bringen die Sängerknaben eine Festaufführung von Mozarts "Bastien und Bastienne". Am Semmering wird die Meisterschaft von Niederösterreich für Amateure im modernen Tanz an beiden Pfingstfeiertagen ausgetragen.

Am Pfingstmontag findet in der Burgkapelle ein kirchenmusikalisches Aufführung unter Leitung von Franz Schalk statt, bei der Werke von Palestrina bis Bruckner aufgeführt werden.

Das Theaterprogramm für Pfingstmontag lautet:

Burgtheater: Zu ebener Erde und erster Stock.
Operntheater: Tristan und Isolde.
Akademietheater: Die unverstandene Frau.
Deutsches Volkstheater: Der reiche Aehnli, Der Garten Eden.
Theater in der Josefstadt: Peripherie.
Kammerspieler: Die Nackten kleiden.
Modernes Theater: Monsieur Flagranti.
Renaissancebühne: Kukulj.
Lustspieltheater: Die eilige Johanna.
Theater an der Wien: Die Königin.
Raimundtheater: Märchen im Schnee, Gaby und die Drei, der Hofbankier.
Stadttheater: Wien lacht wieder.
Volksoper: Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren.
Wiener Bürgertheater: Miss Fregoli.
Rolandbühne: Meine Tochter Otto.
Burggartenbühne: Orpheus in der Unterwelt.

Das Sportprogramm bringt am Pfingstmontag wieder ein Rennen in der Freudenau, Polospiele am Poloplatz, das internationale Wurftaubenschiessen, Handballspiele und als grossen internationalen Fussballwettbewerb das Spiel Sparta (Prag)-Admira (Wien) auf der Hohen Warte.

Im eigenartigen Rahmen des Festsalles im Schloss Laxenburg findet eine Aufführung von Franz Molnars "Spiel im Schloss" statt. Die Zentralvorverkaufsstelle für Karten zu allen Veranstaltungen ist in der Secession.

Wien, Dienstag, den 7. Juni 1927.

Die Teilnehmer an der Rheinländerfahrt im Rathaus. Am Samstag sind mehr als hundert Teilnehmer an der offiziellen Rheinländerfahrt zu den Festwochen in Wien angekommen. Die Führung der Reise hat der Präsident des Verbandes der Rheinländer, Dr. Kaufmann, übernommen. Die Städte des Rheinlandes sind bei dieser Reise offiziell vertreten. Die Gäste besichtigten heute das Rathaus. Sie wurden im Sitzungssaal des Stadtsenates in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Emmerling empfangen. An den Empfang nahm auch der deutsche Gesandte, Graf Lerchenfeld, teil. Vizebürgermeister Emmerling verwies in seiner Begrüßungsansprache auf eine Reihe Gemeinsamkeiten, die Oesterreich und das Rheinland besitzen. Es sind zwei Grenzländer, beide an einem grossen Strom gelegen, beide eine Sprachgrenze bildend. Rheinländer Bürger haben in Wien unsterbliche Werke geschaffen; Beethoven ist hier zu seiner gewaltigen Grösse aufgestiegen und der Kölner Baumeister Schmid hat das herrliche Wiener Rathaus geschaffen. Es sind verschiedene Beziehungen, die Wien mit dem Rheinland verbinden und die Mehrheit des österreichischen Volkes wünsche, dass diese Beziehungen sich immer inniger gestalten, bis schliesslich die Grenzpfähle, die nicht von uns gesetzt worden sind, fallen. Mit dem Wunsche, dass sich die Gäste in Wien wohl fühlen, schloss Vizebürgermeister Emmerling unter lebhaftem Beifall. Für die Gäste sprach der Kölner Beigeordnete Bönner, der erklärte, dass die Rheinländer Wien lieben und sich in tiefer Hochachtung vor Wien beugen. Wir lieben Wien wegen seines Geistes, seiner Lebenskunst und seiner hohen Kultur. Wir beugen uns vor dieser Stadt, weil sie den Mut gefunden hat, mit ungeheurer Tatkraft unter den widrigsten Verhältnissen in der Nachkriegszeit, aufzubauen. Sie können überzeugt sein, dass wir Rheinländer die Vorgänge in Wien aufmerksam verfolgen. Aber gerade deshalb erfüllt uns eine hohe Achtung vor den Werken, die Wien in der Nachkriegszeit geschaffen hat. Der Redner dankte dann für den herzlichsten Empfang, der allen Teilnehmern unvergesslich bleiben wird. An den Empfang schloss sich eine Besichtigung der städtischen Sammlungen und der Festräume des Rathauses an.

Nürnberger Arbeiter-Turner im Wiener Rathaus. Ungefähr fünfhundert Nürnberger Arbeiter-Turner weilten gegenwärtig in Wien. Sie wurden gestern im Festsaal des Rathauses empfangen. In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte die Gäste amtsführende Stadtrat Professor Tandler, der auf die Wichtigkeit der Pflege des Körpersports verwies und die Bestrebungen der Wiener Stadtverwaltung auf diesem Gebiet hervorhob. Namens der Gäste dankte Obmann Böhmer für den freundlichen Empfang, wobei er insbesondere rühmend die Wohnbautätigkeit der Gemeinde besprach die die Gäste zu sehen Gelegenheit hatten. Unter sachkundiger Führung besichtigten dann die Teilnehmer Einrichtungen auf dem Gebiet der Fürsorge, wobei insbesondere das Amalienbad ihr Interesse erregte.

Entfallende Sprechstunde. Am Donnerstag entfallen die Sprechstunden beim städtischen Wirtschaftsreferenten Stadtrat Kokrda.

Am Mittwoch wird der millionste Badegast im Amalienbad erwartet! Das städtische Amalienbad wurde am 8. Juli 1926 eröffnet. Der Besuch ist ein ununterbrochen ansteigender. Die städtische Bäderverwaltung erwartet für Mittwoch den millionsten Badegast. Bis heute sind bereits mehr als 999.000 Besucher gezählt. Für den millionsten Badegast ist ein besonderes Geschenk in Form eines kompletten Badeanzuges samt Bademantel und Badeschuhe vorgesehen.

Festfilm des Zentral-Krippenvereines. Bis 9. Juni wird im Löwenkino der Festfilm des Zentral-Krippenvereines gespielt. Professor Dr. Sostarić wird vor jeder Vorführung Flügelhorn-Konzerte veranstalten. Der Reinertrag fließt dem Zentral-Krippenverein zu.

Wien, Dienstag, den 7. Juni 1927.

Die FestwochenDie ausländischen Radiosender melden die Festwochen.

Ueber Anregung hat sich Generaldirektor Czeja von der Ravag an die Union international de Radiophonie mit der Bitte gewendet, diese Vereinigung möge ihre Mitglieder ersuchen, ausführliche Verlautbarungen über die Festwochen in Wien und Niederösterreich in ihr Programm aufzunehmen. Die Union international de Radiophonie hat dem Wunsche der Ravag entsprochen.

Die Wachau rüstet zu den Festwochen.

Die Vorbereitungen zu den Festtagen in der Wachau schreiten stetig vorwärts. Diesen Samstag finden bereits mittags und abends in Krems Konzerte statt. Samstag abends wird in Melk das weit berühmte Lichterfest auf der Donau gefeiert. Eine Festbeleuchtung der Ufer und des Stromes ist bereits installiert. Das Lichterfest wird diesmal mit einer Auffahrt der Donauschiffer unter Gesang und Musik vor sich gehen. Freitag findet die erste Aufführung der historischen Szenen "Das Wachauspiel" von V.O. Ludwig unter der Spielleitung von Hans Herrdegen auf dem Kirchplatz in Spitz statt. Das Dreieck, das von der Vorderseite der Kirche und vom Pfarrplatz gebildet wird, wurde auf der dritten Seite bereits durch den Aufbau von Tribünen geschlossen. Für die Mitwirkung an der eigenartigen Freilichtaufführung wurde u.a. auch Ferdinand Exl gewonnen.

Die Festtage in Klosterneuburg

Nächsten Samstag findet in Klosterneuburg das grosse Strandfest, das mit einer Sportschau zu Wasser und zu Lande verbunden ist, statt. Die Wiener Polizei-Sportvereinigung hat ihre Mitwirkung zugesagt. Am Abend erfolgt eine Festillumination des Strandbades und eine Auffahrt der illuminierten Gondeln. Sonntag finden in Klosterneuburg kirchenmusikalische Aufführungen und eine Aufführung des historischen "Osterspiels von Klosterneuburg" statt. Die Wiener Schriftstellerin Gisela Berger hat das Osterpiel nach der alten Fassung des 13. Jahrhunderts für diese Aufführung bearbeitet.

Das Programm für morgen Mittwoch.

9 Uhr vormittags: Internationale Reitpferde-Vielseitigkeitsprüfung auf der Grafenwiese im Prater. - 5 Uhr nachmittags: Rosenfest. Im Volksgarten 8 Uhr abends: Festkonzert im Burggarten.

In Niederösterreich:

Baden: 3 Uhr Trabfahre. - Ybbstal: Narzissenfest und Weinkost, Besichtigung der Oetscher Eishöhlen.

Programm für Donnerstag.

6 Uhr früh: Internationale Reitpferde-Vielseitigkeitsprüfung im Inuntationsgebiet. - 3 Uhr: Fortsetzung derselben auf der Grafenwiese im Prater. - Rennen in der Freudenau. - 5 Uhr: Modenschau im Waldsteingarten (Prater). - 8 Uhr Schubertkonzert im Burggarten (Wiener Schubertbund). - Wiener Modenschau im Kursalon. - Halb 9 Uhr: Lustiger Wiener Abend im Grossen Konzerthausaal. - 6 Uhr: Internationale Polospiele. - Halb 8 Uhr: Anna Bahr-Mildenburg, Opernszenen im Mittleren Konzerthausaal.

In Niederösterreich.

Trabfahren, Narzissenfest und Weinkost. Besichtigung der Otscher-Eishöhlen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Henay

Zweite Ausgabe

Wien, Dienstag, den 7. Juni 1927.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 7. Juni 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Gemeinderat Grünfeld berichtet über die Auswechslung der Kesselanlage in der Gärtnerei des Wiener Zentralfriedhofes. Die Anlage ist seit 23 Jahren in Verwendung; die Reparatur würde nahezu so viel kosten, wie die neuen Kessel. Es wird deshalb die Auswechslung der Kesselanlage beantragt. Die Kosten betragen 23.000 Schilling. Dazu spricht GR. Prinke (E.L.) Er beschäftigt sich mit dem Zentralfriedhof und bezeichnet die Verwaltung als peinliche Sauwirtschaft. Die Wege im Friedhof sind nur bei den Eingängen in tadelloser Ordnung, wenn man aber weiter hinein komme, dann sind sie ungepflegt. Bürgermeister Seitz unterbricht hierauf den Redner und fordert ihn auf zur Sache zu sprechen. GR. Prinke erklärt, dass die Mitglieder der Mehrheit in diesem Saal Wahlreden gehalten haben, weshalb es auch ihm gestattet sein müsse, sich mit dem Zentralfriedhof zu beschäftigen. Die Kirche im Zentralfriedhof, die ein Meisterwerk der Baukunst ist, werde nur dann geöffnet, wenn eine Einsegnung durchgeführt wird. Der Bürgermeister unterbricht neuerlich den Redner mit der Aufforderung zur Sache zu sprechen. GR. Prinke erklärt nunmehr, dass er sich mit der Kesselanlage befassen werde. Er führt aus, dass im Frieden neunzig Gärtner beschäftigt worden sind, während jetzt nur 36 verwendet werden. Der Bürgermeister ruft dem Redner neuerlich zur Sache. Bei der Minderheit entsteht Unruhe. GR. Prinke ruft: Nachdem ich sehe, dass in diesem Saale nur die Söhne Israels sprechen können, verzichte ich aufs Wort. GR. Broczyna (Soz. Dem.) ruft: Vor den Wahlen habt Ihr anders über die Söhne Israels gesprochen! (Lebhafte Heiterkeit). Bürgermeister Seitz ruft den GR. Prinke zur Ordnung.

Der Antrag des Referenten wird angenommen.

GR. Grünfeld beantragt die Anschaffung eines Harmoniums in der Kapelle der Leichenhalle im Wiener Zentralfriedhof. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

GR. Hiess stellt den Antrag, dem Verschönerungsverein Jedlese für die Betreuung des Floridsdorfer Anparks eine Subvention von dreitausend Schilling zu gewähren.

Vizebürgermeister Hoss bemängelt, dass man einen Teil dieser Anlage an eine Jugendorganisation vergeben habe, wodurch dieser Teil der Bevölkerung entzogen wurde. Es wäre möglich, durch die Aufschüttung des anschließenden Terrains die Anlage zu vergrössern. Dadurch könnte man übrigens auch einen Spielplatz gewinnen.

GR. Hiess erklärt, diese Anregung an die zuständige Stelle weiter zu leiten. Der Antrag wird angenommen.

GR. Hiess beantragt dem Verein zur Erleichterung für Gemeinschaftskichen das Gemeindedarlehen von 25.000 Schilling bis 30. Juli 1930 zu verlängern. Der Antrag wird ohne Wortmeldung angenommen.

GR. Hiess stellt den Antrag, dem Verein Distriktskrankenpflege eine Subvention von zehntausend Schilling zu gewähren.

GR. Dr. Motzko (E.L.) erklärt, dass gegen die Subventionierung dieses Vereines nichts einzuwenden sei. Es ist aber auffällig, dass gewisse Vereine reichlich bedacht werden, obwohl sie relativ wenig leisten. Andere Vereine, die auf dem Gebiet der Fürsorge bahnbrechend wirken, erhalten von der Gemeinde nichts. Der Verein Distriktskrankenpflege ist eine Nachbildung des Vereines für Hauskrankenpflege, der aber von der

Gemeinde nur eine sehr geringe Würdigung erfahre. Er hat nur für seine Schwestern, die Strassenbahnfahrten für die Krankenbesuche ersetzt bekommen. Vom Standpunkt einer vernünftigen Fürsorgepolitik müssen aber gerade solche Vereine unterstützt werden. Die Mehrheit könne sich aber zu einem objektiven Standpunkt noch immer nicht aufschwingen. Der Verein Hauskrankenpflege hat im letzten Jahr 12.000 ganze Pflage tage zu verzeichnen, er hat 47.000 Krankenbesuche durchgeführt, besitzt 27 Ortsgruppen mit 31 Pflage stationen und 59 Schwestern. Es sei notwendig, dass die Mehrheit objektives Wirken anerkenne und nicht einseitig vorgehe.

GR. Hiess erwidert, dass der Verein Distriktskrankenpflege bereits seit 25 Jahren bestehe, er aber nur eine relativ geringere Tätigkeit ausüben konnte, weil die frühere Gemeindeverwaltung diesem Verein jede Unterstützung versagt hat. Der Verein hat aber im Jahre 1926 nicht weniger als 3479 Pflage tage zu verzeichnen und entwickelt eine vorbildliche Tätigkeit.

Der Referentenantrag wird angenommen.

G. R. Hiess beantragt die Subventionierung des Touristenvereines "Die Naturfreunde" mit dem Betrag von 10.000 Schilling. Zur Deckung des Mehrererfordernisses wird ein Zuschusskredit benötigt, der auf die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben verwiesen werden soll. Die Subvention ist deshalb notwendig, weil der Verein die Schutzhütte auf dem Schneeberg, die voriges Jahr abgebrannt ist, wieder neu errichten muss und infolge der immer steigenden Zahl von Mitgliedern auch andere neue Hütten herstellen wird. Dies umsomehr, da die Mitglieder der Naturfreunde in Schutzhütten anderer Vereine horrendo Eintrittsgebühren zahlen müssen, ja Mitgliedern des Vereines "die Naturfreunde", dessen Mitglieder bis zu 99 Prozent Arier sind infolge des Arierparagrafen in die Hütten anderer Vereine keinen Zutritt haben.

G. R. Wawerka (E.L.) bemängelt zunächst, dass die Subvention auf die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben verwiesen werden soll, das jedenfalls ein schlechter Witz sein soll. Die Subventionierung der Naturfreunde kehrt jedes Jahr wieder, ja sie steht sogar in manchem Jahr mehr als einmal auf der Tagesordnung. Am 26. Juni 1923, am 15. Oktober 1923, am 4. April 1924 im Februar 1926 wurden die Naturfreunde mit je 10.000 Schilling subventioniert und heute, auf der ersten Tagesordnung des neuen Gemeinderates steht wieder die Subventionierung mit dem gleichen Betrag. Bis jetzt haben also die Naturfreunde 50.000 Schilling bewilligt bekommen. Wir haben nichts dagegen, wenn die Naturfreunde subventioniert werden, aber wir protestieren gegen die Praxis, die Sie sich bei Subventionierungen zurechtgelegt haben. Von Ihnen werden ausschliesslich Parteivereine subventioniert, und wenn hier und da einmal ein anderer Verein eine Subvention bekommt, so bestätigt eben eine Ausnahme die Regel. Bei Subventionierungen legen Sie sich eine Frage vor. Ist der Verein rot, dann wird er subventioniert, ist er aber unparteiisch oder gar christlichsozial oder grossdeutsch, dann wird er eben nicht subventioniert. Ihre feindselige Haltung gegen die anderen Touristenvereine soll die Hüttenfrage und der Arierparagraf begründen. Wenn Sie behaupten, dass die Mitglieder der Naturfreunde in den Hütten anderer Vereine hohe Tarife zahlen müssen oder gar vom Eintritt in die Hütten anderer Vereine ausgeschlossen sind, so ist das eine krasse Unwahrheit. Bei den Hüttenpreisen besteht nur eine Differenz und zwar für Mitglieder dem Kartell angeschlossener, und dem Kartell nicht angeschlossener Vereine. Eine Praxis, die die Naturfreunde selbst auch ausüben. Der Touristenklub hat zum Beispiel in seinen Hütten folgende Bettpreise: 1 Schilling 80 für

Zweiter Bogen.

die eigenen Mitglieder, zwei Schilling 80 für die Mitglieder des Gebirgsvereines, des Alpenvereins und der Naturfreunde. Der Preis von drei Schilling 50 gilt für die Mitglieder der Vereine, die dem Kartell nicht beigetreten sind, das sind zum Beispiel die Mitglieder des deutschen und österreichischen Alpenvereines. Die Behauptung, dass die Naturfreunde in die Hütten der anderen Vereine nicht eingelassen werden ist ebenfalls vollkommen unrichtig. Der Herr Referent hat sich auch darauf berufen, dass die Naturfreunde eine Reihe von Hütten errichtet haben und viele Menschen der Touristik zugeführt haben. Was nun die Hüttenbautätigkeit der Naturfreunde anlangt, so steht diese weit zurück. Aus einem Verzeichnis aus dem Jahre 1925 aus der Bergsteigerzeitung ist zu ersehen, dass der deutsche und österreichische Alpenverein 300 Hütten hat, der Touristenklub 43, der Gebirgsverein 12 und die Naturfreunde wohl 110, von denen aber nur 16 als wirkliche alpine Hütten angesehen werden können. Wenn nun der deutsche und österreichische Alpenverein dem Kartell nicht beigetreten ist, so entsprang dies keiner feindseeligen Haltung gegenüber den anderen Vereinen sondern er hätte für seine Leistungen an Vereine mit zum Beispiel nur 16 Hütten keine Gegenleistung.

Sie sagen auch, dass die bürgerlichen Touristenvereine in den Bergen Politik treiben. Im Gegensatz zu einem Teil von Vereinen, die den Arierparagraphen haben, sagen Sie, dass die Naturfreunde keine Politik betreiben. Ich jedoch kenne keinen Verein, der so politisch tätig ist, wie die Naturfreunde. Die Naturfreunde nehmen nur Sozialdemokraten als Mitglieder auf. Er ist für die sozialdemokratische Partei ein Kampfverein und das ist schliesslich der Grund zur Subventionierung. Wenn Sie leugnen, dass die Naturfreunde Politik aktiv betreiben, so will ich nur einen Vorfall zur Sprache bringen, der sich zu Ostern auf der Rax zugetragen hat. Da sind Naturfreunde über das Plateau gezogen und haben gesungen: Habt acht und ladet schnelle, Weicht ja nicht ab von der Stelle... und der Schluss war: der Hittler muss krepieren. Ist schon an und für sich so ein Kampflied in den Bergen eine Geschmacklosigkeit so ist es auf jeden Fall in aller Schärfe zu verurteilen. Ich selbst habe einmal Jugendliche Naturfreunde auf der Teufelsbadstube, in einer langen Kolonne ansteigend, gesehen und sie trugen eine rote Fahne. Wenn da nicht Politik dahinter steckt, dann weiss ich es wirklich nicht, wo Politik dahintersteckt. (Stadtrat Rummelhardt: Die Gemein wollten sie organisieren!) Ihre parteipolitische Subventionspolitik gegenüber den Naturfreunden üben Sie nicht wegen der Hüttenfrage sondern nur deswegen, weil die Naturfreunde die Menschen, die Touristik betreiben und betreiben wollen, politisch organisieren. Die anderen Vereine lassen sie glatt bei Seite, obwohl diese schon sehr viel für die Touristik getan haben. Der Touristenklub hat im Wienerwald nahezu alle Wegmarkierungen durchgeführt und im Verein mit dem Alpenverein hat er die Wegmarkierungen auf der Rax und auf dem Schneeberg geschaffen und so diese zwei Berge erst dem allgemeinen Besuch zugänglich gemacht. Das aber gilt nicht für Sie.

Ich habe nun in Anwesenheit des Herrn Bürgermeisters eine Beschwerde gegen eine Praxis vorzubringen, die Sie in den letzten Jahren üben. Früher haben wir ein Verzeichnis bekommen, aus dem man alle Vereine ersah, die um eine Subventionierung eingereicht haben, die subventioniert und die schliesslich abgewiesen würden. So ein Verzeichnis bekommen wir seit Jahren nicht mehr. Der Opposition ist jede Kontrolle hinsichtlich der Subventionierungen genommen. Nur auf Grund eines solchen Verzeichnisses war es mir einmal möglich, eine grosse Ungerechtigkeit zu verhindern. Der alpine Rettungsausschuss sollte abgewiesen werden, ich habe aber im Gemeinderat dagegen Protest eingelegt und seit dieser Zeit wird der alpine Rettungsausschuss subventioniert. Was ist es nun mit dem Verzeichnis?

Bürgermeister Seitz: Ich hat Ihnen schon erklärt, dass ich nicht in der Lage bin, auf Ihren Wunsch einzugehen.

G.R. Wawerka: Gewiss, haben Sie Herr Bürgermeister mir schon erklärt.....

Bürgermeister Seitz: Wenn Sie es ja wissen, dann ist ja die Sache erledigt.

G.R. Wawerka fortgehend: Nur durch die Vorlage des Verzeichnisses war es der Opposition damals möglich, eine Ungerechtigkeit zu verhindern.

Geben Sie uns aber keine Einsicht in die Verwaltung, dann ist die Verwaltung eine kontrollose und ich muss die Verhandlungen als Komödie bezeichnen.

Wenn Sie aber wollen, dass wir kontrollieren und ernsthaft mitarbeiten sollen, dann werden Sie dem Antrag zustimmen, dass dem Gemeinderat wieder eine Tabelle vorgelegt werde, aus der die Vereine zu ersehen sind, die um eine Subventionierung eingereicht haben, denen eine Subvention bewilligt wurde und die abgewiesen wurden. Ich bitte um die Annahme meines Antrages, damit der Opposition eine Kontrolle ermöglicht werde. (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Dr. Wagner (E.L.): Es ist unsere Auffassung, dass es einer solchen reichen Gemeinde nur würdig sei, Subventionen in weitgehendstem Ausmass zu treiben. Die Subventionspolitik darf aber nicht eine parteimässige sein. Wir stehen hier vor der Frage der Subventionierung eines Touristenvereines. Wir begrüssen es, dass Menschen die Berge besteigen und halten es schon im Interesse des Fremdenverkehrs für förderungswürdig und notwendig, Touristenvereine zu subventionieren, weil sie die Menschen zur Touristik anregen. Von der Opposition wird aber über die parteiliche Verwendung von Gemeindegeldern immer Klage geführt. Die Mehrheit behauptet, die Gemeindegelder nicht parteilich zu verwenden. Sieht man aber dann, was beschlossen wird, dass alle Anträge der Opposition abgelehnt und alle Anträge der Mehrheit beschlossen werden, dann kann man an Ihre Behauptung nicht glauben.

Wir werden Ihrem Antrag zustimmen, aber mit sehr gemischten Gefühlen. Es ist merkwürdig, dass gerade ein Verein subventioniert werden soll, der in der Bergsteigerwelt der unbedeutendste ist. Gewiss ist die Zahl der Mitglieder sehr gross, aber seine Tätigkeit in der Erschliessung der Bergwelt ist ausserordentlich unbedeutend. Trotzdem begrüsse ich seine Subvention, weil wir es begrüssen, dass deutsche Arbeiter in die Berge gehen. Aber Sie müssen auch anderen Vereinen eine Subvention ermöglichen.

Ich will nun einen Vorfall der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen, der sich zwischen der Gemeinde Wien und dem deutschen und österreichischen Alpenverein zugetragen hat. Dieser Verein besteht seit 1864 und als deutsch- und österreichischer Alpenverein seit 1870. Er hält nun dieses Jahr in Wien seine Hauptversammlung ab. Obwohl der Herr Bürgermeister in seiner Eröffnungsrede gesagt hat, er begrüsse es, dass Wien eine Stadt der Kongresse geworden sei, will ich auf einen Briefwechsel zwischen dem Herrn Bürgermeister und dem deutschen und österreichischen Alpenverein eingehen. Am 14. Jänner 1927 hat der Festausschuss der Hauptversammlung an den Herrn Bürgermeister einen Brief gerichtet, worin er gebeten wurde, dem Ausschuss als Ehrenmitglied einzutreten und einen Vertreter der Stadt Wien in den Ausschuss zu entsenden. Monatlang wurde auf den Brief keine Antwort erteilt (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Das ist eine Schande) ein zweites Schreiben wurde ebenfalls nicht beantwortet und mehrere Versprachen misslangen. Erst am 5. April 1927 antwortete der Herr Bürgermeister, dass es ihm nicht möglich sei, in den Festausschuss einzutreten weil die Veranstalter hinsichtlich der Rasse und Religion einseitig eingestellt seien. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Stadtrat Rummelhardt: Das sind schöne Demokraten! Gemeinderat Preyer: Sie schänden ja die Demokratie! Bei der Minderheit fallen Zwischenrufe: Judodemokratie.

Bürgermeister Seitz: Ich bitte um Ruhe. Da ich schon aus den einleitenden Bemerkungen des Herrn Redners ersehen habe, dass es sich um einen Angriff gegen den Bürgermeister handeln wird, habe ich gezögert ihn zur Sache zu rufen. Ich bitte das Haus deshalb um Entschuldigung. (GR. Dr. Wagner: Es handelt sich nicht um einen Angriff gegen Sie, Herr Bürgermeister!) Es hätte aber doch den Eindruck gemacht, dass ich irgend eine Verantwortung scheue. Was nun diesen Schriftwechsel anlangt, so hat ihn ja Herr Dr. Wagner zur Kenntnis gebracht. Ich stehe natürlich nach wie vor ganz auf dem Standpunkt, den ich in diesem Briefe gekennzeichnet habe und halte ihn unter den derzeitigen Verhältnissen. (GR. Preyer: Hoch die Demokratie!) für den einzig möglichen, den jeder Bürgermeister einnehmen müsste, der in Wien überhaupt politisch-theoretisch denkbar ist. (Heiterkeit bei den Einheitslistlern).

Die Stellung der Einheitsliste zur Frage des Antisemitismus ist durch ihren Führer Dr. Seipel in der Wahlbewegung klar gestellt worden, so dass wir ohne weiteres - und Herr Seipel wird mich gewiss nicht berechtigen - annehmen können, dass auch er auf dem Standpunkt steht, dass alle Bürger ohne Unterschied der Rasse und der Religion gleiche Rechte haben. (Rufe bei den Einheitslistlern: Das eben wollen wir ja! - Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: - GR. Dr. Wagner: darf ich jetzt weiter sprechen?) Diese Revision des Programmes der antisemitischen Partei erleichtert mir wesentlich die Stellung, denn beide Parteien, die heute in Oesterreich in der Regierung des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde, politisch denkbar sind, stehen auf diesem Standpunkt, also sowohl die demokratische, d. h. hier die sozialdemokratische Partei (Rufe bei den Einheitslistlern: Das ist richtiger!) als auch die Partei der Einheitsliste (Rufe bei den Einheitslistlern: Die gibt es nicht!) und andere grössere Parteien gibt es ja hier nicht. Wenn ein Schreiben des Verbandes, der hier gekennzeichnet worden ist, vom Bürgermeister nicht so rechtzeitig beantwortet wurde, wie es vielleicht ihm selbst oder insbesondere dem Schreibern dieser Enfrage erwünscht gewesen wäre, so ist das sehr leicht erklärlich. Es war notwendig, eine ganz einwandfreie Feststellung über diesen sogenannten Arierparagraphen zu machen. (Zustimmung bei den Einheitslistlern.) Es waren darüber Erhebungen notwendig (GR. Untermüller: Bei den Naturfreunden! Da musste der ^{Happisch} gefragt werden!) Nicht nur bei den Naturfreunden, sondern auch bei vielen anderen derartigen Vereinen und gewissen behördlichen Stellen, bis man den Sachverhalt, dass dort wirklich vielfach der Arierparagraph gilt, vollkommen klar gestellt hat. Schliesslich konnte der Bürgermeister von Wien keine andere Antwort geben, als die erwähnte, die Herr Herr GR. Wagner vorhin verlesen hat. Ich habe mich überdies wegen der Verzögerung der Antwort entschuldigt und einige Gründe dafür angegeben. Ich habe also vollkommen ^{korrekt} und sachgemäß gehandelt und glaube, dass wir diesen Gegenstand nun abschließen und zur Sache kommen können. (Zwischenrufe des GR. Miller.) - Aber Herr GR. Miller lassen Sie doch Ihren eigenen Parteigenossen reden. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

GR. Dr. Wagner (fortfahrend): Ich bitte den Herrn Bürgermeister zur Kenntnis zu nehmen, dass ich nicht der Parteigenosse der Christlichsozialen bin. (Gelächter bei den Sozialdemokraten) Wenn Sie die Fiktion, dass eine Wahlgemeinschaft eine politische Partei sei, aufrecht erhalten, so stellt das Ihrer politischen Reife nicht gerade das beste Zeugnis aus. (Beifall bei den Einheitslistlern.) Ich bitte den Herrn Bürgermeister nochmals, gütigst zur Kenntnis zu nehmen, dass ich nicht ein Parteigenosse der Christlichsozialen, sondern ein Großdeutscher bin.

Bürgermeister Seitz: Es kann jederzeit aus den Akten der Wahl festgestellt werden, dass sich bei den Wahlen hauptsächlich zwei Listen oder Parteien um Gemeinderatsmandate in Wien beworben haben! Die sozialdemokratische Liste und die Einheitsliste. (Zwischenrufe bei den Einheitslistlern.) Was einzelne Personen und einzelne Gruppen der hier amtlich vorliegenden Liste untereinander vereinbart haben, das ist vollkommen gleichgültig. (Neuerliche Zwischenrufe bei den Einheitslistlern Zustimmung bei der Mehrheit.)

G. R. Dr. Wagner: 1914 machten die Sozialdemokraten in Bayern mit der Zentrumsparthei eine Einheitsliste. (Beifall bei den Mitgliedern der Einheitsliste). Zwischen einer Wahlpartei und einer politischen Partei besteht ein grosser Unterschied! (Beifall bei der Minderheit). Dem Ehrenausschuss gehören an Bundespräsident Hainisch die Mitglieder der Bundesregierung, der deutsche Gesandte Lerchenfeld und die höchsten Spitzen der Behörden und Diplomaten. Der deutsche und österreichische Alpenverein hat 300 Sektionen und davon hundert in Oesterreich. Die Erschliessung der Ostalpen durch ihn ist von überragender Bedeutung und für Bauten und wissenschaftliche Arbeiten in Oesterreich im Jahre 1924 acht ein halb Milliarden, im Jahre 1925 16 ein halb Milliarden und im Vorjahre 19 Milliarden investiert. Ihm eine Subvention zu geben soll wenigstens eine Anerkennung dafür sein. Dass er den Arierparagraphen hat ist nicht richtig. Lediglich einige Sektionen haben den Arierparagraph eingeführt und da ist die Frage, ob es ungesetzlich ist, einen Arierparagraph zu haben. Wir werden darüber Gelegenheit haben, in der Budgetberatung zu sprechen. Der Herr Bürgermeister ist aber in dem Ehrenausschuss des zehnten Sängerbundesfestes, das im nächsten Jahre in Wien stattfinden, eingetreten. Dort hat ein sehr grosser Gau den Arierparagraphen. Aber bei der Hauptversammlung des deutschen und österreichischen Alpenvereines kommen nur 3.000 bis 5.000 Volksgenossen nach Wien um bei der Tagung des Sängerbundesfestes ungewohnt mehr. Da wäre es auffällig, wenn der Herr Bürgermeister fehlen würde und daher war er diesmal nicht konsequent. Die Tagung des deutschen und österreichischen Alpenvereines war sogar wegen der ablehnenden Antwort des Herrn Bürgermeisters in Frage gestellt. Bei einer früheren Hauptversammlung hat Vizebürgermeister Neumayer die reichsdeutschen Gäste begrüsst, es hat ein Empfang im Rathaus stattgefunden und sogar Rohrauer, der Begründer der Naturfreunde hat die Tagung begrüsst. Es bestehen also zwischen den früheren Ansichten der Sozialdemokraten und den heutigen grosse Unterschiede. Wir würden, dass die deutschen Arbeiter an unseren Bergen eine Freude haben. Wir stimmen daher für den Antrag und ich stelle den Zusatzantrag, dass der Festausschuss mit ebenfalls 10.000 Schilling subventioniert werde, um der Gemeinde Gelegenheit zu geben, den schweren Fehler des Herrn ^{gut} Bürgermeisters zu machen. (Beifall bei der Minderheit).

G. R. Hiess erklärt, dass in Oesterreich viele Sektionen des Alpenvereines den Arierparagraphen haben. Es ist unrichtig, dass die Naturfreunde nur Sozialdemokraten aufnehmen. Richtig ist, dass bei den Naturfreunden zum überwiegenden Teil Arbeiter und Angestellte sind, die die hohen Ueberbürdungsgebühren in den Schutzhütten der anderen Vereine nicht bezahlen können. Die Gemeinde unterstütze deshalb den Verein, damit er möglichst viele Schutzhütten erbauen könne. Eine Liste der Vereine, die um Subvention angewacht haben, könne nicht vorgelegt werden, weil der Gemeinderat nur positiv und nicht negativ entscheiden kann.

G. R. Kunschak: Die Abweisung eines Ansuchens ist auch eine positive Entscheidung!

Der Antrag auf Subvention der Naturfreunde wird angenommen, die Anträge der Gemeinderäte Wawerka und Wagner werden abgelehnt.

G. R. Hofbauer (soz. dem.) beantragt einen Zuschusskredit von 60.000 Schilling für die Gewährung von Krediten zur Ausgestaltung von Kleingartenanlagen.

G. R. Ulreich (E. L.) erinnert, dass er schon bei der Beratung des Voranschlags die Höhe des Kredites für ungenügend befunden hat. Jetzt stellt sich bereits heraus, dass ein Zuschusskredit notwendig ist. Es wäre vernünftiger gewesen, einen höheren Betrag einzusetzen.

G. R. Hofbauer erwidert, dass in früheren Jahren der Betrag nie aufgebraucht wurde, während heuer von den Vereinen grosse Kreditansuchen vorliegen, die man nicht voraussehen konnte. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

St.R. Siegel beantragt einen Zuschusskredit von 212.000 Schilling für die Anschaffung von Kehrlichtkübeln.

G.R. Eggen (E.L.) bemängelt, dass viele Colonia Kübel schlecht schliessen, was zur Staubentwicklung führt. Es ist auch manchmal unmöglich, dass die Arbeiter die Gefässe in den Wagen entleeren können, weil der Kehrlicht nicht herausgeht. Es muss dann mit Eisenstangen nachgeholfen werden, wobei wieder Staub entwickelt wird. Auch in den Gemeindehäusern wird bei der Aufstellung der Gefässe sehr ungeschickt vorgegangen. In den alten Häusern werden oft die Kübel unterhalb von Fenstern in den Höfen angebracht und die Leute bekommen den Staub in die Wohnung.

St.R. Siegel erwidert, dass bereits eine mechanische Vorrichtung angewendet werde, die das Einrütteln des Kehrlichts verhindere. Die Aufstellung der Kehrlichtgefässe ist vielfach ein schwer zu lösendes Problem, es werde aber immer im Einvernehmen mit den Parteien vorgegangen.

Der Antrag wird angenommen.

St.R. Siegel beantragt einen Zuschusskredit von 24.400 Schilling für Mehrverbrauch von Gas- und Strom in den städtischen Schulen.

G.R. Höppeler (E.L.) sagt, dass in den Wiener Schulen allgemein über die Beleuchtung geklagt wird. In Ottakring bestehen 41 Schulen, davon wurden 14 Schulen von der christlichsozialen Verwaltung gebaut, die alle tadellos elektrisch beleuchtet sind. Von den übrigen Schulen sind bis jetzt nur fünf elektrisch beleuchtet worden. Die gegenwärtige Gemeindeverwaltung hat kein einziges Schulgebäude errichtet, sie hat sogar Schulgebäude aufgelassen und hätte wenigstens alle Schulen elektrisch beleuchten können. In der Neumayerschule hat man nur im zweiten Stock das elektrische Licht eingeleitet, weil dort die Klassen für die schwachen Kinder sind. Man hätte doch können gleich die ganze Schule elektrisch beleuchten. Ähnliche Klagen kommen auch aus den übrigen Bezirken. Es wird immer so viel von der Fürsorge geredet, aber hier geschieht gar nichts. Auf der einen Seite werden Schulärzte bestellt und auf der anderen Seite wird das Augenlicht der Kinder geschädigt.

St.R. Siegel erklärt, dass Jahr für Jahr fünfzehn Schulen elektrisch beleuchtet werden. Die Aktion werde fortgesetzt, aber schon aus technischen Gründen sei eine sofortige Elektrifizierung aller Schulen nicht durchführbar.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Kohl (soz. dem.) will nun über den Ankauf eines Hauses auf der Landstrasse berichten. Als er den Referententisch tritt, erhebt sich bei der Minderheit grosser Lärm. Gemeinderat Kunschak ruft: Den Menschen schicken Sie aufs Drausfeld! Das ist doch eine Schande für den Gemeinderat! Die Christlichsozialen rufen ununterbrochen: Der Watschenkohl als Referent! Abzug! Schande!

Inzwischen hat Gemeinderat Kohl nur für die Stenographen verständlich den Antrag gestellt, dass Haus in der Rabengasse Nr. 20 anzukaufen. Der Vorsitzende erteilt nun dem Gemeinderat Binder (E.L.) das Wort, der aber sich ebenfalls infolge des Lärms nicht verständlich machen kann. Als etwas Ruhe eingetreten ist, sagt Gemeinderat Binder: Ich muss meine Verwunderung darüber aussprechen, dass Gemeinderat Kohl hier am Referententisch erscheint!

G.R. Eisinger (soz. dem.): Es wird noch öfter erscheinen!

Dieser Zwischenruf entfesselt einen neuen Sturm bei der Minderheit. Gemeinderat Huber ruft: Ein öffentlicher Gewalttäter und ein Verleumder! Gemeinderat Eisinger: Das Urteil der Hausherrnvertreter ist für uns nicht entscheidend! Gemeinderat Binder setzt nun, als etwas Ruhe eingetreten ist, seine Ausführungen fort: Es würde der Würde des Gemeinderates besser entsprechen, wenn Gemeinderat Kohl nicht referieren würde. (Beifall bei der Minderheit). Wir verlangen, dass Kohl nicht mehr referiert! (Gelächter bei der

Mehrheit). Bei den Hauskäufen nimmt die Gemeinde Wien jetzt Manieren an, die mehr den ostgalizischen Sitten entsprechen. Den Leuten, die verkaufen müssen, wird das Haus abgepresst. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

Der Vorsitzende erteilt nun dem Gemeinderat Kohl zur Erwiderung das Wort, doch erhebt sich sofort bei der Minderheit grosser Lärm. Man hört aber dann den Gemeinderat Kohl laut rufen: Ich finde es unter meiner Würde, Ihnen zu antworten und bitte um die Annahme des Antrages. Der Antrag wird dann angenommen.

G.R. Schön (soz. dem.) beantragt den Ankauf eines Grundstückes zwischen der Linken Wienzeile und Magdalenenstrasse.

G.R. Schinner (E.L.) wünscht, dass der Innere Mariahilfergürtel reguliert werde, damit dort der Strassenbahnverkehr ermöglicht wird. Um die Regulierung der Linken Wienzeile fortsetzen zu können, sollen die Grundstücke, die dazu notwendig sind, ebenfalls angekauft werden.

G.R. Schön erwidert, dass bereits Verhandlungen im Zug sind und dass die Regulierung des inneren Mariahilfergürtels in Beratung stehe. Der Antrag wird angenommen.

G.R. Schön beantragt einen Zuschusskredit von 25.900 Schilling für Schulerforderhisse.

G.R. Schlössinger (E.L.) bemängelt, dass in den Voranschlag für diesen Zweck gegenüber 1925 um 364.000 Schilling weniger eingestellt worden ist. Sie beantragt, dass die Elektrifizierung der Schulklassen raschestens durchgeführt werde, dass die Reinigung der Fenster in den Schulen jeden Monat zu erfolgen habe, dass die veralteten Schulbänke durch moderne ersetzt werden und dass alle Vorkehrungen zu treffen sind, damit im kommenden Schuljahre an den Mädchenbürgerschulen Schulküchen errichtet werden. Schliesslich kritisiert sie die Zustände in der Schule Speisingerstrasse. Die Schule ist viel zu klein, weil dort Siedlungen entstanden sind. Man hat deshalb das Lehrmittel- und das Konferenzzimmer in Schulklassen umgewandelt und in diese kleinen Zimmer je 33 Kinder hineingepfercht. Wenn das in einer Privatschule geschehe, wäre sie schon gesperrt worden, die Gemeinde dürfe sich aber so etwas erlauben.

G.R. Schön verweist darauf, dass bereits heuer 75 Klassen mit den neuen Bänken ausgestattet worden sind, dass auch zwei Schulküchen errichtet wurden und systematisch die elektrische Beleuchtung eingeführt werde.

Der Referentenantrag wird angenommen und die Anträge der Frau Gemeinderätin Schlössinger werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

G.R. Lösch (soz. dem.) berichtet über die Verhandlungen wegen des Ankaufes von Grundflächen zwischen Wiednergürtel und Schelleingasse. Die Gemeinde will dort einen Wohnhausbau errichten. Der Antrag wird ohne Wortmeldung angenommen.

G.R. Meidl (soz. dem.) beantragt dem Verein für Geschichte der Stadt Wien eine Subvention von 1.500 Schilling zu gewähren.

G.R. Höppeler (E.L.) fragt, ob der Verein schon früher subventioniert wurde und ob die Gemeinde ihm weiter subventionieren wolle.

G.R. Meidl erwidert, dass der Verein seit 1925 subventioniert werde und entsprechend seiner Leistungen auch in Zukunft auf eine Unterstützung rechnen könne, worauf der Antrag angenommen wird.

G.R. Neubauer (soz. dem.) beantragt der Zeitschrift für Heilpädagogik, die von Lehrern herausgegeben wird, eine Subvention von fünfhundert Schilling zu bewilligen. Der Antrag wird ohne Wortmeldung angenommen.

E.R. Neubauer beantragt dem Komitee zur Errichtung eines Denkmals für die Vorkämpferin auf dem Gebiet der Frauenrechte Auguste Fickert eine Subvention von 1000 Schilling zu bewilligen.

Fünfter Bogen.

G.R. Uebelhör (E.L.) wünscht Auskunft über die Aufstellung dieses Denkmals, weil man früher schlechte Erfahrungen gemacht habe. So befindet sich das Mozart-Denkmal auf einem sehr ungünstigen Platz.

G.R. Neubauer antwortet, dass dieses Denkmal im Heinhof, in der grossen Einküchenhausanlage in Fünfhaus aufgestellt werden soll. Die Kosten betragen 20.000 Schilling. Der Antrag wird angenommen.

GR. Dr. Neubauer beantragt weiters die Subventionierung der biologischen Versuchsanstalt der Akademie der Wissenschaften mit 2000 Schilling

GR. Dr. Hengl (E.L.) stellt den Antrag, den Betrag auf zehntausend Schilling zu erhöhen.

Nach dem Schlusswort des Referenten will der Vorsitzende Weigl den Referentenantrag abstimmen lassen. Bei der Minderheit entsteht Märm, der Referentenantrag wird angenommen und StR. Kunschak ruft dem Vorsitzenden zu, dass der Gegenantrag zuerst abgestimmt werden müsse. GR. Weigl antwortet, dass beim Vorsitzenden kein Antrag eingebracht wurde und daher die Sache erledigt ist. StR. Kunschak: Die Sache ist nicht erledigt, der Antrag muss abgestimmt werden. GR. Weigl: Ich stelle fest, dass sowohl beim Vorsitzenden, als auch bei den Schriftführern und beim Referenten ein Antrag nicht eingebracht wurde. Die Stadträte Kunschak und Rummelhardt rufen: Ein Antzegehilfe hat den Antrag auf den Tisch des Referenten gelegt. Nach Rücksprache mit dem Referenten teilt GR. Weigl mit, dass der Antzegehilfe den Antrag tatsächlich auf den Tisch des Referenten niedergelagt habe und er im Einverständnis mit dem Gemeinderate den gefassten Beschlusse reasumieren und den weitgehenderen Antrag zur Abstimmung lassen bringen werde. Der Beschluss über den Referentenantrag wird reasumiert, der Antrag Dr. Hengl abgelehnt und hierauf der Referentenantrag beschlossen.

GR. Dr. Neubauer referiert weiters über Subventionierung der Lehrervereinigungsgemeinschaft "Lichtbild" mit zehntausend Schilling.

GR. Wawerka (E.L.) wünscht eine höhere Subventionierung und stellt den Antrag den Betrag auf 15.000 Schilling zu erhöhen.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Referentenantrag angenommen und der Antrag des GR. Wawerka abgelehnt.

GR. Dr. Neubauer referiert schliesslich über die Subventionierung der Gesellschaft für vielfältigende Kunst mit fünfhundert Schilling, der Wiener Philharmoniker für 1926 und 1927 mit je tausend Schilling, des Wiener Lehrer a capella Chor mit dreihundert Schilling und schliesslich der zoologisch-botanischen Gesellschaft mit tausend Schilling.

Zu den Anträgen sprechen die Gemeinderäte Uebelhör und Dr. Hengl. GR. Uebelhör stellt bezüglich der Subvention der Philharmoniker den Antrag, den Betrag auf fünftausend Schilling zu erhöhen und GR. Hengl stellt bezüglich der Subventionierung der zoologisch-botanischen Gesellschaft den Antrag, die in Aussicht genommene Summe zu verdoppeln.

Nach dem Schlusswort des Referenten werden die Referentenanträge angenommen und die Anträge der Mitglieder der Einheitsliste abgelehnt

GR. Pokorny referiert über die Bewilligung eines Kredites von 318.816 Schilling zur Deckung von Wertabschreibungen bei den städtischen Bogen- und Lagerhäusern pro 1926.

Schilling 00 für die Mitglieder des Gebirgsvereines, des GR. Zimmerl (E.L.) verlangt die Rückverweisung des Antrages, da nach seiner Ansicht an der bereits vorgelegten Bilanz nichts mehr geändert werden kann; und zum Beispiel die Mitglieder des deutschen und österreichischen.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Rückverweisungsantrag abgelehnt und der Antrag angenommen. Der Antrag wird angenommen. GR. Pokorny sucht um Genehmigung eines Zuschusskredites von 318.816 Schilling zur Deckung von Wertabschreibungen bei den städtischen Bogen- und Lagerhäusern pro 1926.

215.366 Schilling für die Kosten der Mehrererfordernis für 1926 der Kosten der Gebäudeverwaltung der allgemeinen Volks-, Bürger- und Mittelschulen.

GR. Stüger (E.L.) bringt die Angelegenheit der Walter-Realschule zur Sprache und wünscht dass der Kampf der Gemeinde Wien mit dem Bund nicht auf den Rücken des Elternvereines ausgetragen werde.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Ohne Wortmeldung wird dann der Antrag des GR. Pokorny angenommen, einen Zuschusskredit von 48.772 Schilling zur Deckung des Ausgestiegenen Strom- und Materialverbrauchs sich ergebenden Mehrererfordernisses für Beleuchtung der Amtsräume zu genehmigen.

StR. Richter ersucht um Genehmigung eines Zuschusskredites von 4365 Schilling für die Kosten der Gehaltsauszahlung für die Feuerwehr

GR. Doppler (E.L.) bringt bei der Gelegenheit zur Sprache, dass eine Feuerwehrstudienkommission aus Deutschland in Wien war. Zum Begrüssungsabend waren sowohl der Bürgermeister als auch StR. Richter eingeladen, aber weder der Bürgermeister noch StR. Richter erschienen. Auf das Einladungsschreiben antwortete der Bürgermeister überhaupt nicht, StR. Richter entschuldigte sich und auch das Feuerwehrkommando der Stadt Wien war auf dem Begrüssungsabend nicht vertreten.

StR. Richter teilt mit, dass er nur von dem Wiener Verband der freiwilligen Feuerwehren eingeladen wurde. Da er keine Zeit hatte, musste er sein Fernbleiben an dem Begrüssungsabend entschuldigen. Bezüglich der Subvention, von der GR. Doppler gesprochen hatte, kann er mitteilen, dass es nicht üblich ist, an Besuche von Subventionen zu geben. Der Antrag wird angenommen.

GR. Schafranek ersucht um Genehmigung einer Subvention von hundert Schilling für die Freiwillige Feuerwehr in Wieselburg und um eine Subvention für die Freiwillige Feuerwehr Mauerbach mit vierhundert Schilling.

Zu den Anträgen spricht GR. Untermüller, der die Beiträge viel zu niedrig findet.

G.R. Schafranek erklärt, dass es sich bei dieser Subvention eigentlich nur um eine Anerkennung handelt. Der Antrag wird angenommen.

G.R. Schafranek berichtet über die Aktion für die Errichtung eines Girardi-Denkmales. Es hat sich ein Komitee gebildet, dass an die Gemeinde mit dem Ansuchen um eine Subvention herangetreten ist. Der Entwurf für das Denkmal stammt vom Bildhauer Otto Hofer: es soll am Friedrichsplatz aufgestellt werden. Es wird beantragt, eine Gemeindeunterstützung von 4000 Schilling zugewähren.

G.R. Rummelhardt (E.L.) bemängelt, dass die Gemeinde etwas spät diesen Antrag vorlege. Anlässlich einer Veranstaltung zugunsten des Denkmalfonds bei Gerngross hat man dem Bürgermeister erwartet, er ist aber nicht erschienen. Es sei deshalb sehr erfreulich, dass jetzt scheinbar ein Umschwung stattgefunden hat. Die Subvention ist aber doch etwas zu karg, weshalb die Minderheit eine Verdoppelung beantrage. Bei dieser Gelegenheit verlangt der Redner auch eine Unterstützung für das Netroy-Denkmal.

G.R. Schafranek erwidert, dass die Gemeinde ohnehin doppelt so viel gebe, wie der Bund. Ein Lizitieren sei hier nicht angebracht.

Der Antrag des Referenten wird angenommen, der Antrag Rummelhardt abgelehnt.

Vorsitzender Weigl schliesst nunmehr die Sitzung. Nächste Sitzung Freitag fünf Uhr nachmittags.

GR. Wawerka fortfahrend: Nur durch die Vorlage des Verzeichnisses der Mitglieder der Einheitsliste wird die Sache erledigt.

Wien, Mittwoch, den 8. Juni 1927.

Neue städtische Wohnhausbauten. Nach Berichten des amtsführenden Stadtrates Siegel hat der Gemeinderatsausschusses für technische Angelegenheiten die Errichtung von 327 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 4,890.000 Schilling genehmigt. Es werden fünf Wohnhäuser erbaut. Auf der Landstrasse wird nach den Entwürfen des Architekten Alfred Kraupa in der Hagemüllergasse ein 1380 Quadratmeter grosses Grundstück verbaut. Das Gebäude wird 51 Wohnungen und vier Geschäftslokale enthalten. Von der Grundfläche werden nur 47 Prozent verbaut. Die Baukosten sind mit 700.000 Schilling veranschlagt. Ebenfalls in der Hagemüllergasse wird nach den Plänen des Architekten Johann Rothmüller ein städtischer Wohnhausbau aufgeführt. Das Gebäude umfasst 110 Wohnungen, vier Geschäftslokale, ein Jugendheim und einem Jugendhort. Es werden nur 38 Prozent der Grundfläche verbaut, während 62 Prozent für zwei Gartenhöfe verbleiben. Die Baukosten werden mit 1,5 Millionen Schilling geschätzt. Am Alsergrund werden zwei Wohnhäuser errichtet. Ein Bau in der Müllnergasse wird 22 Wohnungen enthalten. Die Pläne stammen von dem Architekten Ingenieur Hans Würzl. Die Baukosten sind mit 440.000 Schilling veranschlagt. Der zweite Alsergrund-Wohnhausbau ist in der d'Orsaygasse und wird 56 Wohnungen enthalten. Die Baukosten sind mit 800.000 Schilling geschätzt. Die Pläne für diesen Wohnhausbau stammen von dem Architekten Leo Kammel. Schliesslich wird noch in der Brigittenau, Kluckygasse, nach den Entwürfen des Architekten Ingenieur Viktor Weixler eine 88 Wohnungen zählende Anlage errichtet. Von der Grundfläche werden 51 Prozent verbaut. Die Baukosten betragen 1,450.000 Schilling. In der Anlage wird auch ein Kinderhort errichtet. Mit den Bauarbeiten wurde bereits überall begonnen.

Eine Million Badegäste im Amalienbad. Heute Mittwoch sind es genau elf Monate, dass das städtische Amalienbad in Favoriten eröffnet worden ist. Der Besuch dieses Bades ist ein ausserordentlich guter; insbesondere das Schwimmbad wird stark benützt. Auch die Heilbäder erfreuen sich eines stetig steigenden Besuches. Heute nachmittags um halb 4 Uhr erschien der millionste Badegast an der Kasse des Amalienbades. Es ist dies Fräulein Berta Bauer aus Siebenhirten. Der Leiter des städtischen Bäderbetriebes, Oberstadtbaurat Ingenieur Barousch überreichte aus diesem Anlass Fräulein Bauer einen kompletten Badeanzug samt Bademantel und Badeschuhe als Geschenk.

Englische Fussballer in Rathaus. Heute mittags wurde die englische Amateur-Auswahlmannschaft, die seit Samstag in Wien ist, im Rathaus empfangen. In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte Vizebürgermeister Emmerling die Fussballer auf das herzlichste und sprach die Hoffnung aus, dass sie sich in Wien, der Stadt alter Kultur und schaffender Arbeit, wohl fühlen mögen. Namens der Gäste dankte Tom Groom für den herzlichen Empfang und gab seiner Bewunderung über die Schöpfungen der Gemeindeverwaltung Ausdruck, von denen die Mannschaft bereits einiges zu sehen Gelegenheit hatte. Für den Oesterreichischen Amateur Fussballverband dankte Obmann Diener für den Empfang, worauf Kapitän Bunyan einige herzliche Dankesworte sprach. Die Gäste wurden dann durch die Festräume des Rathauses geleitet.

Wien, am Donnerstag, den 9. Juni 1927

Eine Emil Kralikgasse in Margareten. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat auf Antrag des Gemeinderates Jenschik beschlossen, die zwischen der Schönbrunner- und Margaretenstrasse auf den Margareten Gürtel einmündende unbenannte Gasse nach dem im Jahre 1906 verstorbenen Redakteur der Arbeiter-Zeitung Emil Kralik zu benennen. Kralik wurde im Jahre 1864 als Sohn eines Wiener Damenschneiders in Wien geboren, wurde Schriftsetzer und kam auf seinen Wanderungen bis Kopenhagen und Paris, wo er ausser der Kenntnis der Sprachen einen reichen Schatz des Wissens und Erfahrungen sammelte. Nach Wien zurückgekehrt, betätigte er sich hervorragend in seiner Berufsorganisation und war viele Jahre Redakteur des Gewerkschaftsblattes der Buchdruckergesellen. Unter dem Namen Habakuk schrieb er viele humoristische Erzählungen und Satiren in etwas liebenswürdigerer Art als Friedrich Schögl. Die Erläuterungstafel trägt folgende Aufschrift: Emil Kralik, 1864-1906, Schriftsteller und Redakteur der Arbeiter-Zeitung.

Sächsische Lehrer im Wiener Rathaus. Seit einigen Tagen weilt eine Abordnung von Lehrern und Lehrerinnen des Bezirkslehrervereines Dresden-Land in Wien, um hier Schul- und Fürsorgeeinrichtungen zu studieren. Die Führungen hat der Stadtschulrat übernommen. Heute wurde die Abordnung, die aus 54 Lehrpersonen besteht, im Rathaus empfangen. An den Empfang, der im Sitzungssaal des Stadtsenates abgehalten wurde, nahmen Vizebürgermeister Hoss, das Präsidium des Gemeinderates und die leitenden Funktionäre des Wiener Stadtschulrates teil. Präsident Abgeordneter Gröckel stellte die Abordnung dem in Vertretung des Bürgermeisters erschienenen Vizebürgermeister Emmerling vor, wobei er betonte, dass dieser Besuch von den Schulfachleuten besonders begrüsst werde, weil die sächsische Lehrerschaft auf dem Gebiet des Schulwesens in erster Linie marschiert. Vizebürgermeister Emmerling gab seiner Freude darüber Ausdruck, Gäste begrüßen zu können, die aus dem Deutschen Reiche kommen, unserer Bevölkerung also besonders willkommen sind. Er lud die Gäste ein, alle Einrichtungen der Stadt zu besichtigen und sich über die Aufbauarbeit der Gemeinde Wien ein objektives Urteil zu bilden. Der Obmann des Bezirkslehrervereines Dresden-Land, Lehrer Hahn, dankte für die Güte und Liebe, mit der die Gemeinde Wien die sächsischen Lehrer empfangen hat. Schon jetzt hätten die Gäste bei ihren Studien wahrgenommen, dass die Gemeindeverwaltung demokratisch und sozial geführt werde. Die Stadt Wien habe ihr Leben und ihre Kraft vor allem der rastlosen Arbeit der Gemeindevertretung zu verdanken. An den Empfang schloss sich eine Besichtigung der städtischen Sammlungen und der Festräume des Rathauses an.

Sitzungen der Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Hietzing hält am Samstag um 4 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab. Am Montag halten die Bezirksvertretungen Margareten um 5 Uhr und die Bezirksvertretung Brigittenau um 7 Uhr öffentliche Sitzungen ab.

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Die Gebühren für die Kanalräumung bleiben im Juni unverändert. Sie betragen das Dreissigfache des Mietzinses, der für den Monat August 1914 bezahlt worden ist.

Errichtung eines städtischen Wäschereigebäudes. Der Gemeinderat hat im September des vorigen Jahres den Bau einer Wohnhausanlage in der Jedleseerstrasse beschlossen. Der Gemeinderatsausschuss für technische Ange-

legenheiten hat nun den Beschluss gefasst, innerhalb der von dieser Wohnhausanlage umschlossenen Fläche zwischen der Jedleseerstrasse und Moltkegasse eine Wäschereianlage für die Bewohner der neuen Wohnhausgruppe zu errichten. Die Anlage wird 32 Waschstände und modernst ausgestattete Mangel-, Bügel- und Trockenräume enthalten. Im Erdgeschoss wird auch eine Badeanlage mit Brausen und Wannenbädern geschaffen. An die Wäschereianlage wird sich auch ein Turnhallegebäude anschliessen. Die Entwürfe für diese Anlagen hat Architekt Hubert Gessner ausgearbeitet. Die Gesamtkosten werden mit 2,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Gartenstadt am Tivoli. Die Gemeinde wird das Gelände in Meidling, das von der Hohenbergstrasse, der Grünberggasse und zwei unbenannten Strassen begrenzt ist, in offener Bauweise verbauen. Es werden dort sogenannte Vierlingshäuser errichtet, in denen je vier Wohnparteien untergebracht sind. In der letzten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für technische Angelegenheiten wurde nach einem Bericht des Stadtrates Siegel der Entwurf für den ersten Bauteil genehmigt. Der Entwurf stammt vom Stadtbauamt. Es werden vorerst 39 einzelstehende und zwei zu zweien gekuppelte Vierlingshäuser erbaut. Vorgesehen sind vier verschiedene Wohnungsgruppen. Die kleinsten Wohnungen bestehen aus einem Zimmer, einer Kammer und einer Küche, die grössten haben zwei Zimmer, eine Kammer und Küche. Alle Wohnungen haben den Zugang vom Garten. Für jede Wohnpartei ist ein Kleingarten, der ungefähr fünfzig Quadratmeter gross ist, vorgesehen. Von den Grundflächen werden nur 23,8 Prozent verbaut, 76,2 Prozent sind für die Anlage von Fahrstrassen, Gehwegen, Ausgärten und eines ausgedehnten Spielplatzes bestimmt. Der erste Bauteil umfasst 172 Wohnungen; die Baukosten werden auf 4,1 Millionen Schilling geschätzt.

Jubilare der Ehe. Am Dienstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Richter den Ehepaaren Johann und Maria Bendl, Josef und Berta Böhm, Josef und Therese Eckl, Karl und Leopoldine Heger, Wenzel und Rosina Valenta und Jakob und Sofie Zeisel anlässlich ihrer goldenen Hochzeitsfeier die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

Strassenbahnverkehr und Blumenkorsos. Anlässlich des am Samstag stattfindenden Blumenkorsos werden nachmittags folgende Änderungen im Strassenbahnverkehr vorgenommen: Die Linien A und Ak werden zur Rotunde anstatt zum Luciaplatz geführt. In der Strecke zwischen Legerhaus und Luciaplatz wird als Ersatz ein Pendelverkehr der Linie 21 eingerichtet. Die Linien 16, 24 und 25 werden von ihren Aussenenden nicht zum Praterstern, sondern nur bis zur Vorgartenstrasse geleitet. Als Ersatz für den Ausfall in der Lassallestrasse wird ein Teil der Züge der Linie 5 zur Reichsbrücke anstatt zum Volksprater geführt. Zur Verstärkung des Verkehrs zum Praterstern wird im Bedarfsfall die Linie P (Ottakring - Thaliastrasse - Herohenfelderstrasse - Ring - Schwedenplatz - Taborsstrasse - Heinestrasse zur Ausstellungsstrasse) eingelegt und die Linie 3 vom Nordwestbahnhof zum Volksprater verlängert. Zur Verbesserung des Verkehrs zur Prater-Hauptallee wird die Linie J2 von der Rettungsgesellschaft durch die Radetzkystrasse und Löwengasse zur Endstelle Prater-Hauptallee weitergeführt, die Linie H nicht durch die Schüttelstrasse, sondern durch die Wittelsbachstrasse ebenfalls zur Endstelle Prater-Hauptallee abgelenkt und im Bedarfsfall eine Linie T und TK (Hauptallee - Ring beziehungsweise Kai - Rund) neu eingelegt. Sämtliche über die Praterstrasse verkehrenden Züge werden zeitweise über die Schwedenbrücke geführt; in der Aspernbrückengasse und über die Aspernbrücke wird der Strassenbahnverkehr während dieser Zeit gänzlich eingestellt sein.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 218
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 10. Juni 1927

.....
Die Strassen zum Asperner Flugfeld. Zum Flughafen Aspern führen drei Strassen: die Erzherzog Karl-Strasse, Hirschstettener- und Kaisermühlen-Strasse. Die Erzherzog Karl-Strasse führt von der alten Donau über Stadlau nach Aspern, die Hirschstettner Strasse vom Ort Kagran über Hirschstetten nach Aspern, die dritte Strasse von Kaisermühlen entlang des Uberschwemmungsdammes zur Kaisermühlenstrasse nach Stadlau und von dort nach Aspern. Von diesen drei Strassenzügen werden am Sonntag die Hirschstettner Strasse und die Erzherzog Karl-Strasse benützbar sein. Die dritte Zufahrt von Kaisermühlen über die Kaisermühlenstrasse ist gesperrt, weil dort gegenwärtig eine Versuchsstrasse für Bitumenbeläge angelegt wird. Es handelt sich hierbei um die Vorführung von fünfzehn verschiedenen modernen Strassenbausystemen anlässlich des zweiten österreichischen Strassentages, der vom 15. bis 18. Juni 1927 in Wien abgehalten wird.

Die beiden anderen Strassen wurden von der Gemeinde in den letzten zwei Jahren mit grossem Kostenaufwand teilweise instandgesetzt. Einzelne Strecken sind jedoch noch schadhaft; an der Ausbesserung wird schon seit längerer Zeit gearbeitet. Um den Massenverkehr am Sonntag bewältigen zu können, wird das Stadtbauamt die aufgerissenen Stellen provisorisch zudecken. Diese Arbeit wird am Sonntag beendet sein.

.....
Maler Karl Lahner gestorben. Im Krankenhaus der Stadt Wien ist am 5. Mai der akademische Maler Karl Lahner im 85. Lebensjahr gestorben. Lahner hat der Gemeinde im Jahre 1906 den Labetränk-Brunnen im Stadtpark gewidmet; auch eine Büste des Bürgermeisters Dr. Felder hat er der Stadt Wien zum Geschenk gemacht. Bürgermeister Seitz hat verfügt, dass das Leichenbegängnis von der Gemeinde besorgt wird.

.....
Autobus Schnellverkehr zum Gänsehäufel. Um die Strassenbahn zu entlasten wird an schönen Sonn- und Feiertagen ein Autobus Schnellverkehr von der Vorgartenstrasse (Einsteigstelle der Linie 24 der Strassenbahn) zum städtischen Strandbad Gänsehäufel in ganz kurzen Intervallen eingerichtet. Der Fahrpreis ist für eine Fahrt dreissig Groschen.

.....
Baumpflanzung in der Engerthstrasse. Nach einem Bericht des Gemeinderates Hofbauer hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beschlossen in der Engerthstrasse zwischen Donaueschingenstrasse und Stromstrasse eine Baumpflanzung herzustellen. Die Kosten der Arbeiten betragen 16.300 Schilling.

.....
Instandsetzung von Schulgebäuden. Auch heuer werden in den Ferienmonaten viele städtische Schulgebäude renoviert. Am Mittwoch hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten die Instandsetzung der Schulgebäude in der Börsegasse, Hainburgerstrasse, Phorusplatz, Simoningplatz, und der beiden Schulgebäude in Meidling, Migazziplatz beschlossen.

.....

Wien, am Freitag, den 10. Juni 1927 (Zweite Ausgabe)

Die Festwochen.

Heute fand die Uraufführung des Wachauer Spiels in Spitz an der Donau statt. Das historische Bühnenfestspiel des Klosterneuburger Dichters V. O. Ludwig wurde von der Wachauer Festspielgemeinde in künstlerisch interessanter Darstellung zur Aufführung gebracht. Die bühnenmässige Bearbeitung und Spielleitung oblag Hans Herrdegen, der musikalische Teil Ernst Penzinger, die Tänze Rose Wilhelm und die Ausstattung Eduard Stella. Im historischen Rahmen des Kirchenplatzes in Spitz zog eine Reihe von Szenen aus der tausendjährigen Geschichte der Wachau in buntem Wechsel vor den Augen einer zahlreich erschienenen Zuhörerschaft vorbei. Die Bauernkriege, die Zeit Maria Theresias, die Napoleonischen Kriege und die Biedermeierzeit sind die Pfeiler, auf welche die Dichtung V. O. Ludwigs die Geschichte der Wachau wurzeln lässt. Das Wachauspiel wird noch morgen Samstag und Sonntag wiederholt.

Der Festtag in Mödling.

Am 16. Juni findet in Mödling im Rahmen der Festwochen in der Sankt Othmarkirche eine Aufführung von Beethovens "Missa Solemnis" statt, die von den Wiener Philharmonikern und der Mödlinger Singakademie unter der Leitung des Kapellmeisters Rudolf Knorr, sowie unter Mitwirkung der Solisten Mina Lefler, Emilie Rutschka, Hermann Gallos und Georg Manowarda zum Vortrag gelangt. Die Aufführung spricht die durch frühere Aufführungen des Werkes an derselben Stelle geschaffenen Tradition würdig zu verkörpern.

Den Nachklang der Aufführung der Missa Solemnis bildet dann die um 14'50 Uhr von der Kanzlei des Beethovenhauses, Pfarrgasse, aus stattfindende Führung durch die Beethovenhäuser und das städtische Museum. Hieran schliessen sich um 16 Uhr Veranstaltungen der Gemeinde Hinterbrühl, die mit einem Frühlingsfest beginnen, in dessen Rahmen ein Konzert des Männergesangvereines Hinterbrühl und des Wiener Lehrer a cappellachors, begleitet von der Kapelle des Infanterieregimentes Nr. 3 unter Leitung des Dirigenten Professor Hans Wagner-Schönkrich, stattfindet. Ausserdem ist im Laufe des Nachmittags für Führungen durch die herrliche Umgebung Mödlings gesorgt; sie nehmen um 14, 15 und 16 Uhr ihren Ausgang vom Rathaus. Der Abend des Festtages erhält wieder ein ernstes Gepräge durch die Aufführung der Klosterspiele des Schottenstiftes auf dem Platz vor der Pfarrkirche Sankt Othmar. Um 20 Uhr 30 Minuten aufgeführt wird "Ein Spiel vom Tode" von Georg Ferramare. Nach Beendigung des Festspieles werden die umliegenden Bergspitzen der Husarentempel und die Römerwand in Höhenfeuern und bengalischer Beleuchtung erstrahlen. Die Karten zu diesen Veranstaltungen können im Zentralkartenbüro in der Sezession, I., Friedrichstrasse 12, bei der Musikvereinskasse, I., Karlplatz 6 und bei Keldorfer, I., Krugerstrasse 3 gelöst werden.

Die Aufführung der Schule Hellerau in Vöslau.

Diese Aufführung musste vom 16. auf den 19. Juni verschoben werden, weil das Ensemble, das derzeit in Rom ist, auf Wunsch des dortigen Bürgermeisters ihr Gastspiel verlängern musste. In der Wassersportarena des neu eröffneten Strandbades werden Tänze von Mozart, Johann Strauss und Debussy aufgeführt.

Das holländische Festkonzert.

Heute abends findet im grossen Konzerthausaal das Festkonzert des königlichen holländischen Männergesangvereines "Apollo" statt. Das Programm beginnt mit der österreichischen und holländischen Nationalhymne und bringt Chöre von Viotta, Roeske, Dresden, Hol, Wagner, Zweers, Diepenbrock, Zimmermann, Van Sigtenhorst-Meyer und Vormolen.

Narzissenfest im Ybbstal.

Im Göstling an der Ybbs traf am Freitag eine Gruppe von Teilnehmern am dortigen Narzissenfest ein. Die Reisenden kamen von Lunz und wurden in Göstling von Landeshauptmann Dr. Buresch, Präsident der Landes-Landwirtschaftskammer Josef Reiter und Ministerialrat Stepan empfangen.

Die Ankunft Chamberlins.

Anlässlich des Besuches Chamberlins ist der Generaldirektor und Chefredakteur des New Yorker Herald in Paris, Lawrence Hills, in Wien eingetroffen. Er beabsichtigt die Empfangsfeierlichkeiten Chamberlins mit einem Besuch der Festwochen zu verbinden.

Das Programm für Samstag.

3 Uhr: Rennen in der Freudenau. 3 Uhr: Internationale Artistenrevue im Johann Strausstheater. - Halb 4 Uhr: Automobilblumenkorso in der Hauptallee. - 4 Uhr: Leichtathletische Jugend- und Mittelschüler-sportfest auf dem Pratersportplatz. - 5 Uhr: Fanfarenkonzert im Schönbrunner Schlosshof. - 6 Uhr: Internationale Polospiele auf dem Poloplatz. - Halb 8 Uhr: Nationales Schwimm-Meeting im Dianabad. - Halb 8 Uhr: Holländisches Festkonzert im Grossen Konzerthausaal. - 8 Uhr: Heiterer Abend im Burggarten. - Ab 12 Uhr: Strandfest in Klosterneuburg. - 1/4 3 Uhr: Das Wachauspiel in Spitz. - 8 Uhr: Lichterfest in Melk. - Narzissenfest und Weinkost im Ybbstal.

Das Programm für Sonntag.

10 Uhr: Sternstilllauf zum Rathaus. - Halb 11 Uhr: Produktion der Spanischen Reitschule. - 11 Uhr: Kirchenmusikalische Aufführung in der Burgkapelle. - Halb 3 Uhr: Rennen in der Freudenau. - 4 Uhr: Leichtathletisches Jugend- und Mittelschüler-sportfest auf dem Pratersportplatz. - 6 Uhr: Internationale Polospiele auf dem Poloplatz. - Handball-Länderwettbewerb Deutschland-Oesterreich (Sportplatz Hernals). - 8 Uhr: Schubert-Lammer-Strauss Abend im Burggarten. - Klosterneuburg: Halb 10 Uhr: Kirchenmusikalische Aufführung und Pontifikalamt in der Stiftskirche. - Halb 1 Uhr: Das Klosterneuburger Osterspiel. - 1/4 3 Uhr: Besichtigung des Stiftes und seiner Sehenswürdigkeiten. - Volksbelustigungen, Fasselrutschen. - 7 Uhr: Geistliches Konzert in der Martinskirche. - Laxenburg: 4 Uhr: Opernaufführung der Sängerknaben "Der Dorfbarbier". - Stockerau: 6 Uhr früh: Start zum Radrennen "Rund um Wien". - Melk a. D.: 10 Uhr: Empfang durch den Abt des Benediktinerstiftes. - 11 Uhr: Volkstänze. - Spitz a. d. D.: 1/4 3 Uhr: und 1/2 6 Uhr: Das Wachauspiel-Weissenkirchen: 3 Uhr: Original Wachauer-Kirtag. - Narzissenfest und Weinkost im Ybbstal.

Sitzungen des Gemeinderates. Der Wiener Gemeinderat wird auch in der kommenden Woche am Dienstag und Freitag Sitzungen abhalten. Beginn fünf Uhr nachmittags.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 10. Juni 1927. (Dritte Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 10. Juni 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet nach fünf Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat tritt sofort in die Verhandlungen ein. Nach einem Referat des Gemeinderates Schütz (soz. dem.) über die Abänderung und Ergänzung des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplanes für das Gebiet zwischen der Hofwiesengasse, der Feldkellerkasse, der verlängerten Berghaidengasse und Fasangartengasse in Hietzing und über die Festlegung des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplanes in Ober Sankt Veit, Einsiedlergasse und Würtzenberggasse werden die diesbezüglichen Anträge ohne Debatte angenommen. Gemeinderat Schütz ersucht weiters die Abänderung des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplans für das Gebiet zwischen der Heiligenstädterstrasse, Grinzingerstrasse und Franz Josefsbahn zuzugestimmen.

G.R. Dr. Hengl (E.L.) bemängelt, dass schon im Jahre 1925 die Gärten von diesem Platz evakuiert wurden und heute erst der Generalregulierungsplan abgeändert wird. Solche unglaubliche Verspätungen kommen aber sehr oft vor. In Grinzing hat ein Weinbauer schon im Jahre 1924 um eine Baubewilligung angesucht. Der Mann wird aber bis heute mit Schikanen gehalten. Zum Antrag selbst wirft der Redner die Frage auf, ob es nicht besser gewesen wäre, die Strassen dann näher zur Stadtbahn zu verlegen als sie auf der Heiligenstädterstrasse weiterzuführen.

G.R. Schütz erwidert, dass die Gemeinde die Pachtverträge mit den Gärtnern friedlich löste, aber die Verhandlungen darüber schon rechtzeitig durchgeführt werden mussten. Die Umlegung der Strassenbahn von der Heiligenstädterstrasse näher zur Stadtbahn wäre mit ungeheuren Kosten verbunden.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Schütz referiert weiters über die Aufhebung des Parkschutzgebietes auf dem Neubaugürtel zwecks Errichtung einer öffentlichen Benzinzapfstelle der Vacuum Oil Company.

G.R. Müller (E.L.) erklärt, dass bei Aufstellungen von Benzinzapfstellen des öfteren sonderbare Verhältnisse zu Tage treten. Gerade bei der Aufstellung dieser Benzinzapfstelle ist des starken Verkehrs auf dem Neubaugürtel wegen die grösste Vorsicht geboten. Er wünscht in dem diesbezüglichen Referaten eine genaue Ortsangabe, damit es jedem Gemeinderatsmitglied möglich sein kann, sich über den in Aussicht genommenen Aufstellungsplatz einer Benzinzapfstelle zeitgerecht zu informieren.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Schütz beantragt die Genehmigung der Festsetzung von Strassenhöhen für das Siedlungsteilgebiet am Weifersberg. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen. Derselbe Referent ersucht ferner um die Genehmigung der Baulinienabänderung und Baubewilligung für den Wohnhausbau in der Währingerstrasse-Weinhausergasse-Inozenz Langgasse. Einheitsliste werden mit Rücksicht auf diese Vorkommnisse nicht für den Antrag stimmen.

Nach einem kurzen, aufklärenden Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen.

G.R. Schütz referiert dann noch über die Baulinienabänderung an der Ecke der Meidlinger Hauptstrasse und Wilhelmstrasse, die auf eine Anregung der Meidlinger Bezirksvertretung zurückzuführen ist.

G.R. Seitz (E.L.) begrüsst den Antrag und wünscht, dass die Abänderung der Baulinie ehebaldigst durchgeführt wird. Auch wäre es im Interesse des Verkehrs sehr notwendig, ehebaldigst die Baulinie in der Meidlinger Hauptstrasse von den Häusern Nummer 8 bis Nummer 18 durchzuführen.

Nach dem Gemeinderat Schütz erklärt hatte, dass bezüglich der vom Gemeinderat Müller gewünschten Baulinienänderungen die Gemeinde Wien schon Verhandlungen pflegt, wird der Antrag angenommen.

G.R. Schütz beantragt der Gemeinde Wien-städtischen Baustoffwerke zur Errichtung von vier Flugdächern und eines Kreistransporteurs an der Laaerstrasse in Favoriën die Baubewilligung zu erteilen.

G.R. Biber (E.L.) ersucht um Ergänzung des Referates, um klarzustellen, wozu die ganze Anlage eigentlich gehört.

G.R. Schütz teilt mit, dass die Anlage eines Kreistransporteurs zur Ziegebeförderung gehört.

Der Antrag wird angenommen.

St.R. Siegel ersucht den Gemeinderat um Zustimmung, dass das Bezugsrecht bei der von der Steinag A.G. geplanten Kapitalserhöhung von 240.000 Schilling auf 1.200.000 Schilling durch Uebernahme von 34.908 neuen Aktien zu zehn Schilling ausgeübt werden kann. Dazu ist ein Kredit von 349.080 Schilling und ein Spesenbeitrag von 10.472 Schilling notwendig.

G.R. Biber (E.L.) stellt an den Referenten die Anfrage, wie gross das Bezugsrecht einer alten Aktie ist, ob die Steinag eine profitable Wirtschaft betreibt, wie gross der Tageswert einer alten Aktie ist, wie es mit dem Majoritätsverhältnis steht, wie gross der Aktienbesitz der Gemeinde ist und warum wenigstens nicht die wichtigsten Daten der vorjährigen Bilanz bekannt gegeben worden sind. Er bemängelt, dass bei öffentlichen Ausschreibungen die Gemeinde Wien Unternehmungen, an denen sie beteiligt ist, bevorzugt, was zu Monopolstellungen solcher Unternehmungen führe. Er bringt ferner zur Sprache, dass die Gemeinde Wien im Vorjahr mit der Steinag einen Vertrag auf Lieferung von fünfzehn Millionen Ziegel getätigt und die Lieferung mit 350.000 Schilling angezahlt habe. Die Steinag war nicht in der Lage, den Vertrag zu erfüllen. Sie hat schliesslich sogar den Ziegeleibetrieb eingestellt. Dann hat die Steinag der Gemeinde Wien den Antrag gemacht, den Vertrag bezüglich der Lieferung von restlichen dreizehn Millionen Ziegel zu stornieren und ihr einen neuen Auftrag auf fünfzehn Millionen Ziegel zu geben. Die Gemeinde hat diesen Vorschlag glatt angenommen, obwohl die Ziegel um zehn Prozent höher in Rechnung gestellt wurden. Das Entgegenkommen, dass die Gemeinde Wien der Steinag bewiesen hat, wird aber nicht auch anderen Unternehmungen entgegengebracht. Wenn andere Unternehmungen Verträge nicht einhalten können, müssen sie oft ein hohes Sühngeld bezahlen. Das ist ein Unrecht und solange dieses Unrecht besteht, kann die Opposition für den Antrag nicht stimmen.

St.R. Siegel erklärt, dass die Gemeinde Wien an der Steinag mit 35 Prozent beteiligt ist. Der Aktienbesitzstand bleibt unverändert und der Spesenbeitrag ist für die Neuanschaffung von Drucksorten notwendig. Zu den Ausführungen des Vordredners erklärt er, dass die Gemeinde Wien schon vielen Unternehmern ohne Sühngeld aus Verträgen herausgelassen habe. Der Vertrag mit der Steinag musste seinerzeit storniert werden, weil die Erfüllung des

Zu dem Antrag spricht Gemeinderat Holaubek der bemängelt, dass bei diesem Wohnhausbau eine schon bis zum ersten Stockwerk aufgeführte Frontmauer bis zur Parterredecke wieder abgetragen werden musste, was in der Nacht geschah. Man hat einfach um zwanzig Zentimeter hinaus die Baulinie überschritten. Auch die Paterrdecke wurde schliesslich wieder abgetragen, da man vergessen hatte, die Träger für die Balkone einzubauen. Für solche schleuderhafte Arbeiten muss dann die Wohnbausteuer herhalten. Die Mitglieder der

Vertrages die Steinag ruiniert hätte. Die Vorauszahlung von 350.000 Schilling stand unter der Garantie einer Grossbank. Bezüglich der erwähnten Bevorzugung von Firmen, an denen die Gemeinde Wien beteiligt ist, stellt Stadtrat Siegel fest, dass es vom kaufmännischen Standpunkt richtig sei, auf Firmen an denen man beteiligt ist, Rücksicht zu nehmen.

Der Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte wird ein weiterer Antrag des Stadtrates Siegel angenommen, das städtische Strandbad Apte Donau zu erweitern und eine gedeckte Veranda mit anschliessender Küchen- und Abortanlage zu errichten. Die Kosten betragen 44.000 Schilling. Weiters wird ohne Debatte der Antrag des Stadtrates Siegel angenommen, dem Ausgleich der strittigen Verpflichtungen zwischen dem österreichischen Bundesschatz und der Gemeinde Wien wegen des Durchbruches der Akademiestrasse zuzustimmen.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Siegel referiert nun über die Neuanlage eines Wasserparkes zwischen der Floridsdorfer- und Nordbahnbrücke einerseits und zwischen dem Ueberschwemmungsdamm und der Strasse an der Oberen alten Donau andererseits. Dafür ist ein Kredit von 160.000 Schilling zu bewilligen.

Vizebürgermeister Hoss (E. L.) begrüsst die Errichtung der Parkanlage. Er gibt aber zu bedenken, dass nach einem Hochwasser, das alte Donau immer ansteigt und es zwei, dreimal während eines Jahres vorkommt, dass gerade der grösste Teil des Gebietes, das für den Park in Aussicht genommen ist, überschwemmt ist.

G. R. Kärber (E. L.) verlangt, dass endlich die Mistablagerungsstätte am Bruckhaufen aufgelassen wird. Der Wasserpark hat gar keinen Sinn, weil der Staub von dieser Mistablagerungsstätte vom Wind hineingetragen werden wird. Die Bevölkerung wünscht, dass diese Miststätte aus dem Weichbild der Stadt verschwindet. Man kann sie ohne weiters in das Marchfeld verlegen, weil solche Entfernungen bei Autobetrieb keine Rolle spielen. Dort könnte auch ein Teil des Kehrriechts als Dünger verwendet werden.

St. R. Siegel erwidert, dass die Fachleute den Grundwasserstand genau untersucht haben und alle Befürchtungen der Minderheit unbegründet sind. An eine Verlegung der Kehrriechtablagerungsstätte am Bruckhaufen sei derzeit nicht zu denken, weil die geeigneten Plätze nicht vorhanden sind.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Siegel beantragt die Umwandlung eines Teiles des Schmelzer Friedhofes in eine Gartenanlage. Die Kosten betragen rund 100.000 Schilling. Der Antrag wird ohne Wortmeldung angenommen.

St. R. Siegel ersucht um Genehmigung der Pläne und Baubewilligung für Wohnhausanlagen in Heiligenstadt und auf der Landstrasse.

G. R. Dr. Hengl (E. L.) bemängelt, dass der Stadtsenat für den Bau in der Heiligenstädterstrasse bereits drei Milliarden bereitgestellt hat. Durch diese Projekte werden in Döbling nahezu 1200 Wohnungen gebaut und muss verlangt werden, dass diese Wohnungen in erster Linie Familien aus Döbling bekommen, die mit eins qualifiziert sind. Es bekommen oft Familien aus den Bundesländern Wohnungen, während die Döblingen nicht berücksichtigt werden.

G. R. Dirisamer (E. L.) begrüsst es, dass die neuen Projekte eine bessere Bauweise aufzeigen. Bis jetzt hatten die Bewohner der Gemeindehäuser oft Brechtigen Grund zur Klage. Im Hanusch-Hof ist kürzlich ein korpulenter Mann gestorben. Es war unmöglich den Toten mit der Tragbahre über die Stiege zu bringen, weil sie zu eng war. Man musste die Leiche in ein Leintuch geben und so hinunterbefördern.

G. R. Binder (E. L.) fragt, ob es richtig sei, dass die Firmen auf den städtischen Bauten ausländische Arbeiter verwenden. Insbesondere ausländische Erdarbeiter sollen beschäftigt sein.

G. R. Biber (E. L.) bezeichnet das Bauvorhaben in der Heiligenstädterstrasse als eines der grössten, das bisher von der Gemeinde vorgelegt wurde. Die Gesamtlänge dieser Baustelle ist einen Kilometer. Die Baukosten betragen dreissig Millionen Schilling. Die Wohnung kommt durchschnittlich dort auf 24.000 Schilling zu stehen, während jetzt das Bauamt immer nur von 13.000 Schilling berichtet hat, die eine Gemeindewohnung im Durchschnitt kostet. Ganz aussergewöhnlich werden auch die Höfe in dieser Anlage behandelt. Es gibt dort Höfe, die zehn bis fünfzehntausend Quadratmeter gross sind. Das sind keine Haushöfe mehr, sondern schon öffentliche Anlagen. Es handelt sich hier um eine neue Type, um eine Entwicklung die zu begrüessen ist und eine Abkehr von dem Zinskasernen bedeutet. Es ist auch zu begrüessen, dass bei diesem Projekt man sich mit einer dreistöckigen Verbauung zufrieden gibt. Zweifellos ist dies alles ein Erfolg des Städtebautages. Freilich, so lange die Minderheit in diesem Saale auf die schlechte Bauweise der Gemeinde aufmerksam gemacht hat hat dies nichts genützt. Der Städtebautag hat Sie doch gezwungen von der früheren Bauweise Abstand zu nehmen. Bemängelt werden muss, dass die Arbeiten nur an die Firma Grundstein vergeben worden sind. Es muss verlangt werden, dass so grosse Baustellen auf einige Firmen aufgeteilt werden. Man hat hier gar keine öffentliche Offertauschreibung vorgenommen, sondern mit der Begründung, dass der Grundstein in der Nähe ein ganz kleines Häusl gebaut hat, dieser Firma auch den neuen Riesenbau übertragen. Es ist dies ein Auftrag von rund 77 Millionen Schilling. Wenn dann in der Öffentlichkeit von Projektion geredet wird, dürfe man sich nicht wundern. (Beifall)

St. R. Siegel entgegnet, dass im Hanusch-Hof die Stiegen einen Meter zwanzig Zentimeter breit sind, was allgemein genügt. Ausländische Arbeiter werden auf keinem Gemeindebau beschäftigt, das wird sehr genau von der Industriellen Bezirkskommission und auch von den Arbeitern selbst kontrolliert. Die Kosten, die auf eine Wohnung in der Anlage Heiligenstädterstrasse entfallen, sind deshalb höher, weil hier 77 Prozent der Baufläche für Gartenanlagen, Wäschereien, Bäderanlagen, Kindergärten usw. verwendet werden, die natürlich alle die einzelne Wohnung belasten. Je geringer die Baufläche ausgenützt wird, desto teurer stellt sich die einzelne Wohnung. Dazu kommt noch, dass dort der Baugrund sehr tief liegt und nicht weniger als sieben Milliarden Kronen Anschüttungskosten entstanden sind. Die Gemeinde hat gewiss vom Städtebautag viele Anregungen empfangen, aber dieser Bau hat damit nichts zu tun. Ueberall, wo unverbautes Gebiet ist, geht die Gemeinde über die dreistöckige Verbauung nicht hinaus. Im verbauten Gebiet muss sie sich selbstverständlich nach der Bauordnung und den anschliessenden Häusern richten. Die Vergabung der Arbeit an den Grundstein erfolgte vollständig in Ordnung. Der Fall ist nicht vereinzelt. Es wurde auch die grosse, 7000 Menschen ein Obdach bietende Anlage Sandleiten an eine einzelne Baufirma vergeben. Auch hier wurde der Bestbieter berücksichtigt. In allen Fällen wird in erster Linie das Interesse der Gemeinde gewahrt. (Beifall)

Die fünf Bauprojekte werden genehmigt.

St. R. Siegel beantragt die Genehmigung eines Mehrererfordernisses von zehn Millionen Schilling für die beschleunigte Durchführung der Wohnhaus- und Siedlungsbauten.

G. R. Kunschak (E. L.): Meiner gefühlsmässigen Anschauung sind diese zehn Millionen eine budgettechnische Massnahme, um den grossen Ueberschuss des Jahres 1926 zu verkleinern. Ich habe dafür wohl keinen Beweis, aber ich sehe auch nicht den Gegenbeweis in einem verstärkten Fortschritt bei den städtischen Wohnbauten.

Bei dieser Gelegenheit bespricht Redner neuerdings ausführlich

die Finanzierung der städtischen Wohnhausbauten. Stadtrat Weber hat hier im Gemeinderat behauptet, dass die Sozialdemokraten in Deutschland auf dem Gebiet des Wohnungsbaues jetzt schon das machen, was in Wien geschieht. Das ist ganz unrichtig. Die Gemeinden bauen in Deutschland nur um das Wohnbedürfnis der Kommunalbeamten zu befriedigen. Im Übrigen fördern sie die private Bautätigkeit, natürlich nicht die spekulative Bautätigkeit, sondern die private Bautätigkeit im dem Sinne, dass sie Siedlern und für den Bau von Einfamilienhäusern Kredite bis zu achtzig Prozent mit einer nur vierprozentigen Verzinsung auf lange Zeit zur Verfügung stellen.

Hierin unterscheiden sich die Sozialdemokraten im Deutschen Reich wesentlich von der Wohnungspolitik, die in Wien betrieben wird. Was von den reichsdeutschen Gemeinden gilt, trifft auch auf den preussischen Landtag zu. Dieser steht unter starkem sozialdemokratischen Einfluss, hat aber selbst keine einzige Wohnung gebaut, sondern die gemeinnützige Bautätigkeit in der grosszügigsten Weise gefördert. Dort ist der Siedler an dem Tag, an dem er das Haus übernimmt, unbeschränkter Eigentümer. Bei uns muss der Siedler nach dreissig Jahren das Haus in das Eigentum der Gemeinde übergeben und ist dann nur Mieter in seinem eigenen Haus. Es wäre sehr empfehlenswert, wenn Sie einmal ein Privatissimum über die Wohnungspolitik bei den reichsdeutschen Sozialdemokraten nehmen würden.

Ich habe wiederholt in diesem Saale darauf verwiesen, dass wir nicht gegen die öffentliche Wohnbautätigkeit sind. Ich selbst würde gegen meine eigenen Grundsätze verstossen, weil ich dem öffentlichen Bautätigkeit in diesem Saale heimatsberechtigt gemacht habe. Aber natürlich, darf die öffentliche Bautätigkeit nicht in dem Umfang erfolgen, wie seit 1923. Dazu ist die Gemeinde wahrhaftig nicht berufen. Das ist auch politisch gar nicht klug, denn ich prophezeihe Ihnen, dass Sie Ihre Wohnbauten in zehn Jahren ganz anders beurteilen werden, ja dass Sie darüber fluchen werden, dass Sie in einem solchen Umfang gebaut haben. Sie werden da noch Ihre blauen Wunder erleben. Jetzt sind Sie noch in einem verhältnismässig guten Situation. Sie suchen sich die Mieter aus, prüfen ob die den Zinszahlen können und überlassen alle anderen Familien den privaten Hausbesitzern. Aber es wird auch die Zeit kommen müssen, wo Sie die sogenannten Lumpenproletarier, die die Fensterbretter, Fussböden und Türstöcke verheizen, in Ihre Häuser aufnehmen werden. Die Zeit wo aus der Wohnungsfürsorge ein Teil der Armenfürsorge wird. Aber das ist schliesslich nicht unsere Sorge (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit). Ich freue mich wenigstens in diesem Punkt Ihre einmütige Zustimmung gefunden zu haben. Wir wollen also durchaus nicht grundsätzlich die öffentliche Bautätigkeit ablehnen. Was wir wünschen ist, dass Sie diese öffentliche Bautätigkeit nicht vollziehen auf Kosten des Wirtschaftslebens. Sie haben fünfzig Millionen Schilling auf drei Jahre zu sechs Prozent den Gewerbetreibenden zur Verfügung gestellt. Sie sagen selbst, dass ein ganz gewaltiges Kreditbedürfnis unter den Gewerbetreibenden besteht. Aber vergessen Sie doch nicht, dass Sie aus diesem kreditbedürftigen Wirtschaftsleben in einem Jahr siebzig Millionen Schilling herausholen. Sie nehmen also um zwanzig Millionen in einem Jahr mehr heraus, als Sie in drei Jahren an Kredit gegen Verzinsung zur Verfügung stellen. Bei einer solchen Ausschöpfung der Kapitalkraft unseres Wirtschaftslebens, muss das Kreditbedürfnis immer mehr steigen. Wir sind der Meinung, dass die städtischen Bauten, wenn Sie schon von dem Umfang nicht abzubringen sind, auf Grund einer Anleihe durchzuführen sind. Eine Anleihe, die Ihnen die Möglichkeit gibt, um siebzig Millionen jährlich an Steuern einzuheben. (Lebhafte Beifall bei der Minderheit).

Sie bewegen sich ständig in einem Widerspruch. Sie sagen, dass wenn dieses Wohnbauprogramm fertiggestellt ist, dann ist von einer Wohnungsnot keine Rede mehr. Dann sind aber auch die Argumente hinfällig, die Sie gegen die Wohnbauanleihe anführen. Sie werden aber in fünf Jahren

vor einer Enttäuschung stehen. Schon 1923 haben Sie gesagt, dass Ihr Wohnbauprogramm die Wohnungsnot beseitigen wird. Jetzt kann man das freilich nicht feststellen, weil Sie keine Klassifikationen entgegennehmen. Die Menschen, die eine Wohnung suchen, sind aber da wenn Sie auch nicht mehr registriert werden. Es kann sich aber auch ergeben, dass Sie bei einem Wohnbauprogramm auf fünf Jahre eine neue Steuer zur Bedeckung brauchen, weil die Wohnbausteuer nicht mehr ausreicht. Bei Aufnahme einer Wohnbauanleihe könnten Sie ein Bauprogramm für zehn Jahre aufstellen und wären in der Lage fünf Jahre hindurch siebzig Millionen an Steuern zu ersparen und weitere fünf Jahre hindurch fünfundsiebzig Millionen an Steuernachlässen der Wirtschaft zu geben. Sie werden zugeben, dass Sie das befolgen müssten, wenn es Ihnen mit der Gewerbefreundlichkeit, die Sie vor den Wahlen zur Schau getragen haben, ernst gewesen wäre. Wir verlangen, dass Sie die Wohnhausanlagen auf Grund einer Anleihe machen. Wenn Stadtrat Weber damals gesagt hat, dass in Deutschland die amerikanischen Kredite nicht benützt werden, so mag das richtig sein. Im deutschen Reich ist die Notwendigkeit der Aufnahme von Dollarkrediten nicht mehr notwendig, weil die Bautätigkeit bereits die Grenze der technischen Möglichkeit erreicht hat. Es fehlt dort an Bauarbeitern und Baumaterialien, deshalb entfällt auch die Notwendigkeit der Kreditaufnahme. Wenn Sie können, dann führen Sie die Kredite herein nach Oesterreich, damit Sie hier produktiv und befruchtend einwirken und die Steuerkraft unseres Volkes schonen.

Es wird immer auf den Bund verwiesen. Sie sagen, der Bund tut gar nichts. Das ist nicht wahr. Bei uns ist eben die Wohnbausteuer eine Landessteuer. Aber es tut auch der Bund das Seine. Für jeden Arbeiter, der am Gemeindegeldbeschäftigt ist, zahlt der Bund die produktive Arbeitslosenfürsorge. Freilich zahlt der Bund nur zwölf Prozent, aber bis zur Verrechnung mit den Unternehmern, stellt der Bund den vollen Beitrag zur Verfügung und verliert dadurch grosse Beiträge als Interkalarzinsen. Es sind grosse Summen, die aus der produktiven Arbeitslosenversicherung für die Bautätigkeit der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden und es wäre interessant, wenn der Referent uns darüber einige Zahlen mitteilen würde. Wir wissen, dass der Bund auch durch seinen Wohnungs- und Siedlungsfond den Baugenossenschaften stark geholfen hat. Er ist auch an der Gesiba mit fünfzig Prozent beteiligt, darf dort fünfzig Prozent leisten, aber zu reden hat er nicht und aufblasen tut sich der Referent hier im Gemeinderat. Wir wünschen nochmals Aufklärung darüber, ob die hier angesprochenen zehn Millionen Schilling wirklich zur Beschleunigung der Wohnbautätigkeit dienen oder ob sie nur den Ueberschuss verdecken sollen (Beifall).

Einladung des Bürgermeisters an Chamberlin. Bürgermeister Seitz hat an die Ozeanflieger Chamberlin und Levine nach Berlin folgendes Telegramm gerichtet: Hoherfreut über die beabsichtigte Landung auf Wiener Boden würde es sich die Verwaltung der Stadt Wien zur Ehre anrechnen, die beiden Männer, die ein Weltmeer im Fluge überwunden haben, am Montag abends im Wiener Rathaus begrüssen zu können.

Strassenbahn- und Autobusverkehr nach Aspern. Anlässlich der Ankunft des amerikanischen Flieger am Sonntag auf dem Flugfeld bei Aspern wird auf den bestehenden Linien von der Reichsbrücke nach Kagran und von Kagran nach Aspern ein verstärkter Verkehr eingerichtet. Mit Rücksicht auf die eingleisigen Strecken und die Fahrbeschränkungen auf der Reichsbrücke kann dieser Verkehr jedoch nur einen Teil der zum Flugfeld strebenden Menschen befördern. Es wird deshalb auch die Linie 16 nach Stadlau verstärkt werden und im Anschluss an diese Linie ein Autobusverkehr von Stadlau bis zum Flugfeld eingerichtet. Der Fahrpreis auf diesen Autobussen beträgt fünfzig Groschen. Ausserdem werden auch die Bundesbahnen vom Ostbahnhof aus einen Pendelverkehr zum Flugfeld einrichten.

Vierter Bogen.

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Siegel, dass im Budget für das verflossene Jahr 96 Millionen Schilling eingestellt waren. Es musste dann noch ein weiterer Kredit von zehn Millionen Schilling in Anspruch genommen werden. Da aber das Wetter im November und Dezember das Bauen sehr begünstigte, langten auch die 106 Millionen Schilling nicht aus und deshalb musste der Zuschusskredit angesprochen werden. Während der weiteren Ausführungen des Stadtrates Siegel ^{kommt} es dann wiederholt zu lebhaften Szenen. Stadtrat Siegel erwidert auf die Anwürfe des Gemeinderates Kunschak. Er erklärt, dass Peus ein Fanatiker ist mit dem man nicht reden kann. Peus kennt nur die Siedlungsbewegung und sonst nichts anderes. Aber auch im Lager der Christlichsozialen finden sich zum Gegenteil von Peus Hasser des Siedlungsgedankens. Finanzminister Dr. Kienböck ist zum Beispiel so einer. Wenn Herr Gemeinderat Kunschak davon gesprochen hat, dass die Siedler zu grosse Amortisationskosten zahlen müssen, so ist das nicht richtig. Für eine Wohnfläche von sechzig Quadratmeter und eine Gartenfläche von etwa dreihundert Quadratmeter zahlt der Siedler monatlich zehn Schilling.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St. R. Siegel beantragt die Fertigstellung von Lagerräumen im städtischen Reservegarten in der Enns-gasse zu bewilligen. Die Kosten betragen 35.000 Schilling.

Nach einer Anfrage des Gemeinderates Hörmayer (E. L.), ob das Gerücht, dass der Reservegarten verlegt und an dieser Stelle gebaut werden soll wahr sei, erklärt Stadtrat Siegel, dass dort nicht gebaut werden wird. Der Antrag wird hierauf angenommen.

St. R. Siegel ersucht um Genehmigung des Wasserlieferungsvertrages mit der Gemeinde Oberlaa.

Dazu verlangt Gemeinderat Biber (E. L.) ausreichende Informationen, wie viel Wasser von der Wiener Hochquellenleitung abgegeben wird und was für ein Verhältnis zwischen dem Wasserverbrauch der Gemeinde und dem Verbrauch der Stadt Wien besteht. Es wurde wohl eine Tabelle vorgelegt, aber es wäre wünschenswert, bei jedem Referat die entsprechenden Veränderungen bekannt zu geben. Der Antrag wird angenommen.

St. R. Siegel ersucht um die Genehmigung eines Nachtragskredites von 160.000, Schilling für die Mehrkosten beim Erweiterungsbau des Entbindungshauses

G. R. tin Schlössinger (E. L.) bringt den bedauerlichen Unglücksfall zur Sprache, der sich vor einigen Wochen im Brigittaspital zugetragen hat. Die Gemeinde habe die Pflicht, alle Vorsorge zu treffen, dass sich solche Unglücksfälle nicht mehr wiederholen. Der Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte werden die Wasserlieferungsverträge mit Schwechat, Rannersdorf, Mauer, Klosterneuburg, Weidling, Kierling und Kritzendorf nach einem Referat des Stadtrates Siegel angenommen. Ebenso wird ohne Debatte der Wohnhausbau in der Beringgasse, der vom Architekten Hoppe erbaut werden wird, genehmigt.

St. R. Speiser (soz. dem.) referiert über die Abänderung verschiedener Dienstverträge.

G. R. Gschladt (E. L.) beschwert sich, dass unter der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung die städtischen Angestellten unfrei sind

Auf seine Anwürfe erwidert Stadtrat Speiser, dass diese Behauptungen vollkommen unrichtig sind.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Schliesslich referiert Stadtrat Speiser über die Neuregelung der Pensionsbezüge der niederösterreichischen Landesbeamten und Lehrpersonen sowie der Hinterbliebenen nach solchen. Diese Pensionisten sind Altpensionisten.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Die Sitzung wird um halb 11 Uhr nachts geschlossen.

Wien, am Samstag, den 11. Juni 1927

Empfang der Ozeanflieger im Wiener Rathaus. Bürgermeister Seitz hat die Ozeanflieger Chamberlin und Levine für Montag abends zu einem Empfang in das Rathaus eingeladen. Der Empfang findet im Sitzungssaal des Stadt-senates statt.

Sitzungen im Rathaus. Auch in der kommenden Woche hält der Wiener Gemein-derat am Dienstag um Freitag um 5 Uhr nachmittags Sitzungen ab. Der Stadt-senat hält am Dienstag um 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab.

Das Strandfest am Gänsehüfel. Anlässlich der Festwochen wird am Samstag, den 18. Juni im Familienbad des Gänsehüfels ein grosses Strandfest abge-halten. Die Veranstaltung beginnt um drei Uhr nachmittags. Das Programm enthält ein Promenadekonzert, Tanzvorführungen der Tanzgruppe Gäte Gross, Tanz im Freien, Jazzband, Damen- und Herren-Schönheitskonkurrenz, Ringel-spiel, Eselreiten, Rutschbahn, Schiessbuden, verschiedene Volksbelustigungen und Wettspiele, sowie eine grosse Strand-Modenschau, Serpentinenschlacht, Filmaufnahmen u. s. w. Den Abschluss bildet ein grosses Feuerwerk auf dem Wasser und bengalische Beleuchtung des Strandes.

Bezirksvertretung Landstrasse. Am Mittwoch, den 15. Juni 5 Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Landstrasse im Sitzungssaal des Amthauses Herromäusplatz 1 eine öffentliche Sitzung ab.

Kein Fest im Türkenschanzpark. Ein Geselligkeitsverein hat Plakate ange-schlagen, die zu einem Fest einladen, dass in allen Teilen des Türken-schanzparkes abgehalten werden soll. Der Magistrat stellt fest, dass die-sem Verein der Türkenschanzpark zur Abhaltung eines Festes nicht zur Verfügung gestellt wurde. Das Ansuchen wurde ebenso wie alle übrigen ab-gelehnt, weil sich gezeigt hat, dass bei solchen Veranstaltungen die schö-nen Anlagen stark beschädigt werden. Dem Verein steht zur Abhaltung des Festes nur der Restaurantgarten im Türkenschanzpark zur Verfügung.

Besuch von Budapester Strassenbahnern im Wiener Rathaus. Am Sonntag kommt eine grössere Zahl von Budapester Strassenbahnern nach Wien um die tech-nischen Einrichtungen der elektrischen Stadtbahn und verschiedene kom-munale Schöpfungen zu besichtigen. Die Gäste werden am Montag vormittags im Rathaus empfangen.

Sommerurlaub für die erwerbstätige Jugend. Die Lehrlingsfürsorgeaktion hat in den letzten Jahren einige Heimstätten geschaffen, in denen die in Betrieben und Kanzleien tätige Jugend den Sommerurlaub bei guter Ver-pflegung verbringen kann. Für die männliche Jugend stehen die Heime in Niederalm (Salzburg), Fischau a. d. Schneebergbahn, Gobelburg am Kamp, Bruck an der Leitha und für die weibliche Jugend die Heime Wieselburg an der Erlauf und Schloss Neulengbach bereit. Gesuche um Aufnahme sind an die zuständige Krankenkasse zu richten.

Wien, am Samstag, den 11. Juni 1927. Zweite Ausgabe

Die Ausschreitungen an der UniversitätEin Schreiben des Bürgermeisters an den Polizeipräsidenten

Mit Rücksicht auf die Ausschreitungen, die sich gestern an der Wiener Universität Studenten, aber auch universitätsfremde Personen zuschulden kommen liessen, hat Bürgermeister Seitz als Landeshauptmann an den Polizeipräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

"Gestern sind in den Räumen der Universität nach einer Studentenversammlung abermals gröbliche Gewalttätigkeiten begangen worden. Hierbei sind einigen Personen so schwere Verletzungen zugefügt worden, dass die Rettungsgesellschaft intervenieren und zehn Verletzte zur Unfallstation bringen musste. An diesen Ausschreitungen haben sich auch hochschulfremde Personen beteiligt, die durch sonst versperrte Türen in das Universitätsgebäude gewaltsam eingedrungen sind. Solche Vorkommnisse schädigen den Ruf der Universität und damit auch den Ruf der Bundeshauptstadt.

Das ehemalige k.k. Ministerium des Innern hat am 31. März 1904, Zl. 2201/M. I., im Einvernehmen mit dem ehemaligen k.k. Ministerium für Kultus und Unterricht eröffnet, "dass hierlands keine Vorschrift besteht, nach welcher das Betreten der Universitätsräumlichkeiten durch Organe der öffentlichen Sicherheit behufs Vornahme von polizeilichen Amtshandlungen unzulässig erschiene. Auf Grund der früher den Universitätskollegien zugestandenen akademischen Gerichtsbarkeit hat sich jedoch bis auf die Jetztzeit die Uebung erhalten, dass innerhalb der Universitätsräumlichkeiten, dem sogenannten "akademischen Boden" die polizeilichen Funktionen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung von den Universitätsorganen selbst ausgeübt werden."

Diese "Uebung" entbehrt der verfassungsmässigen Grundlage. Denn die staatliche Verwaltung darf nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden. Doch wird es bis auf weiteres zulässig sein, bei der bestehenden "Uebung" zu bleiben.

Es wird mithin auch fürderhin den akademischen Behörden zugestanden bleiben, die Ruhe und Ordnung auf dem sogenannten "akademischen Boden" selbst aufrecht zu erhalten. Die Polizeibehörde wird also in den Räumlichkeiten der Universität zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Regel nur dann einzuschreiten haben, wenn an sie die Aufforderung der akademischen Behörden ergeht. Diese "Uebung" kann aber nicht so weit gehen, dass auf dem sogenannten "akademischen Boden" strafbare Handlungen, insbesondere solche gegen Leben und Gesundheit verübt werden, ohne dass die Polizeibehörde die ihr gesetzlich obliegende Pflicht, zur Verfolgung strafbarer Handlungen einzuschreiten, erfüllt.

Ich gebe daher im Sinne des Artikels 20, Bundes-Verfassungsgesetz, die Weisung, in Zukunft bis auf weiteres nach folgenden Grundsätzen vorzugehen:

1. Die Polizeibehörde hat zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Hochschulräumlichkeiten nur auf Verlangen der akademischen Behörden einzuschreiten.

2. Gelangt der Polizeibehörde zur Kenntnis, dass in Hochschulräumlichkeiten strafbare Handlungen begangen werden oder unmittelbar zu gewärtigen sind, so hat sie auch ohne Ansuchen der akademischen Behörden in den Hochschulräumlichkeiten einzuschreiten. Hierbei wird sie wenn es die Umstände gestatten, vor der Amtshandlung die akademischen Behörden zu verständigen haben. Besteht jedoch Gefahr im Verzuge, so hat die Verständigung tunlichst bald nach Beginn der Amtshandlung zu erfolgen."

Wien, am Montag, den 13. Juni 1927

.....
Jubilare der Ehe. Am Samstag überreichte amtsführender Stadtrat Richter in Vertretung des Bürgermeisters den Ehepaaren Josef und Maria Dangler, Hugo und Franziska Darnaut, Josef und Theresia Knap, Ignaz und Antonia Kasper und Johann und Margareta Polowy anlässlich ihrer goldenen Hochzeitsfeier die Ehrengabe der Stadt Wien.

-.-.-.-.-

Die Regulierung des inneren Mariahilfer-Gürtels. Seit einigen Jahren arbeitet die Gemeinde an der Beseitigung der Schwierigkeiten, die sich der Regulierung des inneren Mariahilfer-Gürtels entgegenstellen. Ein Teil der Grundstücke gehört nämlich nicht der Gemeinde und es konnte bis jetzt mit den Grundeigentümern trotz vieler Versuche keine Einigung erzielt werden. Die Grundbesitzer verlangten, dass ihnen aus der Niveaueherstellung, wozu sie bei einer späteren Parzellierung verpflichtet gewesen wären, keine Kosten erwachsen dürfen. Die Gemeinde wird nun die notwendigen Abgrabungen selbst vornehmen und die Kosten tragen. Mit den Arbeiten wird sofort begonnen werden. Das Abgrabungsmaterial besteht zum grössten Teil aus brauchbarer Erde, die für die neue Gartenanlage auf dem Kongressplatz verwendet wird. Die Regulierung des inneren Mariahilfergürtel wird sich vorläufig auf die Teilstrecke zwischen Mittelgasse und Liniengasse erstrecken. Im Voranschlag ist der Ausbau von der Matrosengasse bis zur Gumpendorferstrasse mit einem Aufwand von 300.000 Schilling vorgesehen.

-.-.-.-.-

Der Amsterdamer Männergesangverein "Apollo" im Rathaus. Die auf einer Sängenreise befindlichen Mitglieder des Männergesangvereines "Apollo" Amsterdam, wurden heute im Sitzungssaal des Stadtsenat empfangen. An dem Empfang nahm auch Vizebürgermeister Hoss teil. In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte amtsführender Stadtrat Richter die Gäste, der darauf verwies, dass in der Zeit des tiefsten Elends holländische Eltern sich in hochherzigster Weise der armen Wiener Kinder angenommen haben, wodurch ein Bund geschaffen wurde, der weit über freundschaftliche Beziehung hinausgeht. Holland hat sich durch diese prächtige Tat ein dauerndes Denkmal in den Herzen der Wiener gesetzt. Wien hat die Tat der Menschenliebe dadurch für immerwährenden Zeiten festgehalten, dass sie eine der schönsten Strassen der Stadt Hollandstrasse benannt hat. Mit dem Wunsch, dass die Gäste sich in Wien wohlfühlen, schloss Stadtrat Richter seine mit Beifall aufgenommene Ansprache. Für den Schubert-Bund und den Gesangverein der Eisenbahnbeamten dankte Regierungsrat Botschen, worauf der Obmann des Männergesangvereines "Apollo" Dr. Denys der Gemeindeverwaltung für die herzliche Aufnahme dankte und einen Kupferstich, darstellend die Westkirche in Amsterdam als Geschenk überreichte. Stadtrat Richter übergab den Amsterdamer Sängern als Geschenk der Stadt Wien die Partitur einer Symphonie von Gustav Mahler. Die Amsterdamer sangen dann die österreichische Bundeshymne und die niederländische Nationalhymne.

-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

224

Wien, am Montag, den 13. Juni 1927. Zweite Ausgabe

Die Vorgänge an der Universität. Mit Rücksicht auf die neuerlichen Ausschreitungen, die sich heute an der Universität ereignet haben, hat Bürgermeister Seitz als Landeshauptmann an den Polizeipräsidenten folgende Zuschrift gerichtet: Nach dem mir vorliegenden Bericht der Polizeidirektion sind heute vormittags "völkische" Studenten in die Universitätsbibliothek eingedrungen und haben unter dem Rufe: Juden, hinaus! Hörer, die in der Bibliothek ihren Studien oblagen, aus dem Saal gedrängt. Die in der Nähe des Universitätsgebäudes amtierenden Organe der Polizeibehörden haben, von den Betroffenen zum Schutze angerufen, ein Einschreiten abgelehnt.

Wäre ein ähnlicher Gewaltakt in einer anderen öffentlichen Bibliothek erfolgt, so wäre jedes in der Nähe postierte Polizeiorgan gewiss sofort eingeschritten, um die Bedrohten zu schützen und um wenigstens die Täter festzustellen. Es gibt kein Gesetz, das den Besuchern der Universitätsbibliothek geringeren Anspruch auf den Schutz der Behörden und auf die Sühne gegen sie begangener strafbarer Handlungen gewähren würde als jedem anderen Staatsbürger.

Das Verhalten der in der Nähe des Universitätsgebäudes postierten Polizeiorgane ist offenbar daraus zu erklären, dass sie glaubten, in den Räumen der Universität nicht ohne vorherigen Auftrag der Polizeidirektion amtshandeln zu dürfen. Diese Annahme widerspricht der Weisung, die ich Samstag, den 11. d. M. gegeben habe.

Im vorliegenden Falle bestand unzweifelhaft Gefahr im Verzuge, die Gefahr nämlich, dass, wenn die in der Nähe postierten Polizeiorgane nicht sofort, ohne weitere Weisung abzuwarten, eingreifen, sie nicht nur die Bedrohten nicht mehr zu schützen, sondern auch die Täter nicht mehr festzustellen vermögen. Es waren daher die in der Nähe des Universitätsgebäudes postierten Polizeiorgane im Sinne meiner Weisung unzweifelhaft verpflichtet, zur Verfolgung der in der Universitätsbibliothek begangenen strafbaren Handlungen ohne Säumen und ohne vorherige Anfrage einzuschreiten.

Die in der Nähe des Universitätsgebäudes postierten Polizeiorgane haben also nicht im Sinne meiner Weisung vom 11. d. M. gehandelt. Ich bitte Sie daher, sehr geehrter Herr Präsident, die der Polizeidirektion unterstehenden Organe dahin zu belehren, dass sie im Sinne der Weisung vom 11. Juni in Fällen der Gefahr im Verzuge, ohne besondere Weisungen der Polizeidirektion abzuwarten und bloss gegen nachträglich Verständigung der akademischen Behörden die Verfolgung strafbarer Handlungen auch in den Räumen der Hochschulen sofort aufzunehmen haben.

.....

Wien, am Dienstag, den 13. Juni 1927

.....
Einbahnstrassen. Zur Erleichterung der Verkehrsabwicklung in engen Strassen wo für die beiden Fahrtrichtungen zu wenig Raum zur Verfügung steht, ist mehrfach in ausländischen Grosstädten das System der Einbahnstrassen angewendet worden. Es erlaubt den Verkehr immer nur in einer Richtung, wodurch auch mit verhältnismässig schmalen Strassenbreiten das Auslangen gefunden werden kann. Auch in Wien sind in der Inneren Stadt die Verkehrsverhältnisse ziemlich schwierig, weil dem einstigen Festungscharakter entsprechend, sehr enge Strassen vorhanden sind, die häufig durch vorspringende alte Häuser zu Engpässe werden.

Mit der Häufung des Autoverkehrs treten naturgemäss die Verkehrsschwierigkeiten stark in Erscheinung und es ist daher in Wien schon mehrfach das Verlangen nach einer Verkehrsregelung durch Einführung des Einbahnstrassensystems gestellt worden. Die Angelegenheit ist von den berufenen Stellen weitestgehend vorbereitet und es stünde der schrittweisen, zunächst jedenfalls nur versuchsweise durchzuführenden Einrichtung der Einbahnstrassen eigentlich nichts im Wege, wenn es nicht zweckdienlich wäre noch kurze Zeit zuzuwarten, bis die Bezeichnung solcher verkehrsschwieriger Punkte im Wege international vereinbarter Zeichen wird erfolgen können. Hiezu ist ein wichtiger Schritt bereits während der Tagung des Strassenverkehrsausschusses der Verkehrs- und Transitkommission des Völkerbundes im April getan worden. Diese Tagung befasste sich auch mit der Verkehrsschwierigkeiten in den Städten und der leichten Kennzeichnung der verschiedenen Verkehrshindernisse und Verkehrsvorschriften für den Fahrer und Passanten. Es ist einzusehen, dass diese Bezeichnungen möglichst auf internationaler Grundlage erfolgen sollen, um die weitestgehende Freizügigkeit und Sicherheit im Verkehr zu schaffen. Der Strassenverkehrsausschuss dieser Kommission hat wohl schon Anregungen und Vorschläge erstattet, doch steht die Annahme und Beschlussfassung durch die Verkehrs- und Transitkommission des Völkerbundes noch aus. Es ist deshalb auch zweckmässig, die schrittweise Einführung der Einbahnstrassen in Wien erst nach der Beschlussfassung über die international zu regelnden Zeichen durchzuführen.

.....
Das Strandfest am Gänsehäufel. Am Samstag wird anlässlich der Festwochen im städtischen Strandbad Gänsehäufel ein grosses Strandfest abgehalten. Die Veranstaltung beginnt um drei Uhr nachmittags. Das Programm ist überaus reichhaltig. Die Tanzgruppe Grete Gross zeigt Tänze im Freien. Es wird eine Damen- und Herrenschönheitskonkurrenz veranstaltet, ausserdem wird ein Promenadekonzernt abgehalten. Verschiedene Volksbelustigungen und Wettspiele, Schiessbuden, eine Wasserrutschbahn, Eselreiten, Ringelspiele, Tanz im Freien sorgen für Unterhaltung und Zerstreuung. Auch eine grosse Strandmodenschau und Filmaufnahmen werden durchgeführt. Den Abschluss der Veranstaltung bildet ein grosses Feuerwerk auf dem Wasser und eine bengalische Beleuchtung des Strandes. Auskünfte werden im Büro des Strandfestes Wien III., Landstrasse Hauptstrasse 1, Telefon 92-1-10, erteilt.

.....

Wien, am Dienstag, den 13. Juni 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 13. Juni 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung und teilt mit, dass zunächst amtsführender Stadtrat Speiser jene Personalreferate erstatten wird, die nicht auf Grund des Paragraph 96 der Verfassung genehmigt worden sind. Stadtrat Rummelhardt bemängelt, dass darunter auch Referate sind, die erst heute den Gemeinderäten bekanntgegeben wurden. Dieser Vorgang sei wohl nach der Geschäftsordnung zulässig, doch wünsche die Minderheit, dass man ihr einige Tage zum Studium einräume. Bürgermeister Seitz erklärt, dass diese Referate erst heute vormittags im Stadtsenat erstattet worden sind; es handelt sich um wichtige Vorlagen über Zuwendungen für städtische Bedienstete, weshalb eine Verzögerung nicht wünschenswert sei.

Stadtrat Speiser berichtet nun über die Einstellung des Dienstkleiderbezuges der Professionisten, an dessen Stelle eine einheitliche Professionistenzulage von zwanzig Schilling tritt. Der Antrag wird ohne Debatte abgenommen.

Nach einem Antrag des Stadtrates Speiser, einem Gesamtschusskredit von 2,412.062 Schilling zum Personalaufwand für die Angestellten, Lehrpersonen und Pensionsparteien, mit Ausnahme der Pensionsparteien der engeren Hochverwaltungen, zu genehmigen, nimmt Gemeinderat Gschlacht zunächst zur Besoldung der städtischen Angestellten im allgemeinen Stellung. Die Massnahmen, die bisher zugunsten der städtischen Angestellten getroffen wurden, erfüllen weitaus nicht einmal das bescheidenste Mass der Forderungen. Die Bezüge der städtischen Angestellten sind noch weit untervalorisiert. Da die Forderung nach einer plötzlichen Valorisierung der Bezüge auf einmal nicht erfüllt werden kann, hat die Gewerkschaft der christlichen Angestellten schon wiederholt die Forderung nach einer stufenweisen Erhöhung der Bezüge aufgestellt. Der Forderung wurde aber bis heute nicht entsprochen. Der Redner wendet sich dann der Behandlung von Angestellten, die der christlichen Gewerkschaft angehören zu und erklärt, dass die Einschränkung der Freiheit der Angestellten ausserordentlich drückend und für die Verwaltung der Stadt Wien beschämend ist. Ein Beamter, der auf einem Dienstposten schon zwölf Jahre und auf dem nächsten Dienstposten vier Jahre war, gegen den absolut nichts vorlag wurde im Jahre 1922 plötzlich versetzt. Er bat wiederholt, von der Versetzung Abstand zu nehmen, doch waren seine Bitten stets vergeblich. Der Mann wurde nicht weniger als siebenundzwanzigmal "aus Dienstesrücksichten" versetzt. Da durch diese Versetzungen die Gesundheit dieses Mannes empfindlich getroffen wurde, ersuchte ich, auf diese unmenschliche Behandlung hinweisend, diesen Versetzungen doch ein Ende zu machen. Schliesslich erreichte ich, dass der Mann an eine Stelle versetzt wurde, die geeignet ist, den Mann gesundheitlich vollkommen zu ruinieren. Ich musste nun bitten, den Mann von dieser Stelle doch wegzusetzen; leider war dies auch vergeblich und der Beamte muss seit fünf Vierteljahren auf diesen Posten ausharren. (Zwischenrufe bei der Opposition: Unerhört!). Ein anderer Angestellter in untergeordneter Stellung, bei dem es nicht gelang, ihn für den Verband zu gewinnen, wurde eines Tages in einen Bezirk versetzt, der seinem Wohnort gerade entgegengesetzt war. Auf seiner neuen Dienststelle wurde er dann zu seinem Vorgesetzten gerufen, der ihm erklärte, dass er etwas angestellt habe, weswegen er in Disziplinaruntersuchung gezogen werde. Auf die Frage, was für ein Vorwurf

gegen ihn vorliege, wurde ihm gesagt, er habe sich in einem Lokal in einem privaten Gespräch angeblich abfällig über die derzeitige Gemeinderatsmehrheit geäussert. Als der Mann erwiderte, er könne sich daran nicht erinnern, wurde ihm ein bei der Bezirksvertretung aufgenommenes Protokoll mit einer Zeugin des Gespräches vorgehalten. Es wurde ihm aber erklärt, er könne ja gegen diese Zeugin die Ehrenbeleidigungsklage einbringen. Der Mann hat das tatsächlich gemacht, er hat den Ehrenbeleidigungsprozess gewonnen; die Disziplinaruntersuchung gegen ihn musste eingestellt werden, aber die Versetzung hat man trotzdem nicht rückgängig gemacht. (Zwischenrufe bei der Opposition: So ein Terror!). Im Gegensatz zu solchen Vorkommnissen stehen dann die dienstlichen Auszeichnungen und Beförderungen städtischer Angestellter, die geschickte, eifrige, gewissenlose Agenten für eine gewisse Partei sind wie zum Beispiel Dr. Gröll, Wettawa, Katzenberger usw. Man zwingt die städtischen Angestellten auch zu Handlungen, die ungesetzlich sind. So war es bei der Ausgabe der Giftbezugscheine für die Rattenkampftage, die wahllos erfolgen musste. Erst nachträglich, als die Polizei sich dagegen gewehrt hat, wurden die vorgeschriebenen Erhebungen pro forma vorgenommen. Auch bei den Heimatsrechtsakten mussten die Angestellten ähnliche gesetzlich unmögliche Dienste leisten. Sie wurden gezwungen, die Heimatsrechtswerber, bevor die Gesuche noch gelaufen sind, in die Wählerliste aufzunehmen. Es ist eine unerhörte Unsittlichkeit, dass auf diese Weise städtische Angestellte gezwungen werden, gegen Gesetze zu handeln. Als man dann noch immer in Angst war zu wenig Wähler zu haben, wurde in der Zentrale der Wählerlistenfabrik nachgeholfen. Das ging so weit, dass dort ein Beamter die Feder hingeworfen hat und erklärte, er mache diese Arbeit nicht mehr. Es ist bemerkenswert, dass der Mann noch immer nicht wegen Dienstesverweigerung in Disziplinaruntersuchung gezogen worden ist. Unter den heutigen Verhältnissen ist der städtischen Angestellte vollständig seiner Freiheit beraubt. Es darf keine doppelte Moral geben und gerade der öffentliche Verwalter ist an die Lehren des Sittengesetzes gebunden. Es darf die Gemeinde nicht mehr einseitig nur mit einer Organisation der Angestellten verhandeln, sondern sie muss auch die Minderheit berücksichtigen, sonst ist das eine Vergewaltigung der Angestellten (Beifall).

G.R. Doppler (E.L.) erklärt, dass gegen die Bewilligung des Kredites nichts einzuwenden sei. Er beschäftigt sich dann sehr eingehend mit dem Kreditinstitut der städtischen Angestellten. Dieses Institut hat am 30. Mai die Generalversammlung abgehalten und die Auflösung beschlossen. Dieses Recht besitzt aber nur der Gemeinderat. Es unterliegt aber gar keinem Zweifel mehr, dass dieses Institut vor der Auflösung steht. Das Kreditinstitut war von vornherein ein Unglück. Heute hat es rund fünfzig Milliarden Verbindlichkeiten, denen nur 37 Milliarden Aktiven gegenüber stehen. Die fehlenden 13 Milliarden sollen in einer Weise hereingebracht werden, sie äusserst bedenklich ist. Nur einen Teil davon will die Gemeinde tragen. Aber ungefähr sechs Milliarden sollen durch ein Geschäft hereingebracht werden, dass der Verband mit der städtischen Krankenfürsorgeanstalt machen will. Der Verband will um einen Ueberpreis von einigen Milliarden soll der Wällischhof an die Krankenfürsorgeanstalt verkauft werden. Dadurch will der Verband die drei Milliarden, die er bei der Winex verloren hat, hereinbringen. Das ist eine unerhörte Handlungsweise. Es geht nicht an, dass man auf diese Weise gewisse Schiebungen des Verbandes ermöglicht. Die Winex und die Kreditanstalt sind schon verkracht. Es bleibt jetzt nur mehr die Krankenfürsorgeanstalt übrig, die jetzt aus purer Laune solche Geschäfte machen muss. Das ist nach unserer Auffassung ein Verbrechen. In der Krankenfürsorgeanstalt wird überhaupt alles parteimässig ausgeschlappt und die Minderheit werde mit aller Entschiedenheit gegen diesen Raubbau an dem Vermögen der Krankenfürsorgeanstalt Einspruch erheben. Mit der Hintertreppenwirtschaft muss Schluss gemacht werden und die Öffentlichkeit muss endlich sehen, wie gewirtschaftet wird. (Beifall).

G.R. Höppeler (E.L.) bespricht die am 31. Mai erfolgten Lehrerernennungen. Alle 23 Ernannten sind sozialdemokratische Parteigänger. Die gegenwärtige Mehrheit habe früher immer verlangt, dass die Lehrerernennungen nach dem Dienstalter und nach der Qualifikation vorgenommen werden sollen. Es ist wohl richtig, dass von diesen 23 Ernannten alle die Qualifikation I besitzen. Aber heute verdanken viele Lehrpersonen diese Qualifikation ihrer Konfessionslosigkeit und der Inspektor bekommt den Auftrag bestimmte Lehrpersonen mit I zu qualifizieren. Von den Ernannten, sind viele die 19 und 21 Dienstjahre haben; es gibt aber eine grosse Zahl von Lehrpersonen, die auch mit I qualifiziert sind und mehr Dienstjahre aufweisen. Früher hat die heutige Mehrheit immer verlangt, dass die Direktoren gewählt werden sollen. Auch der Herr Bürgermeister hat das seinerzeit gefordert. Dieser Grundsatz ist aber längst vergessen, was vielleicht darauf zurückzuführen ist, dass die Herren alle älter geworden sind. Nicht das Dienstalter und die Qualifikation sind heute entscheidend für die Lehrerernennungen, sondern die politische Einstellung. In Lehrerkreisen ist es bekannt, dass der Personalreferent für die Leiterernennungen nicht Stadtrat Speiser ist, sondern der Obmann des Zentrallehrervereines Neumann. (Stadtrat Speiser: A do schau her!) Am 31. Dezember vorigen Jahres hat in diesem Saal der Personalreferent feierlich erklärt, dass er die Personalverwaltung unpolitisch führt. Und ich erhebe nun gegen die politische Einstellung bei Lehrerernennungen in diesem Saal meinen feierlichen Protest. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erwidert Stadtrat Speiser ausführlich auf die Anwürfe der Redner der Minderheit. Was den Fall des Beamten anlangt, von dem Gemeinderat Gschladt berichtete, dass er 27 mal versetzt wurde, so bitte ich mir den Namen privat bekannt zu geben und ich behalte mir vor, dem Gemeinderat darüber die entsprechende Auskunft zu geben. Bezüglich des zweiten Falles, den Gemeinderat Gschladt angeführt hat, kann ich nur mitteilen, dass der Angestellte in einem öffentlichen Lokal sehr konkrete beschimpfende Bemerkungen über die höchsten Stellen der Stadtverwaltung gemacht hat. Sie konnten ihm gerichtsmässig nicht nachgewiesen werden, deshalb wurde auch die Disziplinaruntersuchung gegen ihn eingestellt. Die derzeitige Personalverwaltung ist entgegenkommend, rücksichtsvoll und unpolitisch. Dass sie aber einen Angestellten, dem beschimpfende Bemerkungen über den Herrn Bürgermeister usw. nicht nachgewiesen werden konnten, in Watte einwickelt, so weit ist sie noch nicht. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Lärm bei der Minderheit). Eine Versetzung wird immer als Massregelung hingestellt. Meine Ueberzeugung ist, dass in unseren Aemtern, Schulen und Unternehmungen usw. viel zu wenig Versetzungen vorgenommen werden; Versetzungen sind sogar im Interesse des Dienstes gelegen, denn nur durch einen häufigen Wechsel des Dienstes haben die Beamten und Angestellten Gelegenheit, die verschiedenen Arbeiten ihres Dienstes kennen zu lernen. Herr Gemeinderat Gschladt hat auch davon berichtet, dass ein höherer Beamter bei den Vorarbeiten zu den Wahlen die Feder weggeworfen und gesagt habe soll, er mache das nicht mehr mit, sonst komme er noch ins Kriminal. Ich muss diese Sache als eine Pauschalverdächtigung bezeichnen und sie als solche zurückweisen, so lange mir nicht der Name des betreffenden Beamten bekanntgegeben wird. Der Herr Gemeinderat Gschladt hat weiters dann noch von der Bedrückung der städtischen Angestellten gesprochen. Ich erwidere ihm darauf, dass die Sittengesetze vor dem Kriege von der damaligen Stadtverwaltung in einer wahrhaft wahnsinnigen Weise verletzt wurden. Damals gab es ein System von Massregelungen, ein System von Vergewal-

tigungen, damals war über die städtischen Angestellten ein Galgen aufgerichtet. (Gemeinderat Preyer (E.L.) Das sind Speisers Erzählungen). Nein, dass sind keine Erzählungen sondern der Herr Bürgermeister, Gemeinderat Täubler und noch viele andere sind Blutzengen der Massregelungen Ihrer damaligen Stadtverwaltung. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten).

Zu den Ausführungen des Gemeinderates Doppler erklärt Stadtrat Speiser, dass er sich damit beschäftige, eine ^{neue} Form des Kreditwesens für die städtischen Angestellten zu schaffen. Die Gemeinde Wien werde einen Kredit von 50 Milliarden Kronen geben, der den städtischen Angestellten zu einer ausserordentlich billigen Verzinsung, zu sechs Prozent, ohne jede Polize und ohne jeden Bürgen zur Verfügung stehen wird.

Auf die Behauptungen des Gemeinderates Höppeler eingehend, erklärt Stadtrat Speiser, dass für die Leiterernennungen wohl die Qualifikation von grosser Bedeutung sei, die Leiterernennung aber schliesslich von der Eignung zum Leiter abhängig ist. Im Gegensatz zu Wien, wo schon so mancher christliche Lehrer zum Schulleiter ernannt wurde, stehen die Leiterernennungen im Lande Niederösterreich. In einer Lehrerernennungskommission für Niederösterreich waren zum Beispiel 56 Stellen ausgeschrieben, von denen 49 besetzt wurden. Aber ^{unter} denen, die zum Schulleiter ernannt wurden, war kein einziger freigewerkschaftlicher Lehrer. (Gemeinderat Untermüller (E.L.): Die waren halt nicht geeignet!). Das kann schon stimmen; dann waren sie ebenso ungeeignet wie bei uns die christlichen Lehrer. In einer anderen Sitzung der niederösterreichischen Lehrerernennungskommission und zwar in der Sitzung vom 10. Mai waren 42 Stellen ausgeschrieben, wovon 38 besetzt und vier nicht besetzt wurden. Um die 38 zu besetzenden Stellen bewarben sich 16 freigewerkschaftliche Lehrer, aber nur ein einziger wurde ernannt.

Auf die Anwürfe bezüglich der Personalvertretungen erklärt Stadtrat Speiser, dass die Wiener Stadtverwaltung die Personalvertretung ausgebaut habe, im Gegensatz zum Bund, der keine Personalvertretungen hat.

Die Zustände in der Wiener Verwaltung sind nicht so wie Sie sie geschildert haben. Wenn sie aber tatsächlich so wären, wie Sie sie geschildert haben, dann wären sie so, wie sie seinerzeit unter Ihrer Verwaltung gewesen sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

St.R. Eymmelhardt (E.L.) berichtet sodann tatsächlich, dass Stadtrat Speiser mit seiner Behauptung im Unrecht sei, dass es beim Bund keine Personalvertretungen gebe. Bei der Post gibt es eine Personalvertretung, bei der Eisenbahn und bei der Wehrmacht. Richtig ist nur, dass die Beamten der Hoheitsverwaltung keine Personalvertretung haben. Und das ist nicht vielleicht eine Schuld der Christlichsozialen und Grossdeutschen, sondern vielmehr der Sozialdemokraten im Fünfundzwanzigerausschuss, die die Vorlage des neuen Dienstgesetzes ins Parlament nicht zulassen. Es ist auch unrichtig, dass ^{erst} die Sozialdemokraten den städtischen Angestellten die Personalvertretung gegeben hätten. Die Christlichsozialen haben den städtischen Angestellten die Dienstordnung gegeben und der Referent darüber war Vaugoin.

G.R. Pfeiffer (E.L.) berichtet ebenfalls tatsächlich, dass die erste öffentliche Körperschaft das Land Niederösterreich war, dass 1911 den Beamten eine Dienstpragmatik gab mit einer vollberechtigten Vertretung. Der Antrag wird sodann angenommen.

St.R. Speiser beantragt sodann den Funktionären der Betriebsinspektion und den im Dreischichtdienste stehenden Funktionären des

Kraftwagenbetriebes für die turnusmässige Nachtdienstleistung beziehungsweise für seine in die Nacht fallende Schicht eine Nachtzulage im Ausmass von zweieinhalb Normalstunden zu gewähren. Funktionsersatz des Kraftwagenbetriebes haben hierauf keinen Anspruch, sondern diese behalten für den Fall ihrer Nachtdienstleistung die Zulage gemäss des Punktes 34 des Arbeitsvertrages 1, der zwischen der Gemeinde Wien-städtische Strassenbahnen und dem Freien Gewerkschaftsverband in Oesterreich seinerzeit abgeschlossen wurde.

G.R. Lehninger (E.L.) findet die Zulage sehr bescheiden und fordert weiters eine Klarstellung des Dienstverhältnisses. Auf das Schlusswort des Stadtrat Speisers eingehend erklärt der Redner sodann, dass man nach den Worten Speisers glauben müsste, dass kein Engel so unschuldig sei wie Speiser und dass es keinen besseren Personalreferenten gebe wie Speiser. (Stadtrat Speiser: Das ist wahr!). Gewiss, einen besseren Personalreferenten für seine Partei gibt es nicht. Der Redner bespricht weiters verschiedene Massregelungen von Strassenbahnern. In der letzten Zeit haben Strassenbahnbedienstete des Bahnhof Speising ein Dienstjubiläum mehrerer Kollegen in Mauer gefeiert. Die christlichdeutsche Gewerkschaft hat beim Vizebürgermeister Emmerling um die Beistellung von Sonderwagen gegen Bezahlung angesucht. Die Strassenbahndirektion antwortete schliesslich, dass diesem Wunsch nicht entsprochen werden kann, weil der Wagenpark für den Verkehr nicht ausreichend ist. (Zwischenrufe bei der Minderheit: Das ist eine Schande!). Früher waren bei Jubiläen, bei denen städtischen Angestellte ihre 25jährige Dienstzugehörigkeit feierten, Lueger und Weisskirchner anwesend. Sie gehen heute einfach über solche Jubiläen hinweg, ja Sie stellen nicht einmal gegen Bezahlung zwei Sonderwagen bei. Im Gegensatz dazu wurden dem republikanischen Schutzbund am 1. März um halb drei Uhr früh zwei Sonderzugsgarnituren zur Verfügung gestellt. Eine solche Zugsgarnitur fuhr vom Arbeiterheim Favoriten nach Meidling. Gebühr wurde dafür keine bezahlt. Am 1. Mai ist bekanntlich der Strassenbahnbetrieb eingestellt. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Sie reden vom 1. Mai). Obwohl wir feiern sogar auch den 1. Mai, wir feiern ihn aber im Sinne der Versöhnung. Also am 1. Mai rückten Zugsgarnituren zum halben Preis für die Beförderung zu sozialdemokratischen Versammlungen aus. (Zwischenrufe bei der Minderheit: Das ist ein Skandal!). Und da sagen Sie: Eine parteipolitische Verwaltung gibt es nicht.

Sie leugnen überhaupt jede parteipolitische Verwaltungstätigkeit. Ich erinnere Sie da an den Karasek, der drei Monate zum Dienst nicht zugelassen wurde. An den Kretschmeier, dem Sie aus der Hauptwerkstätte entlassen er klagte Sie auf Bezahlung der Pension und Sie wurden verurteilt. Ich erinnere Sie an den Dobusch von Speising, der am 1. Mai in seinen Schrebergarten arbeitete und dafür von Ihren Leuten blutig geschlagen wurde. Diese Leute wurden verurteilt, Dobusch aber von Ihnen auf den Bahnhof Wienzeile transfertiert. Ich erinnere Sie an den Aufscher Zappeler vom Versorgungsheim, an den Schuldiener von Meidling, der durch Ihrer Terror in den Tod getrieben wurde, an den Schaffner Schaffelhofer, der mit fünf Kindern in den Tod ging, weil er durch lange Jahre von jedem Extradienst ausgesperrt worden war. Und angesichts dieser Namen wollen Sie vielleicht noch sagen, dass Ihre Personalverwaltung unpolitisch sei? (Beifall bei der Minderheit).

Die Personalvertretungen haben Sie nur für Ihre Zwecke ausgetauscht und Ihre Disziplinarkommissionen sind das grösste Femgericht. Die Prozesse von Angestellten gegen die Gemeinde Wien zeigen am besten Ihr System. Warum fürchten Sie den Proporz, warum führen Sie nicht ein. So terrorisiert wie unter Ihrer Herrschaft, ist noch keine Angestelltenschaft geworden. (Beifall bei der Minderheit).

St.R. Speiser teilt mit, dass der Arbeiter Lifka wegen Arbeitsunwilligkeit entlassen wurde. Der Arbeiter Dobusch hat am 1. Mai in seinem Schrebergarten gearbeitet; andere Arbeiter haben ihn daran gehindert und sind vom Gericht schwer bestraft worden. Die Gemeinde selbst hat natürlich damit nichts zu tun. Wenn über den geringen Lohn der Strassenbahner geklagt wurde, so muss doch einmal gesagt werden, dass jeder Arbeiter, der bei der Strassenbahn aufgenommen wird, sofort 250 Schilling Monatslohn bekommt. Was den Wahlprotest anlangt, so wurde er vom Eisenbahnministerium zurückgewiesen, eine Stelle die gewiss der Gemeinde nicht nahe steht. Die Ueberleistungen bei der Strassenbahn bekommt jeder Bedienstete, der sich drum bewirbt. In der Disziplinarkommission sitzen vier Beamte und vier von den Strassenbahnern gewählte Vertreter. Der Vorsitzende stimmt überhaupt nicht mit, so dass das Urteil nur von den Angestellten gefällt wird. (Beifall).

G.R. Lehninger berichtet tatsächlich, dass der Arbeiter Lifka nicht arbeitsunwillig, sondern krank war. Er sei grundsätzlich nicht gegen die Ueberleistungen, wünsche aber, dass im Rahmen des Achtstundentages den Strassenbahnern entsprechende Grundlöhne gezahlt werden, damit die parteimässige Protektion bei der Zuteilung der Ueberleistungen aufhöre.

Die Vorlage wird angenommen.

St.R. Speiser berichtet über Erhöhungen der Bezüge der Aerzte in den Humanitätsanstalten. Die Anträge werden ohne Debatte angenommen.

St.R. Speiser beantragt ein Mehrerfordernis von 26.000 Schilling für Arbeitskleider an die ständigen Gartenarbeiter. (Angenommen).

St.R. Speiser berichtet über den Abschluss eines Arbeitsvertrages für die Arbeiter der städtischen Baustofflager. Durch diesen Arbeitsvertrag soll in diesen zwei Betrieben eine einheitliche Regelung der Arbeitsverhältnisse erfolgen.

G.R. Waldsam (E.L.) protestiert dagegen, dass der Antrag erst heute vorgelegt wird, obwohl die Vorlage rückwirkend mit 29. April in Kraft tritt. Er wendet sich auch dagegen, dass in diesem Vertrag Frohnleichnam und Allerheiligen als Arbeitstage gelten. Das Urlaubsgeld wird mit einem Wochenlohn festgesetzt, während viele Betriebe zwei Wochenlöhne erhalten.

St.R. Speiser erwidert, dass diese Kategorie überhaupt keinen Urlaubszuschuss gehabt habe und daher vorläufig ein Wochenlohn gegeben werde. Der Antrag wird angenommen.

St.R. Speiser berichtet über einen Arbeitsvertrag für die in den städtischen Wohnhäusern beschäftigten Maschinisten. Es handelt sich um eine neue Arbeitergruppe, die sich durch die Schaffung der Badeanlagen und Zentralwaschküchen gebildet hat.

G.R. Waldsam (E.L.) wünscht, dass die Begünstigungen für alle Kategorien gleichmässig sein sollen. Dies ist aber nicht der Fall. Die Maschinisten müssen auch viele Ueberstunden machen, was erst kürzlich aus einer Klage im Gerichtssaal hervorging. In diesem Arbeitsvertrag werden Frohnleichnam und Allerheiligen als Feiertage erklärt, während bei den Baustofflager-Angestellten diese zwei Tage als Arbeitstage im Vertrag festgelegt wurden.

St.R. Speiser entgegnet, dass in diesem Betrieb ohne Ueberstunden nicht gearbeitet werden kann. Die Zahl der Ueberstunden ist sehr gering. Eine einheitliche Regelung werde selbstverständlich angestrebt.

Die Vorlage wird angenommen.

St.R. Speiser berichtet über die Abänderung des Kollektivvertrages der Strassenbahner, die nunmehr neben der Weihnachtsremuneration auch noch einen Urlaubszuschuss in derselben Höhe, nämlich fünfzig Prozent des Monatsbezuges, erhalten.

G.R. Lehninger (E.L.) erklärt, dass diese Vorlage für die Strassenbahner eine Verbesserung bedeute. Freilich sei es nur eine momentane Maßnahme. Wichtig ist die Forderung des Grundlohnes und die Einführung

Der Antrag wird angenommen.

St.R. Prof. Tandler beantragt die Genehmigung eines dritten Zuschusskredites von 9620 Schilling zur Deckung des Mehrerfordernisses der Schülerspeisung in den Schulen, das eine Folge des aussergewöhnlich hohen Anstehens des Teilnehmerstandes ist.

G.R. Höppeler (E.L.) begrüsst die Schülerspeisung und erklärt, dass er sich der Mühe unterzogen habe, in einer Doppelausspeisung, in der 150 Knaben und 100 Mädchen ausgespeist werden, einige Erhebungen zu pflegen. Er stelle mit Genugtuung fest, dass die Speisen sehr gut zubereitet werden, dass zur Zubereitung der Speisen nur Naturfett verwendet wird und dass die Speisen nicht zu fett zubereitet werden, was den Kinder nicht tunlich sein würde. Auch werden die Speisen im reichlichen Ausmass abgegeben. Zur Ausspeisung kommen drei Zehntel Liter Zuspense und ausserdem eine Mehlspeise. Das Ausmass ist vollkommen geeignet, den Hunger der Kinder zu stillen. Die Speisen sind auch sehr abwechslungsreich wie auch die Fleischspeisen, die den Kindern dreimal wöchentlich verabreicht werden. Es werden auch Speisen verabreicht, die die Kinder sehr gerne haben wie zum Beispiel Erbskoch und Weismilchspeise. Was die Beiträge anlangt, so konnte ich feststellen, dass drei Viertel aller ausgespeisten Kinder überhaupt keinen Beitrag leisten, ein Zehntel der Kinder nur den vierten Teil und die übrigen die Hälfte des Beitrages leisten. Besonders zu begrüssen ist es, dass bei der Erteilung von Freikarten und Ermässigungen nicht vom politischen Standpunkt vorgegangen wurde. Das ist wohl die einzige Stelle, bei der die Parteipolitik ausgeschaltet ist.

Zu bemängeln ist nur, dass das Jugendamt einen Erlass herausgegeben habe, wonach die Kinder zu einem bestimmten Gruss wie Guten Morgen, Guten Tag und Auf Wiedersehen angeregt werden sollen. Das ist sicher eine Überschreitung der Machtbefugnisse des Jugendamtes. Ein zweiter Gegenstand ist noch der, dass viele Küchen in Schulen untergebracht sind, was für die Lehrervand Kinder nicht vorteilhaft sei. Im Uebrigen habe er gegen den Antrag nichts einzuwenden. (Beifall bei den Sozialdemokraten, die dem Redner zurufen: Sie werden bald von Ihrem Klub ausgeschlossen werden).

Nach dem Professor Tandler es begrüsst, dass der Vertreter der Opposition loyal zugegeben hat, dass die Stadtverwaltung sich bemühe, ihren Pflicht nachzukommen, wird der Antrag angenommen.

St.R. Tandler beantragt die Genehmigung eines Zuschusskredites von 24.000 Schilling zur Deckung des Mehrerfordernisses, das durch die Einlagerung von Lebensmitteln in den Heilanstalten, Heil- und Pflegeanstalten am Steinhof entstanden ist.

Nach einer Anregung des Gemeinderates Pfeiffer, die Einlagerungen schon im Budget zu berücksichtigen, und nach einem erleuternden Schlusswort des Professors Tandler wird der Antrag angenommen.

Ohne Debatte werden ^{fünf} weitere Anträge des Professors Tandler betreffend Zuschusskredite für Humanitätsanstalten angenommen.

G.R. Suchanek (soz. dem.) referiert über die Auflösung des Bauvertrages des Vereines des Kinderhortes in Unter Sievering mit der Gemeinde Wien. Der diesbezügliche Antrag wird ebenfalls ohne Wortmeldung angenommen.

G.R. Suchanek referiert weiters über einen Zuschusskredit von 3954 Schilling für die von den städtischen Werkstätten ausgeführten, unvorhergesehenen Instandsetzungsarbeiten an Amtseinrichtungsgegenständen.

G.R. Urban (E.L.) wendet sich gegen die technischen Werkstätten, die ein grosser Schaden für die Gewerbetreibenden sind.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wird der Antrag angenommen.

G.R. Thaller (soz. dem.) beantragt die Subventionierung der Tonkunst in Oesterreich mit 2000 Schilling unter der Bewilligung, dass je zwei Exemplare der Veröffentlichungen den städtischen Sammlungen übermittelt werden.

G.R. Uebekehr (E.L.) beantragt die Subvention auf 4000 Schilling zu erhöhen.

Nach dem Schlusswort des Referenten wird der Antrag Uebekehr abgelehnt und der Referentenantrag angenommen.

G.R. Thaller beantragt die Bewilligung eines Ehrenpreises von 300 Schilling für die Jahresausstellung 1927 des oesterreichischen Künstlerbundes.

St.R. Kunschak : Es fällt mir nicht ein, gegen den Antrag selbst Stellung zu nehmen. Ich will aber bei dieser Gelegenheit feststellen, in welcher gehässiger Weise, in welcher parteiischer Weise, und das zusammengenommen, in welcher bornierter Weise von der Gemeinderatsmehrheit Subventionsansuchen behandelt werden. Die Ausstellung für christliche Kunst hat um eine Subvention angesucht. Auf der Ausstellung waren die Malerei und Plastik und eine grosse Reihe von Kunstgewerben vertreten. Wie beim Bund und anderen Faktoren hat die Ausstellung auch bei der Gemeinde Wien um Unterstützung angesucht. Alle Faktoren, ja sogar private haben Beiträge geleistet, nur die Gemeinde nicht. Ich habe wiederholt darauf verwiesen, dass es sich bei der Ausstellung für christliche Kunst nicht um eine parteimässige, oder konfessionelle Kunst handelt sondern die christliche Kunst ist ein historischer Begriff, der die Glanzleistungen und höchsten Entwicklungsstufen der Kunst in sich schliesst. Im dem Kuratorium der Anstalt war auch der Künstler Hanak hervorragend tätig und seine hervorragenden Kunstwerke haben zur künstlerischen Wältung der Ausstellung vieles beigetragen. Aber das hat alles nichts genützt. Die Ausstellung wurde nicht subventioniert. Das Wohlchristlich war für Sie entscheidend. Der Verlauf der Ausstellung war ein ausserordentlich erfreulicher. Die Ausstellung hat nicht nur in der Wiener Presse sondern auch in der ausländischen Presse eine ausserordentlich günstige Kritik gefunden. Sie war nicht nur eine Ausstellung für die Wiener, sondern sie hatte auch eine grosse Anziehungskraft auf die Kunstkreise des Auslandes ausgeübt.

Wir haben geglaubt, dass doch etwas für diese Ausstellung von der Gemeinde geschehen werde. Aber geschehen ist bis heute nichts. Solche Ausstellungen haben ja in der Regel mit schweren finanziellen Nöten zu kämpfen und auch dieser Ausstellung ist ein solches Schicksal nicht erspart geblieben. Wohl hat das Unterrichtsministerium einiges zur Deckung des Abganges beigetragen, aber noch immer bleibt ein unbedeckter Betrag. Und wir erleben nun das beschämende Schauspiel, dass gegen Künstler, die selbstlos der Kunst und dem Ansehen der Stadt Wien als Kunststadt dienen, durch Gerichtsbeschluss Ekektion geführt wird. Diese Tatsache würde einem Krähwinkel zur Schande gereichen. Es ist ein bleibt eine Schmach, wenn ein Gemeinwesen, wie die Stadt, das der Kunst so viel zu verdanken hat und das sein Lebensinteresse im Fremdenverkehr sieht, an dieser Tatsache achtlos vorübergeht. Es wäre hoch an der Zeit, wenn man einfach das brutale Wort sagt: Bei uns lasst jede Hoffnung fahren! Dann wird die Künstlerschaft und die Oeffentlichkeit wissen, woran sie sind. Bei Gelegenheit können Sie dann Krokodilstränen weinen über das traurige Geschick der Wiener Kunst und der Wiener Künstler. Wenn es aber einmal darauf ankommt, durch verhältnismässig kleine Summen der Kunst zu helfen, dann ist Ihr Auge blind und Ihr Herz empfindungslos. Solange ich hier in diesem Saale sein werde, immer wieder werde ich auf diese Schmach zurückkommen. (Starker Beifall bei der Minderheit)

G.R. Thaller erklärt, dass er den Wunsch des Stadtrates Kunschak dem Finanzreferenten zur Kenntnis bringen werde.

Schluss der Sitzung um 10 Uhr nachts. Nächste Sitzung am Freitag um 5 Uhr nachmittags.

Vierter Bogen.

des Quartiergeldes. Man macht aber solche Teilregulierungen, um den Pensionisten nichts geben zu müssen und der Regelung der Gehalte auszuweichen. Redner fragt schliesslich was es mit den Lohnforderungen der Strassenbahner sei, von denen schon solange geredet werde.

St. R. Speiser: Mit der Organisation der Strassenbahner werden gegenwärtig Verhandlungen über die im März erhobenen Lohnforderungen geführt, die schon ziemlich weit vorgeschritten sind. Die Rentabilität der Strassenbahn ist leider nicht gesichert, manche Ausweise schliessen mit einem Defizit. Es handelt sich also auch um die Tarifffrage.

St. R. Kunschak: Bedeutet das die Tarifierhöhung?

St. R. Speiser: Das weiss ich nicht, das wird man beim Abschluss der Lohnverhandlungen sehen. Früher kann man darüber eine endgültige Erklärung nicht abgeben.

Die Vorlage wird angenommen.

St. R. Speiser beantragt die Gewährung von Urlaubs- und Weihnachtremunerationen an die Bediensteten der Leichenbestattung.

G. R. Waldsam (E. L.) bemängelt, dass diese Kategorie nicht so behandelt wird, wie die Strassenbahner. Sie bekommen geringere Remunerationen.

St. R. Speiser erwidert, dass die jetzt beantragten Remunerationen gegenüber den früher gewährten, eine Verbesserung bedeuten.

Die Anträge werden angenommen.

St. R. Speiser berichtet über die Aenderung des Kollektivvertrages der Bediensteten des städtischen Fuhrwerkebetriebes.

G. R. Waldsam beantragt eine stilistische Aenderung, die angenommen wird.

St. R. Speiser beantragt eine Ergänzung des Kollektivvertrages der Bediensteten im städtischen Wirtschaftsamt. Es handelt sich um 13 Bedienstete, die nun einen Urlaubszuschuss von zwei Wochenlöhnen und eine Weihnachtsremuneration von einem Wochenlohn erhalten sollen.

G. R. Waldsam fragt, warum nicht auch für die Gas- und Elektrizitätswerksbediensteten solche Begünstigungen heute dem Gemeinderat vorgelegt werden sind.

St. R. Speiser erwidert, dass heute der Stadtsenat für diese beiden Arbeiterkategorien die Remunerationen bereits beschlossen hat. In dem Gemeinderat brauche dieser Antrag nicht zu kommen, weil der Kollektivvertrag nicht geändert wird.

Die Vorlage wird genehmigt.

St. R. Professor Dr. Tandler beantragt, dass die Gemeinde auf die Eintreibung der Aerztekosten für Fremdzuständige verzichte, wenn auch die übrigen Landesregierungen gleiche Beschlüsse fassen. (Angenommen.)

St. R. Prof. Tandler beantragt die Genehmigung eines Zuschusskredites von 60.400 Schilling für die Verpflegung im städtischen Obdachlosenheim.

G. R. Untermüller (E. L.) wünscht Aufklärung, über die Verhältnisse im Obdachlosenasyl, über die man insbesondere vor der Wahl wenig erbauliche Dinge gehört hat. Eine Abordnung der Asylbewohner hat auch beim amtsführenden Stadtrat vorgesprochen und bessere Liegestätten und Sitzgelegenheiten verlangt. Es wurde auch geklagt, dass die Leute nach 14 Tagen auf die Strasse gesetzt werden.

St. R. Prof. Tandler erwidert, dass unter der früheren Verwaltung die Asylbewohner nach sieben Tagen aus dem Heim entfernt wurden. Heute können die Leute drei Monate dort bleiben und es gibt auch Fälle, die eine neunmonatige Aufenthaltsdauer aufweisen. Von einer Bedrängnis kann also keine Rede sein. Die Gemeinde hat die Zahl der Betten von 400 auf 1300 erhöht. Die Leute haben auch Säcksäcke verlangt. Es soll jetzt damit ein Versuch gemacht werden.

Wien, am Mittwoch, den 15. Juni 1927

Städtische Beihilfen für Bildungszwecke. Der Gemeinderatsausschuss für Finanzwesen hat nach Berichten des Gemeinderates Professor Dr. Neubauer beschlossen dem Verein Carnuntum eine Subvention von 1200 Schilling und der Sozial-pädagogischen Gesellschaft eine Beihilfe von fünfhundert Schilling zu gewähren. Auf Antrag des Gemeinderates Thaller wurde ferner für die Neuausgabe des Werkes "Alt Wien-Die Geschichte seiner Kunst", ein Gemeindebeitrag von tausend Schilling bewilligt.

Statistische Mitteilungen der Stadt Wien. Die Magistratsabteilung für Statistik hat soeben als Sonderheft der statistischen Mitteilungen einen vorläufigen Bericht über die Gemeindeverwaltung im Jahre 1926 herausgegeben. Das Heft ist 120 Seiten stark und enthält eine Fülle von wichtigem Material über alle Zweige der Stadtverwaltung. Sehr ausführlich ist das Wohlfahrtswesen der Gemeinde Wien behandelt. Bemerkenswert ist eine Beilage über Wien und seine Verbauung, die vom Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum ausgearbeitet wurde. Das Heft ist im Kommissionsverlag bei Gerlach und Wiedling, I. Elisabethstrasse 13, erhältlich.

Schwedische Pflegeeltern im Wiener Rathaus. Der Deutsch-Schwedische Verein Svea hat eine grosse Zahl schwedischer Pflegeeltern nach Wien eingeladen; sie wurden heute im Rathaus empfangen. Magistratsrat Dr. Breunlich begrüßte die Gäste herzlichst, wobei er die grosse Hilfe der Schweden für die Wiener Kinder hervorhob. Für die Gäste sprach Herr Erik Lagerblad aus Kristinehamn der für den freundlichen Empfang dankte.

Strassenbahn und Strandfest am Gänsehäufel. Mit Rücksicht auf die anlässlich des am Samstag im städtischen Strandbad Gänsehäufel stattfindenden Strandfestes notwendige Vermehrung der Züge der Linie 24 können an diesem Tage die Linien 16, 24 und 25 von 12 Uhr 30 Minuten nachmittags an bis Betriebschluss nicht bis zum Praterstern, sondern nur bis zur Reichsbrücke geführt werden.

Elektrizität zur Förderung des Wachstums der Pflanzen. Die städtischen Elektrizitätswerke haben Versuche durchgeführt, Warmbeete elektrisch zu heizen, um den stets teurer und knapper werdenden Pferdemist entbehrlich zu machen. Diese Versuche leitete Universitätsprofessor Dr. Klein. Die Beete wurden durch acht Stunden nachts geheizt; die Ein- und Ausschaltung erfolgte selbsttätig durch eine Schaltuhr. Die Ergebnisse sind ausserordentlich günstig. Alle untersuchten Pflanzen wuchsen gleich gut und es kann festgestellt werden, dass die Misteuwärmung im Mistbeet durch die elektrische Heizung vollständig ersetzt wurde. Auch finanziell dürfte bei dem zunehmenden Mangel an Pferdemist die Konkurrenz mit dem Mistbeet aufgenommen werden können. Verwendet wird der billige Nachtstrom. Die Versuche werden im Herbst auf breiter Grundlage fortgesetzt. Die Elektrizitätswerke haben auch mit einigen Grossgärtnereien wegen der Einführung derartiger Anlagen Fühlung genommen.

Weitere Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Freitag wird in folgenden Strassen die elektrische Beleuchtung in Betrieb gesetzt: Landstrasse: Wassergasse, Hainburgerstrasse, Neubau: Myrthengasse, Hermannsgasse, Meidling: Hufelandgasse, Theresienbadgasse, Döbling: Pantzergasse, Guneschgasse, Glatgasse, Sommergasse, Floridsdorf: Donauefelderstrasse.

Wien, am Freitag, den 17. Juni 1927

Empfang der Teilnehmer des Strassentages im Rathaus. Heute vormittag wurden die Teilnehmer des Strassentages im Sitzungssaal des Stadtsenates von Vizebürgermeister Emmerling empfangen. Unter anderem hatten sich zum Empfang Landeshauptmann Professor Paul (Steiermark), Nationalrat Forstner, Landesregierungsrat Oberbaurat Smola, Stadtbaudirektor Dr. Ingenieur Musil eingefunden. Vizebürgermeister Emmerling begrüßte die Erschienenen. Die Stadtverwaltung nimmt an den Arbeiten der Strassentagung den regsten Anteil. Ihre Hauptaufgabe ist es, den Menschen den kürzesten Weg zu ihren Zielen zu bieten. Deshalb wird ihrer Tagung auch in der breiten Öffentlichkeit das grösste Interesse entgegengebracht. Wie sehr die Stadt Wien bemüht ist, die Verkehrswege der Stadt in Ordnung zu halten und zu verbessern, beweist, dass in diesem Jahre für Strassenbau und Strassenerhaltung die gewaltige Summe von ^{mehr als einunddreissig} Millionen Schilling verwendet wird. Wir danken Ihnen für die Anregungen, die Sie unserer Stadtverwaltung gegeben haben und danken Ihnen auch für die hervorragende Arbeit, die Sie im Dienste der Öffentlichkeit leisten. (Beifall).

Landesregierungsrat Oberbaurat Smola dankte für den herzlichen Empfang. Durch seine grosse Aufbautätigkeit ist Wien weltführend geworden. Auch das Wiener Strassenwesen ist hervorragend. Die Verkehrsmittel der Stadt sind vollkommen und Wien ist bemüht, aller Welt im Rahmen ihrer Mittel das modernste Strassenetz zu bieten. (Beifall). Nach dem Empfang besichtigten die Gäste das Rathaus.

Das grosse Strandfest am Gänsehüfel. Für das Samstag stattfindende grosse Strandfest im städtischen Strandbad Gänsehüfel wird von allen Teilen der Bevölkerung bereits ein lebhaftes Interesse bekundet. Das Fest wird von 3 Uhr nachmittag bis zehn Uhr abends dauern. Durch Einstellung von zehn Kassen ist vorgesorgt, dass die Karten ohne Andrang zu erhalten sein werden. Das Fest kann nicht nur bloss im Badeanzug, sondern auch im Strassenkleidung besucht werden. Aus dem reichhaltigen Programm ist ganz besonders ein im Freien noch nie gesehener Damenschwimmreigen, ein Ballett, eine Modeschau, einige Schönheitskonkurrenzen, Jaczband, der Tanz im Freien und sonstige Volksbelustigungen, wie Ringelspiel und dergleichen mehr hervorzuheben. Den Abschluss des Festes bildet ein grosses Feuerwerk auf dem Wasser und eine bengalische Beleuchtung des Strandes. Im Falle ungünstiger Witterung findet das Fest Sonntag statt.

Aenderung des Strassenbahnverkehrs. Mit Rücksicht auf die anlässlich des Strandfestes auf dem Gänsehüfel notwendige Vermehrung der Züge der Linie 24 werden Samstag die Linien 16, 24 und 25 von 12³⁰ Uhr bis Betriebsabschluss nicht bis zum Praterstern, sondern nur bis zur Reichsbrücke geführt.

Das Mitnehmen von Hunden auf offenen Märkten. Von der Wiener Polizeidirektion, der Bevölkerung und insbesondere von den Marktviktualienhändlern selbst, sind in der letzten Zeit Zuschriften an den Wiener Magistrat ge-

richtet worden, in denen um Abhilfe gegen die sanitären Uebelstände er sucht wird, die durch Hunde auf den offenen Märkten verursacht werden. Da es sich bei offenen Märkten um ein von allen Seiten zugängliches Terrain handelt, war die Abstellung der erwähnten unliebsamen Vorkommnisse zum Unterschied von den verhältnismässig kleinen, geschlossenen Markthallen territorien, in denen die Marktstände grösstenteils hoch genug sind, um eine Berührung oder Verunreinigung durch Hunde unmöglich zu machen, wesentlich erschwert. Der Wiener Magistrat wird, um den Uebelständen abzu helfen, in den nächsten Tagen eine Kundmachung erlassen, wonach auf allen offenen Märkten die Hunde an der Leine zu führen sind. Uebertretungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zu zweihundert Schilling oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen geahndet.

Von der radikalsten Massnahme, der Erlassung eines Verbotes des Mitnehmens von Hunden auf offenen Märkten überhaupt, wurde vorläufig Abstand genommen, da dies eine Härte gegen die Hausfrauen bedeuten würde, die Hundebesitzer und während der Einkaufszeit ihre Hunde entweder sich selbst überlassen oder anderswo unterbringen müssten. Die Hausfrau wird nunmehr beim Besuch von öffentlichen Märkten wohl Sorge tragen müssen, dass die Tiere an den Marktständen nichts verunreinigen, weil sie mit Rücksicht auf den Umstand, dass sie ja mit dem Hund an der Leine nicht die Möglichkeit hat, die Zugehörigkeit des Tieres abzuleugnen, sofort zur Verantwortung gezogen werden kann.

Sitzungen in den Bezirksvertretungen. Die Bezirksvertretung Wieden hält am 21. Juni um halb fünf Uhr nachmittags im Sitzungssaal des Gemeindehauses eine öffentliche Sitzung ab, die Bezirksvertretung Alsergrund am 22. Juni um fünf Uhr nachmittags und die Bezirksvertretung Favoriten am 24. Juni um vier Uhr nachmittags.

Schutzabzeichen für schwerhörige Kinder. Auf Einschreiten der Leitung der Sonderschule für schwerhörige schulpflichtige Kinder hat der Stadtschulrat für Wien keine Einwendung dagegen erhoben, dass das auf Grund einer Eingabe des Schutzverbandes für Schwerhörige "Vox" von der Polizeidirektion Wien anerkannte internationale Verkehrsschutzabzeichen für Schwerhörige von den schwerhörigen Kindern auf dem Schulwege getragen werden. Das Abzeichen, das weder ein Vereins- noch ein Parteiabzeichen ist, besteht aus einer gelben Armbinde mit drei schwarzen Punkten. Die Armbinde wird entweder ^{auf} beiden Armen oder nur auf dem rechten Oberarm getragen. Es hat den Zweck, allgemeine Hilfsbereitschaft zu erzielen und insbesondere die Verkehrsmittellenker und die Verkehrswachebeamten auf die Wirkungslosigkeit von Hgnsignalen aufmerksam zu machen. Die Polizeidirektion hat in diesem Sinn ihre Organe belehrt und sie angewiesen, den so gekennzeichneten Personen nach Möglichkeit ihre Unterstützung angedeihen zu lassen.

Wien, am Freitag, den 17. Juni 1927 (Zweite Ausgabe)

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 17. Juni 1927.

Vorsitzender Bürgermeister Seitz eröffnet um ein Viertel Sechsehr die Sitzung.

G.R. Thaller (soz. dem.) beantragt, da sofort in die Tagesordnung eingegangen wird der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens eine Subvention von sechstausend Schilling zu bewilligen.

G.R. Erban (E.L.) spricht bei diesem Referate den Wunsch aus, die Gemeinde Wien möge alljährlich auf den Ausstellungen eine grössere Anzahl von Bildern für die städtischen Sammlungen erwerben.

Der Referent erwidert in seinem Schlusswort, dass für diesen Zweck ein grösserer Betrag im Budget eingestellt ist.

Der Referentenantrag wird genehmigt.

G.R. Thaller beantragt ferner dem Wiener Volksbildungsverein eine Subvention von zwanzigtausend Schilling zu bewilligen.

G.R. Dr. Motzko (E.L.) erklärt sie müsse immer wieder die Forderung erheben, die Verteilung der Subventionen in gerechterer Weise vorzunehmen. Der Verein Volksleschalle, der ebenfalls eine bedeutende Bildungsarbeit leistet, erhalte keine Subvention und ein Gesuch dieses Vereines liege bereits seit 1926 vor ohne dass es bis heute erledigt wurde. Sie beschwert sich auch darüber, dass diesem Verein von der Wiener Urania gewisse Kulturfilme nicht überlassen werden, weil das Arbeiterkino sie erhält, wahrscheinlich geschehe dies aus Konkurrenzrücksichten.

Der Referent erwidert, dass ihm nicht bekannt sei ob ein Ansuchen des Vereines Volksleschalle um Subvention vorliege. Was die Verleihung der Filme anbetreffe, so sei die Wiener Urania vertraglich gebunden und könne die Filme nicht an Vereine oder Gesellschaften verleihen welche in der Nähe anderer Vereine sind mit denen sie einen Leihvertrag abgeschlossen hat.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Nach einem Antrage des G.R. Thaller soll dem Verein der Museumsfreunde eine Subvention von zweitausend Schilling bewilligt werden.

G.R. Uebelhör (E.L.) regt bei diesem Anlasse an, die Gemeinde Wien möge sich mit dem Projekte des Baues eines eigenen Museums intensiver befassen.

G.R. Thaller erwidert in seinem Schlusswort, die Gemeindeverwaltung sei sich wohl bewusst wie schwer die städtischen Sammlungen unter dem Mangel von Räumen zu leiden haben; solange jedoch Wohnungen gebaut werden müssen könne man an den Bau eines prunkvollen Museums nicht denken.

Der Referentenantrag wird genehmigt.

G.R. Thaller beantragt die Subventionierung der Wiener Frauen Akademie und Schule für freie und angewandte Kunst mit einem Betrag von sechshundert Schilling.

G.R. Dr. Wjelsch (E.L.) erklärt dazu, dass der Betrag viel zu gering sei. Die Wiener Frauen Akademie ist eine Hochschule für das Nadelgewerbe, für das Kunstgewerbe wie für die Frauenberufe überhaupt. Die Gemeinde Wien hätte die Pflicht, Schule entsprechend zu subventionieren.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Thaller, dass die Subvention nur dem vereinsmässigen Betrieb gewidmet ist. Die Lehranstalt

selbst wird zum Teil vom Bund erhalten, der auch die Gehälter bezahlt.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Thaller ersucht um Genehmigung der Subventionierung des Vereines Volkshochschule Wien Volksheim mit dem Betrag von dreissigtausend Schilling. Das Volksheim ist das bekannte Bildungsinstitut der Stadt, das grösste derartige Institut, das Wien hat. Seine Tätigkeit hat eine namhafte Steigerung erfahren. Die Mitgliederzahl stieg von 11700 auf 13.000, die Zahl der Besucher von 26.000 auf 32.000 und die Zahl der Kurse von 593 auf 733. Das Volksheim unterhält fünf Volkshochschulen.

G.R. Dr. Kollassa (E.L.) bemängelt, dass für die Subvention der Wiener volkstümlichen Universitätskurse nur ein Zehntel des Betrages, der als Subvention für das Volksheim bewilligt werden soll, in Aussicht genommen ist. Nur Vereine und Organisationen, die der Mehrheit des Saales nahestehen, erhalten grössere Subventionen. Alle anderen Vereine oder Organisationen werden mit lächerlich geringen Beträgen abgespeist, wenn nicht ihr Subventionsansuchen überhaupt abgelehnt wird. Solange die Mehrheit keine unparteiische und objektive Subventionspolitik betreibt, kann die Minderheit dem Antrag nicht zustimmen. Der Redner verlangt weiters dringend ein tabellarisches Verzeichnis über die Subventionsansuchen.

G.R. Thaller bedauert in seinem Schlusswort, dass die Minderheit dem Antrag nicht zustimmt. Ein Vergleich des Volksheims mit dem volkstümlichen Universitätskursen ist nicht am Platz, da die Arbeit des Volksheimes mit der der Universitätskurse nicht verglichen werden kann. Ebenso kann auch nicht von einer parteiischen Subventionierung gesprochen werden. Der Antrag wird angenommen.

G.R. Thaller beantragt die Subventionierung des Vereines Zentralbibliothek mit 10.000 Schilling.

G.R. Dr. Motzko (E.L.) erklärt auf die Feststellung des Gemeinderates Thaller, von einer parteiischen Subventionierung könne nicht gesprochen werden, dass sie mit einigen Beispielen dienen könne. Der Verein Volksleschalle hat im Vorjahr um eine Subvention angesucht, das Ansuchen wurde bis heute nicht erledigt. Ebenso ist es auch dem Ansuchen um Subventionierung des Vereines Frohe Kindheit, des Reichsbundes der katholischen Jünglinge ergangen. Der Verein Volksleschalle hat unter Bürgermeister Reumann eine Subvention von sechshundert Kronen jährlich bekommen. Diese Subvention wurde nun eingestellt. Die Volksleschalle unterhält zwanzig Volksbibliotheken und die Zahl der Entlehnungen ist von 1,170.000 im Jahre 1925 auf 1,284.000 im Jahre gestiegen. Weiters hat die Volksleschalle zwei Bibliotheken nach dem System Hofmann eingerichtet, was für die Weiterbildung der Leser und für die Ergänzung der Schulbildung ein wertvoller Behelf ist. Trotzdem nimmt die Gemeindeverwaltung gegen den Verein Volksleschalle eine geradezu feindseelige Haltung ein. Es ist höchste Zeit, diese Haltung aufzugeben und sich endlich auf den Boden reiner Sachlichkeit und ehrlicher Volksbildung zu stellen. (Beifall bei der Minderheit).

Als in seinem Schlusswort Gemeinderat Thaller erklärt, dass er von der Hoffmannisierung von Bibliotheken des Vereines Volksleschalle nichts wisse, ertönen Zwischenrufe der Minderheit: Der weiss überhaupt nichts. Bürgermeister Seitz weist diese Beleidigung des Referenten zurück, worauf bei der Minderheit ein vorübergehender Lärm entsteht. Gemeinderat Untermüller (E.L.) ruft: Gemeinderat Kurz hat Rosenkranzbruder gerufen, Herr Bürgermeister, das hören Sie nicht! Gemeinderätin Dr. Motzko ruft: Das lassen wir uns nicht bieten! Bürgermeister Seitz erklärt: Wenn sich ein Mitglied des Hauses beleidigt fühle und er den beleidigenden Zwischenruf nicht gehört habe, wolle sich das Mitglied zum Vorsitzenden bemühen und dieser werden ohne Unterschied der Partei das Nötige veranlassen.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Thaller beantragt der Kunstgemeinschaft eine Subvention von sechshundert Schilling für die Frühjahrsausstellung 1927 einen Ehrenpreis von fünfhundert Schilling zu bewilligen.

G.R. Uebelhör (E.L.) wünscht eine übersichtliche Zusammenstellung aller Subventionen.

Der Antrag wird angenommen.

Bei dem Referate der Numismatischen Gesellschaft eine Subvention von dreihundert Schilling zu bewilligen, bemerkt Gemeinderat Gschladt der beantragte Betrag sei lächerlich gering, umso mehr als die Gesellschaft im nächsten Jahre in Wien eine Verbandstagung abzuhalten beabsichtigt. Der Redner beantragt die Erhöhung auf sechshundert Schilling.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Der Vorsitzende Bürgermeister Seitz bemerkt, Gemeinderat Untermüller habe sich darüber beschwert, dass Gemeinderat Kurz zu ihm "Rosenkranzbruder" hinübergerufen habe. Die Stenographen haben den Zwischenruf nicht gehört. Gemeinderat Kurz habe jedoch erklärt, dass er allerdings ganz leise den Zwischenruf gemacht habe. Ein solcher Zwischenruf sei nicht parlamentarisch, er müsse ihn daher rügen.

G.R. Thaller beantragt ferner, für die Wiener volkstümlichen Universitätskurse dreitausend Schilling als Subvention zu bewilligen.

G.R. Höppeler (E.L.) der christlichen Bildungsstelle des Volksbundes der Katholiken Oesterreichs eine Subvention von sechstausend Schilling zu bewilligen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag dem Künstlerbund Hagen für seine Frühjahrsausstellung einen Ehrenpreis von fünfhundert Schilling zu bewilligen wird ohne Debatte genehmigt ebenso der Antrag Herrn Dr. Ludwig Abels für die Neuauflage seines Werkes "Alt Wien" eine Subvention von tausend Schilling zu bewilligen.

St.R. Prof. Tandler berichtet über die Erhöhung der 115 Stipendien für Hochschüler und ebensovieler Stipendien für Mittelschüler auf je dreihundert.

G.R. Rummelhardt (E.L.) bemerkt der vorliegende Antrag sei ein Beweis dafür, dass Anregungen die aus der Mitte der christlichsozialen Partei vor den Gemeinderat gebracht werden nach einiger Zeit als Anträge der Mehrheit vor das Plännum kommen. Der Redner bespricht bei dieser Gelegenheit die Verleihung von Stipendien für Hörer der hochschulmässigen Lehrbildungskurse und bemerkt, dass in diesen Kursen nur sozialdemokratische Lehrer herangebildet werden. Er müsse dagegen protestieren, dass Politiker in diesen Lehrkursen vortragen, dadurch werden die Kurse zu einer sozialdemokratischen Zuchtanstalt. Der Redner gibt ferner dem Wunsche Ausdruck, dass alle Stipendien zu Beginn des Schuljahres- und nicht wie es vorgekommen ist erst im Laufe des Unterrichtsjahres - ausgezahlt werden. Es sei ja lobenswert, dass die Gemeindeverwaltung diese Stipendien verleiht der Bürgermeister habe jedoch nicht das Recht die Autonomie der Hochschulen anzutasten. Auch er spreche sich dagegen aus, dass der Universität gerauft werde, aber die Freiheit des akademischen Bodens müsse gewahrt werden.

G.R. Kollassa (E.L.) kritisiert dass die Freiheit der Universität angetastet wurde, die aber unter allen Umständen gewahrt bleiben muss. Die Hochschulen dürfen mit Politik nichts zu tun haben und die Wissenschaft muss von jeder Politik frei bleiben. Wer Politik in die Hochschulen trägt, begeht ein Verbrechen an die freie Forschung, weil er diese knebeln will. Ich kenne die Vorgänge auf der Universität seit Jahrzehnten. Die Politik hat dort nie etwas zu tun gehabt. Nun wurde versucht, in die Universität die Politik zutragen. Da kann nur gesagt werden, dass die freie Verfügung der Universitätsbehörden unbedingt gewahrt werden muss und dass Polizeigewalt auf der Universität nichts zu tun hat. Die akademischen Behörden haben auch im Zeichen der ärgsten Stürme die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt. Wenn

eine Relegierung ausgesprochen wurde so wurde diese anerkannt. Wehe aber, wenn der Weg, der jetzt in der Frage der Universität einzuschlagen versucht wurde, heimisch werden sollte, dann wäre es mit der Ruhe und mit dem Frieden und mit der Wissenschaft vorbei. Wir müssen die Freiheit der Universität verteidigen und gegen die Verfügung des Herrn Bürgermeisters als Landeshauptmann schärfstens protestieren. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit, Unruhe bei den Sozialdemokraten).

G.R. Dr. Wagner (E.L.) begrüsst den Antrag. Die Gemeinde Wien habe die Pflicht, darauf zu achten, dass die jungen Menschen, die bodenständigen Wiener Gelegenheit haben, zur höchsten Bildung zu gelangen. Wir werden daher für den Antrag stimmen. Ich bitte aber, dass dafür gesorgt werde, dass die Stipendien unparteiisch und gerecht verteilt werden. Wir sind nämlich mit der Besorgnis erfüllt, dass bei der Verteilung der Stipendien der leidenschaftliche Parteimann dem unparteiischen Verwalter erschlagen werde.

In letzter Zeit machen sich auf der Universität Bestrebungen geltend, die wir nicht billigen. Es sind dies Bestrebungen die Macht in der Stadt hier auch auf die Hochschulen auszudehnen. Wenn wir uns vorstellen, dass die Stipendien dem Verbands der sozialistischen Hochschüler das Leben erleichtern sollen, dann könnten wir nicht für den Antrag stimmen. Gerade jetzt hat die Universität das Glück, einen hervorragenden Gelehrten, seine Magnifizenz Dr. Molisch an ihrer Spitze zu haben (Heilrufe bei der Minderheit). Es ist unbegreiflich, dass es einen Studenten gibt, der so wenig Achtung vor der Persönlichkeit des Rektors hat. Der Führer des Verbandes der sozialistischen Hochschüler hat in einer Auseinandersetzung über die Studentenkravalle dem Rektor erklärt, er werde den Republikanischen Schützbund in die Universität bringen (Entrüstung bei der Minderheit, Rufe: Unerhört!). Der junge Mann kann keine Ahnung von der akademischen Freiheit haben und kein Gefühl für die Würde der Hochschule. Wir müssen es auch bedauern, dass sich der Herr Bürgermeister zu einer Tat hat verleiten lassen, vor der sich sogar der seinerzeitige Unterrichtsminister Gautsch gescheut hat. Der Herr Bürgermeister hat Gautsch übertroffen. Das kann nicht mit unserer Billigung geschehen, die akademischen Behörden haben die Ordnung zu schaffen. Die Persönlichkeit seiner Magnifizenz bietet dafür die vollste Gewähr. Der Erlass des Herrn Bürgermeisters ist ein Uebergriff (Gemeinderat Kunschak: Ein gewaltiger!) Er ist aber nicht nur ein Uebergriff, sondern auch ein Missgriff. Der ehemalige Staatskanzler Dr. Renner hat in einer Versammlung die Hochschulen als Mörderzentralen bezeichnet. Dagegen müssen wir unserer tiefsten Empörung Ausdruck geben. Wir werden für den Antrag stimmen, wir bitten Sie aber, den Hochschulen eine andere Gesinnung gegenüberzustellen. (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Dr. Friedjung (soz. dem.) schildert aus eigener Anschauung die letzten Vorgänge auf der Universität. In der Aula waren zwei Gruppen. Auf der einen Seite die sozialistischen Hochschüler und auf der anderen Seite (Zwischenrufe bei der Minderheit: die Antimarxisten, die Unpolitischen) die Gegner. Vor der Universität war eine grosse Menge von Polizei und Zuschauer. Da wurde mir gemeldet, dass ein junger Mann, namens Fröschl mit einer schweren Verletzung auf die Unfallstation gebracht werden musste. Er hatte eine schwere Kopfwunde, die mit drei Nähten vernäht wurde; nach der Behandlung konnte er sich in Begleitung eines Kollegen entfernen. In diesem Fall aber schlossen sich bedauerlicher Weise noch mehrere andere an. Es waren aber lauter sozialistische Studenten (Rufe bei der Minderheit: Die haben den Rummel angefangen!) Ein Hofrat der Polizeidirektion machte dort Dienst. Ich fragte ihn: Halten Sie das für einen erträglichen Zustand? Er antwortete mir: Lohn/ kann nichts tun! Auf meinen Einwurf dass ja die Gesundheit vieler junger Leute gefährdet sei, sagte er mir, sie haben Recht, aber mir sind die Hände gebunden, ich kann nicht in die Universität hinein. Es ist mir unverständlich, dass Schlagen mit Knüppel und

mit eisenbeschlagenen Latten akademische Freiheit zu nennen. (Im Haus entsteht grosse Unruhe und Lärm). Es gibt in Europa keine Universität, wo solches möglich wäre. In ganz Deutschland gibt es keine Universitätsbehörde, die solche Dinge dulden würde und sich darüber mit Achselzucken hinwegsetzen wollte. Die Haltung unserer Universitätsbehörde ist ein Missgriff des Wortes und des Begriffes und dagegen muss eingegriffen werden. Auf die Behauptung, dass Dr. Renner die Hochschulen als Mörderzentralen bezeichnet habe, muss ich feststellen, dass Dr. Renner wiederholt erklärt hat, diesen Ausspruch nicht getan zu haben. Und was die Aeusserung des Juristen Schadek betrifft, er werde den Schutzbund in die Universität rufen, so sage ich, dass ich seiner Magnifizenz selbst gesagt habe, wenn die Herstellung der Ordnung nicht möglich sei, dass Kräfte von aussen herangezogen werden müssten.

Bei den letzten Worten des Redners entsteht ein wilder Lärm. Von den Bänken der Minderheit ertönen laute Pfuirufe. Der grösste Teil der Gemeinderäte springt erregt von den Sitzen auf. Eine Menge in den Lärm unverständliche Zwischenrufe schallen durch den Saal. Die Gemeinderätin Bock (soz. dem.) ruft der Minderheit zu: Arbeiterkinder sind geschlagen worden! Gemeinderat Doppler (E.L.) ruft auf die Seite der Mehrheit: Sie wollen das Recht beugen).

Der Lärm dauert noch weiter an, als Gemeinderat Friedjung fortsetzen will. Im Lärm sind folgende Worte des Gemeinderates Friedjung verständlich: Wenn Sie sich so aufregen, so kann ich Ihnen mitteilen, dass mir seine Magnifizenz geantwortet hat, es seien leider Elemente im Haus, die nicht zur Universität gehören.

Wieder entsteht grosser Lärm. Es droht jeden Augenblick, zwischen Mitgliedern der Minderheit und der Mehrheit zu Tötlichkeiten zu kommen. Der Bürgermeister versucht ununterbrochen, beruhigend zu wirken. Gemeinderat Hofbauer ruft der Minderheit zu: Jeder Mord wird verteidigt. Diese Worte lösen einen gewaltigen Sturm bei der Minderheit aus. Gemeinderat Freyer ruft den Sozialdemokraten zu: Eure Leute haben gestänkert. Auf den Zwischenruf des Gemeinderates Hofbauer fallen unausgesetzt auf der Seite der Minderheit Gegenrufe: Ungehört! Mitten im Lärm wird plötzlich von einigen Mitgliedern der Minderheit dem Herrn Bürgermeister, der sich unausgesetzt bemüht, die Parteien zu beruhigen, und dem Vorsitzenden Gemeinderat Weigl zugerufen: Wir wurden Mordbuben beschimpft, dass lassen wir uns nicht gefallen. Endlich flaut der Sturm ein wenig ab und Gemeinderat Weigl erklärt, es sei ihm eine Beschwerde zugegangen, wonach auf Seite der Mehrheit das Wort Mordbuben gefallen sein soll. Er werde dies im stenographischen Protokoll feststellen lassen und danach das Weitere verfügen.

G.R. Dr. Friedjung (soz. dem.): Es handelt sich nicht wie Sie behaupten, um einen Kampf der Geister, sondern um einen Kampf der rohen Gewalt gegen den Geist (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). Sie müssten den Landeshauptmann Dank wissen, dass er den Mut hatte, den Popanz der akademischen Freiheit zu beschwören. Die akademische Freiheit haben jene geschändet, die es nicht unter ihrer Würde gefunden haben Kollegen zu verprügeln und zu verletzen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten). Ich habe dem Rektor gesagt, wenn die akademischen Behörden nichts ausrichten können, dann müssen die gesetzlich berufenen Organisationen eingreifen.

G.R. Dr. Wagner (E.L.) erklärt, es seien wohl auf der linken Seite des Hauses wiederholt erregte Worte gefallen, aber Schimpfworte habe man nie gehört. Kollege Pfeiffer sei bei der Brust gepackt und geschüttelt worden. Bei Beurteilung des Falles müsse man die Vorgeschichte kennen, es sei vereinbart worden, dass die sozialistische Jugend Angriffe auf andere Gruppen unterlasse. Diese Vereinbarung ist gleich am Anfange des Vortrages gebrochen worden, die Erregung habe immer weitere Kreise ergriffen, die akademische Freiheit habe jedoch mit diesen Konflikten nichts zu tun. Man dür

fe sagte Bismark diese Dinge nicht allzu tragisch nehmen. Jeder müsse dagegen protestieren, dass der Pölsgeist in die Hochschule eindringt.

Die Rede des Bürgermeisters folgt später.

Gemeinderat Weigl stellt fest, dass die Worte von den Mörderbuben im stenographischen Protokolle nicht vorkommen. Gemeinderat Kokoray habe jedoch erklärt, er habe diesen Zwischenruf gemacht, er habe jedoch keineswegs ein Mitglied des Gemeinderates damit gemeint, sondern die schuldtragenden bei den Konflikten in der Universität. Der Vorsitzende bemerkt, dass er diesen Ausdruck wenn auch kein Mitglied des Gemeinderates gemeint, sei, trotzdem rügen müsse.

G.R. Dr. Wagner: Und was ist mit dem Gemeinderat Hofbauer? Er rief: Sie schützen jeden Mörder!

Gemeinderat Kunschak (E.L.) Es ist selbstverständlich, dass die Dinge die sich in den letzten Tagen in der Universität ereigneten im Gemeinderat ihren Widerhall finden. Die Wiener Universität könnte doch nicht mit einer Mittelschule oder einer Volksschule verglichen werden. Hat sie doch eine geschichtliche und kulturpolitische Bedeutung, die vielleicht einzig in der ganzen Welt dasteht. Es wurde hier gesagt, dass die Herren drüben den Popanz der akademischen Freiheit nicht anerkennen. Wenn ein Jurist dies sagt, so erkläre ich, dass ist eine Schandtat sondergleichen (Stürmischer Beifall bei der Minderheit).

G.R. Weigl: Ich kann nicht zulassen, dass Gemeinderäte hier beleidigt werden! (Lebhafte Zwischenrufe bei der Minderheit: Die Person wurde nicht angegriffen).

G.R. Kunschak (E.L.) Ich glaube es muss gestattet sein, die Ansprüche eines Redners hier zu kritisieren. Die akademische Freiheit ist nicht eine Einrichtung aus der letzten Zeit, sie ist ein durch die Tradition geheiligter Begriff aller Universitäten (Lebhafter Beifall links). Wenn die akademische Freiheit auch ein Vorrecht ist, so ist es ein Recht, dass alle Universitäten schon seit jeher haben. Solche historische Rechte dürfen nicht an der Hand verfassungsmässiger Bestimmungen beurteilt werden. Wenn aber der Bürgermeister so fest auf den Boden verfassungsmässiger Bestimmungen steht, so möge er die Behandlung der Angelegenheiten dem Gemeinderate überlassen, nicht aber so häufig den Paragraph 96 selbstherrlich anwenden. (Rufe: Sehr gut, links). Der Ausgang der auch wenn uns tief bedauerten Vorfälle liegt eigentlich ein Missverständnis. Es war bereits durch Vermittlung eines Hochschullehrers Beruhigung eingetreten und die Sozialisten wären ohne weiters als erste aus der Aula abgezogen, wenn nicht just ein Unwetter eingesetzt hätte. Die Sozialisten blieben unter diesen Umständen noch zurück und wenn sich zwei feindliche Heerlager gegenüberstehen kommt es zu Plänkereien, dann zu Stänkereien und die Keilerei ist fertig. So etwas kann man der Jugend nicht verargen. Das Beispiel das hier im Saale gegeben wird, ist sicherlich kein vorbildliches für die Jugend und solche Menschen dürfen sich nicht zu Richtern über die Handlungen der jungen Leute aufwerfen. Der Bürgermeister hat die Universität mit einer Kirche verglichen. Sicherlich ist auch die Kirche ein heiliger Boden, aber sie ist ein allgemein zugänglicher Raum. Die Hochschule ist nur für Studenten offen, sie hat ihre eigenen Behörden, die berufen sind, die akademische Freiheit jedes Einzelnen zu gewährleisten. Im Rektoratsbericht ist festgestellt, dass universitätsfremde Leute die Versammlung besucht haben. Die Studenten hatten sich bereits so ziemlich geeinigt, aber die Personen, die eben nicht in die Universität hier eingehen sind schuld, dass es zu Keilereien kam. Der Student wird immer ein gewisses Mass halten, denn er trägt ein grosses Risiko, es kann ihm passieren, dass er von der Universität relegiert wird und dass

ihm so die ...enz vermehrt ist. Die Un₁versitätsbehörden haben ein eigenes Strafgesetz, das rücksichtslos gehandhabt wird. Die akademischen Behörden haben die Pflicht und den ernstesten Willen, aber auch die Mittel an der Hand die abschreckend genug wirken, weitmehr als dies eine 24stündige Arreststrafe ist. Wir sind dem Bürgermeister dankbar für sein feines Rechtsempfinden, dass die Freiheit eines jeden Einzelnen geschützt werden muss. Aber sind wir nicht hier im Gemeinderat sogar bedroht worden? Hat nicht Herr Gemeinderat Kohl noch auf dem Boden des Gemeinderates wenn auch nicht im Gemeinderatssitzungssaale selbst- und gedroht: Das nächste Mal werden wir euch von den Arbeitern der Siemens-Schuckertwerke auswaschen lassen. Rufe rechts: Das ist falsch, das hat er nicht gesagt! Ich habe diese Worte dem Bürgermeister zur Kenntnis gebracht und er antwortete mit dem Bismarckschen Zitat, solche Dinge darf man nicht so tragisch nehmen. Wie viele Keilereien waren schon an der Wiener Un₁versität. Wie oft sind katholische Studenten verprügelt worden. Niemals aber ist der Ruf nach Polizei erfolgt. Alle diese Entgeisungen der akademischen Jugend sind sehr vorübergehender Natur. Die am meisten rebellischen Studenten sind später sehr tüchtige Glieder der G_eellschaft geworden. (Bürgermeister Seitz: Wenn Sie nicht erschlagen wurden!). Auf der Un₁versität ist nicht jemand erschlagen worden, wohl aber ausserhalb derselben. Die akademischen Behörden haben auch in diesem Falle wieder Ordnung gemacht, die Un₁versität wurde geschlossen und es trifft die Studentengewiss hart, dass die Lehrtätigkeit unterbrochen wird. Zunzeiten Badenis wurde die Polizeigewalt gegen die Studenten angewendet. Die gesamte Studentschaft ohne Unterschied der Partei hat sich dagegen gestellt, Badeni musste nachgeben und die akademischen Behörden waren auch damals im Stande die Ordnung wieder herzustellen. Ueberlassen Sie die Aufrechterhaltung der Ordnung den akademischen Behörden und den Leitungen der Studentenorganisationen und die Polizei wird dort überflüssig sein. Keine Un₁versität der Welt ist so überfremdet wie die Wiener Un₁versität. (Gemeinderat Thalner: Das kann sie sich zur Ehre anrechnen!). Das ist nicht/darauf zurückzuführen, dass die wissenschaftliche Betätigung hier auf überaus hoher Stufe steht, es ist auch darauf zurückzuführen, dass die Studenten wissen, dass es ihnen nirgends so gut geht, wie an der Wiener Hochschule. Die echte deutsche und wienerische Gastfreundschaft ist auch an der Wiener Un₁versität zu finden. Sie müssen sich daran gewöhnen, die jungen Leute anders zu beurteilen als erfahrene Männer, lassen Sie der Jugend ihre akademische Freiheit, das wird für alle vom Vorteil sein.

G. R. Pfeiffer (E. L.): Der Herr Vorsitzende hat den Zwischenruf des Gemeinderates Hofbauer "Sie verteidigen jeden Mörder" nicht gerügt. Ich muss dagegen energisch protestieren. Der Herr Vorsitzende hat auch nicht gesehen, dass der Gemeinderat Innerhuber dem Kollegen Pfeiffer an der Brust gepackt und geschüttelt hat. Das Verhalten in diesem Saale steht im Widerspruch zu dem Schutze jeder persönlichen Freiheit, von der der Herr Bürgermeister heute gesprochen hat.

In seinem Schlusswort bedauert Stadtrat Tandler, im Namen des Friedens auf der Un₁versität, dass die Dinge hier zur Sprache gekommen sind. Das hat nicht zum Referat gehört, dass doch eine Fürsorgeaktion für die akademische Jugend darstellt. Auf die Anregung des Stadtrates Rummelhardt bemerkt Stadtrat Professor Tandler, dass die Stipendien im allgemeinen zu Anfang des Jahres ausgegeben werden.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des Gemeinderates Dr. Friedjung wird die Vorlage angenommen.

St. R. Weber beantragt die Erhöhung des Anstaltskapitales der Gesiba von 400.000 Schilling auf eine Million Schilling und die damit

Vierter Bogen-

Verordnung zur Erhöhung des Geschäftsanteiles der Gemeinde Wien von 149.500 Schilling auf 349.500 Schilling unter der Bedingung, dass die Republik Oesterreich denselben Beschluss fasst. Hiefür ist ein erforderlicher Kredit von 200.000 Schilling zu bewilligen.

G. R. Prinke (E. L.) wünscht Aufklärung, nach welchem System jetzt die Wohnungen vergeben werden. Er verlangt, dass endlich die Bewohner von Baracken in Gemeindegäuser untergebracht werden.

In seiner Erwiderung erklärt Stadtrat Weber, dass durch das Ausserkrafttreten des Wohnungsanforderungsgesetzes der Qualifikation die Grundlagen entzogen wurden. Wenn durch das Neuaufleben des Anforderungsgesetzes dem Wohnungsamt wieder 4000 freiwerdende Wohnungen in Wien zur Verfügung stehen würden, würden wieder die Vormerkungen vor sich gehen. Die Ansuchen um eine Gemeindegewohnung werden nach den alten Punkten überprüft und nur der Bedürftigste erhält eine Wohnung. (Beifall rechts).

St. R. Weber ersucht um Zustimmung zu dem Bericht des Magistrates über den Ausgang des Prozesses der Wientalwasserleitung, um die Zustimmung zum Uebereinkommen betreffend den Bezug von Wientalwasser und um Zustimmung zum Abschluss eines Schiedsgerichtsvertrages.

In längerer Rede wendet sich Stadtrat Kunschak dagegen, dass die Vorlage in den Gemeinderat eingebracht wurde, ohne vorher den Mitgliedern des Gemeinderates die Möglichkeit zu geben, sich über die Materie entsprechend zu informieren. Der Vertrag mit der belgischen Wientalwasserleitungsgesellschaft bedarf der Genehmigung des Gemeinderates, der aber den Vertrag überhaupt nicht kennt. Es sei daher dringend notwendig, den Vertrag jedem Gemeinderatsmitglied im Wortlaut vorzulegen. Der Redner stellt den Antrag, das Referat auf Dienstag zu vertagen und inzwischen den Gemeinderatsmitgliedern den Vertrag und den Vertrag über das Schiedsgericht zur Kenntnis zu bringen.

St. R. Weber erklärt, dass der Vertrag einige für die Gemeinde sehr günstige Aenderungen beinhaltet. Der Wasserbezug wird nach dem Wiener Konsum geregelt und auch der Schiedsgerichtsvertrag wurde zu unseren Gunsten abgeändert. Die Wientalwasserleitung ist als Reserve gedacht; von ihr werden schon jetzt für die Bäderanlagen die Nutzwasser bezogen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St. R. Weber beantragt die Genehmigung des Entwurfes für die Wohnhausanlage Hohenbergstrasse "Gartenstadt am Tivoli". Die Kosten betragen 4.100.000 Schilling. Die Anlage wird 124 Wohnungen mit 48 Quadratmeter Wohnfläche, 40 Wohnungen mit 60 Quadratmeter Wohnfläche und noch 8 grössere Wohnungen enthalten.

St. R. Kunschak bezeichnet ^{es} als Phantasie, die Anlage eine Gartenstadt zu bezeichnen. Die Bezeichnung Gartendorf entspreche ihr besser. Er wendet sich dann gegen die Erbauung von Flachdächern und wünscht, dass von einem Bau der Flachdächer wie auch von der Schaffung der 8 grössten Wohnungen zugunsten des Baues von zwölf kleineren Wohnungen abgesehen werde.

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Weber, dass die Ansicht über die Flachdächer eine Geschmacksache ist. Ueberfluss an grossen Wohnungen besteht gar nicht und die vorgesehenen 8 grossen Wohnungen sind für Parteien bestimmt, die eben eine grosse Wohnung zur Ausübung ihres Berufes benötigen.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Weber ersucht die Genehmigung des Bauentwurfes für das Bade-Wäscherei- und Turnhallengebäude in der Wohnhausanlage Jedleseeerstrasse. Die Kosten werden 2.200.000 Schilling betragen.

Vizebg. Hoss (E.L.) wendet sich gegen die Schaffung von Turnhallen in den städtischen Neubauten. Wenn schon solche errichtet werden, dürfen sie nicht Vereinszwecken dienen. Bei der Gelegenheit mache er aufmerksam, dass es die höchste Zeit wäre, das Schwimmbad im Floridsdorferbad auszubauen.

St. R. Weber stellt fest, dass die Turnhallen der körperlichen Ertüchtigung der Jugendlichen und Erwachsenen dienen. Die Turnhalle wird von den Bewohnern der Anlage, die 1600 Wohnungen enthalten wird, sicherlich konsumiert werden.

Der Antrag wird angenommen.

St. R. Weber berichtet über die Errichtung eines Volksbades im XXI. Bezirk auf dem Gemnochplatz. Die Kosten betragen 800.000 Schilling.

Vizebg. Hoss (E.L.) begrüsst den Antrag und ersucht um Vorlage der Abrechnung des Hauses des Amalienbades.

G. R. Körner (E.L.) ersucht, ehestens Vorkehrungen zu treffen, damit die vielen Unglücksfälle, die sich beim Baden ereignen, eingedämmt werde.

In seinem Schlusswort stellt Stadtrat Weber fest, dass die Gemeindeverwaltung alles vorkahre, was im Bäderwesen zu geschehen hat. Der Antrag wird angenommen.

G. R. Wimmer (soz. dem.) beantragt die Subventionierung des Vereines der Maschinenmeister und Drucker Niederösterreichs mit tausend Schilling. Der Verein besteht schon seit 50 Jahren und lässt den Lehrlingen eine fachliche Fortbildung angeeignen.

G. R. Untermüller (E.L.) erklärt, dass dieses Referat ein Beispiel für die parteiische Subventionierung sei. Der Fachverein sei eine sozialdemokratische Organisation. Es wäre wünschenswert, zu wissen, wieviele Schüler die Schule besuchen.

Nach dem Gemeinderat Untermüller ist Gemeinderat Eisinger (Soz. dem.) zum Wort gemeldet. Als er seine Ausführungen beginnt, entsteht im Saal ein grosser Lärm. Die Mitglieder der Opposition rufen ihm zu: Verräter, verlassen ihre Bänke und nehmen an der Rückenwand des Saales Aufstellung. Gemeinderat Schleifer ruft ihnen nach: Das ist eine Feindschaft sondergleichen. Andere sozialdemokratische Gemeinderäte winken den Mitgliedern der Minderheit mit dem Taschentuch. Im Lärm bleiben die Ausführungen des Gemeinderates Eisinger unverständlich. Die Mitglieder der Minderheit kehren wieder langsam auf ihre Sitzplätze zurück und nehmen ununterbrochen mit Zwischenrufen gegen Eisinger Stellung, der nur für die Nächststehenden hörbar erklärt, dass die Druckereibesitzer die Arbeit des Vereines unterstützen. Der Lärm hält weiter an. Der Vorsitzende Gemeinderat Linder schwingt unaufhörlich die Glocke. Sobald Gemeinderat Eisinger seine im Lärm untergehenden Ausführungen endete, entspinnt sich zwischen ihm und Gemeinderat Untermüller ein heftiger Tribut.

Als es endlich dem Vorsitzenden gelingt, die Ruhe wieder herzustellen, wird der Antrag nach einem kurzen Schlusswort des Referenten angenommen.

G. R. Witzmann referiert über die Bestellung von sechs Baurechten in Lenzersdorf-Stadt. Nach kurzen Ausführungen des Gemeinderates Ullrich wird der Antrag angenommen.

Der Vorsitzende Gemeinderat Linder teilt dann noch mit, dass kommende Woche Dienstag und Freitag der Gemeinderat tagen wird, und schliesst um 10 Uhr die Sitzung.

Bürgermeister Seitz führt aus: Zunächst ist die verfassungsrechtliche Sache zu klären. Sowohl die Bundesverfassung wie die Verfassung des Landes Wien unterscheidet deutlich zwischen dem Landtag, der Landesregierung und Landesverwaltung einerseits und dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung andererseits. Der Landeshauptmann ist nur dem Landtag verantwortlich. Darnach ist es schon sonderbar, dass diese Frage überhaupt im Gemeinderat angeschnitten worden ist. Da es aber schon geschehen ist, bin ich gezwungen, auch auf den Gegenstand einzugehen. Die Frage des Zuschusskredites für Stipendienzwecke ist dazu benützt worden, um hier über akademische Freiheit, über akademische Würde zu sprechen. Ich stehe allen diesen Fragen sehr unbefangen gegenüber, denn die Armut meiner proletarischen Jugend hat es mir verwehrt, akademischen Studien in der üblichen Form zu obliegen. Daher liegt für mich wie für alle Menschen, die nicht gerade akademische Bürger waren, der Fall vielsimpler. Wir kennen kein Vorurteil, sondern werfen einfach die Frage auf: Kann der Landeshauptmann zugeben, dass irgend eine Person oder eine Gruppe von Personen in einem öffentlichen Gebäude oder auf der Strasse oder sonstwo tödlich bedroht wird, ohne den Schutz der Behörde zu finden? Jeder wird antworten müssen, dass so etwas in einem Rechtsstaate unmöglich ist, dass in einem solchen Falle die Behörde, der die öffentliche Sicherheit anvertraut ist, einschreiten hat und das ist in erster Instanz die Polizei, in zweiter der Landeshauptmann und in dritter das Bundeskanzleramt-Innere. Was den speziellen Fall anlangt, so steht fest, dass auf der Universität Studenten untereinander Streitigkeiten hatten, und dass auch universitätsfremde Personen sich eingemischt haben, das heisst, es ist so weit gekommen, dass es sich nicht nur mehr um den Streit von Studenten handelte, sondern von Angehörigen Gruppen politischer Parteien, und die Partei muss draussen stehen, weil "der akademische Boden heilig ist". Das ist ein ganz unmöglicher Zustand. Entweder gewieset der Bürger den Schutz der Behörde oder dieser Schutz verweigert und das führt logisch dazu, dass die Bürger zum Selbstschutz greifen werden. Als öffentlicher Beamter, als Landeshauptmann bin ich verpflichtet zu verhindern, dass es zu einem solchen Selbstschutz kommt. Ich kann mich auf bestehende Normen berufen, ja sogar auf eine gewisse Praxis hinweisen. Beim sogenannten Italienerstreik im Jahre 1908 ist die Polizei in die Universität eingedrungen. Es hat also eine Verletzung dessen stattgefunden, was man "heilige akademische Rechte" nennt. Ich erkläre aber, wir ist ein Menschenleben heiliger als der Boden der Universität. Es ist kein Uebergang, wenn die Behörde zum Schutz bedrohter Personen einschreitet, denn wenn sie das nicht täte, hörte jede staatliche Ordnung auf. Was würden Sie sagen, wenn in einer Kirche der Priester durch einen Verbrecher bedroht wird, und die Polizei nicht zu Hilfe käme? Darf vielleicht die Polizei nicht bis zum Altar vordringen, weil dies in heiliger Ort ist? Fragen Sie in der Polizeidirektion die dort sitzenden Juristen um ihre Meinung darüber, ob es eine Norm gibt, die es der Behörde verbietet zum Schutz bedrohter Menschenleben einzugreifen. Diesen Juristen werden Sie nicht finden. Aus diesen allem ergibt sich, dass die Weisung, die ich als Landeshauptmann der Polizei gegeben habe, nur einen geltenden Rechtsbestand abermals festlegt. Wegen eines geringfügigen Anlasses werden die Polizeiorganen sicherlich nicht in die Universität eindringen, aber wenn Gefahr im Verzuge ist, müssen sie sofort für die Aufrechthaltung der Ordnung sorgen und ich werde diesem Grundsatz Geltung zu verschaffen wissen. Ich schütze mich glücklich, dass einmal ein Landeshauptmann von Wien gekommen ist, der solchen Dingen unbefangen gegenübersteht, der nicht durch eine akademische Karriere verhindert ist, die Dinge nüchtern, trocken und sachlich zu betrachten und nach der Verfassung vorzugehen. Und das werde ich auch tun. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wien, am Samstag, den 18. Juni 1927

Für die Reform der Mittelschule. Das Präsidium des Reichsverbandes der Elternvereine an österreichischen Mittelschulen überreichte dem Präsidenten des Wiener Stadtschulrates Glöckel ein Memorandum, aus dem zu ersehen ist, dass die Mehrheit der von dem Reichsverband vertretenen Mittelschulen für die Reform der Mittelschule eintritt. In seiner Antwort verwies Präsident Glöckel, dass gerade in diesen Tagen schwerwiegende Entscheidungen darüber, wie die Mittelschule erneuert werden soll, gefällt werden. Sodann wurde eine Reihe von fachlichen Fragen besprochen.

Fröbelfeier der Gemeinde Wien. Am 21. Juni sind es fünfundsiebzig Jahre, dass der Gründer der Kindergärten, Fröbel, gestorben ist. Das Werk dieses Mannes hat seinen Namen weithinaus über die Fachkreise populär gemacht. Die städtischen Kindergärten veranstalten in der Woche vom 20. bis 26. Juni eine Fröbel-Gedächtnis-Ausstellung in der Ausstellungshalle des Stadtschulrates (I. Burgring 9), die bei freiem Eintritt allgemein zugänglich ist. Für den allgemeinen Besuch ist die Ausstellung von Montag, zwei Uhr nachmittags geöffnet. Am Sonntag, den 26. Juni, wird die Ausstellung um zwölf Uhr mittag geschlossen. Die Ausstellung wird am Montag um ein halb zehn Uhr eröffnet. Am Dienstag, den 21. Juni, hält auf Einladung der Stadt Wien der erste Fröbelforscher Deutschlands, Oberstudiendirektor Dr. Johannes Prüfer einen Vortrag über "Fröbels Bedeutung für die Gegenwart". Der Vortrag findet um ein halb acht Uhr abends im mittleren Konzerthausaal statt.

Sitzungen im Rathaus. Der Wiener Gemeinderat hält in der kommenden Woche Dienstag und Freitag um fünf Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Massenbesuche im neuen Fortbildungsschulgebäude. Die im zweiten Zentralfortbildungsschulgebäude untergebrachte Ausstellung der Schülerarbeiten von 78 Fortbildungsschulen verschiedener Gewerbe wurde während der Pfingstfeiertage und am letzten Sonntag von über zweitausend Personen besucht. Auch an Schultagen erfolgten Führungen durch die Ausstellung, sowie durch die weiten Räume des Riesenbaus, der wohl die grösste Schulhausanlage des Kontinents sein dürfte. Besonderes Interesse für die ausgestellten Schülerarbeiten zeigte die Arbeitsgemeinschaft der Wiener Bezirksschulinspektoren, die Teilnehmer des Tischlerkurses, des Gewerbeförderungsdienstes, des Bundesministeriums für Handel- und Verkehr, die Teilnehmer der Studienfahrt der Volkshochschule zu Chemnitz in Sachsen eine Reisegesellschaft von etwa sechzig sächsischen Lehrern aus Dresden und Umgebung, ferner gegen dreissig lettische Lehrer und Lehrerinnen. Die Ausstellung und Schule wurde auch vom Professor Adler der Columbia-Universität in New York und von dem Leiter des Stockholmer Schulwesens, Oberstadtschulrat Bruce, besucht. Für die bautechnischen Einzelheiten interessierten sich besonders die Hörer der Architekturabteilung, der technischen Hochschule in Graz, sowie eine Reihe von Mitgliedern des Ingenieur- und Architektenvereines, des Zentralvereines der Architekten Oesterreichs und der Genossenschaft der bildenden Künstler Wien.

Die Strassenöhlungen in Wien im Jahre 1927. Die seit dem Jahre 1923 in Wien ausgeführten Strassenöhlungen hatten einen so glänzenden Erfolg, dass die Gemeindeverwaltung auch in diesem Jahr wieder die Öhlung von mehr als zwei Millionen Quadratmeter Fahrbahnfläche im Voranschlag vorgesehen hat. Die absolute Staubbefreiheit, wie sie mit der Behandlung mit Mineralöl erreicht wurde, konnte im gleichen Mass mit anderen Mitteln in der gleichen Billigkeit nicht erzielt werden. Der überwiegende Teil der Bevölkerung weiss auch die

Vorteile der Strassenöhlungen richtig einzuschätzen, wovon die fortwährend einlangenden Ansuchen um Strassenöhlungen das beste Zeugnis geben.

Die geringen Nachteile der Öhlung, die darin bestehen, dass das Öl eine gewissen Geruch hat und auch eine Verunreinigung der Häuser und Wohnungen durch das mit den Schuhen vertragene Öl nicht gut zu vermeiden ist, dauern nur wenige Tage und werden von der Bevölkerung mit Rücksicht auf die Annehmlichkeiten der vollständigen Staubbefreiheit der Strassen während des ganzen Sommers gerne ertragen. In der Strassenöhlung hat die Gemeindeverwaltung ein Mittel gefunden, das die Bekämpfung der Staubplage in einem solchen Mass ermöglicht, wie es in früheren Jahren nie zu erreichen gewesen ist. Die Stadt Wien kann sich mit Recht rühmen, mindestens von allen österreichischen Städten derzeit die staubfreieste zu sein. Leider ist im Frühjahr die Staubplage an windigen Tagen noch immer vorhanden, weil natürlich eine Strassenfläche von mehr als zwei Millionen Quadratmeter nicht in einigen Tagen geölt werden kann und weil die Arbeit durch die oft eintretenden Regenfälle sehr verzögert wird. Für das gute Gelingen der Impregnierung ist es nämlich notwendig, dass die Strassenoberflächen bei der Ausführung der Öhlungsarbeiten vollständig trocken sind. Es ist daher eine Öhlung an Regentagen unmöglich und muss auch nach jedem stärkeren Regen die Austrocknung der Schotterdecken abgewartet werden.

Um den vielen Wünschen aus den Kreisen der Bevölkerung möglichst gerecht zu werden, wurde im heurigen Jahr den ausführenden Firmen ein kurzer Arbeitstermin gestellt und insbesondere verlangt, dass die im Programm enthaltenen Strassen raschestens vorgeölt werden. Diese Vorölung besteht darin, dass mit einem Autosprengwagen in der Mitte der Strasse ein Streifen mit Öl besprengt wird. Auf diese Weise ist es möglich, alle im Öhlungsprogramm enthaltenen Strassen in kürzester Zeit staubfrei zu machen, während die Fertigstellung der Arbeiten später ausgeführt werden kann. Im heurigen Jahr konnte wegen des schlechten Wetters erst anfangs Mai mit den Arbeiten begonnen werden. Dieser Tage wird die Vorölung beendet sein, worauf die Fertigstellung voraussichtlich bis Ende Juni erreicht sein wird. Es wird dann eine Fläche von rund 2,300.000 Quadratmeter, das sind fast die Hälfte aller in Wien vorhandenen Schotterstrassen, vollständig staubfrei gemacht sein.

Ein nicht zu unterschätzender Vorteil der Strassenöhlung liegt auch in dem Umstande, dass die so behandelten Strassen eine geringere Abnutzung aufweisen. Diese wird hauptsächlich dadurch erreicht, dass das Regenwasser nicht mehr in die Schotterdecke eindringen kann und das Wasser der Strassenbesprengung überhaupt in Wegfall kommt. Nachdem bekanntlich das Wasser der Feind aller Schotterstrassen ist, wird durch die Öhlung die Lebensdauer der Strassendecken sicherlich verlängert. Im heurigen Jahre wurden überdies in einigen schlechter erhaltenen Strassen vor der Öhlung die Schlaglöcher mit einem Gemenge von Riesel und einem Bitumenpräparate ausgebessert. Diese Methode hat sich bisher sehr gut bewährt und wurden hiedurch viele Fahrbahnen von dem gänzlichen Verfall bewahrt.

Versammlung des Verbandes der österreichischen Lokalbahnen und Kleinbahnen in Linz. Der Verband der österreichischen Lokalbahnen und Kleinbahnen hat seine diesjährige ordentliche Verbandsversammlung in Linz abgehalten. Eingeleitet wurde die Verbandsversammlung mit einem Betriebsleitertag, an dem ausser dem Vertreter des Verkehrsministeriums Vertreter der Landesregierung, der Stadtgemeinde Linz, ferner Vertreter der Bundesbahndirektion Linz und auswärtige Gäste aus der Schweiz und aus Deutschland teilnahmen. Der Präsident des Verbandes, Ingenieur Ludwig Spängler, eröffnete den Betriebsleitertag, dessen weitere Durchführung Herr Generaldirektor Heinrich Schlosser der Linzer Tramway- und Elektrizitätsgesell-

Das fachliche Programm war interessant und inhaltsreich und auf der Tagesordnung standen lauter aktuelle Fragen. Direktor Ingenieur Wölfl der Lokalbahn Wien-Baden sprach über Wagenbau und Neuerungen bei der Lokalbahn Wien-Baden, Oberbaurat Direktor Dr. Ingenieur Benke über die neue Eisenbahnverkehrsordnung, Direktor Ingenieur Kratéchwil über den Cardanantrieb bei elektrischen Wagen, Oberinspektor Ingenieur Findeis der Wiener städtischen Strassenbahnen über Stromentnahme. Nach lebhaften technischen Diskussionen schloss der erste Tag zur allgemeinen Befriedigung. Ein Vortrag des Generaldirektors Schlosser über die Wasserkraftanlage in Oberösterreich, insbesondere über das Partensteinwerk, sowie ein Vortrag des Vizepräsidenten Dr. Strafella über Autokonzurrenz, ein Vortrag des Oberbaurates Ingenieur Fritsch über Triebwagen nahmen das allgemeine Interesse der Teilnehmer in Anspruch. Eine Fahrt zur Lokomotivfabrik Krauss und Co. vermittelte den Teilnehmern wertvolle Kenntnisse über die Konstruktion und den Bau von Lokomotiven. Insbesondere der Bau einer neuen Dieseldampflokomotive hat das Interesse der Teilnehmer im hohen Grad hervorgerufen. In Neufelden wurde die Stauanlage und das Einlasswerk des Partensteinwerkes besichtigt; daran schloss sich eine Besichtigung der Kraftstation und Schaltanlage, wobei die überaus interessanten technischen Einrichtungen und Neuerungen die volle Würdigung der Verbandsteilnehmer fanden.

.....

Die Kunstpreise der Stadt Wien. Wie in den vorhergehenden Jahren hat auch heuer die Gemeinde Wien für hervorragende Werke der Dichtkunst, der Musik und der bildenden Kunst drei Preise von je dreitausend Schilling für jedes Kunstgebiet gewidmet. Die Bewerbungen wurden von den vom Bürgermeister Seitz hierzu berufenen Preisrichtern einer eingehenden Prüfung unterzogen und auf Grund der Vorschläge, die die Jury erstattet hat, hat der Stadtsenat folgenden Künstlern je einen mit tausend Schilling festgesetzten Preis zuerkannt: Hans Adler, Franz Theodor Csoker, Max Mell, erhielten die Preise für die Dichtkunst, Wilhelm Gross, Josef Matthias Hauer und Dr. Josef Marx erhielten die Preise für die Musikkunst und auf dem Gebiete der bildenden Kunst wurden die Preise dem Maler Adelf Curry, dem Bildhauer Josef Humplik und dem Maler Gustav Schütt zuerkannt. Die Ausfolgung der zur Bewerbung um einen der Kunstpreise der Stadt Wien eingereichten Werke erfolgt ausschliesslich in der Zeit von 15. Juni bis 15. Juli an Wochentagen von 8 bis 13 Uhr in der Kanzlei der städtischen Sammlungen, Neues Rathaus. Für Werke, die bis zum 15. Juli nicht behoben wurden, erlischt die Rückgabepflicht der Gemeinde.

.....

Obermagistratsrat Dostal gestorben. Der Vorstand der Magistratsabteilung 45, der die administrativen Grundangelegenheiten, Amts- und Schulhäuser unterstehen, Obermagistratsrat Friedrich Dostal, ist Freitag plötzlich gestorben. Der Magistrat verliert an ihm einen seiner verdienstvollsten leitenden Beamten. Sein Tod ruft bei allen seinen Vorgesetzten und Kollegen sowie in der ganzen Beamtenschaft des Magistrates innigste und tiefste Anteilnahme hervor. Das Leichenbegängnis findet Dienstag um 16 Uhr von der Gedächtniskirche des Zentralfriedhofes aus, statt.

.....

Wien, am Montag, den 20. Juni 1927

Die Eröffnung der Ausstellung städtischer Kindergärten. Anlässlich der Eröffnung wurde heute mittags die Ausstellung städtischer Kindergärten, die im Gebäude des Wiener Stadtschulrates untergebracht ist, eröffnet. Zur Eröffnungsfeier waren Bürgermeister Seitz, der Präsident des Stadtschulrates Glöckel, für das Bundesministerium für Unterricht Ministerialrat Stadler, in Vertretung des niederösterreichischen Landesschulrates Hofrat Scheuch, ferner Oberstadtphysikus Dr. Böhm sowie viele andere Festgäste erschienen. In seiner Begrüßungsansprache wies Stadtrat Professor Tandler auf die Bestrebungen der Wiener Gemeindeverwaltung hin, durch die Förderung der Qualität die Menschen lebensfähiger und fortbildungsfähiger zu machen. Dazu dienen auch die Volkskindergärten, die heute von etwa 8000 Kindern besucht werden. In den Volkskindergärten werden die Kinder nicht nur sozial, sondern auch pädagogisch befürsorgt. Sie sind die Vorbereitung für die Arbeitsschule, sie sind die Vorbereitung für das spätere Leben. Durch die Schaffung der Volkskindergärten wurde auch den Eltern, die tagsüber in der Arbeit stehen, eine grosse Last abgenommen, die Kinder werden in den Volkskindergärten behütet und gepflegt und die Ausstellung zeigt die reiche Arbeit, die in den Volkskindergärten geleistet wird. Dann sprach Bürgermeister Seitz. Auf die Fortschritte der Pädagogik hinweisend, die sie von Fröbel bis heute gemacht hat, betonte der Bürgermeister, dass gerade für die Oesterreicher die Qualitätsförderung von aller grösster Wichtigkeit ist. Daher ist es auch kein Zufall, dass in Wien alle modernen Bestrebungen der Pädagogik, soweit es nur möglich ist, unterstützt werden. Die Wiener Gemeindeverwaltung ist immerfort bestrebt, die Zahl der Kindergärten wesentlich zu vermehren und die Kindergärten selbst zu einer allgemeinen Einrichtung zu machen. (Stürmischer Beifall). Die Festgäste besichtigten sodann unter Führung des Kindergarteninspektors Frankowski die Ausstellung, die der Arbeit, die in den Kindergärten geleistet wird, alle Ehre macht. Die Ausstellung ist täglich von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Sie wird Sonntag um 12 Uhr mittags geschlossen.

Die Ozeanflieger im Rathaus. Zu Ehren der Ozeanflieger fand heute abends im Rathaus ein Empfang statt. Chamberlin und Levine, die in Begleitung ihrer Frauen kamen, und die anderen Festgäste wurden über die Feststiege in den steinernen Saal geleitet, wo sie vom Bürgermeister Seitz und Gemahlin herzlichst begrüsst wurden. Zum Empfang hatten sich eingefunden: Bundespräsident Dr. Hainisch mit Sektionschef Dr. Löwenthal, der amerikanische Gesandte Dr. Wahsburn mit dem ersten Sekretär Andrews und dem Handelsattaché Groves als Vertreter der Regierung Generalsekretär Peter vom Bundeskanzleramt-Ausseres und die Sektionschefs Fuchs und Dr. Pöschmann, Mitglieder des Stadtsenates, der zweite Präsident des Landtages Gemeinderat Hellmann und die Vorsitzenden des Gemeinderates, der amerikanische Generalkonsul Hurley, von der österreichischen Luftverkehrs A. G. Vizepräsident Dr. Ingenieur Heinsheimer, Dr. Hoffmann-Ostenhof und Hofrat Ingenieur Deutelmöser, vom österreichischen Aeroklub Ehrenpräsident Baron Economo, Generaldirektor Cassinone, und Ehrenmitglied Castiglione, vom österreichischen Fliegerverband Präsident Eros, vom Flugtechnischen Verein Präsident Kupelwieder, ferner Polizeipräsident Dr. Schober, der Präsident des Wiener Stadtschulrates Glöckel, Generaldirektor Hoheisl, Stadtbaudirektor Dr. Ingenieur Musil, Präsident Vetter, Generaldirektor Müller und ein Wiener Freund Levines Herr Steger.

Bürgermeister Seitz hielt eine Ansprache, in der er ungefähr ausführte: Wie die alten Völker sich ihre Götter formten nach ihren Weisens Ideal, so fasst die neue Menschheit jeden grossen Gedanken, jede grosse Sache in Menschengestalt, so verbindet sie jede grosse Sache mit dem Namen eines Menschen. Die grösste Errungenschaft der Technik der

Luftschiffahrt wird nun verbunden mit den beiden Namen Chamberlin und Levine. Die grosse Sache der Luftschiffahrt begeistert heute alle Menschen; die einen, weil sie in ihr das grosse Mittel sehen für die Auseinandersetzung der Nationen, das grosse Mittel des furchtbaren Krieges. Die anderen sehen darin den grossen Völkerversöhner. Wir letztere schauen mit geistigem Auge voll Begeisterung in die Zukunft, huldigend der grossen Zeit, in der die Menschen Länder und Weltteile überfliegend in wenigen Stunden einander näher kommen zu gemeinsamer friedlicher Kulturarbeit. Jetzt, da es den Menschen gelungen ist, mit einem ungeheuren Aufwand von Muskel- und Nervenkraft diesen Rekord zu schlagen, sehen wir schon voraus, wie leicht es in wenigen Jahren sein wird, dass Menschen über den Ozean hinüber miteinander verkehren. Wie schnell/sich die Entwicklung vollzogen! Vor unserem geistigen Auge sehen wir weit in die Jahrhunderte zurück, sehen wir die Menschen die Kraft ihrer Phantasie schon die Zeit schauten, in der der Mensch die Luft beherrscht, Menschen die mit ihren tiefen technischen Kenntnissen, mit den Mitteln technischer Wissenschaft dieser grossen Idee zum Siege verholfen haben, unterstützt von anderen Menschen die als Handlanger ihre doch wertvolle Kraft beisteuerten zu dem Bau aller der Maschinen, mit denen man die Luftherrschaft begonnen hat, bis zu dem vollendeten Werk, auf dem Chamberlin und Levine uns auf dem Kontinent besucht haben. Den Nervmenschen des zwanzigsten Jahrhunderts ist es schliesslich gelungen, das zur Vollenziehung zu bringen, was andere geschaffen haben. Es ist ein beinahe phantastischer Gedanke, dass ein Mensch durch 42 Stunden ohne Schlaf bald tausend Meter über dem Meer, bald wieder tief unten, während aller Wetterunbilden in den Lüften ausharren kann, ein festes Ziel verfolgend. Es ist eine fast unfassbare psychologische Erscheinung, wenn wir uns vorstellen, dass dieser Mensch aus der Einsamkeit der Lüfte plötzlich herunterkommt und da in einen Trubel der Geselligkeit und der Gesellschaft hineingeworfen wird, bewundert und bejubelt von Tausenden und Hunderttausenden von Menschen. Dass sie es ertragen haben volle 42 Stunden am Volant zu sitzen ohne Schlag und ohne Stärkungsmittel, dass ist eine ungeheure Leistung. dass sie auch alle die Sympathieumgebungen ertragen, ist unmöglich eine noch grössere (Heiterkeit). Sie müssen begreifen, dass wir Sie bewundern und dass alle Menschen interessiert sind, solche Männer kennen zu lernen. Ihnen gegenüber sitzen Ihre Frauen. Im Grunde genommen sind diese noch viel mehr zu bewundern, die Frauen die daheim sitzen mussten, zitternd um das Leben ihrer Lieben, bis die Nachricht kam, dass das grosse Werk gelungen sei. So wie die beiden heldenhaften Flieger Muster des neuen Menschen sein sollten, so sind die beiden Frauen Mustergestalten, die uns zeigen, was man ertragen kann.

Wir freuen uns, wo immer ein grosses Werk vollbracht wird, nicht bloss für die betreffende Nation, sondern für die Menschheit. Jetzt, da nach dem furchtbaren Kriege wieder die Idee des Friedens Oberhand gewinnt, der Völkerrass allmählich verschwindet, freuen wir Deutsche uns, des amerikanischen Triumphes und Erfolges und wir nehmen ohne weiteres als selbstverständlich an, dass auch die Amerikaner sich freuen würden wenn wir Deutsche einen solchen Erfolg erzielt hätten. Solche Unternehmungen führen uns zusammen, sie fördern die grosse Idee des Friedens und lassen uns hoffen, dass die letzte Errungenschaft der Luftschiffahrt nicht ein Werkzeug des Krieges sondern des Friedens der Völker sein wird. Der Bürgermeister schloss: Ich begrüsse die amerikanische Nation die diesen grossen Triumph erlebt hat, ich grüsse die beiden Männer und ihre Frauen und beglückwünsche sie, ich versichere Ihnen, dass auch wir Wiener Ihr Werk und Ihre Kraft bewundern. Der amerikanische Gesandte Dr. Wahsburn dankte dem Bürgermeister für seine freundlichen Worte. Der Bürgermeister habe zuerst mit Achtung und Respekt gesprochen allmählich gewonnen seine Ausführungen an Wärme und schliesslich gingen sie in Bewunderung über. Er wolle nur in Kürze herzlichst dafür danken für all das Lob, dass seinen beiden Landsleuten gespendet wurde, den beiden Männern der Tat, die nach einer Überzeugung unvergänglich und bleibend seien. Er danke herzlichst dem Bürger.

meister und der Stadt Wien für den freundlichen Empfang welcher all den Teilnehmern unvergesslich bleiben wird.

Wien, am Dienstag, den 21. Juni 1927

.....

Fröbelfeier der Stadt Wien. Im Rahmen der von der Gemeinde Wien veranstalteten Fröbelfeier sprach heute im mittleren Konzerthausaal Oberstudien-
direktor Dr. Johannes Prüfer aus Leipzig über die Bedeutung Fröbels für
die Gegenwart. Er entrollte zunächst ein Bild vom Leben und Wirken Fröbels.
Fröbel ist der Schöpfer der Kindergärten, die im modernen Erziehungswesen
nicht mehr vermisst werden können. Er hat ausserdem zahlreiche Spiel- und
Beschäftigungsmittel für die Kinder geschaffen, so die Spatenreihe, Falten,
Flechten, Ausschneiden und dergleichen mehr. Fröbel hat ferner einen neuen
Frauenberuf ins Leben gerufen und zwar den der Kindergärtnerin. Fröbel hat
für die moderne Arbeitsschule gleichsam die physiologische Grundlage ge-
schaffen und gezeigt, wie ^{mit} dem innersten Wesen der Menschennatur
das Arbeitsprinzip verbunden werden muss. Fröbels organische Auffassung der
Erziehung wird allmählich zu einer Vertiefung unserer gesamten Erziehungs-
und Bildungsarbeit führen. Der Präsident des Wiener Stadtschulrates Glöckel
dankte dem Vortragenden, worauf nach Gesangsdarbietungen der Kandidatinnen
der städtischen Kindergärtnerinnenbildungsanstalt die Gedächtnisfeier ge-
schlossen wurde.

.....

Die Kleinrentner beim Bürgermeister. Beim Bürgermeister sprach vor eini-
gen Tagen eine Abordnung der Hauptleitung des Verbandes der Sparer und
Kleinrentner Oesterreichs vor. Obmann Dr. Zalman dankte dem Bürgermeister
für die Zinsenzuschüsse, die nunmehr die Gemeinde den Kleinrentnern ge-
währt. Die Verwaltung der Stadt Wien habe sich dadurch den unvergänglichen
Dank aller Kleinrentner gesichert. Das vorbildliche Beispiel der Gemeinde
Wien wird gewiss nicht unbeachtet bleiben. Die Kleinrentner sind überzeugt
dass die Initiative, die die Gemeinde ergriffen hat, auch die bundesgesetz-
liche Regelung der Aufwertungsfrage für die Sparer und Kleinrentner ent-
scheidend beeinflussen und fördern wird. Bürgermeister Seitz antwortete,
er freue sich sehr, dass die Aktion der Gemeinde Wien bei der zuständigen
Organisation der Kleinrentner Zustimmung gefunden habe. Wenn die Gemeinde
trotz der bescheidenen Mittel, die ihr angesichts ihrer sonstigen grossen
Aufgaben zur Verfügung stehen, dennoch einen namhaften Betrag für die
Kleinrentner widmet, so geschieht dies vor allem im Hinblick auf die trau-
rige Lage, in der sich viele von ihnen infolge der Geldentwertung befin-
den. Die Aktion wird selbstverständlich nur solange fortgeführt werden
können, bis durch die zuständige Stelle, nämlich durch den Nationalrat,
eine allgemeine gesetzliche Regelung erfolgt sein wird.

.....

Eine Landarbeiterkammer für Wien. Der Klub der Sozialdemokraten im Wiener
Gemeinderat hielt heute eine Vollversammlung ab, in der Stadtrat Weber
über die Vorlage des Magistrates betreffend die Wiener Landwirtschaftskam-
mer berichtete. Nach einer eingehenden Aussprache wurde der Klubvorstand
beauftragt, vom Magistrat einen Entwurf für eine Landarbeiterkammer ausar-
beiten zu lassen. Der Klub wird sich dann mit beiden ^Gesetzesentwürfen be-
fassen.

.....

Entfallende Sprechstunde beim Wirtschaftsreferenten. Kommen den Donnerstag
entfallen die Sprechstunden beim amtsführenden Stadtrat Kokrda.

.....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 21. Juni 1927.

233
Zweite Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 21. Juni 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung und teilt mit, dass der Antrag, die Verträge mit dem Wiener Apotheker-Hauptgremium wegen Führung der Anstaltsapothek im Krankenhaus der Stadt Wien in Lainz und der Anstaltsapothek in der Wiener Landes-, Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof zeitgerecht zu kündigen, inzwischen wegen Dringlichkeit auf Grund des § 96 der Verfassung genehmigt wurde. Der Gemeinderat tritt dann sofort in die Verhandlungen ein und Gemeinderat Thälle (Soz. Dem.) ersucht um Bewilligung eines Zuschusskredites von 108.979 Schilling zur Deckung der noch nicht verrechneten Ausgaben für das Theater- und Musikfest der Stadt Wien. Die Ausgaben belaufen sich auf 326.922 Schilling, die Einnahmen auf 65.118 Schilling. Die Differenz macht 261.804 Schilling aus. Für sie wurde bereits ein Zuschusskredit von 52.826/angesprochen und für den Restbetrag von 108.975 Schilling muss nun der zweite Zuschusskredit bewilligt werden. Die Abrechnung über das Fest hat sich deshalb solange verzögert, weil mit einer Reihe von ausländischen Verlagsfirmen komplizierte Verträge abgeschlossen worden sind und mit einer Reihe von Künstlern, die keinen ständigen Wohnsitz haben, die immer auf Reisen sind, Abmachungen getroffen worden sind, deren Erledigung einen umfangreichen Korrespondenz bedarf. Alle Beschlüsse der gemeinderätlichen Kommission wurden einstimmig gefasst, es gab daher keine Differenzen. Das Fest bot in künstlerischer Beziehung eine Auslese von künstlerischen Darbietungen. Die Uraufführung der Zehnten Sinfonie von Mahler war ein künstlerisches Ereignis und in zahlreichen Konzerten kamen alle Richtungen und Arten der Kunst zur Geltung, wurde kirchliche und weltliche Musik geboten. Das Johann Strauss-Konzert war geradezu der Höhepunkt des Festes. In der Staatsoper wurde Don Juan von Gluck aufgeführt und ebenso die Ruinen von Athen. Es wurden auch lebende Komponisten zu Gehör gebracht, wie z.B. Schrecker, Korngold und a.m. Im Rahmen des Theaterfestes wurde Schmitzler aufgeführt, das Apostelspiel vom Max Mell, Bahr, von Nestroy Das grobe Hemd, Der Kaiser im Wald, Die glückliche Hand und noch vieles mehr. Die grosse theatertechnische Ausstellung im Konzerthaus hatte wohl keinen finanziellen, aber einen durchaus ideellen Erfolg. Der Erfolg des Festes selbst kann als ein ganz gewaltiger Erfolg gewertet werden und ich bitte daher, in Würdigung des grossen künstlerischen Erfolges des Theater- und Musikfestes dem Antrag zuzustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

StR. Rummelhardt (E.L.) erklärte, dass es einen sehr grossen Enthusiasmus bedarf, um von einem hohen künstlerischen Erfolg sprechen zu können. Der Referent hat gesagt, dass alle Beschlüsse einstimmig gefasst wurden. Da irrt er sich. Es hat stundenlange Debatten gegeben und wir haben uns dagegen mit allen Mitteln gegen Dinge gewendet, die in Wien nicht bodenständig sind, die der Ansicht der Wiener Bevölkerung nicht entsprechen. Um von den Neuerungen zu sprechen, die auf dem Fest geboten wurden, so muss man sagen, dass manche Schöpfer nicht zu finden waren. Sie müssen rein dem Geschlecht des ewigen Juden angehört haben. Mit Ausnahme jener künstlerischen Werke, die unvergänglich sind und bleiben, hat man heute das andere Zeug schon total vergessen. Wir haben Sie vor diesem Experiment gewarnt und die Gemeinde Wien muss wirklich viel Geld haben, um für dieses Experiment so viel Geld ausgeben zu können. Die Gründe der verspäteten Abrechnung glaube ich nicht. Der einzige Grund der zu späten Abrechnung ist einzig der, dass Sie sich mit der Abrechnung ^{nicht} in die Öffentlichkeit getraut haben, dass Sie vor den Wahlen nicht sagen wollten, wieviel Geschmacklosigkeit Sie für das Fest verwendet haben. Wir haben Sie davor gewarnt und es ist auch nicht notwendig gewesen,

die Leitung des Festes dem Dr. Bach zu übergeben. Aber gerade Dr. Bach musste sein, der so weit fremd von der künstlerischen Auffassung der Wiener Bevölkerung ist. Was eben in vielen Werken geboten wurde, war uns fremd. An die glückliche Hand werden wir mit Schauern zurückdenken. Es war ein elendes Machwerk. In der Volksoper wurde es einmal gegeben. Bei der zweiten Vorstellung waren nur drei Galeriesitze im Vorverkauf verkauft und das hat die Direktion veranlasst, das Stück abzusetzen und dafür den Troubadour aufzuführen. Das ist kein künstlerischer Erfolg. Nicht einmal die eigenen Anbeter des Herrn Dr. Bach müssen zu dieser Vorstellung hineingegangen sein. Das wäre aber noch nicht das Schrecklichste; Man hat mit dem Geld nur so herumgehaut, dass die glückliche Hand überhaupt aufgeführt werden konnte. Zwei Orchesterreihen mussten weggenommen werden, das Orchester musste so eingerichtet werden, dass es sich senken und heben liess. Das hat nicht weniger als sechshundert Millionen gekostet. Vierhundert zahlte die Gemeinde und zweihundert die Volksoper. Und der schliessliche Erfolg ist, dass das Orchester jetzt nicht in die Höhe geht. (Heiterkeit). Das ist der Erfolg des Theaterfestes in der Volksoper. Auch bei der Ausstellung über das Theaterwesen weiss man nicht, welchen Zweck sie gehabt habe. Der Referent hat auch eine Reihe von Stücken hervorgehoben. Das Schwert des Attila z.B. war so was Kindisches, wie es uns überhaupt noch nicht vorgekommen ist. Viele Werke verschwanden auf Nimmerwiedersehen. Es hat so den Anschein, als ob gewisse Dichter protegirt wurden, nur um einmal aufgeführt zu werden. Der Erfolg hat nicht länger gedauert als das Fest selbst. Das war auch bei der Spiralbühne der Fall, die ein Ding der Unmöglichkeit war. Das Fest war überhaupt ein Restümmer der verrücktesten Ideen. Das ist der Zug der Sozialdemokratie, die alles alte für Null und Nichtig erklärt, und neues dafür setzen will. Das Theater- und Musikfest sollte, so wurde gesagt, der Anfang einer neuen Epoche sein. Wäre das aber zutreffend, so wäre das der Niedergang der Musik und der darstellenden Kunst gewesen. Die Kritiken haben es ja auch bewiesen. Und die Arbeiter-Zeitung stand nicht an der Spitze derjenigen Blätter, die das Theater- und Musikfest verteidigt haben. Sie haben auch das Wort Neutönerie geprägt. Das Wort umfasst jene Musikstücke, die das neue, das bahnbrechende bedeuten. Der Erfolg war ein schrecklicher. Es hat das verdiente Schicksal gefunden, bald vergessen zu sein. (Sehr richtig!) Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die Ausgabe von verschleuderten Gemeindegeldern zu genehmigen. Es ist aber eine unnötige Sache und des Gemeinderates unwürdig ist es, die Genehmigung erst nach zwei Jahren zu erteilen. Der Sitz der Neutönerie soll, so wurde mir gesagt, im Salon der Frau Mahler gewesen sein. Der Redner kam dann auf die Liste des geistigen Wiens zu sprechen, die 39 Unterschriften trug. Er bezeichnet es als unerhört kühn, dass sich Neununddreissig anmassen, sich geistiges Wien zu nennen, und dass alle übrigen Gelehrten und Künstler vom geistigen Wien so quasi ausgeschlossen sind. Das Theaterfest war so eine Schöpfung des geistigen Wiens, deren Träger damals ihre Unterschrift gaben. Es tut mir nur in der Seele weh, dass Sie sich in Ihrer Gesellschaft befinden. Wenn ich dem Professor Kelsen neben dem Grünbaum sehe, so ist das eine Verirrung sondergleichen. Das neue, das auf dem Fest geboten wurde, weist die christlich-deutsche Bevölkerung zurück, sie will mit einer solchen Afterkunst nichts zu tun haben. (Beifall).

G.R. Thaller entgegnet, dass der künstlerische Geschmack der Menschen verschieden ist. Was heute hier Afterkunst genannt worden ist, damit sind viele Parteigenossen des Vorredners einverstanden. Man müsse eine derartige Rede als Anmassung betrachten. Es ist absolut nicht richtig, nur das, was die Vergangenheit geschaffen hat, als hohe und edle Kunst zu werten und die moderne Kunst als Blödsinn abzutun. Richard Wagner, Mozart und Beethoven wurden lange Jahre nicht anerkannt; heute gelten sie als die grössten Tonkünstler aller Zeiten. Es ist sehr falsch, wenn man sich heute

ein derartiges Urteil über die "Neutönerlei" anmasset. Es ist gar kein Zweifel darüber, dass diese Veranstaltung wirklich ein grosser künstlerischer Erfolg war. Wenn schliesslich noch gesagt wurde, dass nur 29 Menschen in dieser Stadt sich gefunden haben, um das geistige Wien zu repräsentieren, dann hat auch das seine Gründe. Es gibt in Wien viele tausende Künstler, die mit uns sind, die aber aus verschiedenen Gründen das nicht vor aller Welt zeigen wollen. (Lebhafter Beifall).

Der Zuschusskredit wird mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

G.R. Weigl (soz. dem.) beantragt die Gewährung einer Subvention von sechshundert Schilling an die Hietzinger Freiwillige Rettungsgesellschaft. Der Antrag wird ohne Wortmeldung angenommen.

G.R. Weigl berichtet über das Ansuchen des Schubert-Denkmalkomitees um eine Subvention. Die Idee für ein solches Denkmal stammt vom Schubertbund. Es soll in der Alserbachstrasse, Ecke Lichtensteinstrasse im Lichtensteingarten aufgestellt werden. Die Brunnenfigur stammt vom Bildhauer Stundl, den architektonischen Teil hat der Architekt Franz Matschek entworfen. Das Denkmal soll anlässlich des hundertsten Todestages Schuberts enthüllt werden. Es wird beantragt hierfür eine Subvention von fünftausend Schilling zu bewilligen.

G.R. Erban (E. L.) meint, dass es architektonisch wirksamer wäre, den Denkmalbrunnen am Althanplatz vor dem Franz-Josefs-Bahnhof aufzustellen. Wenn dies aber nicht möglich sei, dann müsse endlich dieser Platz ausgestaltet werden.

G.R. Weigl erwidert, dass im Komitee auch gewisse Bedenken bezüglich der Platzfrage herrschten. Man hat sich aber schliesslich auf die Stelle in Lichtensteinschen Garten geeinigt. Dort kommt das Denkmal auch stärker zur Geltung, weil ein lebhafter Verkehr an diesem Kreuzungspunkt sich abwickelt.

Die Subventionierung wird einstimmig beschlossen.

G.R. Weigl beantragt der Landesvertretung der befugten Zahn-techniker für den Forstner-Partik-Wohlfahrtsfonds eine Subvention von tausend Schilling zu gewähren.

G.R. Stöger (E. L.): Es handelt sich hier um den Wohlfahrtsfonds einer Landesgruppe, die um ihre Existenz zu kämpfen hat. Es gilt jenen Bedauernswerten zu helfen, die durch Alter, Krankheit usw. zermürbt, nicht mehr ihren Beruf ausüben können. Wenn dies mit dieser Subvention erreicht werden soll, dann ist sie viel zu gering. Dieser Stand wird von der tristen Wirtschaftslage am stärksten betroffen. Interessant ist schon die Verteilung dieses Standes. Im ersten Bezirk sind bei 43.000 Einwohner 172 Zahnärzte, 41 Zahntechniker, in Favoriten sind bei 142.000 Einwohnern nur 4 Zahnärzte und 30 Zahntechniker und in Simmering bei 46.000 Einwohnern nur ein Zahnarzt und 7 Techniker. Dafür aber gibt es in Favoriten 47 und in Simmering 23 Schnapsbuden. Die Schnapspest wird also leider durch die Gemeinde stark gefördert. Freilich, solange Hunderttausende ihr Nahrungsbedürfnis nicht restlos befriedigen können, ist auch ein Aufblühen der Dentistik nicht zu denken. Dazu kommt noch die grosse Konkurrenz zwischen Aerzten und Technikern. Es gibt in Wien rund 600 Aerzte aber beinahe 1200 Techniker. Dazu gesellen sich noch das Treiben jener Strauchritter, die das Gewerbe ohne Berechtigung ausüben. Die Gemeindeverwaltung hat die Pflicht und die Macht hier klärend einzugreifen. Es gibt für beide Stände nur eine Möglichkeit das Leben erträglicher zu gestalten, wenn sie gemeinsam arbeiten. Nun hat man aber die Zahnärzte auf den Aussterbeetat gesetzt. Es gibt wohl Zahntechniker aber keine Zahnärzte. Der Redner zitiert nun verschiedene Gesetzesstellen und eine Verwaltungsgerichtshofentscheidung, worauf Bürgermeister Seitz ihn ersucht zur Sache zu sprechen. Gemeinderat Stöger entgegnet, dass diese tausend Schilling beim Fenster hinausgeworfen sind, wenn die Gemeinde nicht -

anders eingreift. Er setzt nun seine Ausführungen fort und spricht von der Zahmextraktion, worauf der Bürgermeister abermals unterbricht und aufmerksam macht, dass das mit der Subvention nichts zu tun hat. Gemeinderat Stöger spricht nun über die Zahnärzte, die sich gegen Anzeigen wegen unbefugter Ausübung des Gewerbes verwahrt haben. Der Bürgermeister unterbricht neuerlich und macht aufmerksam, dass er, wenn nicht zur Sache gesprochen wird, mit der Entziehung des Wortes vorgehen müsse. Gemeinderat Stöger sagt, dass er ausserstande wäre ein Urteil über diese Subvention abzugeben, wenn er die Sorgen dieses Standes nicht besprechen dürfe. Um aber nicht den Unwillen des Vorsitzenden heraufzubeschwören, werde er auf die Monopolstellung, die sich die Zahnärzte in den Krankenkassen geschaffen haben zu sprechen kommen. Der Bürgermeister unterbricht den Redner neuerlich und erklärt, dass man dem Gemeinderat nicht zumuten könne, sich das gefallen zu lassen. Gemeinderat Stöger erklärt, dass er nur über die Zahnärzte und Zahntechniker rede, man könne nicht sagen, ob diese Monopolstellung für die Gemeinde vorteilhaft sei. Bürgermeister Seitz: Nach Paragraph 11 der Geschäftsordnung bin ich gezwungen dem Redner das Wort zu entziehen. (Grosser Lärm bei der Minderheit. Man hört die Rufe: Ungehört! Freiheit im Gemeinderat!)

G.R. Rummelhardt (E. L.) gibt seiner Verwunderung darüber Ausdruck, dass ein Redner der Minderheit seine Ansicht nicht entwickeln kann.

Der Bürgermeister ersucht auch den Gemeinderat Rummelhardt zur Sache zu sprechen. Gemeinderat Rummelhardt erklärt, dass es nicht angehe, die Redner der Minderheit als Vorsitzender in ihren Ausführungen zu beschränken.

G.R. Stöger hat sich inzwischen abermals zum Wort gemeldet und setzt seine frühere Rede fort. Nach einigen Sätzen kommt er auf die städtische Krankenfürsorgeanstalt zu sprechen und erklärt, dass dort der Parteischwiegersohn angestellt sei.

Bürgermeister Seitz: Es hat doch keinen Sinn, dass mit dem Gemeinderat ein solches Spiel getrieben wird! (Lärm und Zwischenrufe bei der Minderheit). Gemeinderat Stöger: Nur weil der Herr Vorsitzende mein oberster Chef ist, unterlasse ich es, darauf die richtige Antwort zu geben! (Rufe bei der Mehrheit: Frechheit! Ungehört! Benehmen!).

Bürgermeister Seitz: Ich muss es natürlich dem Herrn Gemeinderat/selbst überlassen, beziehungsweise seinen Wählern ob sie dieser Auffassung sind, dass ein Gemeinderat sich in Ausübung seines Amtes von den privaten Beziehungen zu seiner Stellung leiten lässt. Für mich spielt die private Stellung irgend eines Gemeinderates gar keine Rolle!

G.R. Stöger: Ich unterlasse es weiter vom Parteischwiegersohn zu reden, aber ein anderer Mann hat von der Krankenfürsorgeanstalt -

Bürgermeister Seitz: Ich rufe Sie zum zweitenmal zur Sache!

G.R. Stöger: Ein Zahnarzt hat sogenannte Bandolfsche Klammern verwendet und wurde vom Gericht gestraft.

Bürgermeister Seitz: Ich rufe Sie zum drittenmal zur Sache!

G.R. Stöger spricht abermals von den Klammern, worauf ihm der Bürgermeister das Wort entzieht. Es entsteht bei der Minderheit grosser Lärm. Gemeinderat Haider ruft: Das hat es in der Monarchie nicht gegeben. Als der Lärm sich etwas gelegt hat sagt Gemeinderat Stöger: Herr Bürgermeister darf ich nun zum Schluss eilen?

G.R. Doppler (E. L.) bezeichnet diese Subvention als sehr notwendig, aber es ist der Betrag zu gering. Er wünscht schliesslich in der Krankenfürsorgeanstalt eine gewisse paritätische Behandlung der Zahnärzte und Zahntechniker. Die Zahntechniker wollen Arbeit und Verdienst haben. Das soll nicht durch eine einseitige Begünstigung der Zahnärzte erschwert werden. Nur deshalb hat Gemeinderat Stöger das Wort ergriffen und die Min-

derheit vermahre sich sehr energisch dagegen, dass man sie hindere durch eine solche Art der Geschäftsführung ihrer Meinung Ausdruck zu verleihen.

G.R. Untermüller (E.L.) beantragt, dass dem Gemeinderat Stöger noch ein drittes Mal das Wort erteilt wird.

Der Antrag wird abgelehnt, was von der Minderheit mit heftigen Pfuirufen aufgenommen wird.

G.R. Dr. Motzko (E.L.) wendet gegen den Antrag nichts ein, protestiert aber dagegen, dass die Kompetenz des Ausschusses für Wohlfahrtswesen in Subventionsangelegenheiten missbraucht wird.

GR. Geschlät (E.L.) erklärt, dass die Summe von tausend Schilling viel zu gering sei. Gerade der Stand der Zahntechniker bedarf der Hilfe, weil er ja mit der Zeit aussterben wird.

GR. Hofbauer (Soz. Dem.) meldet sich nun zum Wort und stellt den Antrag auf Schluss der Debatte. In diesem Moment entsteht bei der Minderheit grosser Lärm. GR. Preyer (E.L.) schlägt mit der Hand auf den Tisch und ruft: Das heisst Demokratie! GR. Doppler (E.L.) ruft: Das ist demokratische Redefreiheit! Als Bürgermeister Seitz den GR. Preyer um Ruhe bittet und ihm schliesslich zur Ordnung ruft, wächst der Lärm noch mehr an und dem Bürgermeister wird von den Mitgliedern der Minderheit zugerufen: Das ist der Volksbürgermeister? Das ist ein politisches Kabarett. GR. Preyer ruft: Herr Bürgermeister, das ist ein Skandal! Der Bürgermeister mahnt wiederholt zur Ruhe. Als der Lärm ein wenig abflaut, erklärt der Bürgermeister, dass jedes Gemeinderatsmitglied das Recht habe, Anträge zu stellen. Es geht aber nicht an, dass der Antragsteller deswegen behelligt wird. GR. Merbaul (E.L.) ruft ihm darauf zu, solche Anträge sollen gleich am Anfang der Sitzung gestellt werden, dann können wir gleich nachhause gehen. Unter Lärm wird der Antrag Hofbauer angenommen. Hofbauer meldet sich nun wieder zum Wort und beantragt die Wahl eines Generalredners. Wieder entsteht bei der Minderheit grosser Lärm. GR. Preyer ruft: Das ist ein Skandal! GR. Untermüller (E.L.): Wir brauchen überhaupt keine Debatte. Im andauernden Lärm ruft Bürgermeister Seitz den GR. Preyer neuerlich zur Ordnung und ladet ihn ein, sich an die parlamentarischen Formen zu halten. Während die Sozialdemokraten die Worte des Bürgermeisters mit Beifall aufnehmen, wächst der Lärm bei der Minderheit noch mehr an. Rufe werden laut: Wir protestieren gegen diese Vergewaltigung. Schliesslich wird unter Lärm der Antrag Hofbauer angenommen. Nach der Abstimmung rufen die Mitglieder der Minderheit den Sozialdemokraten zu: Pfui, schämt Euch! Das ist die Freiheit!

Als Generalredner spricht nun StR. Rummelhardt, der erklärt, dass in jeder parlamentarischen Körperschaft die Minderheit sich ihr Recht erkämpfen muss. Es ist aber traurig, was die Minderheit hier im Saal erlebt. Die Partei, die mit allen möglichen Mitteln in den Ausschüssen des Parlaments jede Arbeit unmöglich macht, die uns hier die Freiheit nimmt, die hat das Recht verloren, vom parlamentarischen Anstand reden zu können. (Beifall bei der Minderheit). Wir vermahren uns entschiedenst gegen die Knebelung durch die Mehrheit. Wenn in dieser Weise weiter so gegen uns vorgegangen werden wird, werden wir mit allen parlamentarischen Mitteln die Verhandlungen des Gemeinderates unmöglich machen. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit). Die Sitzung hat in voller Ruhe angefangen und ist in voller Ruhe verlaufen. Der Herr Bürgermeister hat das ganze heraufbeschworen. Wir lassen uns das nicht gefallen und fordern den Bürgermeister auf, seine demokratische Unparteilichkeit zu bewahren. Wenn der Bürgermeister sein Versprechen, unparteiisch zu sein, einhält, wird er geordnete Gemeinderats-sitzungen haben; wenn aber nicht, dann wird es überhaupt keine Sitzungen mehr geben. (Stürmischer Beifall bei der Minderheit, der lange andauert). Auf die Anwürfe des Stadtrates Rummelhardt erwidert Bürgermeister Seitz,

dass jedes Gemeinderatsmitglied das Recht beanspruchen kann, dass nur zur Sache gesprochen wird. Ich muss daher auf dieses Recht achten. Was die weiteren Bemerkungen anlangt, so sage ich, dass Drohungen bei mir niemals fangen. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Nach dem Schlusswort des GR. Weigl, der erklärt, dass mit Ausnahme von Subventionen, die den Sport und die Jugendfürsorge betreffen, alle Subventionsansuchen im Finanzausschuss behandelt werden, wird nach einigen tatsächlichen Berichtigungen des GR. Stöger der Referentenantrag angenommen und der Antrag Stöger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

GR. Fischer ersucht um die Genehmigung, neue, starke Motore und Fahr-schalter für Strassenbahnwagen anzuschaffen und hierfür einen Sachkredit von 1,110.000 Schilling zu bewilligen.

GR. Schels (E.L.) nimmt in längeren Ausführungen zu dem Antrag Stellung und stellt an den Referenten die Anfrage, ob die stärkeren Motore etwa die Fahrtgeschwindigkeit der Strassenbahn erhöhten. Er wendet sich gegen eine eventuelle Erhöhung der Fahrtgeschwindigkeit und ersucht schliesslich, die Bestellungen rasch durchzuführen und die Lieferungen zeitgerecht zu terminisieren.

Nach der Aufklärung durch den Referenten, dass stärkere Motore nur wegen ihrer erhöhten Lebensdauer angeschafft werden, wird der Antrag sodann angenommen.

GR. Friedjung ersucht um Genehmigung eines Zuschusskredites für das Institut der Krüppelfürsorge für Fabrikationsmaterial in der Höhe von 822 Schilling.

StR. Dr. Motzko (E.L.) erklärt, dass das Institut leider noch ein Tross der Krüppelfürsorge sei. Das Institut wurde vor einigen Jahren von der privaten Fürsorge übernommen. Neues aber wurde noch nicht geboten. Sie wünscht den Ausbau der Heilfürsorge für krüppelhafte Jugendliche und ersucht die Gemeindeverwaltung, dem gesamten Problem der Krüppelfürsorge näher zu treten und eine ökonomische Fürsorge zu betreiben. (Beifall bei der Minderheit).

In seinem Schlusswort erklärt GR. Friedjung, dass es die vornehmste Aufgabe der Wiener Gemeindeverwaltung ist, die Entstehung von Krüppeln überhaupt zu verhindern. Tuberkulose Kinder müssen vor der Tuberkulose gerettet werden und erwachsene Menschen vor den furchtbaren Gefahren und Wirkungen des Kriege s. Dann wird eine Krüppelfürsorge nicht nötig sein.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Dr. Friedjung beantragt die Genehmigung eines Nachtragskredites von 2131 Schilling zu den bereits bewilligten Sachkredit von 70.000 Schilling für die gärtnerische Ausgestaltung der Zufahrtsstrasse zum Krematorium.

GR. Daffinger (E.L.) erklärt, dass die Minderheit selbstverständlich für jede gärtnerische Ausgestaltung stimme. Die Gemeindeverwaltung lasse aber viele gärtnerische Anlagen verfallen. Er weist einen Strauss Unkraut vor und erklärt, dieses Unkraut auf den Promenadenanlagen der Rossauerländer gepflückt zu haben. Mit solchem Unkraut dürfen die gärtnerischen Anlagen nicht bewachsen sein und es sei höchste Zeit, den Anlagen eine grössere Aufmerksamkeit zu widmen.

GR. Frinke (E.L.) findet die Kosten der Ausgestaltung zu hoch und stellt an den Referenten die Anfrage, ob die Ausgestaltung der Zufahrtsstrasse tatsächlich so viel beanspruche.

GR. Dr. Friedjung erklärt in seinem Schlusswort, dass die Kosten der gärtnerischen Ausgestaltung der Zufahrtsstrasse tatsächlich so viel betragen haben.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Dr. Friedjung ersucht um Genehmigung der Einstellung von weiteren vierzig Saisonarbeitern vom 1. April bis 15. Oktober für die Verbesserung der Friedhofswege. Die Kosten betragen 60.000 Schilling, wofür ein Zuschusskredit angesprochen werden muss.

GR. Daffinger (E.L.) macht auf verschiedene Uebelstände bei Beerdigungen aufmerksam und wünscht, dass die Gemeindeverwaltung den Zuständen auf den Friedhöfen mehr Aufmerksamkeit als bisher schenken soll.

GR. Prinke (E.L.) erklärt, dass die Arbeiter und Angestellten auf dem Zentralfriedhof unter einem unerträglichen politischen Joch stehen. Besonders das Spitzelwesen blühe und gedeihe. Beförderungen werden nicht von Fähigkeiten abhängig gemacht, sondern von der politischen Zugehörigkeit. Er wendet sich insbesondere gegen das Prämiensystem und wünscht, dass es sobald wie möglich aufgelassen werde. Eine Vermehrung der Arbeiter auf dem Zentralfriedhof wäre äusserst notwendig.

GRin. Wielisch (E.L.) kritisiert ebenfalls die Zustände auf dem Zentralfriedhof. Sie sind gegen jede Pietät. Sie wünscht eine billigere Gräberausstattung und die Einstellung von nur bodenständigen Arbeitern.

GR. Hörmayer (E.L.) wünscht eine Instandsetzung der Wege zwischen den einzelnen Gräbern.

In seinem Schlusswort erklärt GR. Dr. Friedjung, dass die Friedhofsgebühren seit 1922 nicht mehr erhöht wurden. Valorisiert betragen die Friedhofsgebühren heute die Hälfte der Friedensgebühren. Ein Prämiensystem, das zugleich Akkordlohn ist, bestehe überhaupt nicht.
Der Antrag wird angenommen.

GR. Hellmann (Soz. Dem.) beantragt die Errichtung einer vorläufig vierklassig organisierten Sonderschule für krüppelhafte schulpflichtige Kinder im städtischen Schulgebäude in Rudolfsheim, Kauergasse Nr. 5. Dem vom Stadtschulrat für Wien hinsichtlich dieser Sonderschule seit Schulbeginn 1926/27 getroffenen Verfügungen wird zugestimmt.

GRin. Schläsinger (E.L.) begrüsst die Errichtung der Sonderschule, bemängelt aber, dass die Schule, die für alle Wiener Krüppelkinder geschaffen wurde, nicht in einem zentraler gelegenen Gebäude errichtet wurde. Es wäre auch sehr wünschenswert, dass die Kinder, die ja meistens von ihren Eltern in die Schule geführt werden müssen, mit Sammelautos in Begleitung einer Fürsorgerin in die Schule gebracht werden. Sie wendet sich dagegen, dass in der Sonderschule kein Religionslehrer eingestellt und den Kindern kein Religionsunterricht gegeben wurde. Das ist ein Vergehen gegen das Reichsvolksschulgesetz, gegen das Kindesrecht und das Elternrecht. Sie stellt deshalb den Antrag, der Bürgermeister wolle den Stadtschulrat anweisen, für die Erteilung des Religionsunterrichtes pflichtgemäss Vorsorge zu treffen, dass ferner an allen Hilfsschulen, wo Parallelklassen bestehen, die Schüler nach Geschlechtern getrennt werden und dass endlich für die Systemisierung ⁿⁱ positiver Religionslehrerstellen Sorge getragen werde.

G. R. Hellmann entgegnet, dass die Beschwerden untersucht werden, worauf der Antrag des Referenten angenommen und die Anträge der Frau Gemeinderätin Schläsinger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen werden.

G. R. Iser (soz. dem.) beantragt einen Kostenbeitrag von 65.000 Schilling für die Regulierung der Schwarza-

G. R. Epban (E.L.) wünscht Aufklärung darüber, warum sich die Gemeinde an dieser Regulierung finanziell beteiligt.

Der Referent erwidert, dass die Gemeinde ein grosses Interesse an dieser Regulierung wegen der Hochquellenleitung habe. Der Antrag wird angenommen.

H. R. Iser beantragt Rücklagen für den Betrieb Baustoffbeschaffung zum Bau von zwei Garagen.

G. R. Zimmerl (E.L.) bezeichnet es als unzulässig, dass hier Beträge

weil sie früher nicht in Anspruch genommen worden sind jetzt als Rücklagen genommen werden. Das werde nur deswegen gemacht, um den Rechnungsabschluss zu verschleiern. Es soll ein möglichst niedriger Reingewinn ausgewiesen werden. Wenn diese Schiebungen so fort gehen, dann wird aus dem Ueberschuss ein Abgang. Das ist ein Missbrauch der Buchhaltung und die Minderheit werde sich diese Posten genau merken und dann beim Rechnungsabschluss darauf aufmerksam machen.

G. R. Iser entgegnet, dass es ein Irrtum sei, wenn von Verschleierung geredet werde. Die Beträge wurden als erste Anzahlung bereitgestellt, aber nicht überwiesen, was jetzt geschehe. Der Antrag wird angenommen.

G. R. Iser beantragt einen Zuschusskredit für den Betrieb Wasserversorgung.

G. R. Zimmerl bemängelt, dass dieser Betrag aus den Ueberschüssen des Jahres 1925 genommen werde. Hat der Betrieb Wasserversorgung Ueberschüsse, dann soll der Wasserpreis ermässigt werden.

G. R. Untermüller (E.L.) fragt, ob das wiederholte Ansuchen der Arbeitsnachweise um Ermässigung des Wasserbezuges schon genügend studiert wurde.

G. R. Iser erwidert, dass jeder Bewohner der Stadt täglich 35 Liter Wasser kostenlos erhalte. Die Gemeinde gebe den Arbeitslosen umsonst die Fahrkarten und werde auch eigene Arbeitsnachweise errichten. Das sind Aufgaben, die der Bund zu erfüllen hätte und jetzt soll die Gemeinde auch noch einer Bundeseinrichtung das Wasser ermässigen. Das sei natürlich schwer zu verstehen.

Der Antrag wird angenommen.

G. R. Iser beantragt einen Kredit von 396.000 Schilling für den Betrieb Wasserversorgung.

G. R. Scholz (E.L.) beantragt, dass den Industriebetrieben schon bei einer täglichen Abnahme von fünf Kubikmetern Wasser ein ermässiger Preis bewilligt werde. Jetzt widersteht bei einem Verbrauch von zehn Kubikmetern ein Preis von vier Groschen für den Kubikmeter verlangt. Für den geringeren Verbrauch müssen aber zwanzig Groschen bezahlt werden. Die kleinen Bäcker, Fleischselcher, Grünzeugwarenhändler und so weiter verbrauchen aber nicht täglich zehn Kubikmeter und werden für den Minderverbrauch finanziell bestraft.

G. R. Zimmerl (E.L.) bemerkt, dass hier buchhalterische Kunststücke aufgeführt werden, damit die Ueberschüsse verschleiert werden. In Wirklichkeit ist der Wasserpreis viel zu hoch und müsste herabgesetzt werden.

Der Antrag des Referenten wird angenommen, der Antrag Scholz abgelehnt.

G. R. Jenschik (soz. dem.) beantragt ein Mehrerfordernis von rund 30.000 Schilling für die Körperschaftsteuer der städtischen Dampfwäscherei. Der Antrag wird ohne Wortmeldung angenommen.

G. R. Jenschik beantragt die teilweise Abdeckung des Verlustes der Dampfwäscherei aus dem Jahre 1925 durch Ueberweisung auf den Ueberschuss des Jahres 1926

G. R. Zimmerl bezeichnet diese Abdeckung als unzulässig. Bei einer ordentlichen Führung müssten die Tarife erhöht werden. Das will aber die Gemeinde nicht machen, weil sie den erhöhten Tarif selbst tragen müsste. Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, um aufzuzeigen, wie die Buchhaltung missbraucht wird. (Beifall bei der Minderheit).

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten, wird der Antrag angenommen und der Vorsitzende GR. Linder schliesst um 10 Uhr die Sitzung

Wien, am Mittwoch, den 22. Juni 1927

Strandfest am Gänsehüfel. Das prächtige Strandbad am Gänsehüfel, das zu den schönsten und grössten Strandbädern aller Grossstädte gezählt werden kann, wird am kommenden Samstag der Schauplatz eines grossangelegten Strandfestes sein. Die Veranstaltung beginnt schon am Vormittag. Mitwirken werden die Tanzgruppe Grete Gross, der populäre Flügelhornkünstler Professor Sostarie, veranstaltet werden ein grosses Militärkonzert, eine Stranmodeschau, eine Damen- und Herrenschaönheitskonkurrenz, Damen- und Herrenwettschwimmen, Schwimmreigen, Filmaufnahmen und verschiedene Volksbekustigungen. Den Abschluss des Festes wird ein grosses Feuerwerk ankündigen, das auf dem Wasser abgebrannt werden wird. Mit einbrechender Dunkelheit wird der ganze Strand bengalisch beleuchtet. Als Eintrittspreis wird zu der Badekarte ein Zuschlag von einem Schilling eingehoben.

Eröffnung der Simmeringer Zweigstelle der Zentralsparkasse. Morgen Mittwoch wird die neue Zweiganstalt der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in der Simmeringer Hauptstrasse 80 eröffnet.

Eine neue Strassenbahnlinie in Ottakring. Die Gemeinde hat an der Grenze der Bezirke Ottakring und Hernald auf dem Gelände der sogenannten Sandleiten eine grosse Wohnhausanlage errichtet. Der Ausbau dieser Wohnhausgruppe dürfte noch heuer vollendet werden. Dadurch sind ungefähr 1800 Wohnungen geschaffen worden. Gegenüber der Wohnhausanlage errichtet die Gemeinde ein grosses Freibad mit Turn- und Sportplätzen. Die Strassenbahnverbindungen in diese Anlagen sind gegenwärtig unzulänglich. Die Bezirksvertretung Ottakring hat nun auf Antrag des Bezirksrates Berger beschlossen durch die Sandleitengasse die Führung einer Strassenbahnlinie zu verlangen. Die neue Linie soll den Anschluss nach Ottakring an die Linien J, J2, 46 und 10 und nach Hernald an die Linie 43 herstellen. Mit dem Bau dürfte in der kürzesten Zeit begonnen werden.

Städtische Stipendien für Mittel- und Hochschüler. Die Gemeinde Wien vergibt auch für das Studienjahr 1927/28 Stipendien für Schüler der Wiener Obermittelschulen, der Akademie für Musik und darstellende Kunst, der Wiener Lehrerbildungsanstalten, der Wiener Staatsgewerbeschulen, des Wiener Technologischen Gewerbemuseums, der Wiener Handelsakademien mit Öffentlichkeitsrecht, der Kunstgewerbeschule des österreichischen Museums für Kunst und Industrie, der Bundeslehranstalt für Textilindustrie und der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt. Für diese Gruppe werden ungefähr 220 Stipendien von je dreihundert Schilling jährlich ausgegeben. Ausserdem werden für Hörer der Wiener Universität, der Wiener Technik, der Wiener tierärztlichen Hochschule, der Hochschule für Welthandel, der Hochschule für Bodenkultur, der Fachhochschule für Musik und darstellende Kunst, der Akademie der bildenden Künste und der Akademischen Spezialschule für Medailleurkunst insgesamt dreihundert von der Gemeinde Wien errichtete Stipendien von je 420 Schilling jährlich verliehen. Um diese Stipendien können sich alle unbemittelten öffentlichen Schüler und Schülerinnen und ordentliche Hörer und Hörerinnen der genannten Lehranstalten bewerben. Die Bewerbung von Privatisten an Mittelschulen und ausserordentlichen Hörern an Hochschulen ist unzulässig. Bevorzugt werden nach Wien zuständige Bewerber. Die Gesuche müssen mit einer Würdigkeitsbestätigung der Schulleitung, dem Nachweis der österreichischen Bundesbürgerschaft, dem Personaldokumenten, einem Mittellosigkeitszeugnis und den Studiennachweisen der beiden letzten Semester versehen bis längstens 20. Juli beim Wiener Magistrat in der Abteilung 8 im Neuen Wiener Rathaus eingereicht werden.

Wien, Donnerstag, den 23. Juni 1927.

Schwimmsport und gewerbliche Jugend. Der Wiener Fortbildungsschulrat hat für die Zeit des Sommerbadebetriebes drei Bäder für den Besuch der gewerblichen Jugend gesichert. In Anbetracht der Wichtigkeit des Schwimmsportes für die körperliche Ausbildung der Jugend, ist der Eintritt in diese Bäder für die Fortbildungsschuljugend vollständig frei. Die Besuchszeiten sind im städtischen Strandbad Gänsehäufel jeden Sonntag von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends sowohl im Knaben- als auch im Mädchenbad. Im Hernalser Schwimmbad (Pezzlbad) in der Jörgerstrasse können die Lehrlinge jeden Montag und Mittwoch und die Lehrlinge jeden Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7 bis $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends baden. Ausserdem steht den Fortbildungsschülern noch jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 7 bis $\frac{1}{2}$ 9 Uhr abends das Theresienbad in Meidling, Hufelandgasse, zur Verfügung; die Lehrlinge können dieses Bad jeden Dienstag und Donnerstag benutzen. Badewäsche ist mitzubringen.

Bezirksvertretung Leopoldstadt. Am Samstag 5 Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Leopoldstadt eine öffentliche Sitzung ab.

400.595 Gaskonsumenten in Wien. Die städtischen Gaswerke haben auch im Mai eine umfassende Installationstätigkeit entwickelt. Insbesondere die Einleitung von Gas auf Teilzahlung wurde in grossem Umfang durchgeführt. Im Mai wurden 4137 Gasmesser aufgestellt. Gegenwärtig wird noch an der Aufstellung von weiteren dreitausend Gasmessern gearbeitet. Auf Teilzahlung wurden in den ersten fünf Monaten 87 Häuser mit 585 Wohnungen mit Gas versorgt. Der umfangreichen Wohnbautätigkeit der Gemeinde - in allen städtischen Wohnungen wird an Stelle des Kohlenherdes ein Gasherd gesetzt - und der starken Installationstätigkeit der Gaswerke, ist es zuzuschreiben, dass die Zahl der Gasabnehmer, die am 31. Dezember 1913 nur 211.815 betrug, am 31. Mai 1927 auf 400.595 gestiegen ist.

Weitere Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Nach Berichten der Gemeinderates Meidl hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beschlossen, an Stelle der bestehenden Gasbeleuchtung folgende Strassen elektrisch zu beleuchten: Auf der Wieden die Goldeggasse, Waaggasse und Heumühlgasse und in Favoriten die Gudrunstrasse von der Favoritenstrasse bis Absberggasse, die Herzgasse von der Gudrunstrasse bis Landgutgasse, die Hasengasse, Dampf-gasse und Neilreichgasse um die dortigen städtischen Wohnhausbauten.

Lettische Lehrer in Wien. Dieser Tage kamen 31 lettische Lehrer aus Mitau die sich auf einer Studienreise befinden, zum Besuche der Wiener Schulen nach Wien. Präsident Gjöckel begrüßte die Gäste im Stadtschulrat. Dann besichtigten die Gäste verschiedene Wiener Schulen und Fürsorgeeinrichtungen. Die lettischen Lehrer, die alle deutsch sprechen, waren von dem Gesehenen hoch befriedigt. Der Führer der lettischen Lehrer, Volksschulinspektor Friedrich Obstein erklärte, dass in Wien der Arbeitsschulgedanke in allen Schulen und Fächern konsequent durchgeführt sei und die neuesten Methoden der Pädagogik überall Verwendung fänden. Die lettischen Lehrer werden reiche Anregungen aus Wien in ihre Heimat mitbringen, die sie bei der Ausgestaltung des lettischen Schulwesens und insbesondere bei der Gestaltung des Fortbildungsschulwesens dankbar verwerten werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

236
Zweite Ausgabe

Wien, Donnerstag, den 23. Juni 1927.

Weitere Instandsetzung von städtischen Schulgebäuden. Wie wir bereits berichtet haben, hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beschlossen, vierzehn städtische Schulgebäude in den Ferien instandsetzen zu lassen. Am Mittwoch wurde nun die Instandsetzung von weiteren ³⁰ Schulgebäuden beschlossen. Es sind dies die Schulen auf der Landstrasse, Reisnerstrasse - Strobgasse, Paulusplatz - Paulusgasse, in Margareten, Bachergasse - Castelligasse, Margaretenstrasse - Am Hundsturm, am Älsergrund, Älserbachstrasse, in Favoriten, Erlachgasse - Pernerstorferstrasse, Siccardsburggasse, Rothenhofgasse, Arthaberplatz, Leibnitzgasse, in Simmering, Enkplatz, in Meidling, Nymphengasse, Ruckergasse, Hietzing, Aufgasse - Feldmühlgasse, Hochsatzengasse, in Rudolfsheim, Diefenbachgasse, Schweglerstrasse - Benedikt Schellingergasse, Goldschlagstrasse, in Fünfhaus, Zinkgasse - Goldschlagstrasse, in Ottakring, Kirchstetterngasse - Neumayergasse, Grundsteingasse, Landsteingasse - Wiesberggasse, Grubergasse, Abelegasse - Friedrich Kaisergasse, Nausegasse - Odoakergasse, Lorenz Mandlgasse, in Hernals, Hauptstrasse, in Währing, Michaelerstrasse, Leitermayergasse - Schulgasse, in Floridsdorf, Kuenburggasse.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Die Gemeindeverwaltung hat den aufgelassenen Schmelzer Friedhof in eine Gartenanlage umgewandelt. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat beschlossen, diese öffentliche Gartenanlage elektrisch zu beleuchten. Ferner wurde beschlossen die Skodagasse und Daungasse in der Josefstadt, die Turnergasse, Pelzgasse und Löhrgasse in Fünfhaus, die jetzt mit Gas beleuchtet werden, elektrisch zu beleuchten.

Strassenbahnverkehr zum Strandfest im Gänsehüfel. Mit Rücksicht auf die anlässlich des Strandfestes im Gänsehüfel notwendige Vermehrung der Strassenbahnzüge der Linie 24 können am Samstag die Linien 16, 24 und 25 von 1 Uhr mittags bis 10 Uhr abends nicht bis zum Praterstern, sondern nur bis zur Reichsbrücke geführt werden.

Eröffnung des städtischen Schwimmbades auf der Hohen Warte. Bürgermeister Seitz wird am Sonntag um 11 Uhr vormittags das nunmehr fertiggestellte grosse städtische Schwimm-, Sonnen- und Luftbad auf der Hohen Warte eröffnen.

Zunahme der Einäscherungen in Wien. Im Mai ist abermals eine starke Steigerung der Zahl der Einäscherungen im Wiener Krematorium zu verzeichnen. Während im Mai des Vorjahres nur 196 Einäscherungen erfolgt sind, wurden im Mai 1927 bereits 260 Leichenverbrennungen durchgeführt. Davon waren 169 Männer und 91 Frauen. Von den 260 Verstorbenen gehörten 167 der römisch-katholischen Kirche an. Konfessionslos waren 42 Verstorbene. Kirchliche Zeremonien fanden im Mai insgesamt 94 statt.

Wien, Freitag, den 24. Juni 1927.

Absperrung der Grinzinger Allee. Wegen Strassenbauarbeiten wird die Grinzinger Allee von der Billrothstrasse bis zur Daringergasse für den Durchzugsverkehr auf ungefähr vier Wochen abgesperrt. Für die Fahrt auf dem Kobenzl ist die Sieveringerstrasse und die Daringergasse, für die Rückfahrt die Sandgasse und Grinzingerstrasse zu benützen.

Heute grosses Strandfest im Gänsehäufel. Im städtischen Strandbad Gänsehäufel wird heute Samstag das grosse Strandfest mit Musikvorführungen, Tanz im Freien, Ballett, Feuerwerk und verschiedenen Volksbelustigungen abgehalten. Beginn 9 Uhr vormittags. Als Eintrittspreis wird zu der Badekarte ein Zuschlag von einem Schilling eingehoben.

Kartenverkauf für die Bundesbahnen an den Stadtbahnkassen. Bei den Kassen der Wiener elektrischen Stadtbahn sind auch direkte Fahrkarten für den Nahverkehr nach allen Stationen der Bundesbahnen bis Neulengbach und Tulln erhältlich. Auch werden ermässigte Bloks zu je zehn Stück für Fahrten nach den an der Franz Josefsbahn gelegenen Badeorten ausgegeben. Zur Vermeidung unnötiger Aufenthalte in den Uebergangsstationen Hütteldorf und Heiligenstadt empfiehlt es sich, von dieser Einrichtung weitgehendst Gebrauch zu machen.

Ermässigung der Wiener Kraftwagenabgabe. Der Bürgermeister hat in seiner Antrittsrede angekündigt, dass zur Förderung der in einer unbefriedigenden Lage sich befindenden österreichischen Automobilindustrie noch vor den Sommerferien dem Wiener Landtag eine Vorlage über die Ermässigung der Kraftwagenabgabe zugehen wird. Diese Vorlage ist nun ausgearbeitet und gelangt in den nächsten Tagen an die Mitglieder des Wiener Landtages. Es ist eine ganz kurze Abänderung des Gesetzes, in der festgelegt wird, dass die ersten sechs Steuerpferdestärken durchgehends um ein volles Drittel ermässigt werden. Es werden also beispielsweise für einen Wagen von vier Steuerpferdestärken statt sechshundert nur vierhundert Schilling, für einen Wagen von sechs Steuerpferdestärken statt neunhundert nur sechshundert Schilling und für einen Wagen von zwölf Steuerpferdestärken statt achteinhundert nur fünfzehnhundert Schilling jährlich Kraftwagenabgabe zu bezahlen sein. Die Ermässigung wird im Gesetz bis 31. Dezember 1928 festgelegt. Der Stadtsenat als Landesregierung wird ermächtigt, durch Verordnung diese Begünstigungen auch über diesen Termin hinaus auszudehnen. Die Gesetzesänderung wird schon in der nächsten Landtagssitzung beraten werden und noch im Laufe des Sommers in Kraft treten.

Sobald diese Vorlage in Wirksamkeit getreten ist, hat Wien eine Automobilsteuer, die viel niedriger ist, als in den meisten Bundesländern. In Niederösterreich beträgt die Automobilabgabe für einen Wagen von vier Steuerpferdestärken 450 Schilling, in Oberösterreich 460 Schilling, in Steiermark 480 Schilling, in Wien nur 400 Schilling jährlich. Für einen Wagen von sechs Steuerpferdekräften beträgt die Jahresabgabe in Wien 600 Schilling, in Niederösterreich 675 Schilling, in Oberösterreich 690 Schilling und in Steiermark 720 Schilling. Für acht Steuerpferdestärken sind in Wien 900 Schilling jährlich zu bezahlen, ebenso in Niederösterreich; in Steiermark beträgt die Abgabe 960 Schilling. Im Gegensatz zu den übrigen Bundesländern hat Wien bereits am 1. Jänner 1926 die Lastkraftwagen von jeder Steuer befreit. Für Motorräder wird in Wien ebenfalls keine Abgabe eingehoben.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 24. Juni 1927.

238
Zweite Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 24. Juni 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet nach 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Es werden die Vertrauenspersonen für das Gefangenhaus des Landesgerichtes in Strafsachen gewählt. Von den Sozialdemokraten werden die Abgeordneten Adelheid Popp und Gabriele Proft, Stadtrat Richter und Oberprokurist Schwarz, von den Christlichsozialen die Gemeinderäte Binder und Untermüller bestimmt.

Gemeinderat Lötsch berichtet über einen Vertrag, der mit einer Firma bezüglich der Uebergabe der Abfälle in St. Marx abgeschlossen wurde, den aber diese Firma nicht mehr einhalten kann. Er beantragt eine Rückvergütung von 42.998 Schilling.

Vizebürgermeister Hoss bemerkt, dass er schon seinerzeit Bedenken gegen diesen Vertrag geäußert hat. Man hätte schon damals auch mit den alten Firmen Fühlung nehmen sollen. So aber wurde eine neue Firma zugelassen, die für die Abfälle einen hohen Preis bot, den sie aber bald nicht mehr bezahlen konnte. Es kommt eben hier vor allem auf die Solidität einer Firma an, die in der Lage ist, ihre Verpflichtungen einzuhalten.

GR. Lötsch erwidert, dass diese Firma nicht mit der starken Steigerung der Abfallprodukte rechnen konnte; ebenso nicht mit dem Preissturz am Auslandsmarkt. Dies sind die eigentlichen Ursachen gewesen, die es der Firma unmöglich machen, den Vertrag einzuhalten.

Die Vorlage wird genehmigt.

GR. Lötsch beantragt den Ankauf eines Grundstückes am Flötzersteig in Hietzing. Der Ankauf wird ohne Wortmeldung beschlossen.

GR. Michal berichtet über Erneuerungen von Strassenbahngleisen. Die Kosten betragen 441.000 Schilling.

GR. Haider (E.L.) verlangt eine Aufstellung über die bisher ausgeführten Erneuerungen von Geleisen. Es wurden insgesamt 3,8 Millionen Schilling hierfür aufgewendet.

GR. Michal entgegnet, dass im Februar den Gemeinderat eine solche Aufstellung vorgelegt wurde. Die Vorlage wird angenommen.

GR. Michal berichtet über den Ausbau des Werkstättengebäudes im Kraftwerk Simmering. Die Kosten betragen 200.000 Schilling.

GR. Daffinger (E.L.) erklärt, dass es höchste Zeit sei, das Werkstättengebäude zu vergrößern. Es hat sich schon die längste Zeit als viel zu klein erwiesen.

Der Referent verzichtet auf das Schlusswort. Der Antrag wird angenommen.

GR. Rausnitz beantragt die Anschaffung von dreissig Triebwagen und fünfzig Anhängewagen für die Strassenbahn. Es handelt sich um modernst ausgebaute Wagen. Ein Wagen wird achtzig Personen fassen.

GR. Doppler (E.L.) beschäftigt sich in längeren Ausführungen mit der Strassenbahn und Stadtbahn. Er bemängelt, dass in der letzten Zeit für die Ausgestaltung des Wagenparks nichts gemacht wurde. Seit 1924 hat sich der Gemeinderat nur ganz selten mit der Anschaffung von neuen Wagen beschäftigt. Das Jahr 1924 hat mit 1455 Triebwagen und 1849 Anhängewagen abgeschlossen. Es waren 72.156 Sitzplätze und 65.574 Stehplätze vorhanden. Im Jahre 1925 wurde im Jänner der Umbau einiger Strassenbahnwagen und die Anschaffung von dreissig Anhängewagen beschlossen. Am 13. Februar

1925 lediglich der Umbau einiger Triebwagen. Dann geschah trotz der gewaltigen Steigerung der Frequenz nichts bis Juli v. J. Erst am 9. Juli wurde die Anschaffung von dreissig Stadtbahntriebwagen und vierzig Stadtbahnwagen und dreissig Strassenbahntriebwagen beschlossen. Das ist eine sehr bescheidene Ausgestaltung des Wagenparks, die niemanden befriedigen kann. Vizebürgermeister Emmerling hat Ende Dezember 1923, als der Kredit für die Elektrifizierung der Stadtbahn genehmigt wurde, erklärt, dass in dem Gesamtbetrag auch die Neuanschaffung von 200 Wagen für die Strassenbahn und Stadtbahn inbegriffen sei. Wir haben bis heute nichts gehört, ob die Wagen tatsächlich angeschafft wurden. Bis heute liegt uns auch keine Abrechnung über die Elektrifizierung der Stadtbahn vor, wir wissen nur das eine, dass Nachtragskredite bewilligt wurden. Interessant ist der Vergleich der Verhältnisse der Jahre 1923, 1923 und 1924. 1913 waren auf der Strassenbahn 322.6 Millionen Fahrgäste. Im Dienst standen 4820 Schaffner. Ein Schaffner hatte also im Jahr 66.904 Fahrgäste abzufertigen. 1923 wurden auf der Strassenbahn 458 Millionen Fahrgäste gefördert. Im Dienst standen 4513 Schaffner. Ein Schaffner hatte also im Jahr 84.700 Fahrgäste abzufertigen. Die Mehrleistung betrug also im Jahr 17.796 Fahrgäste, was einer täglichen Mehrleistung von 50 Fahrgästen entspricht. 1913 kamen auf einen Wagenkilometer 3.26 Fahrgäste. 1923 4.23 Fahrgäste und 1924 4.57 Fahrgäste. Das ist eine ganz besondere Steigerung; sie macht mehr als vierzig Prozent gegenüber der Leistung des Jahres 1913 aus. Im Jahre 1913 standen den 322.6 Millionen Fahrgästen 3001 Wagen gegenüber. 1924 hatten wir 567 Millionen Fahrgäste und 3304 Wagen. Die Zahl der Wagen stieg nur um zehn Prozent, während sich die Zahl der Fahrgäste um 76 Prozent erhöhte. Es ist aber auch gar nichts zu sehen, dass darauf hindeuten würde, dass endlich einmal dem Ueberfüllungsverbot einige Aufmerksamkeit zugewandt wird. Die Menschen sind wie die Heeringe zusammengedrückt, es spielen sich förmliche Raufereien ab, die Kleider werden den Leuten beschädigt, aber es wird gar kein Anfang gemacht zum Ueberfüllungsverbot zurückzukehren. Das ist ein unerhörter Skandal, den sich die Bevölkerung hier gefallen lassen muss (Beifall bei der Minderheit). Die Direktion zählt hier und da die Fahrgäste, aber es werden ganz willkürliche Berechnungen vorgelegt, wie sie eben die Mehrheit braucht. In den letzten Tagen ist übrigens auch davon gesprochen worden, dass eine Gesellschaft die Strassenbahn übernehmen will, einen grosszügigen Ausbau der Verkehrsmittel, neue Linien und erträgliche Verhältnisse schaffen will, ohne eine Tarifierhöhung vorzunehmen. Nur gewisse Bewegungsfreiheit bezüglich des Personales hat die Gesellschaft verlangt. Das kann nur bedeuten, dass der zügellose Terror, der von einer Gruppe von Bediensteten ausgeübt wird, nicht übernommen werden wird. Man wäre fast versucht, diese Dinge näher anzusehen, jedenfalls wäre es zweckmässig, wenn der Referent uns einige Aufklärungen darüber geben würde. Was auf dem Gebiet der Verbesserungen geschieht, ist vollständig unzulänglich und die Gemeinde müsste sich endlich einmal mit den ganz grossen Verkehrsproblemen eingehend beschäftigen. Statt dessen hören wir von dem Bau einer Linie durch die Sandlöhlegraben und wenn das die ganze berühmte Aufbauarbeit ist, dann schaut sie sehr windig aus. Man hat dort eine kleine Stadt hingebaut, den Leuten keine Post, keine Polizei und keine Schule gegeben und baut jetzt eine kleine Strassenbahnlinie. Dafür hat man aber dort einen Saal für die politischen Versammlungen geschaffen. Es wäre auch hoch an der Zeit, den Spitzeldienst der Zivilkontrollore einzustellen. Man braucht nur den Verkehr verstärken und die Schaffner würden sich dann nicht mehr so abhetzen, so dass die Kontrolle überflüssig wird. Heute haben wir in Wien einen Strassenbahnverkehr, der einer Grosstadt gänzlich unwürdig ist (Beifall).

G.R. Hengl (E.L.) meint, dass die Wiener in des Wortes wahrster Bedeutung an ihrer Strassenbahn hängen. Die Döblinger haben eine Reihe von Strassenbahnbeschwerden. Insbesondere die Linie 37 gibt zu berechtigten Beschwerden Anlass. Die Wagen verkehren in langen Intervallen, werden schon um 11 Uhr nachts aus dem Verkehr gezogen und könnten gewiss wenigstens eine halbe Stunde länger fahren. Ähnlich sind die Verhältnisse auf der Linie 39. Es wäre auch sehr dringend an den Bau der Linie Krottenbachstrasse-Neustift am Walde zu schreiten. Dort ist jetzt die grosse, schöne Siedlung Glanzing entstanden, die ohne Verbindung ist. Hier kann mit Ausreden nichts mehr erreicht werden, die Bevölkerung verlangt energisch diese Linie. Schliesslich ersucht Redner die Strassenbahndirektion auf die Schaffner einzuwirken, damit sie das Abfahrtsignal nicht zu früh geben.

G.R. Untermüller (E.L.) begrüsst mit besonderer Gehugung diese Vorlage, weil sie darauf abzielt, den Verkehr zu verbessern. Die Anschaffungen sind gewiss notwendig. Es gibt keine zweite Grosstadt, wo der Strassenbahnverkehr um zehn Uhr abends aufhört. Wien hat das Privilegium. Die 2er Linie die den Ring entlasten soll, macht um elf Uhr Schluss. Die Ausdehnung des Verkehrs ist daher eine dringende Notwendigkeit. Trotzdem durch die Gumpendorferstrasse die 57er und 157er Wagen verkehren, sind die Intervalle viel zu grosse. Das ist auch bei der 3er und 13er Linie der Fall. Es wäre sehr zu wünschen, dass die Intervalle entsprechend gekürzt werden. Auch muss einmal der Verkehr auf der Mariahilferstrasse entsprechend entlastet werden. Der Redner bespricht sodann einzelne Vorkommnisse anlässlich der Frohnleichnamsumzüge und kritisiert, dass einzelne Strassenbahnwagen ohne Rücksicht auf die Prozession weiterfahren und Strassenbahnbedienstete nicht die Kappe lüfteten. Es sind dies glücklicherweise nur wenige, aber die sollen belehrt werden, wie sie sich im Dienste zu verhalten haben. (Beifall).

G.R. Haider (E.L.) erklärt, dass trotz wiederholt gefasster Beschlüsse, den Wagenpark auszugestalten, leider nicht der Verkehr verbessert wurde. Im Gegenteil. Jede Erweiterung des Fahrparks bedeutet eine Verschlechterung des Verkehrs. Wir haben schon wiederholt, von dem Gedanken diktiert, der Öffentlichkeit zu dienen, auf die unhaltbaren Zustände im Strassenbahnverkehr verwiesen. Leider immer ohne Erfolg. Wir haben die Zustände auch schon als Kulturschande bezeichnet, aber auch das hat nichts genützt. Die Gemeindeverwaltung ist anzuklagen, weil sie kein Verständnis für die berechtigten Forderungen des fahrenden Publikums hat. Aber die unhaltbaren Zustände auf der Strassenbahn sind nicht nur eine Kulturschande, sie bergen auch viele Gefahrmomente. Wie die Kulturschande so sind auch die Gefahrmomente in Permanenz. Das alles aber rührt die Gemeindeverwaltung nicht. Sie vergleichen nur immer die Wiener Gaspreise mit denen in Berlin, London usw. Sie haben aber noch nie die Verhältnisse des Wiener Strassenbahnverkehrs denen in anderen Grosstädten gegenüber gestellt. In keiner anderen Kulturstadt besteht ein so menschenunwürdiger Verkehr wie in Wien. Und trotzdem kommen Sie jetzt dazu, an eine Tarifierhöhung zu denken. Die Arbeiter-Zeitung hat sich die Finger wund geschrieben über die Notwendigkeit und Berechtigung der Reform des Strassenbahntarif. Bevor Sie aber das Attentat auf die Bevölkerung ausüben, ist es Ihre Pflicht, erst den Verkehr bedeutend zu verbessern. Die Kulturschande des Wiener Strassenbahnverkehrs verdanken wir der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung. Sie verneinen die kapitalistische Wirtschaftsordnung im Wort und Schrift, in der Gemeinde aber stehen Sie nur auf den Standpunkt der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Anstatt den Forderungen des fahrenden Publikums

Rechnung zu tragen, wollen sie nach dem Prinzip der kapitalistischen Wirtschaftsordnung möglichst viel Kapital aus der fahrenden Bevölkerung herausziehen. Sie sprechen kein Wort über eine Verbesserung des Verkehrs, die Hauptsache ist, mit der Strassenbahn möglichst viel einzuheimsen. Ich gebe zu, das in anderen Städten höhere Tarife sind; aber in allen diesen Städten hat auch die Bevölkerung eine andere Möglichkeit der Beförderung. Für die Wiener Verhältnisse ist der jetzige Tarif noch zu hoch. Auch dem Personal bringen Sie kein Verständnis entgegen. Es ist nicht gleich, ob ein Schaffner in einem normal besetzten Wagen seinen Dienst verrichtet oder in einem kulturbedinglich überfüllten. Der Redner bemängelt weiters, dass das Koalitionsrecht der christlichen Strassenbahner nicht gewahrt wird und bezeichnet dies ebenfalls als Kulturschande der sozialdemokratischen Stadtverwaltung. (Beifall).

G.R. Uebelhör (E.L.) bringt einige Bezirkswünsche zur Sprache. Er wünscht die Verlegung der Haltestelle Palfygasse der von der Stadt kommenden Wagen zum Jörgerbad. Es wäre auch wünschenswert, wenn bei der Haltestelle Jörgerbad der Stadteinwärtsfahrenden Wagen an dem Gebäude des Jörgerbades zum Schutz der Fahrgäste bei schlechtem Wetter ein Vordach angebracht werden würde. Die Wagen H, H2, 43 und V fahren nicht in entsprechenden Intervallen, sondern kommen immer auf einmal gefahren. Das hat keinen Sinn und es wäre notwendig, die Wagen in entsprechenden Abständen fahren zu lassen. Ein grosser Uebelstand auf der Strassenbahn ist auch der, dass die Fenster mit Plakaten ganz verpielt sind. Die Schaffner können nicht hinaussehen, es wird öfters zu früh abgeleutet, wodurch Unglücksfälle entstehen können. Der Redner bemängelt dann schliesslich noch, dass die Schaffner die Aufschriftstafeln in den Endstationen zu früh umhängen, wodurch die Fahrgäste belästigt werden.

G.R. Angermayer (E.L.) bemerkt, dass es heute auch an der Disziplin der Strassenbahner mangelt. Früher war das Strassenbahnpersonal ein Elitekorps, das sich durch freundliches Benehmen und durch seine Zuverlässigkeit auszeichnete. Das wird heute vermisst. Viele Strassenbahner sind auch salopp adjustiert; auch in der Adjustierung ist ein merklicher Rückschritt zu beobachten. Mit offenen Blusen, unter denen das Netzleibchen zu sehen ist, wird oft Dienst gemacht. Der Redner kritisiert, dass anlässlich der letzten Frohnleichnamsprozession in Margareten einige Schaffner und Strassenbahner ostentativ die Kappe aufbehalten haben. Die Kappe abzunehmen, dazu kann niemand gezwungen werden. Die Strassenbahner und Schaffner haben sich aber auch ostentativ die Pfeife angezündet. Dem Personal ist es nicht erlaubt, während des Dienstes zu rauchen, daher ist dieses Vorgehen ein Dienstvergehen. Ein solches konnte dreimal beobachtet werden. Der Redner verlangt, dass an das Personal ein Dienstauftrag hinausgeht, wonach alle Angestellten des Verkehrs strengs auf die Dienstvorschriften verwiesen werden sollen.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Rausnitz, dass er nicht in der Lage sei auf die einzelnen Detailwünsche einzugehen. Der Strassenbahnverkehr hat heute schon eine derartige Dichte erreicht, dass eine weitere Verdichtung eine Hemmung des Verkehrs sein würde. Es ist auch nicht richtig, dass der Fahrpark heute schlechter sei als in der Vorkriegszeit. Tatsache ist, dass die Verhältnisse die Vorkriegeshöhe schon überschritten haben. Dass die Zahl der Schaffner im Verhältnis zur Frequenzzahl der Fahrgäste heute kleiner ist, ist darauf zurückzuführen, dass durch die Einführung der Vorverkaufskarten zum Beispiel die Manipulation der Schaffner im Wagen wesentlich eingeschränkt wurde. Die hohe Frequenz ist dem billigen Tarif zuzuschreiben. Die Klagen über die Ueberfüllung würden sofort aufhören, wenn die Tarifverhältnisse der Vorkriegszeit eintreten würden. Von einer Ausbeutung des Publikums kann nicht gesprochen werden. Die Strassenbahn arbeitet ohne Ueberflüsse. Die Gemeindeverwaltung bemühe sich, den Strassenbahnverkehr durch die Führung von Autobussen zu entlasten. (Beifall der Sozialdemokraten).

Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Prof. Neubauer beantragt die Gewährung einer Subvention von 1200 Schilling für den Verein Carnuntum.

G.R. Uebelhör (E.L.) verweist auf die erspriessliche Tätigkeit dieses Vereines, der insbesondere den Schülern der öffentlichen Schulen archäologische Kenntnisse vermittelt. Einen solchen Verein sollte die Gemeinde stärker fördern, weshalb von der Minderheit eine Erhöhung der Subvention auf fünftausend Schilling beantragt wird.

G.R. Pfeiffer (E.L.) bemängelt, dass die Subventionen alle aus der Kreditpost für unvorhergesehene Ausgaben entnommen werden. Es muss bestritten werden, dass es nicht möglich ist, die Subventionen die gegeben werden, schätzungsweise nach der Höhe voraus zu bestimmen und im Rahmen eines normalen Budgets unter zu bringen. Die Gemeinde müsste endlich ein gesundes System auf diesem Gebiet einführen. Alljährlich sollte bis zu einem gewissen Zeitpunkt den Vereinen Gelegenheit gegeben werden ihre Subventionsgesuche einzubringen und dann hat man ein Bild, was für ein Betrag notwendig ist. Dieses System würde auch viel Zeit ersparen, weil dann diese ewigen und unfruchtbaren Debatten wegfallen.

G.R. Prof. Neubauer erklärt, dass der Bund, der ein viel grösseres Interesse an der Wirksamkeit des Vereines Carnuntum haben muss nur 1500 Schilling gibt. Die Gemeinde könne nicht für eine Vereinigung, die gar nicht in Wien ist, noch mehr aufwenden. Die Wirksamkeit des Vereines kommt ja der ganzen Republik zugute.

Der Antrag Uebelhör wird abgelehnt, der Referentenantrag angenommen.

G.R. Prof. Neubauer beantragt der Sozialpädagogischen Gesellschaft eine Subvention von fünfhundert Schilling zu bewilligen.

G.R. Waldsam (E.L.) bezeichnet diesen Verein als sozialdemokratisch. Seine Veranstaltungen bestehen in Unterhaltungsabenden, die in der Arbeiter-Zeitung angekündigt werden. Er hat auch die geistige und manuelle Unterstützung der Kinderfreunde zum Ziel. Wir haben gar keine Ursache, eine solche sozialdemokratische Bildungsorganisation zu unterstützen.

G.R. Prof. Neubauer erwidert, dass der Verein keineswegs sozialdemokratisch sei und richtet an die Mitglieder der Minderheit das Ersuchen einmal die Weiheabende dieser Organisation zu besuchen; sie werden dann gewiss ihre Meinung ändern.

Die Subventionierung wird bewilligt.

G.R. Reisinger berichtet, dass die städtischen Gaswerke ungefähr 245.000 Kubikmeter Koks jährlich produzieren, der nur zur Hälfte in Wien abgesetzt werden kann. Um nun den Absatz zu steigern, soll vom 1. Juli an jede neue Gemeindeförderung einen Koksöfen von den Gaswerken beigestellt bekommen. Es wird gerechnet, dass heuer rund 3500 Öfen notwendig sind. Die Öfen gehen in das Eigentum der Gemeinde über.

G.R. Scholz (E.L.) bemängelt, dass diese Öfen von den Gaswerken, also von den Gasabnehmern bezahlt werden müssen. Die Gemeinde hätte die Pflicht diese Öfen selbst beizustellen. Nach dem Wohnbauprogramm werden die Gaswerke in den nächsten fünf Jahren mit rund zwei Millionen Schilling durch die Beistellung dieser Öfen belastet. Die Reparaturen an diesen Öfen sollen den Gewerbetreibenden übertragen und nicht von der Werkstätte der Gaswerke besorgt werden.

G.R. Reisinger antwortet, dass in den Kleinwohnungen auch vor dem Krieg weder von der Gemeinde noch von den Hausbesitzern Öfen aufgestellt wurden. Die Reparaturen werden nicht vom Gaswerk, sondern von eigenen Firmen besorgt. Eine Belastung der Gasabnehmer tritt nicht ein, weil durch den vermehrten Koksabsatz den Gaswerken höhere Einnahmen zufließen.

Die Vorlage wird angenommen.

G.R. Reisinger beantragt Rohrlegungen für Gasleitungen in der Krottenbachstrasse und in einigen anderen Strassenzügen. Die Kosten betragen rund 300.000 Schilling und werden durch Bankkredit aufgebracht.

G.R. Dr. Hengl (E.L.) bezeichnet die Rohrlegung in der Krottenbachstrasse als sehr notwendig, weil dort ungünstige Verhältnisse herrschen. Er wünscht, dass auch andere Gebiete Döblings, die sehr schlecht beleuchtet sind, endlich berücksichtigt werden.

G.R. Scholz (E.L.) erklärt, dass viele Bäcker, Fleischselcher und andere Gewerbetreibende ihre Gasöfen auflassen müssen, weil der Rabatt von zehn Prozent zu gering sei. Es wäre zweckmässig, einen höheren Rabatt zu gewähren.

G.R. Reisinger entgegnet, dass die Beleuchtungsverhältnisse in Döbling vor dem Krieg in gewissen Gebieten sehr viel zu wünschen übrig gelassen haben. Jetzt ist es durch die Einführung der elektrischen Beleuchtung wesentlich besser geworden. Die Mitteilungen über die Erfahrungen der Gewerbetreibenden mit den Gasöfen sind unrichtig, weil eine fortwährende Steigerung der Anmeldungen verzeichnet werden kann.

Die Rohrlegungen werden genehmigt.

GR. Schütz beantragt die Festsetzung der Baulinien

Vizebürgermeister Hoss wünscht, dass in Zukunft bei Baulinienbestimmungen auf die zukünftige Baulinienbestimmung für das umliegende Gelände und für die Durchgangsstrassen Rücksicht genommen werde.

Nach der Mitteilung des Gemeinderates Schütz, dass die Bandstrassen als Durchgangsstrassen gedacht sind, wird der Antrag angenommen.

GR. Schütz referiert über die Vergrößerung des Herderplatzes in Simmering.

GR. Prinke (E.L.) begrüsst den Antrag, der angenommen wird.

GR. Schütz referiert über die Errichtung einer gemauerten Trafikhütte auf dem Hoferplatz in Ottakring.

GR. Ullreich (E.L.) nimmt gegen den Standort der Trafik Stellung worauf der Antrag angenommen wird.

GR. Schütz referiert über die Herstellung eines gemeinsamen Aussenraumes im Direktionsgebäude der städtischen Elektrizitätswerke. Die Kosten betragen 50.000 Schilling.

GR. Untermüller (E.L.) bemängelt, dass im Vortragsaal des städtischen Elektrizitätswerkes Sektionen der sozialdemokratischen Partei Versammlungen abhalten. Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Schneider referiert über den Neubau der Siebenbrunnenfeldgasse der Kendlgasse und der Seitenbahn des Margaretengürtels.

GR. Morbaul (E.L.) wünscht, dass die Strassenherstellungen sobald als möglich durchgeführt werden. Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Schneider referiert über die Strassenreueherstellung des Inneren Mariahilfgürtels.

GR. Untermüller (E.L.) begrüsst diese Strassenregulierung.

Schon im Jahre 1925 wurde in den Voranschlag ein Betrag für die Regulierung eingesetzt, ebenso 1926, aber gemacht wurden die Arbeiten nicht. Man hat die Verhandlungen mit den Grundbesitzern unernst geführt und von ihnen grosse Opfer verlangt. Wenn nun endlich diese Regulierung durchgeführt werden wird, so kann es nur begrüsst werden.

G.R. Schneider entgegnet, dass nun die Gemeinde die Erde, die dort abgegraben werden muss, auf dem Kongressplatz für den Bau des Schwimmbades braucht und deshalb die Grundeigentümer von dieser Arbeit enthoben hat. Die Arbeiten dürften noch heuer vollendet werden.

Die Vorlage wird genehmigt, worauf die Vorsitzende Gemeinderätin Bock um halb zehn Uhr abends die Sitzung schliesst.

Wien, am Samstag, den 25. Juni 1927

Sitzungen des Wiener Gemeinderates. Auch in der kommenden Woche wird der Wiener Gemeinderat am Dienstag und Freitag um fünf Uhr nachmittags Sitzungen abhalten. Der Stadtsenat hält am Dienstag um zehn Uhr vormittags eine Sitzung ab.

Das neue Schwimm-, Sonnen- und Luftbad "Hohe Warte". Heute Sonntag elf Uhr vormittags wird Bürgermeister Seitz die nunmehr fertiggestellte Badeanlage auf der Hohen Warte eröffnen. Die Gemeinde hat die Grundflächen der ehemaligen Filmgesellschaft Dreamland abgekauft und dort das seinerzeitige Aufnahmsatelier zu einer Schwimmhalle umgestaltet. Das Badebecken ist 25 Meter lang und 14 Meter breit und für Schwimmer und Nichtschwimmer eingerichtet. Die grösste Wassertiefe ist 3'50 Meter. Die Gardaroberäume der Filmdarsteller, die an das Atelier angebaut sind, wurden in Kabinenräume umgestaltet. Bei Eingang zur Schwimmhalle wurden zahlreiche Brausen angebracht um den Badegästen die Reinigung vor Benützung des Schwimmbeckens zu ermöglichen. Die Schwimmhalle hat grosse auf Rollen verschiebbare Tore, die es ermöglichen, die eine Längsseite gegen das Sonnen- und Luftbad zu vollständig zu öffnen. Es wird ausschliesslich Hochquellenwasser verwendet, das in einer eigenen Kesselanlage vorgewärmt wird. Das Wasser wird ständig filtriert, wozu unmittelbar an die Schwimmhalle anschliessend die maschinellen Einrichtungen geschaffen worden sind. Vor der Schwimmhalle ist eine grosse Rasenfläche, die für Zwecke eines Sonnen- und Luftbades mit Liegebrättern und Bänken reichlich ausgestattet wurde. Eines der beiden Dekorationsmagazine wurde in zwei Stockwerke ^{ge-}teilt und mit Kleiderkästchen versehen. Das andere Magazin wurde in eine grosse Turnhalle umgewandelt, in der viele moderne Turngeräte aufgestellt sind. Die neue Badeanlage wird ungefähr tausend Umkleidegelegenheiten besitzen. Die Badepreise wurden in derselben Höhe, wie für das Schwimm-Sonnen- und Luftbad "Krapfenwaldl" und "Ottakring" festgesetzt. Für die Benützung eines Kleiderkästchens sind für drei Stunden sechzig Groschen und für eine Kabine 1'40 Schilling zu zahlen. Kinderkarten kosten zehn Groschen. Finden am Sportplatz Hohe Warte Veranstaltungen statt, dann wird die neue Badeanlage bis zehn Uhr abends geöffnet sein.

Im Pullman-Auto nach Wien. Das wachsende Interesse, das insbesondere in den Westländern für Wien besteht, findet neuerlich Ausdruck in der Tatsache, dass eine vornehme english-amerikanische Reisegesellschaft, beschlossen hat, ohne Benützung einer Eisenbahn auf dem Kontinent, in ihrem eleganten mit allem Komfort ausgestatteten Pullman-Auto eine Reise zu veranstalten, die sie auch nach Wien führt. In dem Auto haben 14 Personen Platz. Der Weg führt über München, Dolomitenstrasse, Villach, Kärnten und den Semmering nach Wien. Die Rückreise erfolgt über Budapest und Prag.

Wahlen in die Personalvertretung der städtischen Beamten. In der vergangenen Woche wurde die Personalvertretung der Standesgruppe der Beamten des mittleren Verwaltungsdienstes gewählt, die 1041 Beamte umfasst. Von 827 gültigen Stimmen erhielt die freigewerkschaftliche Liste 543, die Liste der Vereinigten Gewerkschaften (christliche, deutsche Gewerkschaft und Bund der Unabhängigen) 284 Stimmen. Es erhielt die freigewerkschaftliche Liste vierzehn Mandate, gegenüber neun bei der vorhergegangenen Wahl im Jahre 1926, die Liste der Vereinigten Gewerkschaften sieben Mandate, gegenüber zwölf bei der letzten Wahl. In den Hauptausschuss des Fachvereines entsendet die freigewerkschaftliche Liste 28 und die Liste der Vereinigten Gewerkschaften 14 Delegierte. In den Verband der städtischen Angestellten entsendet alle 42 Delegierten die freigewerkschaftliche Liste; die Gegenseite hat für diese Körperschaft keine Liste aufgestellt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

240
Zweite Ausgabe

Wien, Samstag, den 25. Juli 1927.

Entfallende Sprechstunde beim städtischen Baureferenten. Wegen dienstlicher Verhinderung entfällt am Montag die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Siegel.

Das Gänsehäufel-Strandfest verschoben. Infolge des Regenwetters wurde das für Samstag geplante Strandfest im städtischen Strandbad Gänsehäufel verschoben. Die Veranstaltung wird am Samstag, den 2. Juli abgehalten werden.

Unrichtige Meldungen über den Vater der Frau Grosavescu. In den Zeitungsberichten über den Prozess Grosavescu wird wiederholt von dem Vater der Frau Grosavescu, Herrn Kövesdy als Bezirksrat gesprochen. Der Magistrat stellt fest, dass Herr Kövesdy wohl während der abgelaufenen Wahlperiode als Vertreter der bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei der Bezirksvertretung Josefstadt als Mitglied angehört hat, seit dem am 24. April stattgefundenen Neuwahlen aber nicht mehr Bezirksrat ist. Es wird ferner behauptet, dass Herr Kövesdy bei der Gewerbebehörde in Konzessionsangelegenheiten interveniert habe und dass insbesondere die Verleihung der Konzession Lauterstein auf seinen Einfluss zurückzuführen sei. Dem gegenüber wird festgestellt, dass die Entscheidungen des Magistrates selbstverständlich in keiner Art durch derartige Interventionen beeinflusst werden können und auch in diesem Falle eine Beeinflussung nicht stattgefunden hat.

Wien, Montag, den 27. Juni 1927.

Eröffnung des Schwimm-, Sonnen- und Luftbades Hohe Warte. Am Sonntag vormittags wurde im Beisein zahlreicher Vertreter der Gemeindeverwaltung und vieler Festgäste das auf den Gründen der Dreamland-Filmgesellschaft von der Gemeinde errichtete Schwimm-, Sonnen- und Luftbad eröffnet.

Bezirksvorsteher Seleskowitsch begrüßte die Gäste. Auf den heutigen Tag warte, sagte er, dieser sogenannte Nobelbezirk seit dem Jahre 1891. Seit dieser Zeit sind wir im Bezirk ununterbrochen bemüht, zu erreichen, was heute zur Erfüllung wird, ein Bad für die breiten Massen der Bevölkerung im Inneren des Bezirkes. Die Errichtung dieses Bades ist ein neuer Beweis für die umfassende Fürsorgetätigkeit der Gemeinde. Das neue Bad wird für die Döblinger Bevölkerung eine Quelle der Gesundheit, Schönheit und Kraft sein.

Stürmisch begrüßt eröffnete dann Bürgermeister Seitz die Anlage. Wir kommen, sagte der Bürgermeister, nicht selten nach Döbling. Der neunzehnte Bezirk erfreut sich einer sehr weitreichenden Fürsorge der Gemeinde. Jetzt hat die Gemeinde hier ein Luft-, Sonnen- und Schwimmbad errichtet. Schon in dem Namen des Bades sind die drei Elemente angedeutet, in denen sich besonders unsere Jugend bewegen soll: Luft, Sonne und Wasser. Wir wollen systematisch über ganz Wien ein Netz von Bädern breiten, so dass Wien im wahrsten Sinne des Wortes das wird, als das man es heute schon bezeichnet: eine Bäderstadt. Die Gemeindeverwaltung ist sich bewusst, dass das Volk der schweren Aufgabe der Zeit nur gewachsen ist, wenn es körperlich tüchtig ist. Aus der körperlichen Kraft erwächst dann auch die moralische Kraft. In diesem Sinne wollen wir unsere Jugend erziehen und dazu bedürfen wir auch der Bäder. Die Jugend hat hier alles, was sie wünschen kann, frische Luft, Sonne und Wasser, sie kann im Freien turnen und spielen. So wünsche ich Ihnen im Namen der Gemeinde, dass Sie alle herzlich von dem Gebotenen Gebrauch machen und dass das Bad dem Bezirke Döbling Segen bereite.

Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede des Bürgermeisters, wurde das neue Bad der allgemeinen Benützung übergeben. Es hatte dann einen wahren Massenbesuch zu verzeichnen.

Ungarische Sozialdemokraten im Wiener Rathaus. Am Sonntag sind in Wien 53 sozialdemokratische Funktionäre aus den grösseren Städten Ungarns angekommen. Die Abordnung bleibt bis Donnerstag in Wien und wird hier verschiedene kommunale Einrichtungen besichtigen. Heute mittags wurden die Gäste im Rathaus von Bürgermeister Seitz empfangen, der sie namens der Stadtverwaltung herzlich willkommen hiess. Der Sekretär der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion Monus dankte für die freundliche Begrüssung. An den Empfang schloss sich eine Führung durch das Rathaus an. Im Gemeinderatssitzungssaal hielt Sekretär Honay einen längeren Vortrag über die Wiener Gemeindeverwaltung. Am Dienstag und Mittwoch werden die ungarischen Gäste die städtischen Wohlfahrtseinrichtungen, einige Wohnhaus- und Siedlungsanlagen und Unternehmungen besichtigen.

Vorübergehende Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. Wegen Arbeiten an der Oberleitung wird der Bahnhofrundverkehr in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch von der Invalidenstrasse über die Landstrasser Brücke - Stubenbrücke - Wollzeile - Stubenring - Uraniastrasse - Radetzkystrasse abgelenkt. Die Ablenkung erstreckt sich auf beide Fahrrichtungen.

Werktagsfahrpreis auf der Strassenbahn am Mittwoch. Auf den städtischen Strassenbahnen und auf der Wiener elektrischen Stadtbahn gilt am Mittwoch (Feiertag) der Werktagsfahrpreis. Es können deshalb an diesem Tag die Arbeitslosenfahrtscheine, Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten und Fürsorgefahrtscheine verwendet werden. Die Wochenkarten und die Rückfahrtscheine gelten schon von 11 Uhr vormittags an für die Rückfahrt. Auf der Stadtbahn sind die Hunde am Mittwoch vom Betriebsbeginn bis 9 Uhr und von 16 bis 18 Uhr von der Beförderung ausgeschlossen.

Reise des Gesangvereins der Oesterreicher in New-York nach Wien. An dem im Juli 1928 in Wien stattfindenden zehnten Deutschen Bundessängerfest werden auch viele Deutsch-Amerikaner teilnehmen. Bis jetzt sind bereits dreitausend Sänger aus Amerika angemeldet. Insbesondere der Gesangverein der Oesterreicher in New-York entfaltet für diese Europareise eine lebhaft propagandistische Tätigkeit. Die amerikanischen Gäste werden sich am 27. Juni 1928 in New-York einschiffen. Sie bleiben acht Tage in Oesterreich, davon zwei Tage in Salzburg, einen Tag in Linz und die übrigen Tage in Wien und Umgebung.

Ansuchen um Schülerkarten für die Strassenbahn schon jetzt einbringen! Die Strassenbahndirektion macht darauf aufmerksam, dass die Ansuchen um Schülerfahrtscheine für das kommende Schuljahr schon jetzt einzubringen sind. Bei später einlangenden Gesuchen kann eine zeitgerechte Erledigung nicht verbürgt werden. Es empfiehlt sich deshalb diese Gesuche noch während des laufenden Schuljahres an die Strassenbahndirektion zu richten.

Grosse Bestellungen durch die Gemeinde Wien.

Auch im Mai für nahezu vierzehn Millionen Schilling Arbeitsaufträge.

So wie in den früheren Monaten hat die Gemeinde Wien auch im Mai eine Reihe von grossen Arbeitsaufträgen an Gewerbe und Industrie vergeben, um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Neben den grossen Aufträgen, die mit der Durchführung des kommunalen Wohnbauprogrammes verbunden sind, wurden insbesondere sehr umfangreiche Bestellungen für Strassenbauten aufgegeben. Ein Auftrag auf Lieferung von hunderttausend Kubikmeter Hartschottermaterial sichert den Schotterwerken die erwünschte Beschäftigung. Die Herstellung der Gehwege in allen Bezirken hat den einschlägigen Unternehmungen starke Beschäftigung gebracht. Für die städtischen Wohnhausbauten wurden 45.000 Kubikmeter Kalkschottermaterial, dreihunderttausend Stück Spezialziegel und die erforderlichen Maschinen für einige Waschanlagen bestellt. Sehr bedeutende Aufträge wurden auch an die Metallindustrie, Holzindustrie und an das Installationsgewerbe vergeben. Günstige Fortschritte wurden im Mai auch bei der Durchführung der elektrischen Strassenbeleuchtung erzielt, wodurch die einschlägige Industrie eine sehr starke Beschäftigung erhielt. Neben den Arbeitsaufträgen, die von der Hoheitsverwaltung vergeben worden sind, haben auch die städtischen Unternehmungen sehr bedeutende Lieferungen an Industrie und Gewerbe vergeben, die jedoch hier nicht berücksichtigt worden sind.

Wien, Dienstag, den 28. Juni 1927.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 28. Juni 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat tritt sofort in die Verhandlungen ein. Zunächst wird ohne Debatte ein Antrag des Gemeinderates Schneider, für einzelne Betriebsteile des städtischen Gemeindebetriebes Zuschusskredite zu bewilligen, angenommen.

GR. Schneider beantragt weiters, das städtische Amalienbad an die Wientalwasserleitung anzuschliessen. Die Kosten betragen 25.000 Schilling.

GR. Pfeiffer (E.L.) wendet sich gegen die partielle Vergebung der städtischen Bäder wie auch von Turnplätzen in städtischen Schulen an Vereine, die um die Benützung ansuchen. Er verwahrt sich dagegen, dass dabei zwischen sozialdemokratischen und nichtsozialdemokratischen Vereinen und Korporationen ein Unterschied gemacht wird. Augenblicklich aber besteht eine Diktatur und gegen diese müsse man sich zur Wehr setzen. Dieser unerträgliche und unhaltbare Zustand muss aufhören und die Bäder und Turnplätze müssen der gesamten Bevölkerung dienen. Die körperliche Erziehung ist eine Sache der Allgemeinheit und darf keine sozialdemokratische Parteisache allein sein.

In seinem Schlusswort entgegnet GR. Schneider, dass bei der Vergabung von Bädern und Turnplätzen von keiner Diktatur die Rede sein kann. Es wird jederzeit für eine entsprechende Zeiteinteilung und Aufteilung gesorgt.

Der Antrag wird angenommen.

Schliesslich beantragt GR. Schneider die Aufstellung eines Sprungturmes im Schwimm-, Sonnen- und Luftbad auf dem Kongressplatz. Die Kosten betragen 9800 Schilling.

GR. Millig (E.L.) erklärt, dass seine Partei für den Antrag stimmen wird, und ersucht, dass zugleich mit der Führung der 10er Linie durch die Sandleitengasse auch die Strassenbahnstrecke ins Liebhartstal verlängert werde.

Der Antrag wird sodann angenommen.

GR. Suchanek beantragt einen Kredit von 87.000 Schilling für die Bäckerei, Spinnerin am Kreuz. Es ist geplant, die Bäckerei zu verlegen.

GR. Kerber (E.L.) betont, dass er schon wiederholt auf die Unweckmässigkeit der Bäckerei hingewiesen hat, und stellt an den Referenten die Anfrage, wohin eigentlich die Bäckerei verlegt werden soll.

In seinem Schlusswort erwidert GR. Suchanek, dass die Verlegung infolge der Erschaffung der Gartenstadt notwendig sein wird. Die diesbezügliche Vorlage wird den Gemeinderat noch beschäftigen.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Reisinger beantragt einen Sachkredit von 600.000 Schilling für den Umbau eines Teiles der Schaltanlagen in den Unterstationen des städtischen Elektrizitätswerkes zu bewilligen.

GR. Scholz (E.L.) erklärt, dass die Arbeiten in den Schaltanlagen notwendig seien. Ebenso sei es auch notwendig, die Arbeiten fortlaufend durchzuführen. Eine Unterbrechung der Arbeiten soll nicht eintreten.

In seinem Schlusswort erwidert GR. Reisinger, dass die Arbeiten fortlaufend gemacht werden.

Der Antrag wird angenommen.

GR. Alt berichtet über einen Grundankauf, den der Bürgermeister bereits auf Grund des § 96 der Verfassung genehmigt hat. Der Ankauf wird ohne Wortmeldung nachträglich genehmigt.

GR. Fischer berichtet über die Uebernahme einer Leichenbestattungskonzession durch die städtische Leichenbestattung. Auch dieser Antrag wurde bereits auf Grund des § 96 vom Bürgermeister genehmigt.

GR. Haider (E.L.) erklärt, dass die Verstaatlichung der Leichenbestattung ein gesunder volkswirtschaftlicher Gedanke sei. Dies aber nur dann, wenn die Gemeinde jene soziale Einsicht aufbringt, die notwendig ist, um die Not des kleinen Geschäftsmannes nicht zu ihrem Vorteil auszunützen. Die Rente, die der Besitzerin dieser Konzession gezahlt wird, ist viel zu klein. Es soll doch in einem solchen Fall nicht nur das Interesse der Gemeinde, sondern auch das des wirtschaftlich Schwachen gewahrt werden.

GR. Zimmerl (E.L.) X: Der Gemeinderat geht nun in die Beratung jener Geschäftsstücke ein, die auf Grund des § 96 vom Bürgermeister erledigt worden sind. Wir haben schon in der ersten Sitzung des neuen Gemeinderates gegen die missbräuchliche Anwendung des § 96 protestiert. Aber weder der Referent, noch der Bürgermeister, haben es der Mühe wert gefunden, auch nur zu antworten. Inzwischen hat die Zahl der Geschäftsstücke, die auf Grund des § 96 genehmigt worden sind, sich stark vermehrt; es sind 82 geworden.

Bürgermeister Seitz unterbricht den Redner, verliest dem § 96 und erklärt, dass ein so schwerwiegender Vorwurf, wie die missbräuchliche Anwendung nicht erhoben werden könne.

GR. Zimmerl: Ich bin der Meinung, dass der Bürgermeister überhaupt nicht berechtigt war auch nur ein Stück nach § 96 zu erledigen, weil der Gemeinderat hätte einberufen werden können. Der § 96 ist ja nur dann berechtigt, wenn die Möglichkeit fehlt, wie etwa in der Laubszeit, den Gemeinderat einzuberufen. Schliesslich könnte man ja auch das ganze Jahr den Gemeinderat nicht einberufen und nur mit dem § 96 verwalten. Wir protestieren vor allem, dass der Gemeinderat während der Wahlbewegung nicht einberufen wurde. Daher muss der Bürgermeister durch den Referenten bei jedem Geschäftsstück begründen lassen, warum er es mit dem § 96 erledigt hat. Wir haben leider auf Grund der Verfassung keine andere Möglichkeit, als gegen einen solchen Vorgang zu protestieren. Ich kann nur wiederholen, dass hier nicht nur eine missbräuchliche Anwendung des § 96 vorliegt, sondern ein eklatanter Fall des Missbrauches der Amtsgewalt. (Beifall).

Bürgermeister Seitz macht den Redner darauf aufmerksam, dass er als Bürgermeister kein Recht hat, dem Referenten Aufträge zu erteilen. Es sei auch dem Redner nicht gelungen für seine schwerwiegenden Beschuldigungen den Nachweis zu erbringen.

GR. Angermayer (E.L.) bespricht die Versicherungsverträge, die vor dem Krieg von der städtischen Leichenbestattung abgeschlossen worden sind. Als die Krone ins Rutschen gekommen ist, hat die Leichenbestattung erklärt, dass sie die Sachleistungen nicht mehr einhalten kann und eine Praxis eingerichtet, die dem schädigsten polnischen Juden als Geschäftsmann nicht eingefallen wäre. Erst durch Prozesse haben die Versicherten ihr Recht erkämpfen müssen.

Bürgermeister Seitz ersucht den Redner zum Gegenstand zu sprechen. GR. Angermayer (E.L.) erklärt, dass seiner Ansicht nach diese Verträge zum Gegenstand gehören. Er fragt den Referenten, ob hier nun eine andere Praxis eintref/e, weil diese Prozesse das Ansehen der Stadt Wien schwer schädigen. (Beifall).

GR. Doppler (E.L.) verlangt, dass der Referent begründen soll, warum der § 96 angewendet werden musste. Man hat hunderte von Geschäftsstücken monatlang mit dem § 96 erledigt und dann dem Gemeinderat vorgelegt. Der § 96 verlangt aber, dass diese Geschäftsstücke unverzüglich an den Gemeinderat gelangen müssten. Das hat keine andere Verwaltung so getrieben. Als am 5. März die Wahlausschreibung erfolgte, hat man auch den Gemeinderat nicht mehr einberufen. Es wurde alles mit dem § 96 erledigt. Der Gemeinderat ist nur mehr eine Farce. Aber so kann auf die Dauer die Geschäftsführung nicht gehen. Man kann hier wirklich mit Recht von einer missbräuchlichen Anwendung des § 96 sprechen, weil nur der Cäsarenwahn

GR Rummelhardt (E.L.) erklärt, dass der § 96 nur eine Notverordnung sei, die nur dann in Kraft treten kann, wenn der Gemeinderat nicht einberufen werden kann. Es gehe aber doch nicht an, Geschäftsstücke auf Grund des § 96 zu genehmigen und nach Monaten dem Gemeinderat vorzulegen. Darunter sind doch viele Geschäftsstücke, zu denen die Minderheit Stellung nehmen muss, bevor sie genehmigt worden sind. Die Bevölkerung kann das Gewiss nicht ruhig hinnehmen. Sie würdigen den Gemeinderat zu einer Farce herab. Dagegen müssen wir auf das entschiedenste protestieren, weil dies der Würde und der Ehre des Gemeinderates widerspricht. Der Bürgermeister müsste sich vor dem Gemeinderat rechtfertigen, oder es müsste im Akt niedergelegt sein, warum die Genehmigung auf Grund des § 96 erfolgte. Das was hier geschieht, haben auch die alten Despoten getroffen. Es ist eine Verwaltung, die sich auf die Bevölkerung nicht mehr gefallen lassen kann und wenn hier nicht eine Aenderung eintritt, dann werden wir gezwungen, die Bevölkerung entsprechend aufzuklären. (Beifall).

GR Dr. Kolassa (E.L.) meint, dass diese Art der Anwendung des § 96 auch vom verwaltungsjuristischen Standpunkt zu verurteilen sei. Es dürfte dem Bürgermeister schwer fallen, nachzuweisen, dass in dem vorliegenden Geschäftsstück, der § 96 angewendet werden musste. Es handelt sich um einen Notparagraph, der nur dann angewendet werden darf, wenn kein anderes Mittel vorhanden ist. Die Einberufung des Gemeinderates wäre aber ohne weiters möglich gewesen, man hat aber diese Geschäftsstücke erst nach Monaten dem Gemeinderat vorgelegt. Dadurch wird der Gemeinderat zu einer automatischen Abstimmmaschine herabgewürdigt und mit einer solchen Art der Geschäftsführung kann wohl niemand einverstanden sein. (Beifall).

Bürgermeister Seitz: Ich habe wiederholt Gelegenheit genommen, meine Stellung zum § 96 der Verfassung ^{ge-} kennzeichnen. Dieser Paragraph wird von mir nur im Falle der unerlässlichen Notwendigkeit angewendet ^{und zwar} aus drei Gründen. Erstens aus dem politischen Grund, ^{das} ich nicht eine Belastung des Bürgermeisters wünsche, wo sie nicht notwendig ist und es zweckmässig ^{ist,} die Verantwortung ^{der} Körperschaft ^{aufzulasten,} die berufen ist, zu verwalten. Zweitens aus einem persönlichen Grund, weil ich als Bürgermeister zu den vielen Verantwortungen nicht noch eine neue übernehmen will. Und drittens deshalb, weil eben der § 96 eine Ausnahmsbestimmung ist.

Ich habe also jedes solche ^U Geschäftsstück genau geprüft, weit genauer, als andere Akte und ich habe sofort nach dem Zusammentritt des neuen Gemeinderates alle diese Geschäftsstücke vorgelegt. Es ist nicht die Schuld der Mehrheit, wenn der Gemeinderat so spät in die Lage kommt, sie zu verhandeln.

Nun zur Frage, warum der Gemeinderat nicht während der Wahlbewegung einberufen wurde. Da muss doch einmal festgestellt werden, dass es ein stillschweigendes Übereinkommen zwischen der christlich-sozialen und sozialdemokratischen Partei war, dass bestimmte Körperschaften, Nationalrat, Landtage und grössere Gemeindevertretungen in der Wahlzeit nicht einberufen werden. Das war ganz klug. Bei den politischen Verhältnissen in Oesterreich wäre sonst die Wahlbewegung noch mehr überhitzt worden. Ich hielte es für eine geradezu kindliche Naivität, wenn ich im Parlament aufstünde und dem Präsidenten einen Vorwurf machte, dass er während der Wahlzeit das Parlament nicht einberufen hat. Ich habe das als selbstverständlich erachtet.

Nun wird auch die Zahl der Fälle beanständet. Nehmen wir den vorliegenden Fall. Dieser Vertrag war befristet. Die Frau blieb der Gemeinde nur bis 31. März im Wort. Es musste deshalb bis zu diesem Termin eine Entscheidung getroffen werden. Nun steht im § 96, dass die Sache dringlich sein muss und dass nur dann die Entscheidung getroffen werden soll, wenn sie nicht ohne Nachteil für die Sache abgewartet werden kann. Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Leichenbestattung dieses Geschäft nicht hätte machen sollen, dann hätten Sie das sagen müssen. Aber davon hat niemand geredet. Würde der Gemeinderat entscheiden, dass ich Unrecht habe, dann würde ich, wenn mir die Sache wichtig erschiene, die Konsequenzen ziehen. Der § 96 bestimmt dann noch, dass ein solches Geschäftsstück unverzüglich dem Gemeinderat vorzulegen ist.

Das ist auch in allen Fällen geschehen.

Die Frage ist aber, ob man überhaupt eine solche Bestimmung in der Verfassung haben soll. Ich sage ganz offen, eine Verwaltung von der Grösse der Stadt Wien rein parlamentarisch zu führen, ist unmöglich. Ich musste erst heute wieder, obwohl der Gemeinderat tagt, ein wichtiges Geschäftsstück auf Grund des § 96 genehmigen. Ich war immer gegen den Missbrauch des § 96 und habe es immer kritisiert wie er von Lueger geübt worden ist. Als ich mein Amt antrat, erklärte ich sofort, dass ich in diesem Fehdeer Luegers niemals verfallen werde, sondern nur dann diese Verfassungsbestimmung anwenden werde, wenn es unbedingt notwendig ist. (Lebhafter Beifall).

Anders ist es beim Bund. Wenn das Paräament das Budget genehmigt hat, verwaltet die Regierung ohne irgendeine Körperschaft zu befragen. Es wäre gewiss der Opposition im Nationalrat sehr angenehm, wenn die Regierung nach der Genehmigung des Budgets noch jede Durchführungsmaßregel, z.B. jeden Bau, dem Parlament mit Plänen, Kostenvoranschlägen u.s.w. vorlegen müsste, so dass die Opposition dazu Stellung nehmen könnte. Der Parteivorstand der Einheitsliste ist das System beim Bund sehr angenehm, als Opposition aber bekämpft sie es. Den § 96 hat Lueger geschaffen, wir werden ihm bestehen lassen, solange wir die Verwaltung führen. Wir werden davon nicht abgehen, so sehr es auch der Opposition erwünscht wäre. (Lebhafter Beifall).

GR Dr. Wagner (E.L.) erklärt, dass die Interpretation, die für die Auslegung eines Gesetzes entscheidend ist, die logische ist. Für die Interpretation aller geltenden österreichischen Gesetze gilt der ~~Satz~~ Leitsatz, dass sie nach der eigentümlichen Bedeutung der Worte in ihrem Zusammenhang auszulegen sind. Dadurch will der Gesetzgeber sorgen, dass die Gesetze ihre passende Anwendung finden. Der § 96 ist nur ganz ausnahmsweise anzuwenden. Ist aber seine Anwendung in 82 Geschäftsstücken eine ausnahmsweise Praxis? Das ist keine Ausnahmepaxis mehr, das ist ein unzulässiger Eingriff in die Zuständigkeit der Gemeindeorgane. Im § 96 heisst es dann noch weiter, daß die Geschäftsstücke, die der Bürgermeister mit der Anwendung des § 96 genehmigte, unverzüglich dem Gemeinderat zur nachträglichen Genehmigung zu unterbreiten sei. Es heisst ausdrücklich: Jedoch unverzüglich. Dieses Wörtchen jedoch bedeutet schon eine Einschränkung und beweist, dass es sich nur um ganz ausnahmsweise Ermächtigungen handeln kann.

In längeren Ausführungen nimmt nun StR. Rummelhardt (E.L.) zu der Anwendung des § 96 neuerdings Stellung. Er stellte fest, dass die Verteidigung des Herrn Bürgermeisters misslungen sei. Er hat wieder nur die alten Sätze gebraucht, die er zur Entschuldigung der Knebelung der Minderheit schon wiederholt gesagt hat. Die freigewählten Mandatäre haben das Recht und die Pflicht, über alles zu beraten und über alles zu beschliessen. Wenn ihnen das verhindert wird, so ist das eben ein Missbrauch. Der Herr Bürgermeister hat erklärt, dass bezüglich des Nichttagens von öffentlichen Körperschaften zwischen den Parteien ein stillschweigendes Übereinkommen bestand. Unserer Partei ist derartiges nicht bekannt. Die letzte Gemeinderatssitzung war am 4. März. Bis 20. Mai hat dann die Verfassung geruht. Aber nicht wegen eines Parteibereinkommens, sondern weil wir im Gemeinderat eine Interpellation eingebracht haben, die Ihnen sehr unangenehm war. Wir haben nämlich die Anfrage gestellt, inwieweit und welche Vereinbarungen mit dem berüchtigten Dr. Zalmann von Seiten Breitners abgeschlossen worden seien. Im Stadtsenat hat Breitner geleugnet, irgendwelche Abmachungen mit Zalmann getroffen zu haben. Dass wir das richtige vorausgesehen haben, haben die späteren Ereignisse gezeigt. Es war nicht wahr, dass keine Besprechungen stattgefunden haben. Es wurden tatsächlich Abmachungen getroffen und die Versprechungen dann als demagogisches Agitationsmittel verwertet. Die Furcht vor der Öffent-

lichkeit war für die Nichteinberufung des Gemeinderates maßgebend, weil man vor den Wahlen eine solche Debatte nicht haben wollte. Der Herr Bürgermeister hat versprochen, immer im Sinne der Verfassung zu handeln. Wir nehmen dieses Versprechen entgegen, aber wenn der Herr Bürgermeister sein Versprechen nicht einhält, müsste seine Partei darauf verzichten, eine demokratische Partei genannt zu werden, und der Herr Bürgermeister müsste verzichten, ein unparteiischer Bürgermeister genannt zu werden. Jede Verwaltungssache wird von Ihnen als eine politische behandelt. Das ist der Hauptfehler Ihrer Verwaltung. Wir vertragen das nicht. In der Politik werden wir uns raufen, aber die reinen Verwaltungsangelegenheiten müssen frei, gerecht und dem Gesetz entsprechend durchgeführt werden. (Beifall bei der Minderheit).

Bürgermeister Seitz stellt nun nochmals die Dringlichkeit des Geschäftsstückes fest und erklärt neuerdings, dass zwischen den Parteien ein stillschweigendes Übereinkommen bestand, die öffentlichen Körperschaften nicht einzuberufen. Zusammenfassend erklärte Bürgermeister Seitz, dass es im fernsten liegt, den § 96 öfters zu gebrauchen als unerlässlich ist. Er warte nur noch immer auf den Nachweis, dass er entgegen der geschäftsordnungsmässigen Bestimmung gehandelt habe. (Beifall bei der Mehrheit).

Nun beschäftigt sich GR. Zimmerl (E.L.) neuerlich mit der Anwendung des § 96. Er erklärt, dass es nicht richtig sei, daß der Gemeinderat nicht einberufen werden konnte. Die Minderheit habe nichts gegen die Anwendung des § 96, wenn der Gemeinderat nicht einberufen werden kann. Aber sie wehre sich dagegen, dass der Gemeinderat als eine Abstimmungsmaschine gesehen wird.

Die Gemeinderäte Dr. Wagner und Dr. Kolassa (E.L.) nehmen gleichfalls zum zweitenmal das Wort. Dr. Wagner erklärt, dass die Mehrheit den § 96 nur dem Wortlaut, und nicht dem Willen entsprechend des Gesetzes anwendet. Der § 96 wird nur oportunistisch behandelt. Dr. Kolassa wendet sich dagegen, dass der Gemeinderat als Abstimmungsmaschine angesehen werde.

Nun gelangt GR. Kunschak zum Wort. Er erklärt, dass die ganze Debatte auf das Ansehen des Bürgermeisters und des Gemeinderates kein besonders günstiges Licht werfe. Bürgermeister Seitz habe sich ein System der Autokratie zurechtgelegt, und mit der Vorlage von 87 Geschäftsstücken, die auf Grund des § 96 genehmigt wurden, soll nun die Generalprobe abgehalten werden, ob der Gemeinderat das alles frisst. Er erklärt weiters, dass der § 96 mit vollem Wissen des Bürgermeisters in die Verfassung aufgenommen worden sei. Der § 96 stamme auch nicht von Lueger, sondern er wurde von diesem vom seinerzeitigen Bürgermeister Dr. Prix übernommen. Seinerzeit haben die Christlichsozialen den § 96 bekämpft und zwar deswegen, weil ihm alle Merkmale anhafteten, ein bequemes Regieren zu ermöglichen. Der § 96 wurde in der christlichsozialen Ära nur angewendet, wenn der Gemeinderat in die Ferien gegangen war. Dem Bürgermeister wurden sogar eine Art Ermächtigungsgesetze gegeben. Was die finanzielle Bedeutung der Anwendung des § 96 durch den Herrn Bürgermeister bedeutet, so hat der Herr Bürgermeister damit nicht wenig die Ausgabe von nicht weniger als 327 Milliarden beschlossen. Es sind die verschiedensten Bauvorhaben mit dem § 96 genehmigt worden und der Bürgermeister trägt dafür die Verantwortung. Bei einem Bau, der gleichfalls mit dem § 96 genehmigt wurde, hat man den Leuten Licht und Luft gestohlen. Niemals hätte der Magistrat zu einer solchen Bauweise die Zustimmung erteilt, weil sie grundsätzlich gegen die Bauordnung verstösst. Das hat aber nun der Bürgermeister auf dem Gewissen.

Bürgermeister Seitz: Was ist mit diesem Leichenbestattungsgeschäft?

StR. Kunschak: Wenn ich auch von diesem Gemeinderat keine hohe Meinung habe, so ist es doch zu viel, was man ihm zumutet. Man hat den alten Gemeinderat aus einem ganz anderen Grund nicht mehr einberufen. Wir haben einen Dringlichkeitsantrag über die Kleinrentnerhilfe eingebracht. Um nun diesen Dringlichkeitsantrag, der den Herrn

Zalman als Schwindler entlarvt hätte, nicht verhandeln zu müssen, wurde ganz einfach keine Sitzung mehr einberufen. Zalman hat nämlich den Kleinrentnern mehr versprochen, als Breitner zugesagt hat. Sie wollten diesen Mann nicht desavouieren. Das ist der Grund warum der Gemeinderat nicht einberufen wurde. Was heute erzählt wurde, von einem stillschweigenden Übereinkommen, das muss so stillschweigend geschehen sein, dass mir davon gar nichts bekannt wurde. Was sich der Bürgermeister hier zurechtgelegt hat, widerspricht dem Geist des § 96 und den Grundlagen der Demokratie. Der Bürgermeister begibt sich hier auf ein Geleise, das vor ihm schon von Abrahamovic und Badeni und zuletzt von Stürgh benützt wurde. Wenn er sich in dieser Gesellschaft wohl befindet, haben wir nichts dagegen. (Lebhafte Beifall).

GR. Fischer erklärt nun, daß gegen die Vorlage keine Einwendungen erhoben worden sind. Wenn von GR. Angermayer seine Intelligenz bezweifelt worden ist, so könne er nur sagen, daß eben jetzt im Gemeinderat auch Arbeiter und Angestellte sitzen, die sich freilich bezüglich der Intelligenz mit Bankdirektoren nicht messen können. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit).

Gemeinderat Hiess beantragt dem Arbeiter-Abstinenzantenbund eine Subvention von 15.000 Schilling zu gewähren.

Gemeinderat Stöger bespricht die starke Zunahme der Ausgaben der Gemeinde für Alkoholiker. Im Jahre 1925 wurde für geistesranke Alkoholiker am Steinhof ein Betrag von 16.5 Milliarden ausgegeben, 1927 sind 71.5 Milliarden veranschlagt. Eine vorbildliche Tätigkeit entfaltet auf dem Gebiet der Trinkerrettung die Polizei. Sie hat in Wien 20 Trinkerfürsorgestellen errichtet, während die Gemeinde nur eine einzige Stelle besitzt. Die Gemeinde fördert aber auch die Schnapspest. Es werden immer neue Konzessionen bewilligt. Die Vermehrung liegt aber auch gar nicht im Interesse des Schankgewerbes. Der Sozialdemokratie ist es aber in Wahrheit gar nicht ernst um die Bekämpfung des Alkohols. Man braucht nur die Führung der Arbeiterheime zu beobachten. Die Gemeindeverwaltung hat auch, freilich erst auf Grund eines Rekurses an den Bürgermeister im Gemeindefortbau am Margaretengürtel, die Errichtung einer Schnapsbude zugelassen. Redner beantragt, dass der Gemeinderat die Ausgabe von Schankkonzessionen einstellt, dass der Finanzreferent beauftragt wird, alle Ansuchen von verdienstvollen Abstinenzantenorganisationen zustimmend dem Gemeinderat vorzulegen und dass städtische Trinkerfürsorgestellen errichtet werden. Für die Subvention werde auch die Minderheit stimmen, obwohl verlangt werden müsse, dass auch die anderen Abstinenzantenorganisationen von der Gemeinde unterstützt werden.

GR. Angermayer erklärt, dass, wenn man Wasser predigt, nicht zugleich ein Unternehmen führen darf, das Alkohol erzeugt. Solange diese Zustände andauern, kann niemand an den Ernst der Antialkoholbewegung der Mehrheit dieses Saales glauben.

GR. Körber (E.L.) bekräftigt, dass sich in mehreren städtischen Betrieben noch immer Schenken befinden, in denen Alkohol an die Arbeiter ausgeschenkt wird. Die Schenken müssen endlich einmal aus den Betrieben entfernt werden.

In seinem Schlusswort erklärt GR. Hiess dass es leider bedauerlich sei, dass sich in Betrieben Schankstätten befinden. Bezüglich der Branntweinschenkerkonzessionen stellt er fest, dass seit Jahren keine neuen mehr ausgegeben wurden. Ein erfreulicher Erfolg der Antialkoholbewegung ist, dass schon in vielen Betrieben Milchtrinkhallen für die Arbeiter errichtet wurden, in denen der Konsum von Milch von Tag zu Tag steigt. (Beifall bei der Mehrheit).

Die Anträge des GR. Stöger werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen und der Referentenantrag angenommen.

Die Sitzung wird um 10 Uhr geschlossen.

Entfallende Sprechstunde beim städtischen Baureferenten. Am Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Franz Siegel.

Wien, Donnerstag, den 30. Juni 1927.

Gänsehüfel - Strandfest und Strassenbahnverkehr: Bei schöner Witterung wird das bereits zweimal abgesagte Strandfest im städtischen Strandbad Gänsehüfel am Samstag abgehalten werden. Mit Rücksicht auf die aus Anlass dieser Veranstaltung notwendigen Vermehrungszüge der Linie 24 können am Samstag die Linien 16, 24 und 25 von 1 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends nicht bis zum Praterstern, sondern nur bis zur Reichsbrücke geführt werden.

Jahresbesuch in den städtischen Bädern: 7.567.231 Personen! Die Bäderverwaltung der Gemeinde Wien hat soeben den Bericht über das Jahr 1926 abgeschlossen. In diesem Jahr wurde wieder eine Reihe von Badeanlagen errichtet; besonderes Augenmerk wurde aber auch dem Ausbau der bestehenden Bäder zugewendet. Am 8. Juli 1926 wurde das städtische Amalienbad eröffnet. Ferner wurden im Jahre 1926 die Kinderfreibäder im Arenbergpark am Margaretengürtel und im Türkenschanzpark, das Schwimm-, Sonnen- und Luftbad in Ottakring der Benützung übergeben. Bedeutend ausgestaltet wurden die Strandbäder Gänsehüfel und Alte Donau, die Volksbäder in der Esterhazygasse, am Reithoferplatz, in der Hütteldorferstrasse, in der Klostergasse und das Jägerbad. Das Volksbad in der Apostelgasse wurde durch die Aufsetzung von zwei Stockwerken vergrössert. Auch das Badebecken im Krapfenwaldl - Bad wurde erweitert. Trotz der ungünstigen Witterung, die sich naturgemäss sehr hemmend bei der Benützung der Sommerbäder auswirkte, ist die Zahl der Badegäste im Jahre 1926 gegenüber das Jahr 1925 um rund 1.2 Millionen gestiegen. Es wurden nämlich alle städtischen Bäder im Jahre 1926 von 7.567.231 Personen benützt, während im Jahre 1925 die Besucherszahl 6.393.341 war. Interessant ist, dass im Berichtsjahr 940.472 Kinder vollkommen unentgeltlich die städtischen Bäder benützten. Von grösster Bedeutung für die Entwicklung Wiens als Bäderstadt ist wohl ein Vergleich mit dem Jahre 1913. In diesem Jahr besuchten die städtischen Badeanstalten nur 4.090.371 Personen. Rechnet man den Rückgang der Bevölkerung, so kann mit Recht festgestellt werden, dass der Besuch in den städtischen Bädern gegenüber der Vorkriegszeit doppelt so gross ist. Dem entsprechend wurden auch die Bademöglichkeiten verdoppelt. Im Jahre 1913 gab es in sämtlichen städtischen Bädern nur 15.593 Badeplätze; Ende 1926 aber waren es schon 30.065. Lässt man den Bevölkerungsabgang unberücksichtigt, dann ist im Jahre 1926 der Besuch der städtischen Badeanstalten gegenüber dem Jahre 1913 um 85 Prozent gestiegen. Im Jahre 1926 wurden die städtischen Sommerbäder von 1.593.048 Personen besucht, während die Warmbäder von 5.974.183 Personen benützt worden sind. An der Spitze steht wieder das Gänsehüfel, das im Jahre 1926 von 92.658 Frauen und 85.039 Männern, zusammen von 214.148 Personen besucht wurde. Der stärkste Besuch war am 18. Juli mit 12.077 Personen. An zweiter Stelle steht das Strandbad Alte Donau mit einer Besucherzahl von 150.670 Personen. Von den übrigen Sommerbädern konnte kein einziges einen Besuch von 100.000 Personen erreichen. Den stärksten Besuch von den städtischen Kinderbädern verzeichnete die Anlage in Hietzing, nämlich 161.585, dann folgen Margaretengürtel mit 131.163, Türkenschanzpark mit 92.751, Schweizergarten mit 70.713 und Ottakring mit 60.287. Die städtischen Kinderfreibäder wurden im Jahre 1926 von 632.175 Kindern benützt; im Jahre 1925 war die Besucherzahl 456.839. Von den Volksbädern wies das Jägerbad mit 714.723 Personen den stärksten Besuch auf, dann folgt das Amalienbad mit 499.589 Personen, das aber nur sieben Monate im Jahre 1926 in Betrieb war. Diese Zahlen sind gewiss äusserst erfreulich, beweisen sie doch, dass die Badelust weite Kreise der Wiener Bevölkerung ergriffen hat.

